

Salzburger Nachrichten

Einzelpreis 15 Pfg.

HERAUSGEGEBEN VON DER 12. HEERESGRUPPE FÜR DIE ÖSTERREICHISCHE BEVÖLKERUNG

Erscheint in der Woche sechsmal. Bezugsgebühr bei Abholung RM 3.—, durch Boten oder durch die Post RM 3.30. — Anzeigenpreisliste Nr. 1.



Redaktionelle Einsendungen und Anfragen sind zu richten an I.S.B., Salzburg, Bergstraße 12. — Druck: Salzburger Druckerei, Bergstraße 12

Nummer 1 / 1. Jahrgang

Donnerstag, den 7. Juni

Urteilspruch über Deutschland

Die Viermächte-Erklärung in Berlin unterzeichnet

Die Unterzeichnung der historischen Deklaration von Berlin, mit der die Alliierte Kontrolle im Nachkriegsdeutschland beginnt, wurde in einer eindrucksvollen Zeremonie Dienstag, den 5. Juni, um 17 Uhr 10 in Marshall Schukows Hauptquartier vollzogen. Marshall Schukow unterzeichnete als Erster für die Sowjet-Union, dann folgten General Eisenhower für die Vereinigten Staaten, Feldmarschall Sir Montgomery für Großbritannien und General de Lattre de Tassigny für Frankreich. Die Sitzung dauerte eine halbe Stunde. Die amerikanischen, britischen und französischen Delegationsmitglieder kamen auf dem mit russischen, amerikanischen, englischen und französischen Fahnen geschmückten Flugplatz Tempelhof an. Dann begaben sie sich in einem Kraftwagen durch die stark zerstörte Stadt nach Marshall Schukows Hauptquartier. Dieses erste Zusammentreffen der großen alliierten militärischen Führer fand genau ein Jahr nach der Normandie-Landung statt.

Die Deklaration gibt zunächst ein Bild der allgemeinen Lage. Deutschland, so hebt die Deklaration an, das die Verantwortung für den Krieg trägt, ist nicht länger im Stande, dem Willen der siegreichen Mächte zu widerstehen. Die bedingungslose Übergabe ist dadurch zur vollendeten Tatsache geworden und Deutschland wird alle Verpflichtungen zu erfüllen haben, die ihm jetzt oder später auferlegt werden. Es gibt keine Zentralregierung oder -behörde in Deutschland, die in der Lage wäre, die Verantwortung für die Aufrechterhaltung der Ordnung gegenüber den siegreichen Mächten zu tragen. Deshalb übernehmen die Regierungen der vier Alliierten die oberste Regierungsgewalt in Deutschland. Dies bedeutet jedoch nicht die Annexion Deutschlands.

In einem Teil befaßt sich die Erklärung mit der alliierten Politik gegenüber Deutschland. Die vier Siegermächte bezeichnen sich als die „Oberste Gewalt über Deutschland“. Als deutsche Grenzen sind jene vom 31. Dezember 1937 zu betrachten. Deutschland wird in folgende vier Zonen aufgeteilt: Der östliche Teil unter sowjetrussischer, der nordwestliche unter britischer, der südwestliche unter amerikanischer und der westliche unter fran-

zösischer Kontrolle. Das Gebiet von Groß-Berlin wird von allen vier Siegermächten besetzt. Die oberste Gewalt liegt in den Händen des obersten militärischen Befehlshabers in den einzelnen Okkupationsgebieten. Beschlüsse der vier Oberkommandierenden werden nur gefaßt, wenn es sich um Dinge handelt, „die ganz Deutschland betreffen“. Der Kontrollrat, bestehend aus den vier Oberkommandierenden, wird ein entsprechendes einheitliches Vorgehen in den vier Besatzungsgebieten sichern. Seine Beschlüsse werden einstimmig gefaßt. Die Stelle des Vorsitzenden wird abwechselnd durch je einen der Oberkommandierenden bekleidet. Dem Kontrollrat wird ein technischer Stab zur Seite stehen, um die Tätigkeit der deutschen Vollzugsorgane zu beaufsichtigen.

Ein weiterer Teil der Deklaration stellt die Verpflichtung auf, die Deutschland zu erfüllen hat. In den ersten fünf Artikeln fordern die Alliierten die unverzügliche Einstellung aller feindlichen Aktionen auf allen Kriegsschauplätzen, die vollständige Entwaffnung aller Streitkräfte, ferner das Verfügungsrecht der Alliierten über alle militärischen Objekte, Transport- und Verbindungsleistungen, über alle Fabriken, Industrieanlagen, Forschungsinstitute, Laboratorien, Versuchsanstalten, technische Patente, Pläne, Zeichnungen und Erfindungen samt den dazu notwendigen Arbeitskräften.

Im Artikel 6 werden die deutschen Behörden aufgefordert, alle Kriegsgefangenen, die sich gegenwärtig in ihrer Hand befinden und zu den Armeen der Vereinigten Nationen gehören, den alliierten Vertretern auszuliefern. Dasselbe gilt auch für Angehörige der Vereinten Nationen, die interniert waren oder sonstwie unter Zwang standen, sei es aus politischen, rassistischen oder religiösen Gründen. Artikel 11 fordert die Festnahme und Auslieferung der von den alliierten Vertretern namhaft gemachten Naziführer und Kriegsverbrecher.

Dasselbe gilt für jeden Staatsbürger einer vereinten Nation, der beschuldigt wird, gegen das in seinem Land geltende Recht verstoßen zu haben.

Artikel 12 besagt, daß die alliierten Ver-

treter Besatzungskräfte und Zivilbehörden nach eigenem Ermessen einsetzen werden. Artikel 13 setzt fest, daß die vier alliierten Regierungen alle Schritte, einschließlich der vollständigen Entwaffnung und Entmilitarisierung Deutschlands unternehmen werden, die sie für den künftigen Frieden und die Sicherheit als notwendig erachten. Artikel 14 und 15 legen den Zeitpunkt der Inkraftsetzung der Erklärung mit Dienstag, den 5. Juni, 2.00 Uhr fest, sowie der Abfassung desselben in englischer, französischer, russischer und deutscher Sprache. Das Dokument besiegelt somit die völlige Unterwerfung Deutschlands und das Ende des Dritten Reiches als souveräner Staat.

Sender Rot-Weiß-Rot

Der Kommandant des XV. Armeekorps, Generalmajor Walter M. Robertson, hielt anlässlich der Eröffnung des österreichischen Sendernetzes in der amerikanischen Besatzungszone eine Rundfunksprache, in der er sagte:

„Mit dem heutigen Tage wird Ihr Sender unter unserer Leitung offiziell wieder eröffnet. Dadurch, daß unserem Sendernetz Salzburg, Linz und Innsbruck angeschlossen sind, werden diese Städte wieder miteinander verbunden sein, und Sie alle kommen auch wieder in engen Kontakt mit der ganzen Welt. Ich bin besonders erfreut über die Wiedereröffnung dieses Senders, weil dadurch die Besatzungsbehörde die Gelegenheit hat, direkt zu Ihnen zu sprechen; Ihnen zu sagen, was wir benötigen und wie Sie am besten an der Lösung unserer Aufgabe mit uns zusammenarbeiten können — der Aufgabe nämlich, alle Spuren des Nazismus auszutüpfen und sofort eine tatkräftige lokale Regierung zu errichten. Es ist eine der ersten Bedingungen einer demokratischen Regierungsform, daß das Volk freien Zugang zu der Kenntnis der Tatsachen hat; denn nur ein Land von gut unterrichteten Menschen ist fähig, seine Regierung zu kontrollieren. Die Nazis konnten nur dadurch herrschen, daß sie die Menschen in Unkenntnis über die Tatsachen und Ereignisse im In- und Auslande ließen. Diese Herrschaft, die

nung der Verwaltung, der städtischen Ämter und Betriebe sowie der Wiederaufbau der Stadt. Selbstverständlich kann nicht alles zugleich in Angriff genommen werden. Ich widme aber meine ganze Kraft der Durchführung dieser Aufgaben, vor allem der Ernährungssicherung und Wohnungsbeschaffung. Die Ernährungsschwierigkeiten sind wohl riesig groß, müssen aber dank der Mithilfe von Seiten der Militärregierung überwunden werden. Durch Eröffnung der Transportwege wird die Anlieferung wieder in Gang kommen. Die bisher gültigen Reisekarten mußten schlagartig für ungültig erklärt werden, da militärische und Parteistellen vor dem Zusammenbruch große Mengen ausgegeben haben und gewisse Leute Gelegenheit hatten, sich ganze Pakete anzueignen. Sobald die Inventur der vorhandenen Rauchwaren einen Überblick zuläßt, wird eine neue Raucherkarte in Druck gegeben. Ihre Ausgabe wird wahrscheinlich mit der nächsten Lebensmittelkarte erfolgen. Die Arbeit wird dadurch erschwert, daß die ehemaligen NSV-Dienststellen alle Aufzeichnungen und Verteilungsschlüssel der Lebensmittelkarten vernichtet haben.

In der Frage der Wohnungsbeschaffung wird bald Abhilfe geschaffen werden. Alle Reichsdeutschen, die seit dem Jänner 1938 nach Salzburg zugezogen sind, müssen in ihre Heimat zurückkehren. Die freierwerdenden Wohnungen werden in erster Linie den Salzburger Bombengeschädigten, die jetzt in unwürdigen Verhältnissen leben, zur Verfügung gestellt. Bewerber, deren österreichische Gesinnung erwiesen ist, werden bevorzugt. Das zum Teil neubesetzte Wohnungswesen ist hier ausschließlich zuständig.

Das vorläufig noch geschlossene Wirtschaftswesen ist daran, die Bestände der wichtigsten Bedarfsgüter aufzunehmen; leider sind viele von Ausländern und von Einheimischen geplündert und verwüstet worden. Schwer beschädigt wurde der neue städtische Seuchenschlachthof, die Kühlanlagen und das Maschinenhaus in Berghelm. Alles gestohlene Gut muß sofort zurückgestellt werden.

Die Aufräumarbeiten sind im Gange. Die Hauptschwierigkeit, Verschleppung aller verfügbaren Schaufeln, Spaten usw. durch den Volkssturm muß überwunden werden, und Salzburg in absehbarer Zeit wieder das alte Schmuckstädtchen werden.

„Alle Salzburger bitte ich um ihre willige Mithilfe. Es lebe unser schönes Salzburg in einem freien Österreich.“

Churchill zur Levante-Frage

Premierminister Churchill hat, einer Londoner Meldung zufolge, vor dem Unterhaus zur Levante-Frage Stellung genommen und erklärt, daß Großbritannien Frankreichs Sonderstellung in der Levante anerkenne, aber nicht gewillt sei, diese Stellung noch weiter zu verstärken. In Beantwortung von General de Gaulles Anschuldigung, daß die Zwischenfälle in Syrien von britischen Agenten hervorgerufen worden seien, führte Churchill unter anderem aus: „Ich glaube, daß der britische Außenminister bereits zur Genüge klargemacht hat, daß wir nicht nur die Agitation in den Levante-Staaten nicht angeschürt haben, sondern unseren ganzen Einfluß genau in der entgegengesetzten Richtung eingesetzt haben. Die englische Regierung hegt keine gegen die Franzosen in Syrien gerichteten Absichten und wie ich General de Gaulle mitteilte, war es meine Absicht, die Rückziehung aller britischen Truppen von Syrien und dem Libanon in dem gleichen Augenblick zu befehlen, in dem ein Vertrag abgeschlossen und zwischen der französischen, der syrischen und der libanesischen Regierung durchgeführt wird.“

Unser Blatt

Mit dem heutigen Tag beginnend, soll Salzburg wieder seine Tageszeitung haben. Die „Salzburger Nachrichten“ stellen sich mit dieser ersten Nummer einem Leserkreis vor, der bereits unser Wochenblatt „Österreichischer Kurier“ so überaus gut aufgenommen hat. Auch weiterhin wird einmal in der Woche der „Österreichische Kurier“ in die Bundesländer Salzburg, Oberösterreich, Tirol und Vorarlberg hinausgehen, wenn er auch unter den nunmehr geänderten Umständen mehr Lesestoff und weniger an jüngsten aktuellen Tagesnachrichten enthalten wird. Das tägliche Geschehen aber soll sich in unserer Salzburger Tageszeitung spiegeln, die mit dieser Nummer zum erstenmal vor ihr Publikum tritt.

Wahlkampf in England

Premierminister Churchill eröffnete die Wahlkampagne der konservativen Partei mit einer Rundfunksprache an das englische Volk. Er erklärte: „Ich werde als Konservativer und nationaler Kandidat auftreten. Mögen sich andere national oder national-liberal bezeichnen, unsere Wähler sollen eine Nation und keine Partei wählen.“

Churchill

Es war Churchills erste Radiosprache seit der Bildung seines Interimkabinetts nach dem Austritt der Labourparty aus seiner Koalitionsregierung. Im einzelnen erklärte der britische Premierminister: „Partei-kämpfe haben bei uns stets eine große Rolle gespielt und werden nach Beseitigung der Gefahr für unser Land wieder entbrennen. Daher stützt sich die neue nationale Regierung nur auf die Konservative Partei.“

Attlee

Auf die Wahrede Churchills antwortete der Führer der britischen Arbeiterpartei, Clement Attlee, in einer Rundfunksprache, in der er die Gründe unterstrich, die zum erfolgten Bruch der Koalitionsregierung geführt hatten. Er betonte, daß alle Gegensätze zwischen den Parteien in innerpolitischen Differenzen zu suchen gewesen seien. Alle Parteien seien national eingestellt im Willen, den Krieg gegen Japan zu gewinnen. Er zollte seinen Kollegen in der früheren Regierung Anerkennung und sagte, es wäre ein glänzendes Zeugnis für die britische Demokratie und politische Reife Englands, daß Männer der verschiedensten politischen Richtungen in solcher Eintracht durch fünf Jahre zusammengearbeiteten. Die Hauptaufgabe der Regierung war auf die großen Notwendigkeiten des Krieges gerichtet und die Regierungsmitglieder seien sich über alle erforderlichen Maßnahmen einig gewesen. Als der Krieg in diesem Jahr in Europa wirklich beendet wurde und Churchill vorschlug, das Parlament solle bis zur Beendigung des Krieges mit Japan vertagt werden, habe Attlee diesen Vorschlag nicht akzeptieren können und sich erbötig gemacht, bis zur offiziellen Schließung der Parlamentssession fortzufahren, um den kämpfenden Soldaten eine größere Aussicht zu geben, an der Abstimmung teilzunehmen.

Jubiläumsausgabe 17. 10. 2020

Salzburger Nachrichten

Seit 75 Jahren unabhängige Tageszeitung für Österreich

Alliierte Militärmission in Wien

Richard Law erklärte kürzlich im Namen des britischen Außenministeriums vor dem Unterhaus, daß am 3. Juni eine alliierte Militärmission in Wien eingetroffen sei, um vorläufige Besprechungen abzuhalten. Law fügte hinzu, daß es noch einige Zeit dauern werde, bis die alliierte Kommission in Wien ihre Arbeit aufnehmen werde. Bezüglich der britischen Haltung der provisorischen österreichischen Regierung gegenüber sagte Law, daß der Erklärung vom 30. Mai nichts hinzuzufügen sei. In der damaligen Erklärung hieß es, daß eine Anerkennung der in Wien eingesetzten Regierung erst dann möglich sei, bis eine alliierte Kommission die Möglichkeit hätte, an Ort und Stelle die Lage zu prüfen.

Dr. Karl Renner vereidigt

Wie Radio Graz meldet, hat der provisorische Staatskanzler Dr. Karl Renner sein Gelöbnis mit folgendem Wortlaut abgegeben: „Ich gelobe, daß ich die Verfassung und die Gesetze der Republik Österreich unverbrüchlich beachten und meine ganze Kraft in den Dienst des österreichischen Volkes und in den Dienst des Wiederaufbaues unserer schwer geprüften Heimat stellen werde.“ Im Anschluß daran nahm Dr. Renner das Gelöbnis der übrigen Mitglieder des provisorischen Kabinettsrates entgegen.



Generalmajor Walter M. Robertson

das Volk in Unkenntnis ließ, ist jetzt zerstört. Ich freue mich deshalb, das österreichische Sendernetz Rot-Weiß-Rot als eines Ihrer wichtigsten Informationsquellen zu eröffnen. Möge es dazu beitragen, die Österreicher zu einem gut unterrichteten Volk zu machen.“

Der Bürgermeister im Rundfunk

Bürgermeister Hildmann sprach über den Rundfunk zur Bevölkerung. Er sagte: „Unsere Hauptaufgaben sind vor allem die Neuord-

Salzburger Nachrichten

UNABHÄNGIGE DEMOKRATISCHE TAGESZEITUNG

Erscheint in der Woche sechsmal. Bezugsgebühr bei Abholung 8 3.—, durch Boten 8 3.30, bei Postbezug 8 3.—, zuzüglich 36 g Zustellgebühr.



Schriftleitung in Salzburg, Bergstraße Nr. 12, Telefon Nr. 6341. Genehmigt durch Erlaubsis S 1 des Information Services Branch.

Nummer 115 / 1. Jahrgang

Dienstag, den 23. Oktober 1945

Überwältigende Mehrheit für de Gaulle

Die katholische Linkspartei die Überraschung der Wahlen

PARIS, 22. Oktober (IIS). — Bei den französischen Wahlen für die neue Verfassunggebende Versammlung erzielten die Kommunisten, die Sozialisten und die katholische Linkspartei das Übergewicht über die anderen Parteien. Die amtlichen Ergebnisse aus 90 Prozent der Wahlbezirke zeigen folgende Resultate: Kommunisten 151 Sitze; katholische Linkspartei 142 Sitze; Sozialisten 139; Rechtsparteien 49; Unabhängige 48; Radikale 19. Für die Kommunisten stimmten 4.869.913 oder 26,7 Prozent, für die Sozialisten 4.485.690 oder 23,8 Prozent, und für die katholische Linkspartei 4.446.931 Wähler oder 24,4 Prozent. In der Volksabstimmung waren die letzten amtlichen Ziffern 1. für eine einzige Verfassunggebende Versammlung 19.631.808 Stimmen, dagegen stimmten nur 890.554. 2. Für die vorgeschlagenen beschränkten Vollmachten der Versammlung stimmten 13.224.753, dagegen stimmten 6.615.635.

Bei der Volksabstimmung erhielt der Antrag des provisorischen Präsidenten General de Gaulle, eine überwältigende Anerkennung. De Gaulle hatte an die Franzosen appelliert, die Verfassung von 1875 aufzuheben, eine einzige legislative Versammlung zu bilden und dieser für die Dauer von 7 Monaten, während der eine neue Verfassung ausgearbeitet werden soll, beschränkte Vollmachten zu gewähren. Die 620 Sitze der französischen Abgeordnetenkammer von 1936, der letztgewählten Versammlung vor dem Kriege, verteilten sich wie folgt: Kommunisten 74; Sozialisten 184; Radikal-Sozialisten 142 Sitze; Rechtsparteien 206 und Volksdemokraten 14 Sitze. 111 Mitglieder der früheren Abgeordnetenkammer wurden wiedergewählt, 38 Abgeordnete haben der alten Kammer nicht angehört. Unter den neu einziehenden Mitgliedern befindet sich Frau Perri, die Witwe des von den Deutschen erschossenen französischen Kommunistenführers, neben dreißig weiteren weiblichen Abgeordneten (14 Kommunistinnen, 5 Sozialistinnen und 7 Angehörige der Katholischen Linken).

Zu den Ministern und prominenten französischen Politikern, welche bereits in die neue Nationalversammlung gewählt wurden, gehören unter anderem der ehemalige Ministerpräsident und Führer der radikal-sozialistischen Partei Herriot, der Kommunistenführer Thorez und der frühere Luftfahrtminister Cot. Eduard Herriot, der Führer der radikal-sozialistischen Partei, der sich so energisch gegen die neue Verfassung aussprach, wurde in seiner Vaterstadt Lyon erst an vierter Stelle gewählt. Man erwartete, daß seine Partei als drittgrößte in die neue Nationalversammlung einziehen werde; sie verfügt jedoch nur noch über 15 Sitze.

Der Kommunistenführer Maurice Thorez äußerte sich, daß das Wahlergebnis den Wunsch des Volkes bestätige, die Zusammenarbeit der Alliierten fortzusetzen. Der Erfolg seiner Partei bekräftige, wie er sagte, die Hoffnung, daß das Programm der nationalen Widerstandsbewegung zur Durchführung kommen werde, das unter anderem die Aufhebung der Trusts, die Liquidierung der Vichy-Organisationen und die Rückkehr zur Demokratie beinhaltet.

Die französische, wie auch die ausländische Presse bezeichnet die französischen Wahlen als einen Triumph der Demokratie. Die kommunistischen und katholischen Blätter Frankreichs sind über die von ihren Parteien bisher erzielten Ergebnisse begeistert. Die sozialistische Zeitung „Populaire“ drückt eine gewisse Enttäuschung aus. Die Erwartungen der Sozialisten, aus den Wahlen unangefoch-

ten als stärkste Partei hervorzugehen, ist enttäuscht worden. Alle französischen Zeitungen sind sich auch in der Anerkennung des Regierungschefs De Gaulles einig. Frankreich, so schreibt die Zeitung „Le Pays“ bringt seine Dankbarkeit und sein Vertrauen in den Mann klar zum Ausdruck, der Frankreich verkörpert, der es gerettet und auf seine alte Höhe zurückgeführt hat, klar zum Ausdruck.

Die fortschrittliche katholische Zeitung „Aube“ unterstreicht ebenfalls den Sieg der Anschauungen de Gaulles und fügt hinzu: „Der fanatische Kampf der Kommunisten, die diese Wahl in ein Plebiszit gegen de Gaulle umwandeln wollten, ist fehlgeschlagen. Die Pariser Vorstädte, als „Rot“ bekannt, haben in ihrer großen Mehrheit, nicht die Schlagworte der kommunistischen Partei befolgt. Die radikale Zeitung „Aurore“, deren Partei zugunsten der fortschrittlichen Katholiken sehr zurückgegangen ist und deren Schicksal sich mit dem der liberalen Partei in England vergleichen läßt, schreibt: „Der Erfolg der neuen fortschrittlich-katholischen Partei erklärt sich daraus, daß sie sich auf sozialem Gebiet als fortschrittlich und gleichzeitig als vernünftig und klug in der Außenpolitik erwiesen hat.“

Dr. Renner zur Anerkennung

WIEN, 22. Oktober (BBC). — Dr. Renner betrachtet die Anerkennung der provisorischen Regierung durch die Alliierten als den ersten Schritt auf dem Wege zu Österreichs Unabhängigkeit. In einem Interview mit ausländischen Pressevertretern erklärte der Bundeskanzler, der zweite Schritt auf diesem Wege müsse die wirtschaftliche Unabhängigkeit sein, die durch die Wiederbelebung der Landwirtschaft und Industrie und durch engere Handelsbeziehungen mit anderen Staaten erreicht werden müsse. Hierzu sei während der Übergangsperiode die Hilfe der Alliierten und der UNRRA erforderlich. Dr. Renner erklärte ferner, Österreich werde sich um Aufnahme unter die Vereinten Nationen bewerben.

NEW YORK, 22. Oktober (IIS). — Was die Beschlüsse der Moskauer Konferenz vom 1. November 1943 versprochen, die politische Zukunft Österreichs als selbständiges Land mit einer demokratischen Regierung, beginnt Formen anzunehmen. Der erste Schritt ist die Wahl. Am Sonntag hat der Wiener Korrespondent der „New York Times“, John McCormac, in seinem Blatt über die Bedeu-

Den Grund für die Niederlage der Radikalen, die während der bisherigen Existenz der Republik die führende Partei waren, wird vom konservativen „Figaro“ erstens in dem heimlichen Einverständnis zwischen den Radikalen und den Kommunisten und zweitens in ihrer antigaulistischen Haltung gesucht. Einige französische Zeitungen lassen schon Mutmaßungen über die Art der Parteikoalition durchblicken, aus der sich die zukünftige Regierung zusammensetzen wird. Die linksgerichtete Zeitung „Voix de Paris“ bietet der Regierung folgende Alternative an: Entweder eine Koalition der Linken zu bilden, die aus den Radikalen, Sozialisten und den Kommunisten eine Mehrheit für die Regierung schafft, oder aber eine Koalition zwischen Rot und Schwarz. Eine solche Koalition wäre der Allianz unter der Weimarer Regierung in Deutschland ähnlich, die sich zwischen dem katholischen Zentrum und den Sozialdemokraten bildete und hinter der Regierung stand, ohne aber über eine stabile Mehrheit zu verfügen und daher auch nicht aktionsfähig werden konnte. Die Zeitung schreibt abschließend, daß die Wahl zwischen diesen beiden parlamentarischen Allianzen von der sozialistischen Partei und General de Gaulle abhänge.

tung der Anerkennung der provisorischen Regierung geschrieben: „Die Anerkennung der Regierung Renner ist ein großer Schritt vorwärts zur Wiederherstellung der Unabhängigkeit Österreichs. Diese Anerkennung ist mehr als ein Sympathiebeweis der Regierung und des Volkes der Vereinigten Staaten. Es gibt einen Beweis des Vertrauens. Ihre Sympathie haben die Amerikaner den Österreichern vom ersten Augenblick der Befreiung immer wieder zum Ausdruck gebracht und nicht nur durch Worte, sondern auch durch Taten. Daß es zur Anerkennung der Renner-Regierung gekommen ist, ist in nicht geringem Maße der Geduld der Ausdauer und der politischen Geschicklichkeit General Clark's, des Chefs der amerikanischen Militärregierung in Österreich, und seines Stellvertreters zu verdanken. Die Renner-Regierung wird nunmehr ermächtigt sein, in ganz Österreich Gesetze zu erlassen. Diese Gesetze müssen aber vorerst dem Alliierten Rat zur Genehmigung vorgelegt werden. Über die von der Renner-Regierung bereits getroffenen Gesetzesmaßnahmen wird der Rat von der österreichischen Länderkonferenz einen Bericht erhalten.“

Aufgaben, die vor uns liegen, zu bewältigen.“ Großbritannien kann es sich nicht mehr leisten, die Waffen wieder beiseite zu legen, sobald die unmittelbare Gefahr überwunden ist, — wie es in der Vergangenheit immer geschah.

Mongolei für Unabhängigkeit

MOSKAU, 22. Oktober (IIS). — Wie „Tass“ meldet, lassen Berichte von Personen, die aus der Mongolischen Volksrepublik kamen, erkennen, daß die Volksabstimmung über die Frage, ob dieses Gebiet eine unabhängige Republik werden oder unter chinesischer Oberhoheit bleiben soll, eine große Mehrheit zugunsten der Unabhängigkeit ergeben hat. Ulan Bator, die Hauptstadt, hätte sich einstimmig für die Unabhängigkeit ausgesprochen. Insgesamt sollen 24.000 Stimmen für die Unabhängigkeit und 683 Stimmen dagegen gezählt worden sein.

Einspruch gegen sowjetisch-ungarischen Handelsvertrag

LONDON, 22. Oktober (Reuter). — Die Berichte, daß Großbritannien und die Vereinigten Staaten bei der Sowjetregierung gegen den vorgeschlagenen Abschluß eines Fünfjahres-Handelsabkommens mit Ungarn protestierten, werden von englischen offiziellen Kreisen in London bestätigt. Man glaubt, daß die britischen Vertreter in Moskau darauf hinwiesen, daß die Verhandlungen, die zum Abschluß des zweiseitigen Vertrages führten, ohne Zuziehung anderer Vertreter der alliierten Kontrollkommission durchgeführt wurden. Der vorgeschlagene Handelsvertrag wurde nun dem ungarischen Kabinett zur Ratifizierung vorgelegt; es hat aber noch die Ratifizierung durch die gesetzgebende Nationalversammlung zu erfolgen.

UNRRA hilft nur Ländern mit Pressefreiheit

WASHINGTON, 22. Oktober (IIS). — Der Fraktionsausschuß der Republikanischen Partei im Repräsentantenhaus beschloß zu dem jetzt zu verabschiedenden Gesetz über eine Zuwendung von 550 Millionen Dollar an die UNRRA einen Änderungsantrag einzubringen. Dieser Antrag sieht vor, daß nur solche Länder UNRRA-Hilfe erhalten sollen, die den amerikanischen Nachrichtenleuten freien Zugang zu den normalen Nachrichtenquellen gewähren und die von amerikanischen Pressevertretern nach den Vereinigten Staaten gesandte Berichte nicht zensurieren. Die Vereinigten Staaten hätten zweifellos das Recht zu verlangen, daß jede Nation, die von den Vereinigten Staaten finanzielle Hilfe empfängt, der amerikanischen Presse auch das Recht einräume, herauszufinden und zu berichten, was mit dem Geld dort geschehe und was in den betreffenden Ländern vor sich gehe. Der republikanische Fraktionsführer Martin erklärte, der Änderungsantrag werde in seiner neuen Fassung mit überwältigender Mehrheit angenommen werden und wahrscheinlich Ende dieser Woche im Repräsentantenhaus zur Abstimmung kommen.

Montgomery fordert Staatskontrolle

LONDON, 22. Oktober (IIS). — Die Führer Großbritanniens müssen „eine genaue Kontrolle über vieles das in der Vergangenheit der Privatinitiative überlassen blieb, aufrechterhalten“, erklärte Feldmarschall Sir Bernard L. Montgomery, als ihm der Ehrenbürgerbrief von Warwick überreicht wurde. „Wir alle müssen dem Staat einen Teil unserer persönlichen Freiheit opfern und wir müssen unsere persönlichen Anstrengungen dem vom Staat gezogenen Rahmen einordnen. Nur so können wir hoffen, die kolossalen

Demokratische Presse

Wie für die Philosophie der Zweifel, so ist für das Staatswesen die Kritik notwendig. Nicht Kritik um der Kritik willen, sondern Kritik um der Sache willen. Sachliche Kritik greift Mißstände an, betrachtet Fragen von verschiedenem Gesichtspunkt und gibt, soweit dies möglich ist, positive Lösungen. Sachliche Kritik wahrt auch stets den Ton und verletzt nicht, was anderen heilig. Denn Freiheit ist nicht zuletzt Freisein von Leidenschaft. Wird Politik statt von der klaren Überlegung von den Leidenschaften geführt, so ist das Erwachen aus dieser Ekstase mit Leid verbunden.

Genügen aber nicht Parteizeitungen, die an und für sich schon verschiedene Standpunkte vertreten? Ist überhaupt ein unparteiisches Organ notwendig? Wir können diese Frage mit ruhigem Gewissen bejahen. Die Parteien in Österreich waren in erster Linie Parteien. Parteiinteressen beschatteten allzuoft die Gesamtinteressen des Staates. Doktrinäre Fragen waren die Kernfragen. Dies ist nicht überall so; in den angelsächsischen Ländern beispielsweise bleibt die Außenpolitik ziemlich unberührt von den innenpolitischen Schwankungen. Es gibt Probleme, die ganz Österreich betreffen und die von einer Partei nicht zu lösen sind, die Parteien verzichteten auf weltanschauliche Fundamentierung, was bisher in Österreich nicht zutraf. Österreich jedoch gibt uns mehr als jede Partei, wobei wir den Vorwurf des Chauvinismus zurückweisen. Ebenso wie wir den Nationalismus in anderen Ländern verurteilen, wollen wir ihn auch im eigenen Haus nicht dulden. Denn jedes Volk kann nur bestehen, wenn es sich eingebettet weiß in der Gesamtheit der andern.

Uns gilt auch der Mensch in erster Linie, unabhängig seiner Parteizugehörigkeit. Im KZ und im Felde haben die Menschen trotz verschiedener Gesinnung zusammengefunden, weil sie noch ein Letztes über den Trennenden wußten. Der Mensch bleibt das Höchste. Es wird einmal keinen Deutschen und keinen Franzosen, keinen Roten und keinen Schwarzen mehr geben; der Mensch wird bleiben. Deshalb bekennen wir uns zur Humanität, weil wir erfahren haben, zu welchen Perversitäten jene Überheblichkeit und Rassenverachtung geführt haben! Das einzige Licht in dieser Nacht der Brutalität waren die Taten der Barmherzigkeit.

Ferner ist es Aufgabe einer unparteiischen Presse, nicht nur die negativen Seiten einer Partei zu kritisieren, sondern auch ihre positiven ohne Vorbehalt anzuerkennen. Was gut ist, wird von uns stets als Beitrag zur Besserung des menschlichen Lebens begrüßt werden. In diesem Sinne wollen wir den Begriff der Objektivität auffassen. Volle Objektivität bleibt zwar stets ein Ideal und gelingt nicht einmal dem Historiker, geschweige dem Politiker. Dies schließt nicht aus, daß wir dem Ideal einer objektiven Stellungnahme mit allen unseren Kräften zustreben.

In jeder wahren Demokratie sind die Probleme zur Debatte gestellt. Fast will es scheinen, daß die Mehrzahl noch zu sehr in autoritären Gedankengängen verstrickt ist. Debatten führen zu nichts, hört man vielfach noch reden. Besser sie führen zu nichts, als sie führen zum Untergang, dessen sich die Staatslenkung mit Führerprinzip und ohne Debatten „rühmen“ darf. Die schlechteste Demokratie ist immer noch besser als die beste Diktatur. Deshalb wollen wir den ständigen Kontakt mit der Leserschaft und werden ihre Ansichten und Vorschläge berücksichtigen.

Wir sind noch gewissen Einschränkungen unterworfen. Es ist begreiflich, daß mancher Österreicher die jetzige Lage unseres Landes mit Wehmut betrachtet, daß er diese oder jene Entwicklung gern in andere Bahnen gelenkt gesehen hätte. Ferner ist es in einem Zeitalter, wo der erfindende Geist des Menschen die Überquerung des Ozeans in 24 Stunden ermöglichte, schwer einzusehen, daß man nach Monaten nicht Gelegenheit findet, in die naheliegende Heimatstadt zurückzukehren. Vergessen wir jedoch nicht, daß wir unter den Folgen der furchtbaren Katastrophe der Weltgeschichte zu leiden haben und daß die Erhaltung des Friedens höher steht als die augenblicklichen Nöte, so nahe sie uns auch gehen mögen.

Viktor Reimann

6300 Juden in Berlin

BERLIN (IIS). — Die „Neue Zeitung“ berichtet, daß jetzt ungefähr 6300 Juden in Berlin leben, gegen 170.000 Juden im Jahre 1933.

Papst Pius XII. zur Frauentage

ROM, 22. Oktober (Reuter). — In einer Ansprache an die katholische Frauenorganisation erklärte Papst Pius XII., daß Mann und Frau absolut gleiche persönliche Würde besitzen. „Es ist von grundlegender Wichtigkeit, die Ehre der Sendung der Frau, am häuslichen Herd zu wirken, wiederherzustellen.“ Dies bedeute allerdings nicht, daß die katholischen Frauen sich deshalb von der Zeitströmung fernhalten sollen, die sie in den Bereich des sozialen und öffentlichen Wirkens miteinbezieht. Gewisse totalitäre Systeme versuchen die Frauenschaft durch wundervolle Versprechungen gleicher Rechte mit dem Mann und des Schutzes und der Hilfe in allen Lebenslagen zu verführen. Der Papst betonte, daß in einer solchen Lage gerade der mütterliche Sinn der Frau besonders wachsam sein müsse. Aufgabe der Frau ist es, mit allen Mitteln jenen Strömungen entgegenzutreten, die das Familienleben bedrohen.

Doppeltes Jubiläum.

Der Weg von der amerikanischen Erstausgabe zur freien Zeitung in österreichischer Hand.

MANFRED PERTERER

Die „Salzburger Nachrichten“ feiern heuer ihr 75-Jahr-Jubiläum. Dabei gibt es zwei Daten, die für die Gründung der Zeitung von Bedeutung sind. Zum ersten Mal, am 7. Juni 1945, ist die Zeitung noch als Organ der amerikanischen Besatzungstruppen erschienen. Das ging auch aus ihrem Untertitel hervor: „Herausgegeben von der 12. Heeresgruppe für die österreichische Bevölkerung“ (siehe Titelseite dieser Ausgabe). Ihre eigentliche Geburtsstunde als Tageszeitung in österreichischer Hand hatten die SN viereinhalb Monate später. Die „Unabhängige demokratische Tageszeitung“ (siehe Seite 2 dieser Ausgabe) erschien am Dienstag, 23. Oktober 1945, zum ersten Mal unter der Leitung von Kommerzialrat Max Dasch (Herausgeber und Geschäftsführer) sowie Dr. Gustav A. Canaval (Chefredakteur). Wir haben zur Illustration dieses Doppeljubiläums deshalb die Titelseiten der jeweiligen Erstausgaben zu Beginn dieses Jubiläumshefts wiedergegeben.

Vor dem erstmaligen Erscheinen der „Salzburger Nachrichten“ mussten die Menschen in Salzburg eine zeitunglose Zeit hinnehmen. Die Naziblätter waren allesamt eingestellt, die Amerikaner erlaubten zunächst auch keine anderen Zeitungen. Tausende Flüchtlinge waren damals in der Stadt, 15.000 Einheimische hatten ihre Wohnung oder ihr Haus verloren. Der mutige Oberst Hans Lepperdinger hatte die Bevölkerung vor noch Schlimmerem bewahrt, als er entgegen der Befehlslage die Stadt Anfang Mai kampflos an die anrückenden US-Truppen übergab.

Ziel der Amerikaner war es von Beginn an, die Zeitung nach einer kurzen amerikanischen Anlaufphase in österreichische Hände zu geben. Die neuen Eigentümer sollten kompetente, unbescholtene, verlässliche Demokraten sein. Die Besitzer fanden diese in Max Dasch, dem Direktor der Salzburger Druckerei, und in Gustav A. Canaval, der viele Jahre im KZ verbracht hatte. Dasch war vor dem Krieg bereits Chef der Druckerei in der Bergstraße. Er hatte sich als gelernter Buchdrucker und Absolvent der Höheren Graphischen Bundes-Lehr- und Versuchsanstalt in Wien hochgearbeitet. Den Nazis erschien er jedoch politisch unzuverlässig. Sie schickten ihn in eine Druckerei nach Polen. Von dort kam er erst zum Kriegsende zurück. Canaval war bereits vor dem Krieg als Journalist tätig, er hatte in Graz Staatswissenschaften studiert. Er war bei der „Tagespresse“ und beim „Telegraf“ tätig. Von den Nationalsozialisten wurde er vor allem wegen seiner katholisch geprägten Weltanschauung nach Dachau deportiert.

Das Duo Dasch-Canaval erhielt von den Amerikanern das Vertrauen und damit die Erlaubnis, die Tageszeitung „Salzburger Nachrichten“ herauszugeben (Permit No. 1, siehe rechts). Sie waren die einzige unabhängige Zeitung. Das brachte der Zeitung großen Zuspruch vonseiten der Leserinnen und Leser, der sich über all die Jahre halten sollte.

75 Jahre SN Zeitung der Freiheit



Gustav A. Canaval, erster Chefredakteur der unabhängigen österreichischen „Salzburger Nachrichten“.

BILD: SN/ARCHIV



Max Dasch, erster Herausgeber und Geschäftsführer der „Salzburger Nachrichten“.

BILD: SN/ARCHIV

Military Government of Austria Information Services Control	Militärregierung Österreich Nachrichtenkontrolle (Information Control)
Permit No. <u>s-1</u>	Genehmigung Nr. <u>s-1</u>
1. Subject to the conditions set forth in Paragraph 2 1. Gemäß den in Paragraph 2 festgesetzten Bedingungen wird/werden	
<u>Max Dasch</u> (name) Name	of in <u>Salzburg, Bergstrasse Nr. 12</u> (city) Ort, Straße, Nummer
<u>Dr. Gustav Canaval</u> (name) Name	of in <u>Salzburg, Bergstrasse Nr. 12</u> (city) Ort, Straße, Nummer
is/are authorised to engage in the following activities: authorisiert, folgende Tätigkeit auszuführen: (Art der Tätigkeit wird von der zuständigen Behörde ausgefüllt.)	
Publish the independent daily newspaper "Salzburger Nachrichten."	
within the area of innerhalb des Gebietes von <u>Salzburg</u>	
2. This permit is granted subject to the following conditions: a) That all Decrees, Ordinances, Regulations and Instructions of Military Government are complied with. b) That this permit be prominently displayed on the premises of the permit holder at all times. In newspapers, books, periodicals, pamphlets, posters, printed music or other printed or mechanically-reproduced publications published under this permit there shall be displayed prominently on the first page substantially the legend: "Published under Military Government Information Permit No. <u>s-1</u> "; in sound recordings the same legend shall be displayed on the recording itself; in films the Film Exhibition Certificate for the particular film shall be a leader in the film itself. c) That no person not reported in the application for this permit as having a financial interest in the business enterprise conducted under this permit (hereafter referred to as a "non-permitted party") shall receive directly or indirectly any part of the financial profits of the enterprise, nor shall any person hold for the benefit of a non-permitted party any interest in the business conducted under this permit, without the express written permission of the Commanding Officer of the Information Services Branch of Military Government. d) Special Conditions under which you may operate are appended herewith.	2. Diese Genehmigung ist unter folgenden Bedingungen erteilt: a) Alle Erlasse, Verordnungen, Vorschriften und Anweisungen der Militärregierung sind zu befolgen. b) Diese Genehmigung ist dauernd und öffentlich im Betrieb des Genehmigungsinhabers anzuschlagen. Gemäß dieser Genehmigung hergestellte Zeitungen, Bücher, Zeitschriften, Broschüren, Plakate, Musikalien und sonstige gedruckte oder auf andere Art mechanisch vervielfältigte Veröffentlichungen müssen auf der ersten Seite die folgende (oder eine sonst vorgeschriebene) Aufschrift in besonders hervortretender Weise haben: „Unter Genehmigungsnummer _____ der Nachrichtenkontrolle der Militärregierung veröffentlicht (bzw. hergestellt)“. Bei Schallplatten wird dieselbe Aufschrift auf der Platte selbst stehen, bei Filmen wird der Filmvorführungsschein für den betreffenden Film an erster Stelle vor dem Titel des Films erscheinen. c) Keine Person, die nicht im Gesuch für die Genehmigung als an diesem Geschäftsunternehmen finanziell interessiert eingetragen ist (in der Folge eine „nicht genehmigte Person“ genannt), kann direkt oder indirekt irgendeinen Anteil an dem finanziellen Gewinn des Unternehmens erhalten, ferner kann kein finanzieller Anteil an dem Geschäftsunternehmen für eine im Gesuch nicht erwähnte Person ohne ausdrückliche schriftliche Erlaubnis des militärischen Befehlshabers des Nachrichtenkontrollamtes der Militärregierung zurückbehalten werden. d) Besondere Bedingungen, unter denen der Betrieb geführt werden darf, sind aus der Beilage ersichtlich.
3. This permit is not granted for a stated term, is not a property right, is not transferable, and is subject to revocation without notice or hearing.	3. Diese Genehmigung wird für keinen bestimmten Termin erteilt, stellt kein Eigentumsrecht dar, ist nicht übertragbar und kann ohne Kündigungsfrist oder Verhör rückgängig gemacht werden.
(signed) (Unterschrift)	
<u>Salzburg</u> (city) Ort	<u>Crystal, Brig. Gen.</u> Commanding Officer Information Services Branch Befehlshaber der Behörde
<u>20 October, 1945</u> (date) Datum	SEAL Siegel

Grundsätze und Erkenntnisse

... die Jahrzehnte überdauern.

Über die Prämissen der „Salzburger Nachrichten“.

MAX DASCH, HERAUSGEBER

Verantwortung gegenüber den Menschen und unserem politischen System, Unabhängigkeit, wirtschaftlich und auch geistig, Qualifikation und selbstkritisches Handeln, Potenzial, um einen Beitrag zu leisten, auf dass der „demokratische Prozess“ funktioniert: Grundsatzprinzipien der „Salzburger Nachrichten“ vom ersten Tag an bis heute, Postulate, denen zu entsprechen wir uns täglich bemühen und welche in unserer Branche keine Selbstverständlichkeit und kaum Realität sind.

Zwei Generationen ist es gelungen, den nicht einfachen Intentionen zu entsprechen, dass es den „Digital Natives“ ebenso gelingt, ist ein vorrangiger Wunsch zum 75. Geburtstag.

Vor 50 Jahren, unwissend, wie es um meine Zukunft bestellt ist, habe ich an der Philosophischen Fakultät der Universität Wien die Dissertation „Endliche Freiheit und demokratischer Prozess, ein Problem der politischen Theorie“ verfasst. Ein kleiner Auszug davon zeigt, wie nahe Denken und Handeln beieinander sein können und welche Probleme die Massenkommunikation inkludiert. Beispiele davon gibt es in der Geschichte und Gegenwart genügend.

(...) Fest steht, die Theorie einer parlamentarischen Demokratie kommt weitgehend den Intentionen nahe, denen eine maximale Beteiligung der Handlungsträger am Erstellen der Handlungsnorm entspricht. Dies ist nur im Rahmen eines permanenten, institutionalisierten und dialektischen Kommunikationsprozesses möglich. Jürgen Habermas (zählt zu den weltweit meistzitierten Philosophen und Soziologen der Gegenwart) spricht von einer „Vermittlung durch Diskurs, nämlich durch einen öffentlichen Prozeß der Willensbildung, der an das Prinzip uneingeschränkter Kommunikation und herrschaftsfrei erzielten Konsens gebunden ist“.

Es soll nun versucht werden, Demokratie mit

„Dialektik“ zu vermitteln, wenn von einem „demokratischen Prozeß“ die Rede sein wird. Dieser muss als dreifacher verstanden werden. Einmal als die Vermittlung der subjektiven Bewußtseinsstruktur zu den Instanzen allgemeiner Normsetzung. Zum Zweiten der dialektische Gegenzug als Information der Individuen, sowohl bezüglich einer funktionalen Wirklichkeit der obersten Entscheidungsgremien wie auch die objektive Notwendigkeit der zu verhängenden Sollenszumutung, und zum Dritten die institutionalisierte Form der beiden Relationen in der Geschichte. Es besteht die Gefahr, entweder die Zukunft ideologisch vorwegzunehmen und damit die Gegenwart der Zukunft oder vorhandene Formen zu fixieren und damit die Zukunft der Gegenwart zu opfern.

Nun stellt sich die Frage, wie ein Kommunikationsprinzip, das als demokratischer Prozeß ausgewiesen wurde, konkretisierbar sei. Den Bereich der Vermittlung bezeichnen die Begriffe „Öffentlichkeit“, ihre Substanz „die öffentliche Meinung“, ihr Funktionsprinzip „Publizität“ und ihre Erscheinungsweise „Integration“.

Vorerst eine kurze Darstellung zum Begriff „Information“, die beim Rezipienten zur Erweiterung bereits vorhandener Wissensstrukturen führt, der prinzipielle Unterschied zum Begriff „Nachricht“, die der qualitativen Ergänzung bedarf, um zur Information zu werden, nämlich dann, wenn sie für den Empfänger eine „Bedeutung“, einen vorrangig in pragmatischer Hinsicht „Sinn“ hat. Nun stellt sich die Frage, wie eine Vielfalt von divergierenden subjektiven Meinungen koordiniert und ausformuliert den politischen Entscheidungsinstanzen vermittelt werden könnte.

Faktum ist, die Voraussetzung der Verbindlichkeit von allgemeinen Sollenszumutungen ist ein Prinzip, nämlich Diskurs. Die Diskussion als Austausch von Gehalten der Subjektivität verstanden, kann nur dann fruchtbar erfolgen, wenn die Bereitschaft besteht, Information ebenso zu vermitteln wie anzueignen und Konsequenzen zu ziehen. Aufklärung als Prämisse jeglicher Verständigung

ist ein Wesensmoment sozialer Dialektik, Voraussetzung eines möglichen Interessenausgleichs des „Ich“ mit dem „Du“.

Als Organisationsprinzip lagen auch der parlamentarischen Theorie diese Intentionen zu Grunde, nur wurde der formale Anspruch durch die Realität unterboten, wie die Kritik es belegt. Wenn sich der Vorwurf einer Machtverschleierung und Isolation als berechtigt erwies, lag die Ursache besonders darin, daß die Informations-, Aufklärungs- und Diskussionsfunktion den Normsetzenden Instanzen selbst anheimgestellt wird. Aufklärung rückt damit automatisch in den Dienst von gruppenspezifischen Interessen, Informationen werden nicht mehr an der Realität, sondern nach taktischen Zielvorstellungen bemessen.

Demgegenüber soll versucht werden, die Aufklärungskommunikation der politischen Entscheidungsträger unabhängig von diesen dort zu artikulieren, wo auch die sozialen Kommunikationsresultate zur Geltung gelangen, nämlich der Sphäre einer Öffentlichkeit.

Dieser Begriff der „Öffentlichkeit“ entstanden im 18. Jhd. und spezifisch für den bürgerlichen Rechtsstaat, wurde, wie Jürgen Habermas in seiner Habilitationsschrift „Strukturwandel der Öffentlichkeit“ 1962 expliziert, einer Strukturveränderung unterzogen, die in den modernen Massendemokratien zu einer „Refeudalisierung“ führte. Aus der Konfrontation mit dem Herrscher, aus dem Prinzip der Kritik ist „Publizität zu einem Prinzip der gesteuerten Integration umfunktioniert worden“, sodaß die Öffentlichkeit nicht mehr „ist“, sondern „gemacht“ werden muß und zwar nach den Regeln von Konsumentenwerbung und Public Relations Praktiken.

D.h. aus einer undialektischen Informationsaufnahme resultiert eine Reflexionshemmung, die dem demokratischen Prozess widerspricht, denn das Prinzip der Öffentlichkeit heißt Kommunikation, Publizität, Diskurs. Auf der einen Seite der Diskussions- und Artikulationsprozeß der Gesellschaftsträger, andererseits der Aufklärungsprozeß der Inhaber politischer Machtpositionen.



BILD: SN/RICHARD SCHNABLER

Beide Bereiche stehen in einem dialektischen Verhältnis zueinander, das sich in der Legitimierung (Kontrolle) wie auch in der Aneignung von Verhaltensmustern konkretisiert.

Wenn das funktionelle Prinzip der Öffentlichkeit Publizität ist, wird sie zum Träger der öffentlichen Meinung wie auch ein der allgemeinen Einsicht-zugänglich-Machen der politischen Entscheidungstätigkeit.

Öffentliche Meinungen sind das Strukturelement einer über Publizität zu vermittelnden Öffentlichkeit. Öffentliche Meinungen wären somit diese, welche ausformuliert in den Bereich gelangen, der sowohl den staatlichen Entscheidungsinstanzen wie auch den anderen sozialen Entscheidungsinstanzen zugänglich ist.

Es stellt sich die Frage nach einer möglichen Institutionalisierung von diesem Prozeß. Zu den Hauptträgern einer vermittelnden Artikulation zwischen „dem Allgemeinen“ und „dem Besonderen“ zählen die Institutionen der Massenkommunikationsmedien.

Diese sind nur ein mögliches Beispiel institutionalisierter Dialektik, die Position von Presse und Fernsehen zwischen den normsetzenden Instanzen und dem subjektiven Handlungsbewußtsein erscheint eine eigentümliche und dialektische, es ergeben sich mehrere Relationen.

Der zweifache Bezug zur Gesellschaft:

Einmal ist die materielle Basis einer massenkommunikativen Institution Voraussetzung ihrer effektiven Realisierung, sodaß sie einem regulativen sozialen Konsumverhalten untersteht, d. h. dem Bedürfnishorizont der Gesellschaft entsprechen muss (worin keinesfalls eine Garantie für Niveau und Objektivität gesehen werden kann). Der Problembereich, der hiermit angeschnitten wird, ist überaus aktuell und könnte mit der Frage nach dem Verhältnis von Profit und Aufgabe umschrieben werden.

Zum Zweiten handelt es sich bei den publizierenden Produzenten um Exponenten allgemeiner Diskussionsprozesse, die durch die Artikulierung ihrer Ansicht umgekehrt wiederum

in die öffentliche Meinungsbildung eintreten.

Es erscheinen Hegels Bedenken angebracht, „daß das Besondere allgemeinen Anspruch erhebe“, mit anderen Worten, der Unterschied „Information“ und dogmatischer Manipulation ist nicht auszuschließen.

Der Bezug nämlich zu den Herrschaftsinstanzen politischer Ordnung ist ebenfalls ein doppelter. Einmal als Aufklärung bezüglich Entscheidungsursache, -leistung- und -ablauf, womit die Darstellung und das Transparentmachen der politischen Agitation dem organisations-immanenten Verfälschungsmechanismus entzogen und auf „relativ neutralen“ Boden gerückt wäre. Hier muß vor allem das Postulat der „Unabhängigkeit“ beachtet werden.

Umgekehrt zur Interpretation notwendiger Handlungsbeschränkungen in Richtung Gesellschaft, quasi der dialektische Gegenpol, ergibt sich bezogen auf deren politische Exponenten eine Informations- und Aufklärungsrelation bezüglich des sozialen Bedürfnis- und Willenshorizontes.

Neben den Kommunikationsbahnen „Gesellschaft – Medium“, „Medium – Staat“, „Gesellschaft – Staat“ wäre noch eine zu bedenken, nämlich die gesetzliche Verankerung zur Funktionsbestimmung und die soziale Erscheinungsweise einer Medienpluralität, um die Existenz zentraler Informations- und somit Manipulationsmonopole wie auch negative Erscheinungsformen im Zeichen extremen Erwerbstrebens zu verhindern.

Die Ausführungen hatten rein paradigmatischen Charakter und sollten vor allem die Wirkungsdimensionen publizistischer Aktivität im Raume der Öffentlichkeit als Funktionsprinzip eines demokratischen Prozesses andeuten.

Zum Schluß soll noch das Ergebnis des Ganzen und somit Wesen und Erscheinungsweise der dialektisch prozessiven Bewegung selbst bedacht werden, nämlich die Integration.

Sie wurde bestimmt als eine funktionale Ursächlichkeit, gleichzeitig ist es um die substantielle Erscheinung des demokratischen

Prozesses gegangen, um jene Qualität, die aus der integrierenden Wirkung eines allgemeinen, permanenten Informationsaustausches als Identität resultiert ...“

Die Gedanken zum demokratischen Prozess und den Massenkommunikationsmedien haben vor 50 Jahren die Realität widerspiegelt. Inzwischen ist, damals nicht vorhersehbar, ein neuer Strukturwandel der Öffentlichkeit im Gange.

Jürgen Habermas, inzwischen 90 Jahre alt geworden, lehrt Studentinnen und Studenten, die seine Enkel sein könnten, und die sich schwer tun, seine Analyse der politischen Situation vor 58 Jahren heute noch nachzuvollziehen.

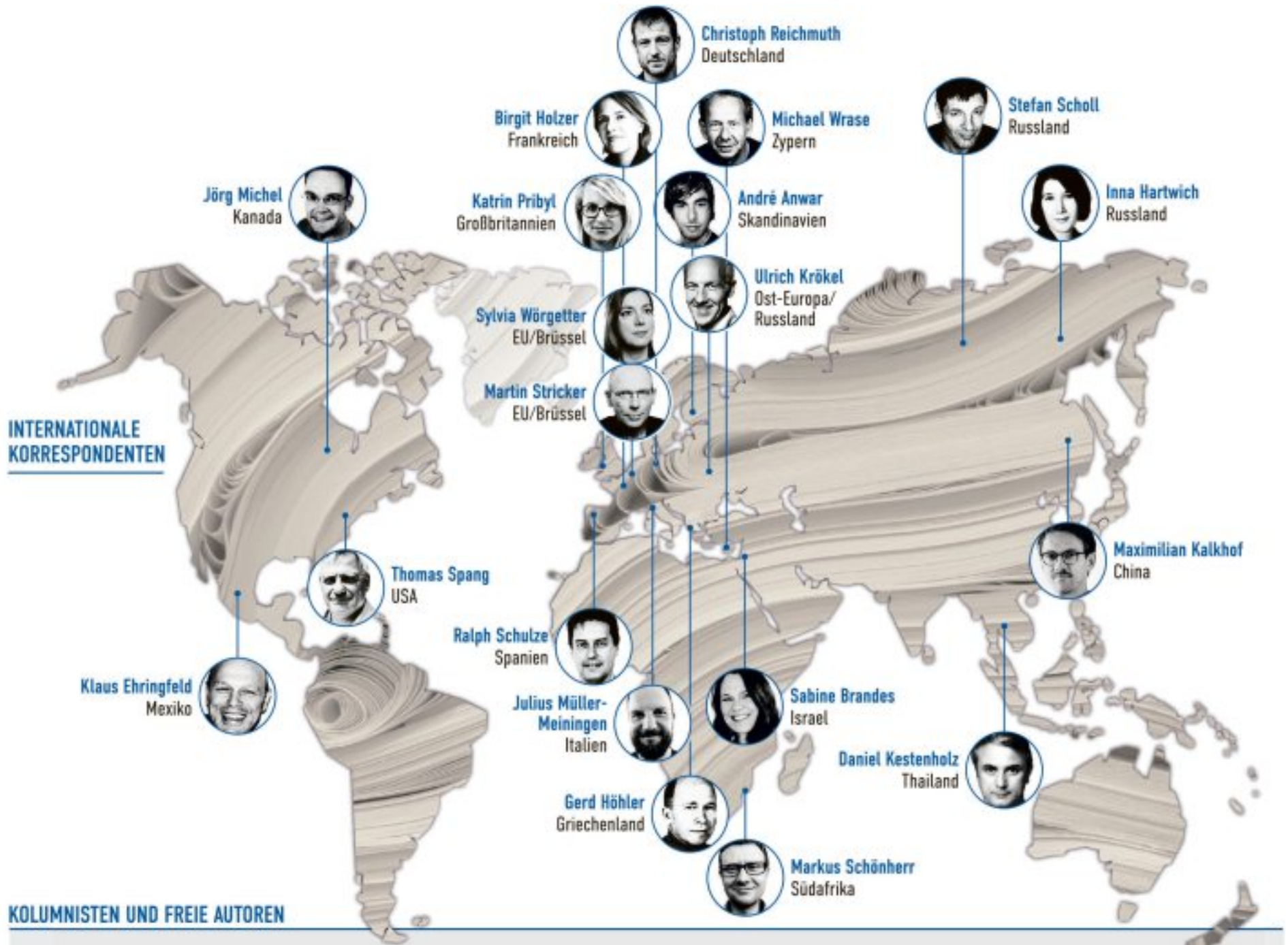
Im digitalen Zeitalter und insbesondere in Folge der „sozialen Medien“ sind Dialektik, Integration, der demokratische Prozess und der Rechtsrahmen in den bekannten Erscheinungsformen schwer oder gar nicht mehr möglich.

Die Öffentlichkeit wird individualisiert und ist die Summe unkontrollierbarer Reflexionen ego-manischer Natur.

Keine kollektiven Anliegen sind der Inhalt individueller Publizität, es sind persönliche Interessen von politischer bis materieller Disqualifikation. Zu den genannten Aufgaben der „Salzburger Nachrichten“ als Tageszeitung kommen neue hinzu. Wir werden der Öffentlichkeit unserer Leser eine Plattform bieten, um sich in den allgemeinen Diskurs zu integrieren und alle publizistischen Strategien umsetzen, die der Qualität im sozialen Miteinander von Nutzen sein können. Der Begriff einer Information „als wissenserweiternde Nachricht“ betrifft alle Lebensbereiche und fördert deren Effizienz. Das Thema Klimawandel ist inzwischen ein Fixpunkt in unserem redaktionellen Konzept. Das soziale Miteinander auf der Basis des demokratischen Prozesses betrifft die nächste Generation genauso.

Wenn wir uns zum 75. Geburtstag über Glückwünsche freuen, sind uns auch neue publizistische Verpflichtungen für die Zukunft aus gegebenem Anlass bewusst.

Korrespondenten, Autoren, Agenturen, Führungskräfte



- Michael Darmanin
- Julia Danielczyk
- Andrea Maria Dusl
- Fred Fettner
- Joachim Glaser
- Hans Gmeiner
- Bertl Göttl
- Eva Halus
- Karl Harb
- Christian Heugl
- Johannes Huber
- Jochen Jung
- Manfred Koch
- Gertraud Leimüller
- Susi Luss
- Fritz Messner
- Magdalena Miedl
- Peter Plaikner
- Karl Ploberger
- Eva Rossmann
- Dirk Stermann
- Anton Thuswaldner
- Wolfgang Tonis
- Tanja Warter
- Thomas Wizany
- D. P. Zier
- u. A.



NACHRICHTEN- UND BILDAGENTUREN

- APA** - Austria Presse Agentur
- AFP** - Agence France-Presse
- dpa** - Deutsche Presseagentur
- pa** - dpa-Picture Alliance - Bildagentur
- REUTERS** - Reuters - Nachrichtenagentur
- AP** - AP - Associated Press
- GEPA** - Gepa Pictures - Bildagentur
- IMAGNO** - Imagno - Brandstätter Images
- ÖNB** - Österreichische Nationalbibliothek

Herausgeber



Max Dasch

Chefredakteur



Manfred Perterer

Stv. Chefredakteur



Andreas Koller

Chefs vom Dienst



Karin Zauner



Anja Kröll



Thomas Hofbauer

Ressortleiter



Gudrun Doring, Außenpolitik



Ralf Hillebrand, Medien/Wiss./Tech.



Hedwig Kainberger, Kultur



Andreas Koller, Innenpolitik



Richard Oberndorfer, Sport



Alfred Pfeiffenberger, Chronik



Christian Resch, Wochenende



Gerhard Schwischoi, Salzburg-Lokal



Andrea Thiel, Korrektorat

Richard Wiens, Wirtschaft

Gertraud Wieser, Layout

Karin Zauner, Digital

Von der Unabhängigkeit und dem Streben nach Qualität

Die „Salzburger Nachrichten“ sind frei.

Das Ansehen der Zeitung ist in ganz Österreich groß.

MANFRED PERTERER

Die „Salzburger Nachrichten“ waren von der ersten Stunde an erfolgreich. In den schwierigen Zeit gleich nach dem Zweiten Weltkrieg war die Nachfrage nach der freien Stimme aus der Mitte Österreichs besonders drängend. Der Zuspruch über die Grenzen des eigenen Bundeslandes hinaus war entsprechend groß. Der Anspruch der Gründerväter Max Dasch und Gustav A. Canaval war es, eine Zeitung zu machen, die in ganz Österreich beachtet und geachtet wurde. Das ist bis heute so geblieben. Die „Salzburger Nachrichten“ haben täglich ein Drittel aller Leserinnen und Leser außerhalb Salzburgs. Einen so hohen Wert erreicht sonst keine Zeitung aus einem österreichischen Bundesland. Die SN bilden mit dieser Position schon seit Bestehen ein starkes Gegenbild zu den Wiener Zeitungen.

Die journalistische Qualität wurde vom ersten Tag an hochgehalten. Viele angesehene Journalisten sind im Lauf der 75 Jahre aus den Reihen der SN hervorgegangen, unter anderem Gerd Bacher, Gerhard Neureiter, Karl Heinz Ritschel, Katharina Krawagna-Pfeifer oder heute Andreas Koller, der gleich mehrfach zum besten innenpolitischen Journalisten des Landes gewählt wurde.

Mit ihrem Bekenntnis zum unabhängigen Qualitätsjournalismus haben sich die SN überregional Anerkennung erarbeitet. Qualität ist jedoch ein dehnbare Begriff. Viele nehmen ihn für sich in Anspruch. Doch die Vorstellungen davon, was man darunter verstehen kann, gehen auseinander. Selbst

die Macher von Boulevardzeitungen sprechen heute von Qualität, wenn sie ihre eigenen Blätter meinen.

Die „Salzburger Nachrichten“ arbeiten nach journalistischen Regeln. Passieren Fehler – und die passieren natürlich immer wieder einmal –, dann geben wir sie auch zu und versuchen uns zu verbessern. Auch das zählt zum Qualitätsjournalismus. Journalisten müssen besonders kritikfähig sein. Sie teilen gern aus, aber wenn es ums Einstecken geht, haben viele von ihnen ein Glaskinn. Die Journalistinnen und Journalisten der „Salzburger Nachrichten“ stellen sich den Fragen und Anregungen ihrer Leserinnen und Leser.

Hier exemplarisch einige der wichtigsten SN-Qualitätsregeln, die die Basis für das redaktionelle Konzept und die tägliche Arbeit bilden:

1. Wir agieren unabhängig, politisch wie wirtschaftlich.
2. Wir bringen eine hohe journalistische Eigenleistung, gedruckt und digital.
3. Wir betreiben faire Recherche – Check, Re-Check, Doublecheck.
4. Wir trennen Bericht und Kommentar und zeichnen diese klar aus.
5. Wir sorgen für eine klar erkennbare Trennung zwischen redaktionellen und kommerziellen Inhalten.
6. Wir betreiben keinen Kampagnenjournalismus.
7. Wir pflegen die lückenlose Quellenangabe.
8. Wir betrachten auch die Kehrseite der Medaille – audiatur et altera pars.
9. Wir blicken über den Salzburger und über den österreichischen Tellerrand in die Welt hinaus.
10. Für uns gilt der Ehrenkodex der Presse:

Unsere Journalistinnen und Journalisten wissen, was sich gehört.

11. Unsere Sprache soll verständlich und vor allem richtig sein.
12. Wir setzen auf journalistische Aus- und Fortbildungsmaßnahmen.

Die Redaktion der „Salzburger Nachrichten“ lebt, seit Max Dasch und Gustav A. Canaval die Zeitung im Herbst 1945 von den Amerikanern übertragen bekommen haben, in journalistischer Freiheit. Diese wird seither durch den Herausgeber garantiert.

Für die Demokratie in Österreich sind Qualitätszeitungen lebensnotwendig. Die Politik hat freilich mit unabhängigen Medien keine Freude. Schon zu Gründungszeiten der SN wollten die damaligen Parteien (ÖVP, SPÖ, KPÖ) das Erscheinen der un-

abhängigen „Salzburger Nachrichten“ am liebsten verhindern. Sie haben die SN viele Jahre lang mit großem Eifer bekämpft. Die Skepsis ist bis heute geblieben. Kein Wunder, zählt doch die Kontrolle der Mächtigen zu den wesentlichen Aufgaben der Zeitung.

SN-Journalistinnen und -Journalisten berichten ausgewogen und objektiv, schlagen sich nicht auf jemandes Seite und machen sich mit keiner Partei gemein. Wenige Journalisten sehen sich als Teil der Macht. Doch die liegen komplett falsch. Unser Platz ist auf der Tribüne, am besten bei den Stehplätzen, nicht auf dem Spielfeld. Journalisten müssen außerhalb der verhaberten Republik stehen, damit sie auch weiterhin einen kritischen Blick auf sie werfen können.

Auch in der Medienwelt ist heute alles viel, viel schneller geworden. Wir haben dem als SN Rechnung getragen. Wir haben alle digitalen Kanäle ausgebaut und bieten heute einen Service mit Nachrichten und nützlichen Informationen (www.SN.at) sieben Tage in der Woche rund um die Uhr. Da zählt natürlich auch Tempo. Aber noch mehr zählt die inhaltliche Qualität einer Zeitung mit all ihren digitalen Möglichkeiten. Dazu braucht es ausgezeichnete Mitarbeiter und auch Zeit. Journalisten neigen wie auch Teile ihres Publikums zum digitalen Hyperventilieren. Da können leicht Fehler passieren. Wir von den „Salzburger Nachrichten“ wollen diese, so gut es geht, vermeiden.

Auch eine sich immer schneller drehende digitale Welt erfordert längeres Nachdenken. Es verringert die Gefahr, dass immer schneller auch falsch entschieden wird. Geduld ist ein knappes Gut. Wir möchten das anders halten. Für uns gilt: Ruhe bewahren, erst denken, dann schreiben.



Manfred Perterer, Chefredakteur. BILD: SN/SCHNABLER

Was ist eine Blattlinie und was ein Herausgeber?

Die grundlegende Richtung der „Salzburger Nachrichten“ ist in der Blattlinie festgelegt.

Für Oligarchen, viele Politiker, Macht- und Vermögensfetischisten, Fanatiker, Psychopathen und Egomane jeglicher Art sind und waren Journalisten und Publizisten schon immer Feindbilder oder Erfüllungsgehilfen.

In jedem politischen System, das demokratische Spielregeln missachtet, werden freie Medien und deren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verfolgt und zum Schweigen gebracht.

In jedem demokratischen System, vorrangig auch für die Amerikaner – vor 75 Jahren, sind Meinungsfreiheit, Vielfalt und Menschenachtung Prinzipien, welche für das Funktionieren dieser politischen Ordnung Voraussetzung sind.

Auch aus diesem Grund sind im österreichischen Mediengesetz zwei Begriffe verankert, die vergleichbar in keinen anderen Unternehmen Gültigkeit haben.

Die „Blattlinie“ („grundsätzliche Richtung des Mediums“), welche auch mindestens ein Mal im Jahr veröffentlicht werden muss, und der „Herausgeber“, welcher dafür verantwortlich ist, dass sich sein Haus an die Richtlinien hält.

Die Aufgaben eines Herausgebers wurden von den Verlegern klar präzisiert, sie dokumentieren damit auch ihr Verständnis, was die Sensibilität eines Medienunternehmens anbelangt.

Seine Aufgaben sind: „Wahrnehmung der in der Blattlinie festgelegten grundlegenden Richtung der Zeitung in Koordination mit dem Chefredakteur.“

Wahrnehmung der durch die Geschäfterversammlung artikulierten grundlegenden unternehmenspolitischen Intentionen der Eigentümer in Koordination mit der Geschäftsführung.“

Die Blattlinie der SN lautet wie folgt: Die grundlegende Richtung der „Salzburger Nachrichten“: Blattlinie: Die „Salzburger Nachrichten“ sind eine parteipolitisch unabhängige Tageszeitung, dem christlichen Weltbild verpflichtet, und treten unabdingbar für die Freiheit des einzelnen Menschen ein. Die „Salzburger Nachrichten“ sind gegen jede totalitäre Herrschaftsform, respektieren die von der UNO deklarierten Menschenrechte und bekennen sich zu einem neutralen demokratischen Österreich, zur Rechtsstaatlichkeit und zum System der

sozialen Marktwirtschaft. Die „Salzburger Nachrichten“ sehen in der Erfüllung ihrer Aufgabe, der Information und Kontrolle, einen wesentlichen Beitrag zur demokratischen Gesellschaft. Die Freiheit der Journalisten, nach bestem Wissen und Gewissen arbeiten zu können, ist durch den Herausgeber garantiert.

Das sind Vorgaben, welche nicht nur die Journalistinnen und Journalisten, sondern auch die Leserinnen und Leser betreffen. Sollte es zu einer Änderung der Grundsätze durch die Eigentümer kommen, können die Journalistinnen und Journalisten, falls sie damit nicht einverstanden sind, unter hohen Abfertigungsansprüchen selbstständig kündigen, und die Leser werden sich von ihrer Zeitung möglicherweise distanzieren.

Auch der Herausgeber kann zurücktreten von seiner Funktion.

Der „Herausgeber“ und die „Blattlinie“ sind keine medialen Exoten im Dschungel der globalen Realität, sie dokumentieren die Verantwortung der Zeitung in der Demokratie und sind unantastbar, so lange wie möglich.

Die Amerikaner haben die Lizenzvergabe an die Gründer der „Salzburger Nachrichten“, Max Dasch und Gustav A. Canaval, an Auflagen gebunden, welche vorrangig durch die damals aktuelle Geschichte geprägt waren, sich zum Teil aber auch bis heute in der „grundlegenden Richtung“ der SN wiederfinden.

Unter anderem hieß es damals in den vertraglichen Auflagen an die neuen Eigentümer der „Salzburger Nachrichten“: „(...) in den von der Gesellschaft herausgegebenen Zeitungen und Druckschriften dürfen undemokratische, nationalsozialistische, faschistische oder antiösterreichische und unsoziale Gedanken in keiner Form vertreten werden.“

Das Gegenteil davon hat die „Kommunikationskultur“ der digitalen Welt mit sich gebracht. Was bis heute fehlt, ist jede Form der Selbstdisziplinierung, eine Rechtsverbindlichkeit und die Achtung der Menschen.

Die Gesellschaft wird sich von ihrem Missbrauch distanzieren und jene Werte, um die sich die SN seit 75 Jahren bemühen, noch mehr schätzen als früher. **MADA**

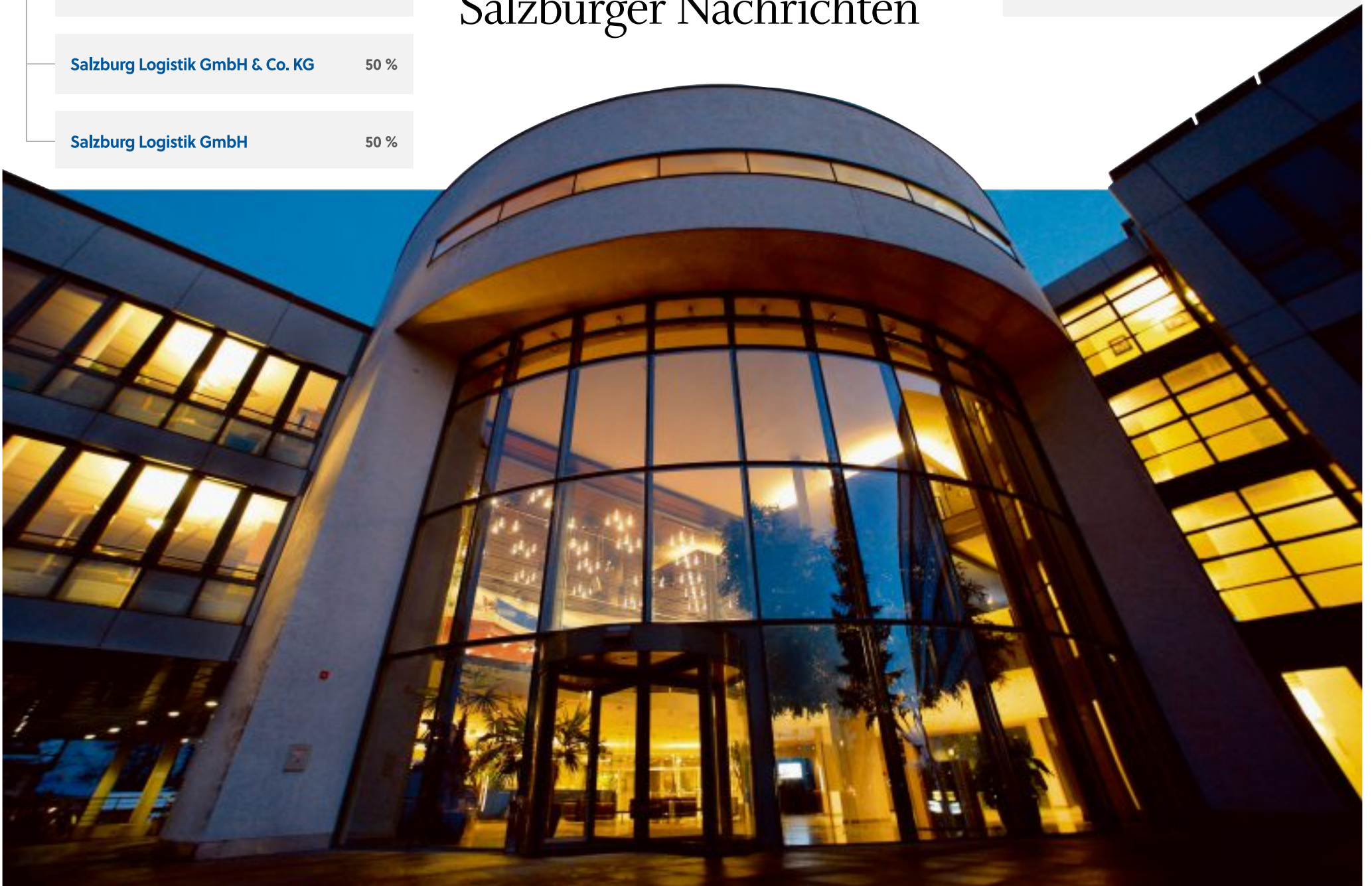


Die Geschäftsführer des Unternehmens (von links): Mag. Martin Hagenstein, Dr. Max Dasch, Mag. (FH) Maximilian Dasch und Roman Minimayr.

BILD: SN/SCHNABLER



Die Struktur der Salzburger Nachrichten



Das Pressezentrum der „Salzburger Nachrichten“.

BILD: SN/ROBERT RATZER



Zwei exemplarische Titelseiten, eine aus der Zeit der amerikanischen Herausgeberschaft, eine aus der Zeit der freien österreichischen Eigentümer.

Eine Reise mit den SN durch die Jahrzehnte

Die vorliegende Jubiläumsnummer unterscheidet sich wesentlich von anderen. Anstelle einer Nabelschau laden wir Sie zu einer publizistischen Reise durch die Jahrzehnte des Bestehens der „Salzburger Nachrichten“ ein. Auf den folgenden Seiten finden Sie exemplarische Beispiele dafür, wie die SN herausragende Ereignisse dargestellt haben. Und wie sie selbst Geschichte geschrieben haben durch besondere journalistische Leistungen.

Der Ablauf dieses Jubiläumshefts entspricht der logischen Abfolge einer Tageszeitung. Zunächst kommen besondere Themen aus den Bereichen Weltpolitik. Die SN haben bereits in ihren ersten Erscheinungsjahren immer wieder für Aufsehen gesorgt. 1950, in den ersten Märzwochen, veröffentlichte die Zeitung die Tagebucheinträge des italienischen Diktators Benito Mussolini. Ein ehemaliger Wehrmachtsoffizier hatte die beglaubigte Übersetzung des Manuskripts wenige Tage vor der Kapitulation im Stift Kremsmünster

an sich genommen – dorthin war das Reichssicherheitshauptamt vor den Russen geflüchtet. Erst nach Jahren übergab er sie den „Salzburger Nachrichten“, die zusagten, das Redaktionsgeheimnis zu wahren und ihre Quelle zu schützen. Die Serie in den „Salzburger Nachrichten“ wurde von Medien auf der ganzen Welt nachgedruckt.

Der nächste Abschnitt gilt der Innenpolitik. Einer der großen journalistischen Höhepunkte aus der Sicht der „Salzburger Nachrichten“ war der FPÖ-Spaltungs-Parteitag am 7. September 2002 in Knittelfeld. Als einziger Journalist war SN-Reporter Helmut Schliesselberger unerkannt im Saal der Delegierten. Sein Bericht schlug ein wie eine politische Bombe. Wenig später war die Regierungsbeteiligung der FPÖ Geschichte.

Einen besonderen Platz haben die „Salzburger Nachrichten“ seit jeher der Kultur eingeräumt. Durch die Unterstützung der SN wurde etwa die Gründung der Szene der Jugend in Salzburg stark gefördert. Auch im Streit um die beabsichtigte Einbürgerung von Bertolt Brecht haben die SN eine be-

sondere Rolle gespielt. Und immer wieder ist die Zeitung als Berichterstatteerin und Kommentatorin der Ereignisse rund um die Salzburger Festspiele hervorgehoben.

Eine der ganz großen exklusiven Geschichten unserer Wirtschaftsredaktion, die für Aufsehen sorgte, war ein Bericht über den ersten Traktor, den Ferry Porsche gebaut hatte. Die führende Zeitung in Österreich waren wir bei der Berichterstattung über die Atomic-Pleite. Die SN brachten exklusiv die Hintergründe dafür, warum eine einst so erfolgreiche Skifabrik in andere Hände gewandert ist und wer davon profitiert hat.

Eine immer größere Rolle spielte im Lauf der Jahre die Berichterstattung über Salzburg selbst. Das war in den Anfangsjahren schwierig. Papier war streng kontingentiert. Die SN mussten über die ganze Welt berichten. Erst später war auch für Salzburg-Themen mehr Platz. Die Zeitung hat immer wieder Skandale aufgedeckt und aufrüttelnde Kommentare veröffentlicht. Einer, der Folgen für die gesamte Stadtplanung hatte,

war ein Leitartikel des damaligen Chefredakteurs Karl Heinz Ritschel über „Die vermurkste Stadt“. Ein weiteres Highlight stellte die Aufdeckung des WEB-Skandals dar oder später dann die publizistische Aufarbeitung des Finanzskandals, der die politische Landschaft im Land Salzburg komplett veränderte.

Der Sport spielte zu Beginn der SN noch eine kleinere Rolle in der Berichterstattung. Die Zahl der Sportveranstaltungen war noch nicht groß. Im Lauf der Jahre ist die Sportberichterstattung nicht nur viel umfangreicher, sondern noch spannender und hintergründiger geworden. Sportchef Richard Oberndorfer ist eines der ganz seltenen Interviews mit dem Tennis-Superstar Rafael Nadal gelungen. Die SN haben aber auch schon früher gewittert, ob jemand besonderes sportliches Talent hat. Wir haben als erste Zeitung ein Porträt der Nachwuchssportlerin Annemarie Pröll veröffentlicht. In der Folge ist sie (dann als Annemarie Moser-Pröll) zum Weltstar aufgestiegen.

Weltpolitik

MUSSOLINIS TAGEBUCH

Ein Blick in die Seele des Duce

März 1950. Ein sensationeller Fund. Wie die SN an die Erinnerungen Benito Mussolinis kamen.

JOSEF SCHORN

Verschollene Tagebücher berühmter Diktatoren zu heben, das gilt naturgemäß als Scoop – stets begleitet von der Furcht vor der Blamage: Fälschung oder historisch wertvolle Entdeckung? Wie schmal der Grat ist, auf dem journalistische Spurensucher sich bewegen, zeigt die Farce um die Tagebücher Adolf Hitlers, die ein Fälscher der damals sehr anerkannten Illustrierten „Stern“ andrehen konnte. Das Blatt hat sich von dieser Peinlichkeit lang nicht erholt.

Auch Italiens Duce stand post mortem im Mittelpunkt mehrerer Fälschungsskandale. In den Neunzigerjahren erwiesen sich Erinnerungen Benito Mussolinis als manipuliert, später wurde immer wieder über geheimnisumwitterte Tagebücher gestritten. „I diari di Mussolini“, dieser Titel versprach Ruhm und Auflage. Vor ein paar Jahren erst sind gleich fünf Editionen von Aufzeichnungen Mussolinis erschienen.

1950, in den ersten Märzwochen, kündigten die „Salzburger Nachrichten“ die Veröffentlichung eines „einmaligen Dokumentes“ an. Der Welt sollte, erstmals und exklusiv, ein authentischer Einblick in die Seele eines mächtigen zeitgenössischen Diktators unmittelbar nach seinem Sturz gestattet werden. Alfons Dalma, damals stellvertretender Chefredakteur und später langjähriger ORF-Korrespondent in Rom, fügte dem ersten von acht Teilen einer Serie ein Vorwort an und erklärte die Umstände der Auffindung des (unstrittigen) Textes, den der Vielschreiber Mussolini „Pontinische und sardische Gedanken“ betitelt hatte. Ein Wehrmachtsoffizier hatte die beglaubigte Übersetzung des Manuskripts wenige Tage vor der Kapitulation im Stift Kremsmünster an sich genommen – dorthin war das Reichssicherheitshauptamt vor den Russen geflüchtet. Erst nach Jahren übergab er sie den „Salzburger Nachrichten“, die zusagten, das Redaktionsgeheimnis zu wahren und ihre Quelle zu schützen. Ursprünglich waren Mussolini die Notizen bei seiner Befreiung durch deutsche Fallschirmjäger auf dem Gran Sasso d'Italia 1943 entwendet worden. Erst auf sein Bitten erhielt er die Aufzeichnungen, entstanden während seiner Inhaftierung auf den Inseln Ponza und La Maddalena, wieder zurück.



BILD: SINARCHIV-GEMEINFREI

Mussolinis Korrespondenz entdeckt

BENITO MUSSOLINI

Am 28. April 1945 wurde Benito Mussolini, damals das Oberhaupt der „italienischen sozialen Republik“, bei einem Fluchtversuch in der Richtung Schweiz von einer kommunistischen Abteilung der italienischen Partisanen gefangen genommen, zum Tode verurteilt und im Dorf Dongo hingerichtet. 600 Tage vorher wurde er von der Abteilung Skorzeny aus der Internierung in einem Berghotel auf dem Grand Sasso d'Italia befreit. Am 25. Juli 1943 war er gestürzt worden, sein 20jähriges Regime war zu Ende. In den ersten Wochen der Internierung schrieb er ein TAGEBUCH, das seitdem trotz aller Nachforschungen unauffindbar blieb. Auf Grund einiger zu unserer Kenntnis gelangten Indizien und nach längeren Bemühungen befinden sich die „Salzburger Nachrichten“ nunmehr im Besitz des Textes dieses Tagebuches, das Mussolini selbst „MEINE PONTINISCHEN UND SARDISCHEN GEDANKEN“ – nach den Orten seiner ersten Internierung – betitelt. Dieses einmalige Dokument werden wir ab kommenden Samstag in unserem Blatt veröffentlichen. Zum ersten Mal wird der Welt ein authentischer Einblick in die Seele eines mächtigen zeitgenössischen Diktators unmittelbar nach seinem Sturz gestattet.

Die Auffindung des Textes

Wenige Tage vor der Kapitulation der deutschen Wehrmacht wurde eines der Ämter, die nach der Enttarnung des Admirals Canaris als Leiter der deutschen Abwehr im Oberkommando der Wehrmacht in der Hand des Chefs des Reichssicherheitshauptamtes Dr. Kaltenbrunner vereinigt wurden, im Stift Kremsmünster – wohin dieses von Wien beim Herannahen der Roten Armee verlegt worden war – aufgelöst. Es war befohlen, alle Akten dieses Amtes zu verbrennen.

Während Angestellte mit der Aktenrichtung beschäftigt waren, kam ein kurz vorher zu jenem Amt kommandierter Offizier der Waffen-SS hinzu. Er sah sich einige der Akten an, und fand darunter die beglaubigte deutsche Übersetzung des Tagebuches von Benito Mussolini, vom Autor selbst am Schluß des Manuskripts „Pontinische und sardische Gedanken“ betitelt. Diese ungewöhnlich interessanten Aufzeichnungen hatte der Betreffende bereits wenige Wochen vorher zur Einsicht bekommen gehabt. Als Historiker, der jener Offizier im Zivilberuf war, hielt er es für seine Pflicht, jenes Dokument vor der Vernichtung zu bewahren, wobei er nicht ahnte, daß jene Abschrift einmal das in Verlust geratene Original würde ersetzen müssen. Er handelte damals bloß aus dem Instinkt eines gebildeten (und übrigens, wie wir wissen, hervorragenden) Historikers.

Es lag an den unerfreulichen und für alle „Belasteten“ gefährlichen Nachkriegsverhältnissen, daß es dieser tadellose und lediglich formell belastete Offizier jahrelang vorzog, darüber zu schweigen, obwohl es ihn als Historiker brannte, dieses historische Dokument der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Seine Ungeduld steigerte sich, als Jahre vergingen, ohne daß von irgendwelcher anderen Seite die Auffindung des Originals oder eines der anderen seinerzeit bestimmt vorhandenen deutschen Texte bekanntgegeben wurde. Vor allem fürchtete er auch, daß apokryphe oder nachträglich rekonstruierte Texte die Bedeutung dieses Tagebuches Mussolinis beeinträchtigen könnten. Schließlich wandte er sich an die Redaktion der „Salzburger Nachrichten“, die ihm bezüglich seiner eigenen Person vertrauenswürdig genug erschien, und gab ihr die Existenz dieses Textes unter der Bedingung der Wahrung des Redaktionsgeheimnisses bezüglich seines Namens bekannt. Daraufhin wurde vom Auffinder und vom uns der Text des Tagebuches zusammen mit anderen begleitenden Dokumenten über die Auffindung bei einem österreichischen Notar deponiert. Es konnte nunmehr daran geschritten werden, diese Texte als einen wichtigen Beitrag zur Geschichte unserer Zeit zu veröffentlichen.

Vorwort

Am 29. Oktober 1922 – als überall in Italien infolge der andauernden politischen Anarchie und des Verfalles der Autorität der demokratischen Parteien und des Staates die jungen faschistischen Scharen in revolutionärer Bewegung waren, – wurde Mussolini vom König Viktor Emanuel III. berufen ein Kabinett zu bilden. Bevor er am Abend dieses Tages Mailand verließ, um nach Rom zu gehen, erklärte er im schon ausgeprägten mussolinischen Stil: „Morgen früh hat Italien kein Ministerium, sondern eine Regierung.“ Am 27. Juli 1943 schrieb man das Jahr XXI dieser Regierung. Am Abend dieses Tages gab die Agentur Stefani folgendes bekannt: „Der König und Kaiser von Italien hat eine von Benito Mussolini angebotene Demission vom Amt des Regierungschefs und Ministerpräsidenten angenommen.“

Inzwischen war der Faschismus eine aus der Geschichte des Jahrhunderts nicht mehr wegzudenkende Erscheinung geworden. Aus Italien war die Großmacht von Locarno geworden. König Viktor Emanuel war „Kaiser und König“ geworden. Ein rückständiges Land kam an die Spitze der europäischen Entwicklung, so daß ihm seine in der faschistischen Ära erworbene „atvezatura“ es gestattete, nach der Niederlage einen schnellen industriellen Wiederaufstieg zu erleben. Mussolini wurde zu einer markanten europäischen Figur und fand Jünger: Hitler, Franco, sogar Salazar – ohne von den kleinen Imitatoren auf dem Balkan zu reden – bekannten sich zu seiner Schule. Der sanfte, fromme und unpolitische Pius XI. nannte ihn einen „Mann der Vorsehung“. Sein Name ging in das verlässlichste Geschichtsbuch, das der römischen Kirche, ein: „Mit der „Commissiōne“ von 1929 reihte sich der Duce unter die Protagonisten der uralten Geschichte der Beziehungen zwischen Päpsten und Cäsaren. Dieser römische Diktator war ein Jahrzehnt der gepriesene Verbündete der ältesten europäischen Demokratie, Englands, ehe er als Eroberer Athiens an der Themas „Tyrann“ genannt wurde. Zur Zeit der Münchner Krise wurde er der „providentielle“ Vermittler des Friedens. Bis dann mit dem Kriege sein Stern zu sinken beginnt. Der Tiefpunkt wurde am 28. April 1943 erreicht. Ohne Gerichtsverfahren beschloß und vollzog eine Gruppe kommunistischer Partisanen seine Hinrichtung in Giulino di Mezzegra. So war das letzte Ende: Eine jubelnde Menge – wie einst vor seinem Regierungssitz im Palazzo Venezia zu Rom – unter seiner Leiche, die mit dem Kopf nach unten an einem Reklamegerüst auf der Mailänder Piazza Loreto aufgehängt war. Sie wurde dann im Geheimen an einem unbekanntem Ort begraben.

Obwohl zwischen dem 25. Juli 1943 und dem 28. April 1945 49 Tage der Gefangenschaft (bis zur Befreiung durch Skorzeny) und 595 Tage einer zweiten ephemeren Regierungsperiode in Norditalien lagen, war der 25. Juli der wirkliche Schlußtermin der faschistischen Ära. Der Faschismus verurteilte in seinem eigenen Gran Consiglio sich selbst zum Tode. An diesen historischen Zeitpunkt knüpfen Mussolinis „Pontinische und sardische Gedanken“ an. Sie beweisen, daß sich Mussolini selbst dessen bewußt war, daß



HAPPY BIRTHDAY ZUM 75ER!

Gemeinsam mit unseren Mitarbeitern, Partnern, Kunden und Lieferanten gratuliert SPAR Österreich den Salzburger Nachrichten zum 75. Geburtstag!



Prager Frühling

August 1968. Als noch Schreibmaschinen und Fernschreiber klapperten.

Der Einmarsch der Truppen des Warschauer Pakts in der ČSSR bedeutete das Ende der Hoffnungen auf mehr Freiheiten im Ostblock. Und eine enorme Herausforderung für die Redaktion der SN.

Es darf bezweifelt werden, dass jungen Menschen heute beim Stichwort Prager Frühling prompt der Einmarsch der Truppen des Warschauer Pakts in der ČSSR einfällt. ČSSR?

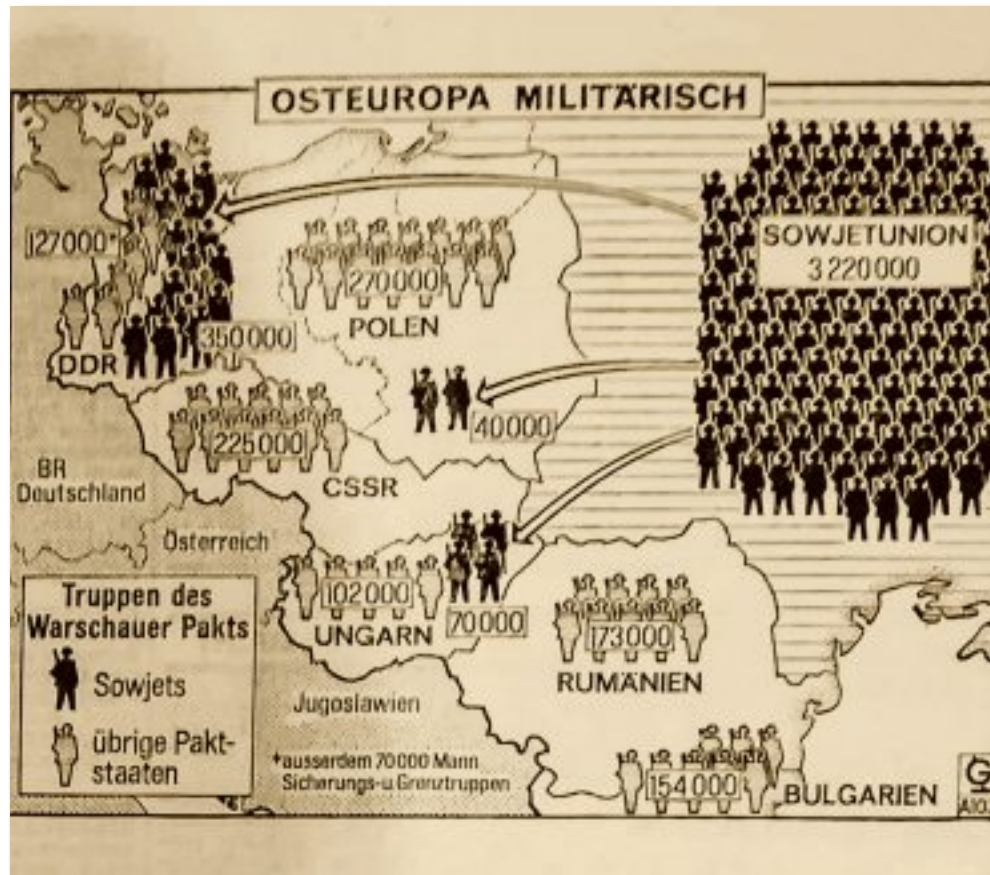
Und doch stand damals die Welt wieder einmal vor dem Abgrund, die kommunistische jedenfalls. Die 500.000 Soldaten, die in der Nacht auf den 21. August 1968 die ČSSR (Tschechien mit Slowakei) besetzten, kamen aus der Sowjetunion und den Bruderstaaten Polen, Ungarn, Bulgarien. Es war die größte Militäroperation in Europa seit 1945. Fast 160.000 Flüchtlinge strömten über die Grenze nach Österreich; Österreichs Botschafter in Prag, der spätere Bundespräsident Rudolf Kirchschläger, ermöglichte vielen die Flucht, gegen die Weisung des Außenministers Kurt Waldheim, was einen langen Schatten auf dessen Karriere werfen sollte.

Begonnen hatte alles am 31. Oktober 1967 mit Protesten tschechischer Studenten gegen die miserablen Zustände in den Studentenheimen. Die Polizei schlug hart zu, provozierte damit aber Sympathiekundgebungen, die den Reformkommunisten Alexander Dubček an die Macht brachten. Dubček verkündete den Sozialismus mit menschlichem Antlitz, nämlich Freiheit der Meinung, der politischen Parteien und das Ende der zentral gesteuerten Planwirtschaft. Das irritierte natürlich Moskau, denn Dubčeks Vorbild begann auf den Ostblock abzufärben.

In der SN-Außenpolitik wiederholte sich fortan das tägliche Ratespiel: Was kann Dubček machen, was Moskau, welche Folgen hätte Moskaus Einmischung in Prag? Die befürchtete Antwort kam am 21. August 1968 im Morgengrauen: Truppen der Sowjetunion und ihrer Verbündeten ersetzten den Prager Frühling durch die eisige Alleinherrschaft der KP – bis zum Zusammenbruch des kommunistischen Systems 1989.

Mehr als ein halbes Jahrhundert nach den Ereignissen in Prag und 31 Jahre nach der Samtenen Revolution haben Historiker ihr letztes Wort längst gesprochen. Dass Sowjetführer Leonid Breschnew, angeblich ein Hardliner, bis zuletzt eine politische Lösung forciert haben soll, überrascht; dass Walter Ulbricht, der Mann mit den listigen Äuglein und dem Ziegenbärtchen, auf die Invasion im Bruderstaat drängte, weniger.

Als der Prager Frühling losbrach und der Reform Dubček nach Sozialismus mit menschlichem Antlitz strebte, sahen auch die DDR-Kommunisten ihre Macht in Gefahr. Ulbricht fürchtete einen Schneeballeffekt und setzte sich an die Spitze jener Ostblockführer, die forderten, die



Die Kräfteverhältnisse in Osteuropa 1968: Solche Infografiken gab es damals in den SN.

Reformbewegung im Keim zu ersticken. „Weltkommunismus völlig aufgespalten“ titelten die SN.

Der Journalismus stand damals vor einer überwältigenden Herausforderung. Die ersten Berichte aus Prag kamen von einem dpa-Korrespondenten. Wie sollte man selbst an Fakten und Eindrücke hinter dem Eisernen Vorhang kommen? „Redaktionsmitarbeiter und Mitarbeiter der Salzburger Nachrichten haben sich von Linz und Wien aus zu den Grenzen begeben und werden versuchen, auch in die ČSSR zu gelangen“, kündigten die SN an. Der spätere Chefredakteur Ronald Barazon scheiterte indes bei seinem Versuch auf der Straße von Hainburg nach Pressburg, was er humorvoll protokollierte (siehe Kasten).

Mediennutzer sind es heute gewöhnt, in Echtzeit über Ereignisse informiert zu werden, wo auch immer auf dem Planeten sie stattfinden. Vor mehr als fünfzig Jahren war die Technik noch weit davon entfernt, auch nur Annäherndes leisten zu können. Clemens M. Hutter, von 1969 bis 1995 Leiter der SN-Außenpolitik, erinnert sich: „Bis Redaktionsschluss der Außenpolitik um 19 Uhr herrschte im Ressort konzentrierte Unruhe beim Verarbeiten der Fernschreiben. Einer tippte in seine Schreibmaschine, einer diktierte der Sekretärin einen längeren Text, einer befragte unsere Korrespondenten in London oder Rom telefonisch über die Be-

deutung einer Entwicklung. Kurzum: Dieser Arbeitsablauf lehrte derart Konzentration, dass man das Klappern der Schreibmaschinen oder die Telefonate nicht mehr hörte. Vor allem Außenpolitik, Wirtschaft und Sport bezogen ihr Material von internationalen Nachrichtenagenturen, die täglich 24 Stunden lang über Fernschreiber sendeten. In unserem redaktionellen Fernschreibkammerl tippten drei Fernschreiber das Material auf lange Papierrollen, einer diente für Berichte unserer Korrespondenten oder Außenredaktionen zwischen Wien und Bregenz.

Jeden Vormittag schnitt eine Sekretärin die bedruckten Papierrollen zusammen und verteilte das Material auf die Postfächer der Ressorts. Dort holten es die Sekretärinnen und ordneten es nach Ländern und Themen. Dann sahen die Redakteure dieses Material durch. Um 15 Uhr fiel in der Konferenz die Entscheidung, was wie groß oder vielleicht gar nicht ins Blatt kommt.

Die fertigen Manuskripte gingen per Rohrpost in die Setzerei, wo die Texte zeilenweise in Blei gegossen, pro Artikel zusammengestellt und im Beisein des Redakteurs umgebrochen (zu einer Seite zusammengefügt) wurden.

Nach der Textprüfung durch die Lektoren wurde jede Seite in einen Halbzylinder aus Blei gegossen und auf die Rodel (Rotationsmaschine) montiert. Das dauerte zusam-

men gut eine Stunde je Seite. Dann war die Zeitung fertig zum Andruck.“ Später dann entfiel dieser Ablauf. Redakteure druckten ihre Texte aus und klebten sie artikelweise auf ein Blatt im Format der Zeitung. Die Umformung des Umbruchs bis zur Montage in der Rodel verlief automatisch. Und das alles verkürzte die technische Herstellung einer Seite auf ein Viertel der früher üblichen Zeit. Und heute? Da erlaubt die voll-elektronische Produktion eine weitere enorme Beschleunigung, die etwa in den 60er-Jahren undenkbar gewesen ist.

Im computerisierten Zeitalter kann man sich die Kommunikation und Arbeitsmethodik in jener Zeit kaum vorstellen.

BARAZON AN DER GRENZE

„Fragens drüben, wir san kane Tschechen“, quitierte ein österreichischer Gendarmeriebeamter an der Grenze die Frage nach einer Möglichkeit, in die ČSSR zu gelangen. Nachdem er keine Einwände hatte, nachdem ich seinen gutgemeinten Rat in die Tat umzusetzen begann, machte ich mich auf den Weg. Bei der Paßkontrolle wurde mir noch ein Stempel in den Paß gedrückt. „Damit alles seine Ordnung hat“, meinte der Beamte achselzuckend und dokumentierte mit einer Grimasse sein Mißtrauen. Den kurzen Weg durch das Niemandland begleiteten die zahlreichen Neugierigen auf der österreichischen Seite mit skeptischen Bemerkungen, während auf der tschechischen Seite zwei Beamte freundlich grinsten und mir zuwinkten ...

Beim Zollhäuschen bedeuteten sie mir mit aufwendigen Gesten, daß sie mich nicht hineinlassen wollen. Auf meine ebenso klaren Gesten hin gaben sie mir zu verstehen, daß ich zumindest ein Visum haben müßte. Da aber keine mehr ausgegeben wurden und auch die glücklichen Besitzer eines Visums nicht eingelassen wurden, zog ich wieder ab und erhielt nach wenigen Minuten den zweiten Grenzübergangsstempel an diesem Tag: „Damits offiziell wieder daham san“.

Zahlreiche Reisende passierten den Grenzübergang und bestätigten, daß sie in den Morgenstunden von einer entsetzten und aufgeschreckten Bevölkerung informiert worden seien und daß daraufhin eine Urlauber-Massenflucht eingesetzt hat. Behelligt seien sie nicht worden, die Truppenbewegungen seien eher diskret verlaufen. Den Seufzer der Erleichterung konnte keiner unterdrücken. Der Eindruck eines verängstigten und wütenden Volkes war eine zu frische „Urlaubererinnerung“.

SN-Redakteur Ronald Barazon über eine Grenzerfahrung bei Pressburg (erschien am 22. August 1968).

Blitzinvasion: CSSR total besetzt

PRAG (UPI, dpa, AP, AFP, Reuter). Neunundzwanzig Jahre nach der Annexion Böhmens und Mährens durch Hitler wiederholte sich jetzt die Geschichte: Truppen der Sowjetunion, Polens, der DDR, Ungarns und Bulgariens besetzen seit Dienstag abend 23.00 Uhr die Tschechoslowakei. In Prag fielen Mittwoch vormittag Schüsse. Die Führung der CSSR hat die Bevölkerung zur Ruhe ermahnt und den Streitkräften keinen Befehl zum Widerstand gegeben. Die Invasion aus Norden, Osten und Süden erfolgte, wie das Präsidium der tschechoslowakischen KP in einer seit 1.00 Uhr in Abständen von zehn Minuten über den Rundfunk verbreiteten Erklärung betonte, ohne Wissen des Präsidenten Svoboda, des Präsidenten der Nationalversammlung Surkovsky, des Ministerpräsidenten Cernik und des Ersten Sekretärs der KPC Dubček. Mit dieser Invasion seien die fundamentalen Prinzipien der Beziehungen zwischen sozialistischen





FRISCHE
Vielfalt
Regionalität.

...dafür stehen INTERSPAR und auch die Salzburger Nachrichten!

Wir gratulieren herzlich zu 75 Jahren frischer, vielfältiger & regionaler Berichterstattung!



Gedanken über die „totale Herrschaft“

Oktober 1958. Ein Leitartikel, der sich liest, als wäre er heute geschrieben.

René Marcic schrieb über China und wie es in Zukunft zum totalen Überwachungsstaat werden würde.

Es war acht Jahre vor Mao Zedongs großer Kulturrevolution. Und 60 Jahre bevor in chinesischen Großstädten die ersten Massenexperimente mit Kameras, künstlicher Intelligenz und Gesichtserkennung starten sollten. Doch der Leitartikel, den René Marcic am 4. Oktober 1958 in den SN veröffentlichte, klingt fast beängstigend aktuell.

Gerade hatte die chinesische Führung weitere, radi-



Mao Zedong BILD: SN/ARCHIV

kale Reformen verkündet: Immer mehr „Volkskommunen“ sollten gegründet werden, in denen Menschen in gemeinsamen Speise- und Schlafsälen, Badehäusern, Schneidereien und Milizeinheiten zusammengefasst werden sollten. Der individuelle Mensch, so analysierte Marcic, sollte quasi zu existieren aufhören, sich „wie Zucker in Wasser auflösen“. Der von George Orwell skizzierte „große Bruder“, nämlich der Staat, werde allmächtig werden – was in Euro-

pa nie vonstattengegangen sei, das werde nun in China Realität.

Marcics Kernfrage lautete, „ob der chinesische Mensch so entscheidend anderer Natur ist, dass er die Vernichtung des Menschen als Einzelwesen verträgt“. Niemand konnte damals ahnen, welche Kontrollmöglichkeiten diktatorische Staaten einmal haben würden, über soziale Medien, E-Mails, über „soziale Konten“ mit Guthaben und Strafen für das Verhalten der Bürger.

Sehr wohl ahnte Marcic aber, dass die Völker Asiens den Westen wirtschaftlich überflügeln würden, aufgrund der „Men-

schenzahl, der Bodenschätze und der fortschreitenden Technisierung“.

Der Leitartikler hält der geplanten totalen Kontrolle das Diktum von Karl Jaspers entgegen: „Kein Friede ohne Freiheit, aber keine Freiheit ohne Wahrheit.“ Vom Westen sei nun gefordert, dass er selbst „den Zusammenhang zwischen Frieden und Freiheit, Recht und Wahrheit“ begreife – und dass wir unser Leben und unsere Gesellschaft konsequent danach ausrichten. Sonst sei dem Totalitarismus aus dem Osten nichts entgegenzuhalten. Sehr viel anders hätte es Ursula von der Leyen im Jahr 2020 auch nicht ausdrücken können.

Die Mondlandung – und ein Blick in die Zukunft

Juli 1969. Eine Titelseite, ausschließlich mit Bildern.

Und ein Leitartikel, der die drohende Militarisierung des Weltalls voraussah.

Ohne Frage war es einer jener Momente, die sich in das Gedächtnis einbrennen: Als die Amerikaner Neil Armstrong und Buzz Aldrin den Mond betraten, sahen ihnen weltweit mehr als 500 Millionen Zuschauer zu. „Das ist ein kleiner Schritt für einen Menschen, aber ein großer Sprung für die Menschheit“, sagte der Kommandant der Apollo-11-Mission, Neil Armstrong, am 21. Juli 1969 um 3:56 Uhr MESZ.

Die SN hatten Tage zuvor bereits das „Ereignis des Jahrtausends“ angekündigt. Rudolf Fuhrmann berichtete am 12. Juli auf Seite 3 vorab über den geplanten Verlauf der Mission und machte die Kosten für die Leser verständlicher. Für das Gemini- und das Apollo-Programm hatte Präsident John F. Kennedy insgesamt umgerechnet 624 Milliarden – damals noch – Schilling veranschlagt: „Dieser schwer vorstellbare Betrag wird ein wenig anschaulicher, wenn man weiß, daß 624 Milliarden Schillingstücke rollenartig aneinandergelagert eine Geldschlange von etwa 1.160.800 Kilometern Länge ergeben. Sie würde jene Strecke, die die Mondfahrer auf ihrer Reise hin und zurück bewältigen werden, noch um rund 200.000 Kilometer übertreffen. Allein die Herstellung der Mond-



rakete ‚Saturn 5‘ verschlang den Gegenwert von 60 Millionen Schilling, das sind rund zwei Drittel des österreichischen Staatsbudgets.“ Am Montag, 21. Juli 1969, titelten die SN auf Seite 1 „Bemannte Raumfahrt geglückt“. Tags darauf waren auf der gesamten Titelseite nur zwei große Schwarz-Weiß-Fotos von der Mondlandung zu sehen. Für damalige Zeiten eine höchst ungewöhnliche Gestaltung. Karl Heinz Ritschel, von 1965 bis 1995 Chefredakteur der SN, kommentierte: „Kein Zweifel besteht, daß mit dem Betreten des Mondes durch den Menschen ein neues Zeitalter begonnen hat.“

Doch nach der Euphorie wurde die Berichterstattung teils nachdenklicher. Etwa in einem ausführlichen Kommentar des damaligen „SN-Kommentators für Wehrfragen“, Wolfram von Raven. Zehn Tage nach der Mondlandung erinnerte er daran, dass wissenschaftlicher Ehrgeiz sicher nicht einzige Triebfeder der Supermächte gewesen sei, solche Unsummen für „Astronautik“ auszugeben. Vielmehr gehe es um das Militärische, die Macht im Kosmos, schließlich vielleicht um die „Stationierung von Kampfmitteln im Kosmos“. Was damals zwar geleugnet wurde – von US-Präsidenten wie Ronald Reagan und Donald Trump aber wieder ernsthaft betrieben wurde und wird. **u.k., resch**

Die Salzburger Gemeinnützigen gratulieren den

SALZBURGER NACHRICHTEN
zum **75-Jahr-Jubiläum!**

www.gbv.at

Salzburgs Gemeinnützige

- bieten Wohnsicherheit
- pflegen eine partnerschaftliche Zusammenarbeit mit ihren Kunden
- verwalten über 70.000 Miet-, Mietkauf- und Eigentumswohnungen in Stadt und Land Salzburg
- investieren jährlich rund 280 Millionen Euro in Neubau und Instandsetzung
- sind Partner aller Gemeinden in unserem Bundesland

GBV

MITGLIED DER
GBV.AT

gswb

**SALZBURG
WOHNBAU**
WIR BAUEN VOR

**HEIMAT
ÖSTERREICH**

die salzburg
herzlich
mit uns
zusammen

**WOHNRAUM
BERGLAND**

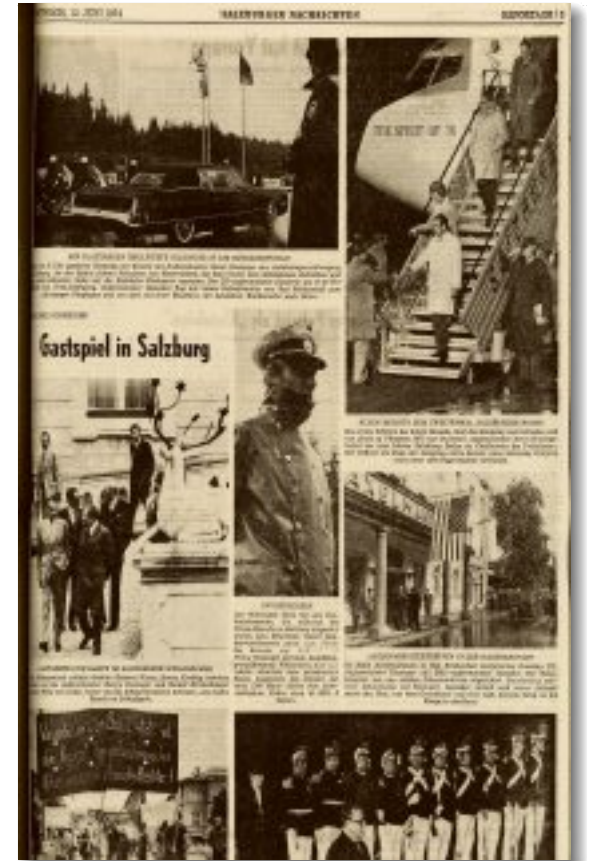
EIGENHEIM

Nixon in Salzburg: Eine Redaktion rotiert



Sondernummern in den 70er-Jahren. Bei weltpolitischen Großereignissen produzierten die SN Beilagen mit viel Hintergrund und reicher Bebilderung.

Clemens M. Hutter erinnert sich an zwei Besuche von US-Präsident Richard Nixon in Salzburg. „Weil ich das offizielle Salzburg vorher und nachher nie derart aufgeregt erlebt habe.“ Spektakulär war für Hutter auch Präsident Gerald Fords Besuch 1975 in Salzburg: „Er stolperte auf der Gangway und kollerte bis zum Boden hinunter.“ Erhebliche Aufregung herrschte auch im Hotel Kobenzl, wo Nixon logierte. Für Aufsehen sorgte besonders Kreiskys Sohn Peter, der 1972 die Vietnam-Demonstration gegen Nixon anführte und ein Plakat mit der Aufschrift „Schreibtischmörder Nixon“ trug. Strippenzieher hinter diesen Treffen in Salzburg war übrigens SPÖ-Bundeskanzler Bruno Kreisky. Hutter: „Sein Glanzstück war dann im Jahr 1975 das Treffen des ägyptischen Präsidenten Anwar as-Sadat mit Ford.“ Die SN lieferten bei diesen Anlässen umfangreiche Sondernummern.



SN-Journalistin unter Spionageverdacht

Juni 1977. Warum Birgit Cerha auf Zypern festgesetzt wurde.

Und nach 27 Stunden in Gewahrsam der griechisch-zyprischen Sicherheitsbehörden wieder freikam.

JOSEF SCHORN

Was Birgit Cerha über Makarios III., den Präsidenten der Republik Zypern und Erzbischof der orthodoxen Kirche von Zypern, zu sagen hatte, konnte nur seinen Gegnern auf der zwischen Türken und Griechen geteilten Mittelmeerinsel gefallen. Cerha war 1977 außenpolitische Redakteurin der SN und Nahost-Expertin, sie schrieb für zahlreiche Blätter im deutschsprachigen Raum. Dass sie Makarios wegen seiner Unnachgiebigkeit und Uneinsichtigkeit in der Zypern-Politik kritisiert hatte, sollte ihr Anfang Juni 1977 zum Verhängnis werden.

Cerha war im Mai zu einer mehrwöchigen Urlaubsreise nach Zypern aufgebrochen, sie blieb dort aber nicht untätig: Cerha interessierte sich für das geteilte Land, sie sprach mit Griechen und Türken, sie fotografierte. Zu ihrem Unglück veröffentlichte gerade in diesen Tagen die offizielle türkische Presseagentur jenen Artikel, in dem sich Cerha kritisch über Erzbischof Makarios geäußert hatte. Am 9. Juni um 10 Uhr wurde die SN-Redakteurin von griechisch-zyprischen Polizeibeamten festgehalten, als sie wieder einmal aus dem türkischen in den griechischen Teil der Insel wechseln wollte. Der Vorwurf wog schwer: Cerha sollte Spionage für die Türken betrieben haben.

Sie gab sofort alle Filme heraus. Im ersten Verhör bezog sie Stellung zu dem erwähnten Makarios-kritischen Artikel. Man konnte es drehen, wie man wollte – die SN und ihre Mitarbeiterin standen plötzlich im Mittelpunkt einer diplomatischen Affäre.

27 Stunden lang befand sich Birgit Cerha in Gewahrsam der griechisch-zyprischen Sicherheitsbehörden. Nach der ersten Einvernahme durch die Polizei wurde Cerha dem Geheimdienst übergeben, der alle Fragen noch einmal stellte. Die Befragung dauerte bis Mitternacht an, mit Intervallen, in denen Cerha zu essen und trinken gegeben wurde. Eine telefonische Kontaktaufnahme wurde Cerha verwehrt, mit einer Ausnahme: Sie durfte mit dem österreichischen Generalkonsul Georg Marangos in Nikosia sprechen. Am nächsten Tag wurde das Verhör ab 8 Uhr früh fortgesetzt. Nach ihrer Freilassung kurz nach Mittag erläuterte Cerha, was sie besonders bedrückt habe: „Dass ich ernsthaft als Spionin verdächtigt wurde, obwohl ich nur meinen Beruf ausgeübt habe.“ Vier Tage nach ihrer Freilassung verließ Cerha Zypern.

Die SN hatten unmittelbar nach dem ersten Bericht der französischen Nachrichtenagentur AFP über die Verhaftung Cerhas alle Hebel im internationalen diplomatischen Apparat in Bewegung gesetzt. In einem Telegramm an Erzbischof Makarios protestierte die Redaktion gegen die Festsetzung unter dem „absurden Vorwurf der Spionage“. Es handle sich um einen Will-



kürakt, der darauf abziele, „unparteiische, faire und ernsthafte journalistische Arbeit zu behindern“.

Zur gleichen Zeit gingen telegrafische Ersuchen um Intervention an UNO-Generalsekretär Waldheim, Bundeskanzler Kreisky, Außenminister Pahr, die Österreichische Journalistengewerkschaft, das Internationale Presseinstitut in Zürich und die Internationale Journalistenföderation in Brüssel.

Eine „geradezu absurde Unterstellung“ nannte Salzburgs Landeshauptmann Wilfried Haslauer sen. den Spionageverdacht und betonte, das berufliche Interesse einer Journalistin sei nicht mit Spionage gleichzusetzen. Bedeutende Persönlichkeiten aus Politik und Publizistik in Wien, Bonn und Zürich setzten sich für Cerha ein oder erklärten sich bereit, für ihre Enthaltung in Nikosia zu intervenieren. Hinzu kamen diverse diskrete Kontakte über internationale diplomatische Kanäle mit Nikosia.

In einer Danksagung an alle Hilfsbereiten unterstreicht die Redaktion: „Es liegt in der Natur offizieller, offiziöser und privater Interventionen dieser Art, dass sie durch Diskretion Wirkung zeitigen, weshalb wir um Verständnis dafür ersuchen, dass die internationalen Kontakte in diesem Fall nicht im Detail veröffentlicht werden.“

Am 13. Juni um 17:35 Uhr traf Birgit Cerha auf dem Flughafen Wien-Schwechat ein – „mit der festen Absicht, wieder nach Zypern zu fahren“, wie es in dem SN-Bericht über ihre Rückkehr aus Zypern heißt.

WERNER A. BENINGER SPRACH MIT PLO-CHEF JASSIR ARAFAT IN SEINEM HAUPTQUARTIER IN TUNIS

„Ich wünschte, Kreisky würde noch leben“

SN: Wie ist der derzeitige Stand in den Verhandlungen mit Israel, vor allem was die Hauptthemen betrifft?

☆ Die Größe der Region von Jericho, die Israel nur als Stadt Jericho mit einer Ausdehnung von 27 Quadratkilometern, die PLO hingegen als den alten jordanischen Verwaltungsbezirk mit einer Ausdehnung von mehr als 350 Quadratkilometern definiert;

☆ Die Frage der Kontrolle der Grenze zwischen Gaza und Ägypten, beziehungsweise Jericho und Jordanien;

☆ Die Frage der jüdischen Siedler und deren Sicherheit?

ARAFAT: Ich bedaure, sagen zu müssen, daß die Israelis noch immer nicht ehrlich verhandeln und die Vereinbarungen des Gaza-Jericho-Abkommens wirklich einhalten wollen. Der Schlüsselzeitpunkt ist der 13. April (bis dahin müssen laut Abkommen vom 13. September 1993 die israelischen Soldaten die Autonomiegebiete verlassen haben, Anm. d. Red.). An diesem Punkt beginnt nun alles, es fängt damit an, daß die einzelnen Punkte im Übereinkommen nicht eingehalten werden. Israel besteht weiterhin auf der Kontrolle der Grenzübergänge. Das bedeutet, daß sich die Israelis nicht zurückziehen, sondern den derzeitigen Status erhalten wollen. Sie bestehen darauf, aus Gaza ein Getto für die Palästinenser zu machen.

Das gleiche gilt für Jericho. Wer kann das akzeptieren, wenn sie bleiben? Wer ist bereit, Geld für Investitionen in ein israelisches Anhängsel beziehungsweise in ein Getto auszugeben? Wer ist dazu bereit? Das sind die Manöver, die die Israelis nun zu spielen versuchen.

„Die Israelis verhandeln noch nicht ehrlich“

SN: Was heißt das konkret für den Fortgang der Verhandlungen, für den Friedensprozeß im Nahen Osten?

ARAFAT: Nehmen Sie die Region Jericho als Beispiel, vor dem Hintergrund über das, worüber wir gesprochen haben. Die Provinz Jericho ist 712 Quadratkilometer groß — dies laut Definition der israelischen Verwaltung. Angeboten haben sie uns dann 27 Quadratkilometer und dieses Angebot zuletzt auf etwa 50 Quadratkilometer erhöht. Was



Knapp eine Stunde lang stand Arafat in Tunis den „Salzburger Nachrichten“ Rede und Antwort

soll das sein? Ein Getto, eine neue Enklave? Die Israelis sprechen über so kleine Gebiete, hingegen ist vereinbart, daß sie sich innerhalb von vier Monaten aus allen diesen Gebieten zurückziehen müssen. Was soll das heißen? Das bedeutet doch, daß es ihre Intention ist, sich nicht zurückzuziehen.

SN: Ist es dann überhaupt noch realistisch, daß der Zeitplan, nach dem der israelische Rückzug bis 13. April abgeschlossen sein soll, überhaupt noch erfüllt werden kann. Man ist doch jetzt schon in Verzug.

ARAFAT: Rabin erklärte wiederholt, nicht einmal der 13. April sei ein fixer Datum. Was soll das heißen?

SN: Wenn aber der Zeitplan nicht erfüllt werden kann, sehen Sie dann überhaupt irgendeine Möglichkeit, die Enttäuschung und Verbitterung der Menschen, die in den besetzten Gebieten leben, unter Kontrolle zu halten?

ARAFAT: Das hängt von denen ab, die die Übereinkunft mit uns unterschrieben haben. Es wird dann auch die Frage sein, wie die internationale Gemeinschaft reagiert. Es handelt sich nämlich nicht nur um ein Abkommen, das die Israelis unterschrieben haben. Es ist letztlich auch ein internationales Übereinkommen. Dann hängt es davon ab, wie die Europäer, wie Clinton, wie die Amerikaner reagieren.

SN: Hat die PLO konkrete Möglichkeiten, die Gewalt in den besetzten Gebieten zu stoppen?

ARAFAT: Es geht ja nicht nur darum. Es gibt weiterhin Unterdrückung und die Provokation von Ausschreitungen. Was soll das, wenn immer noch neues Land beschlagnahmt wird, wenn sie immer noch beginnen, neue Siedlungen zu bauen, speziell bei Jerusalem? Die Isolation Jerusalems wird weiter verstärkt. Und dann gibt es zusätzlich noch den

Skandal, der erst vergangene Weihnachten passiert ist, als sie den Christen einen Sonderstatus an den heiligen Stätten eingeräumt haben.

SN: Demnach hat das Gaza-Jericho-Abkommen für die Menschen in den besetzten Gebieten bisher überhaupt keine Veränderung gebracht. Den Flüchtlingen, die nach 1967 Palästina verlassen haben, wurde zwar das Rückkehrrecht zugesichert, tatsächlich dürfen sie aber nicht ins Land. Von deutlich mehr als 10.000 Palästinensern, die sich in israelischen Gefängnissen befinden, wurden bisher gerade 650 freigelassen, und die Unterdrückungsmaßnahmen durch die Besatzer wurden, wie sie gesagt haben, auch nicht geringer.

ARAFAT: Worauf wir uns geeinigt haben, muß endlich respektiert werden. Das heißt, jetzt geht es vorwiegend um den Rückzug und die Unabhängigkeit. Mit Beginn des dritten Jahres — nicht während, mit Beginn! — müssen wir dann die anderen Probleme diskutieren.

SN: Aber freigelassen wurden doch weniger Palästinenser, als man sich erwartet hatte?

ARAFAT: Nicht nur das. Die Unterdrückungsmaßnahmen gegenüber unseren Frauen, unseren Leuten eskalieren weiterhin. Die Fortsetzung dieser Aktivitäten zeigt doch, welches Spiel die Israelis weiterhin spielen.

SN: Es gibt doch auch Versuche, die palästinensische Bevölkerung zu spalten, wenn etwa General Doran erst jüngst, nach Geheimgesprächen mit den radikalen Hamas-Leuten, zu denen ihn Rabin geschickt hat, davon berichtete, daß Hamas israelische Besatzung der Autonomie vorzöge — aus Angst vor einem Regime Arafats und seiner Leute.

„Wer spricht von einem Bürgerkrieg?“

ARAFAT: Das ist eine falsche Geschichte, die die Israelis ständig wiederholen. Sie versuchen, uns auf diese Weise gegeneinander auszuspielen. Aber wir sind sicher, daß die Einigkeit stark ist, viel zu stark, als daß sie dadurch gefährdet werden könnte.

SN: Dennoch, wie steht es mit Ihren Beziehungen zu Hamas? Glauben Sie deren Beteuerungen, daß sie einen Bürgerkrieg verhindern wollen?

ARAFAT: Warum Bürgerkrieg? Wer spricht von einem Bürgerkrieg? Das ist eine Sache, wovon nur die Israelis sprechen. Ihre Offiziere verkaufen Waffen, verkaufen Gewehre, weil sie im Hinterkopf haben, es könnte die Palästinenser dazu bringen, einen Krieg untereinander zu beginnen und sich entzweien zu lassen. Die Israelis müssen sich zurückziehen. Und ich bin sicher — sagen Sie das jedem Israeli, jedem israelischen Offiziellen —, daß das keine Handlung

gen sind, die bei unseren freien Männern, unseren freien Leuten — in einer Demokratie und in einer Gesellschaft, in der die Menschenrechte beachtet werden — irgendetwas bewirken können.

Sie müssen sich daran erinnern, daß beispielsweise in Beirut viele palästinensische Organisationen vertreten waren, die über alle Arten von Waffen verfügten — Kanonen, Gewehre, ja sogar Panzer. Und nichts passierte untereinander. Es gab vielmehr Einigkeit und Stabilität unter den Palästinensern. Wir sind sicher, daß unter den Palästinensern Verantwortungsbewußtsein herrscht. Sicherlich, es wird Oppositionelle geben, aber das ist ein Teil unserer Demokratie.

SN: Wie sieht es vor diesem Hintergrund mit Ihren Beziehungen zu Syrien aus? Werden Sie Präsident Assad in den nächsten Wochen treffen?

ARAFAT: Wenn es dazu die Möglichkeit gibt, warum nicht? Man soll aber nicht vergessen, daß es erst kürzlich in Damaskus ein Treffen zwischen Syrien und Ägypten und anderen Staaten gegeben hat, und diese Staaten die Deklaration, die wir mit Israel unterzeichneten, ausdrücklich unterstützen.

SN: Sie werden enorme Summen brauchen, um Gaza und Jericho wieder aufzubauen...

ARAFAT: ... und die Westbank.
SN: Wie steht es um die finanzielle Situation der PLO?

„Österreicher tun ihr Bestes für uns“

ARAFAT: Sie wissen, daß wir Hilfe von verschiedenen Staaten zugesagt bekommen haben. Wir haben Zusagen von der Weltbank und der EG. Wir haben eine Reihe bilateraler Zusagen, und US-Präsident Clinton hat uns kurzfristig 2,2 Milliarden US-Dollar versprochen.

SN: Gerade während der vergangenen Wochen hat es aus den eigenen Reihen heftige Kritik an Ihnen und Ihrem Führungsstil gegeben.

ARAFAT: Sind Sie gegen Demokratie? Ist es nicht genauso in Österreich? Warum spricht man in Ihrem Land von Demokratie — und bei den Palästinensern wäre das nicht ein Zeichen von Demokratie? Es ist Demokratie. Warum ist so etwas in Israel Demokratie und in Palästina wäre es kein Zeichen von Demokratie? Wenn es keine Opposition gibt, dann ist etwas falsch.

SN: Haben Sie konkrete Pläne, diese Leute, die zu Ihnen in Opposition stehen, in die Arbeit einzubinden?

ARAFAT: Natürlich arbeiten auch sie am Wiederaufbau ihres Landes mit.

SN: Einige palästinensische Experten, ja sogar Weltbank und Europäische Gemeinschaft, haben bemängelt, daß Sie PEDRA (Palestine Economic Development and Reconstruction Authority, die die Verwaltung der gesamten Hilfsgelder übernehmen soll, Anm. d. Red.) unter ihre persönliche Kontrolle gestellt haben, und auch die beiden Vizepräsidenten von PEDRA (Farouk Khaddumi und Mohammed Zahdi, Anm. d. Red.) ebenfalls Politiker und keine Wirtschaftsexperten sind...

ARAFAT: Wer sagt das? Das sind Gerüchte.

SN: Es hat doch Kritik gegeben?

ARAFAT: Irgendeine, aber keine offizielle Kritik, sondern eines dieser Störmanöver, einige Gerüchte. Wir sprechen über Fakten. Das Gegenbeispiel ist, wie die Weltbank nun mit unseren Wirtschaftseinrichtungen handelt. Das gleiche gilt auch für Europa, für die Europäische Gemeinschaft.

SN: Wie beurteilen Sie die Rolle Österreichs im Nahost-Prozeß. In der Ära Bruno Kreisky hat Österreich in der Region eine entscheidende Rolle gespielt. Nun ist das bei weitem nicht mehr in diesem Ausmaß der Fall.

ARAFAT: Man darf nicht vergessen, was sie nun tun. Es ist sehr wichtig, was die Österreicher tun. Sie tun ihr Bestes.

SN: Schließt das auch die materielle Hilfe, die im Vergleich mit anderen, vergleichbaren Ländern doch etwas niedrig erscheint, ein?

ARAFAT: Wir sind befriedigt über das, was die freundlichen Menschen Österreichs für uns tun. Eines darf man aber nie vergessen: Welche bedeutende Rolle mein Freund Bruno Kreisky für uns gespielt hat. Ich wünschte, er könnte hier sein. Ich wünschte, er würde noch leben.

Der Weg zu Arafat

Jänner 1994 – ein seltenes Interview.

SN-Redakteur Werner Beninger dringt bis zum damals geächteten Jassir Arafat durch und befragt ihn.

Vier Monate lang hatten sich die SN bemüht. Und zwar, seit sich Israel und die PLO auf einen Friedensprozess geeinigt und den Vertrag dazu am 13. September 1993 in Washington unterfertigt hatten — gemeinsam mit den USA und Russland als Garantmächten. Worum? Wir wollten von PLO-Chef Jassir Arafat eines seiner ganz seltenen Interviews haben.

Geholfen hatten mehrere: einerseits Daud Barakat, damals PLO-Botschafter in Moskau (vorher in Wien) — und letztlich Karl Blecha, Ex-Innenminister. Am Donnerstag, 13. Jänner 1994, langte der entscheidende Anruf bei SN-Redakteur Werner Beninger ein: „Können Sie am Samstag nach Tunis kommen?“ Als Gast der PLO in der tunesischen Hauptstadt, wo diese damals ihr Hauptquartier hatte, hieß es dann zunächst: warten. Dann, spätabends, wurde das Interview — ab-

gesagt. Arafat fliege in der Nacht zum Begräbnis des gerade verstorbenen norwegischen Außenministers Johan Holst, des Vermittlers des Abkommens. Hier kommt Blecha ins Spiel, mit dem Arafat noch wegen eines Trinkwasserprojekts für Gaza sprechen wollte. Blecha überzeugte Arafat (die Kontakte rührten noch aus Kreiskys Zeiten her), sich nach Mitternacht doch zehn Minuten Zeit für den von der PLO eingeladenen Journalisten zu nehmen. Es wurde knapp eine Stunde daraus, am Sonntag zwischen 1 und 2 Uhr früh. Genau auf die Ära Kreisky nahm Arafat im Gespräch dann auch Bezug: „Ich wünschte, Kreisky würde noch leben“ wurde zum Titel des ganzseitigen SN-Interviews.

Bei der Lektüre des umfangreichen Texts 27 Jahre später fällt in bedrückender Weise auf, wie wenig die Fronten im schier endlosen Nahostkonflikt doch seither in Bewegung gekommen sind.

XXXLutz

Jubiläumssrabatte für Du!

XXXLutz
und Salzburger
Nachrichten
feiern
75-jähriges
Jubiläum

bis
minus**50%****Markenrabatt**

VOM HERSTELLERLISTENPREIS



Jubiläumsgutschein im Wert von

€100,-Ab einem **Möbeleinkauf** im Wert von **€ 700,-**In Form von Gutscheinen für Ihren nächsten Einkauf.¹⁾

Aus-
genommen
alle Werbe- und
Aktionsartikel aus den
aktuellen Prospekten
auf www.xxxlutz.at/
brochures und
Online Only
Produkte

oder

**Österreichische Autobahn
Jahres-Vignette 2021,**für Pkws/zweispurige Kfz bis 3,5 Tonnen
höchstzulässiges Gesamtgewicht
(90150125)**geschenkt!**¹⁾

Foto: ASFINAG

Jubiläumsgutschein im Wert von

€200,-Ab einem **Möbeleinkauf** im Wert von **€ 1.400,-**In Form von Gutscheinen für Ihren nächsten Einkauf.¹⁾

Aus-
genommen
alle Werbe- und
Aktionsartikel aus den
aktuellen Prospekten
auf www.xxxlutz.at/
brochures und
Online Only
Produkte

Jubiläumsgutschein im Wert von

€300,-Ab einem **Möbeleinkauf** im Wert von **€ 2.000,-**In Form von Gutscheinen für Ihren nächsten Einkauf.¹⁾

Aus-
genommen
alle Werbe- und
Aktionsartikel aus den
aktuellen Prospekten
auf www.xxxlutz.at/
brochures und
Online Only
Produkte

Jubiläumsgutschein im Wert von

€500,-Ab einem **Möbeleinkauf** im Wert von **€ 3.500,-**In Form von Gutscheinen für Ihren nächsten Einkauf.¹⁾

Aus-
genommen
alle Werbe- und
Aktionsartikel aus den
aktuellen Prospekten
auf www.xxxlutz.at/
brochures und
Online Only
Produkte

Jubiläumsgutschein im Wert von

€750,-Ab einem **Möbeleinkauf** im Wert von **€ 4.500,-**In Form von Gutscheinen für Ihren nächsten Einkauf.¹⁾

Aus-
genommen
alle Werbe- und
Aktionsartikel aus den
aktuellen Prospekten
auf www.xxxlutz.at/
brochures und
Online Only
Produkte

Jubiläumsgutschein im Wert von

€1.000,-Ab einem **Möbeleinkauf** im Wert von **€ 6.500,-**In Form von Gutscheinen für Ihren nächsten Einkauf.¹⁾

Aus-
genommen
alle Werbe- und
Aktionsartikel aus den
aktuellen Prospekten
auf www.xxxlutz.at/
brochures und
Online Only
Produkte

Jubiläumsgutschein

**Fiat 500 im Wert
von ca. € 15.000,-**ab einem **Möbel-
einkauf** im Wert
von **€ 30.000,-****geschenkt!**¹⁾

Aus-
genommen
alle Werbe- und
Aktionsartikel aus den
aktuellen Prospekten
auf www.xxxlutz.at/
brochures und
Online Only
Produkte

Symbolfoto

¹⁾ Gültig vom 20.10. bis 02.11.2020. Pro Person und Einkauf ist nur ein Gutschein gültig. Nicht mit anderen Aktionen (z.B. Gutscheinen oder Rabattaktionen) kumulierbar. Nicht gültig auf bereits getätigte Aufträge, sowie bei Kauf von Gutscheinen, Serviceleistungen und Produkten der Marken Joop!, Stressless, Team 7, hülsta, Bretz, Erpo, Brühl, Carryhome, HOM'IN, Anrei, Spectral, Forcher, Miele, Liebherr, Gaggenau, Bora, Stokke, Birkenstock, Sudbrock, Stocco, Natuzzi Editions, Tempur, ti'ne und Sedda. Keine Barauszahlung möglich. Nur 1 Geschenk pro Kunde und Kaufvertrag möglich. Geschenkartikel-Ausgabe erfolgt nach vollständiger Bezahlung der Anzahlung (50%). Nur gültig für Endverbraucher. Vignette und Auto online nicht verfügbar. Auch im Online Shop einlösbar mit Code: JUBI100 (100/700), JUBI200 (200/1.400), JUBI300 (300/2.000), JUBI500 (500/3.500), JUBI750 (750/4.500) oder JUBI1000 (1.000/6.500) Impressum: Herausgeber u. Verleger: XXXLutz KG, Römerstraße 39, 4600 Wels.

Ein Rüsseltier löst Polit-Affäre aus

Juni 1997. Schön sprechen in Amsterdam.

Wolfgang Schüssel redete sich in Rage. Die SN saßen daneben. Und schrieben: „Wolfgang Schüssel lügt.“

HELMUT SPUDICH

Eine lange Tafel in einem Amsterdamer Hotel, an der rund zwei Dutzend Journalistinnen und Journalisten österreichischer Medien beim Frühstück sitzen. Ein Platz in der Mitte ist leer, eben saß hier noch Finanzminister Rudolf Edlinger, der zu dem Morgengespräch beim EU-Gipfel Mitte Juni 1997 eingeladen hatte. Kurz darauf ergreift der vorbeispazierende Außenminister Wolfgang Schüssel die Gelegenheit des leeren Stuhls, setzt sich leutselig zu den noch versammelten Journalisten, plaudert über die langen Verhandlungen der vorangegangenen kurzen Nacht. Derbe Worte fallen über mühsame Verhandlungen zur bevorstehenden Euroeinführung, gar eine „richtige Sau“ soll der Chef der Deutschen Notenbank sein, auch über andere Ministerkollegen gibt es wenig schmeichelhafte Worte. Es geht um die Bewertung der Goldreserven der Notenbanken und die Probleme, die der Notenbankchef damit seinem Finanzminister bei der Euroeinführung mache.

Der Länge der Tafel und dem allgemeinen Lärm im Hotel ist es geschuldet, dass nur einige der direkt neben Schüssel sitzenden Journalisten dem Dialog genau folgen können, darunter Ihr Berichterstatter der „Salz-



burger Nachrichten“. EU-Gipfel jener Tage gleichen ziehenden Heerlagern mit einer in die Tausende gehenden Beamten- und Journalistenschar aus den damals 15 Staaten der Union. Während hinter verschlossenen Türen verhandelt wird, werden die Stunden lang und die Nächte kurz, man erzählt sich in sonst seltener internationaler Kollegialität von den wenigen Brocken an Information, die da und dort verstreut werden, und dem Tratsch, der Einblick in die Stimmung und damit die mögliche Richtung der Verhandlung gibt. So auch von den erstaunlich undiplomatischen Worten des obersten österreichischen Diplomaten. Einer Geschichte wert erscheint es jedoch keinem der Kollegen, die aufgrund ihres Sitzplatzes zu zufälligen Ohrenzeugen des verbalen Ausritts des Vizekanzlers wurden.

Doch die Inkubationszeit der Berichterstattung in jener noch nicht so lang zurückliegenden Zeit vor Twitter und Face-

book gleicht der des Coronavirus, und so schreibt das deutsche Nachrichtenmagazin „Focus“ erst zwei Wochen später, „Österreichischer Vizekanzler pfeift auf internationalen Benimm“. Die Platzierung auf einer der rückwärtigen Heftseiten spricht für sich, die Geschichte ist eher ein wenig Pfeffer für eine innerdeutsche Debatte denn ein internationaler Fauxpas, als den sie am Tag darauf „Der Standard“ unter Bezug auf die „Focus“-Geschichte in einem ausführlicheren Bericht einordnet. Dabei geht es nicht nur um „schön sprechen“ in Amsterdam, sondern auch um eine Reihe weiterer verbaler Entgleisungen des Außenministers bei anderen Gelegenheiten.

Was sich jetzt in rascher Folge entfaltet, ist ein Lehrbuchbeispiel dafür, welche Probleme fehlende Message-Control auslösen kann. Journalisten tun, was Journalisten tun: Sie lesen einen Bericht und suchen nach Informationen, die den Inhalt bestä-

tigen oder widerlegen, so die Redakteurin des ORF-„Mittagsjournal“, die tatsächlich den Vizekanzler „himsel“ und nicht etwa einen seiner beiden Pressesprecher ans Telefon bekommt. Und so beginnt der perfekte Sturm im Wasserglas, heute würde man von einem Shitstorm sprechen, als der Vizekanzler erklärt, es habe nie ein Pressefrühstück gegeben – es war ja jenes des Finanzministers –, und auf Nachfrage, ob es denn ein anderes Gespräch dieses Inhalts gegeben habe, einfach auflegt und die stauenden Zuhörer mit dem Besetzzeichen zurücklässt.

„Wolfgang Schüssel lügt“, ist tags darauf das Resümee des damaligen SN-Chefredakteurs Ronald Barazon, der auf die Information des Ohrenzeugen seiner Redaktion sowie Bestätigungen der anderen anwesenden Kollegen zurückgreifen kann.

Es wird in der Folge nicht besser, ein Flug im Privatjet nach Frankfurt und eine – nie



DAS IST UNS EINE NACHRICHT WERT!

HERZLICHEN GLÜCKWÜNSCH DEN SALZBURGER NACHRICHTEN ZUM 75. GEBURTSTAG.



bestätigte – Entschuldigung beim deutschen Notenbankchef folgen, die vielfach geforderte Klage gegen die angeblich falsche Berichterstattung bleibt aus, und aus ein paar Sprüchen, die mehr auf das Schlüssel durchaus geläufige Fußballfeld denn in die Arena eines Europäischen Rats gehören, wird eine Staatsoperette.

„Die ganze Geschichte ist von Österreichern erdacht, ans Ausland weitergespielt, lanciert, transportiert worden“, so landet die muntere Auseinandersetzung in der Stellungnahme des Vizekanzlers schließlich in der Aktuellen Stunde des Nationalrats am 8. Juli 1997, in der sich Ihr namentlich genannter Berichtersteller eines Komplotts zum Sturz, Pardon: Rücktritts, des Vizekanzlers beschuldigt sieht. „15 minutes of fame“, mit Andy Warhol gesprochen, eine Berufserfahrung, die man nicht alle Tage macht.

Der Sommer redimensionierte schließlich die als „Frühstücksaffäre“ weiterhin googlebare Angelegenheit ohne „Recht auf Vergessenwerden“, die den Aufstieg Schüssels zum Kanzler nicht ernsthaft beeinträchtigte, wohl aber wesentlichen Anteil am späteren Kommunikationsverhalten des „Schweigekanzlers“ hatte.

Im Oktober 1997 wurde schließlich der Amsterdamer Vertrag unterzeichnet, ein wichtiges EU-Dokument, das ebendort im



Wolfgang Schüssel entglitt ein „Sager“.

Juni nebst Frühstücksgesprächen verhandelt wurde. (Das einzige kuriose gerichtliche Nachspiel war nicht etwa eine Klage Schüssels, sondern jene „Der Standard“ gegen „Kronen Zeitung“. Ihr SN-Berichtersteller wurde als Zeuge befragt – nicht um Auskunft über das Frühstück zu geben, sondern ob er bestätigen könne, dass ein gewisser Richard Nimmerrichter „Staberl“ sei, der sehr unschön über den „Standard“ geschrieben hatte.)

23 Jahre danach lässt sich sagen: In Anbetracht der Tweet-Inkontinenz eines amtierenden Präsidenten einer Weltmacht erscheinen einem die Debatten um solche verbalen Ausrutscher eher harmlos – eher als Zeichen einer vergangenen Zeit zivilen Anstands.

Helmut Spudich ist heute freiberuflicher Journalist und Autor, zuletzt des Buchs „Der Spion in meiner Tasche“ (2020). 1993 bis 2001 war er Redakteur der Wiener Redaktion der „Salzburger Nachrichten“ und unter anderem für EU-Berichterstattung verantwortlich.



BILD: SN/ABONSKI

Eine Begegnung mit Lech Wałęsa

„Wunderjahr“ 1989: Persönliche Erinnerungen an eine Zeitenwende.

Wie mutige Menschen eine despotische Macht zu Fall brachten.

HELMUT L. MÜLLER

Der Zerfall des Ostblocks hat schon Anfang der 1980er-Jahre begonnen, mit der Gründung der Gewerkschaft Solidarność. Eine unabhängige Gewerkschaft war im kommunistischen System gar nicht vorgesehen. Aber in Polen zählte sie bald zehn Millionen Mitglieder, konnte die Gesellschaft gegen das Regime mobilisieren.

Angeführt von Lech Wałęsa, dem Elektromonteur von der Lenin-Werft.

Im Frühjahr 1987 begegne ich Wałęsa in seiner Heimatstadt Danzig. Draußen steht ein Auto der Geheimpolizei. Die Polizisten fotografieren, sie kontrollieren die Ausweise von jenen, die zum Abendessen ins Pfarrhaus der Sankt-Brigitten-Kirche kommen. Die Regierung in Warschau schaut argwöhnisch auf Wałęsa. Zwar ist die Solidarność mit der Verhängung des Kriegsrechts Ende 1981 verboten worden. Aber die unabhängige Gewerkschaft hat tiefe Spuren im Bewusstsein der polnischen Bürger hinterlassen. Wałęsa, der 1983 den Friedensnobelpreis erhalten hat, ist noch immer eine politische Symbolfigur in Polen.

Lech Wałęsa kennt keine Resignation; er hat trotz aller Rückschläge den Optimismus nicht verlernt. Dem Besucher aus dem Westen versichert er: „Der Prozess der Veränderungen ist unaufhaltsam. Es gibt keine Wahl, weder für die Regierung noch für das Volk. Wir brauchen ein neues System.“ In meinem Bericht über das Treffen mit Wałęsa war von einem „Weg der Hoffnung“ die Rede gewesen. Wenig später sollte sich für die Menschen im Ostblock die Hoffnung auf Freiheit und ein besseres Leben tatsächlich erfüllen. 1989 begann ein „Wunderjahr“, in dessen Verlauf eine Kette von Revolutionen die kommunistischen Regime stürzte.

Unsere Korrespondenten in den Hauptstädten des Ostens berichteten über das Geschehen; wir in der Redaktionszentrale versuchten, die Ereignisse politisch einzuordnen. Wir befanden uns damals noch nicht im Internet-Zeitalter, umso wichtiger waren Bilder, nämlich Fotos und Fernsehaufnahmen. Bilder, die zeigten, wie Politiker an Österreichs Grenzen zu Ungarn und zur Tschechoslowakei symbolträchtig den Eisernen Vorhang durchschnitten. Bilder, die vorführten, wie Tausende DDR-Bürger von Ungarn über Österreich in die Bundesrepublik flüchteten. Bilder von den Demonstrationen in der DDR, die die Protestierenden in Prag ermutigten. Bilder von den Protesten in Prag, die wiederum den Menschen in Rumänien Mut machten.

Nicht in jedem Moment war jedermann klar, welche einschneidende Entwicklung damals in Gang gekommen war. Anfang Juni 1989 berichteten die internationalen Medien vor allem über die blutige Niederschlagung der Demokratiebewegung in Peking. Dabei hätte

es zum selben Zeitpunkt für das spektakuläre Ergebnis der ersten halbwegs freien Parlamentswahlen in einem Ostblockland die größeren Schlagzeilen geben müssen: Die Solidarność hatte haushoch gewonnen, Polens kommunistische Partei aber eine schwere Schlappe erlitten. Im August 1989, als mit Tadeusz Mazowiecki zum ersten Mal ein nicht kommunistischer Politiker Ministerpräsident eines bisher kommunistisch regierten Landes wurde, konnten wir einen historischen Machtwechsel in Polen vermelden. Arbeiterführer Lech Wałęsa brachte ihn plastisch auf den Punkt: „Die unter dem Wagen waren, kommen jetzt auf den Wagen.“

Die Entwicklung im zerfallenden Ostblock kulminierte am 9. November 1989 im Fall der Berliner Mauer. Das Symbol schlechthin für die Teilung Deutschlands und Europas stürzte. Das Ende des Kalten Kriegs kündigte sich an. „Die Mauer ist kein Monstrum mehr“ – so lautete der Titel meines Leitartikels. Er beschrieb die Wiedervereinigung als eine plötzlich wieder mögliche Perspektive für die Deutschen.

Die ostdeutschen Bürgerrechtler setzten darauf, dass sie in Selbstbestimmung eine reformierte DDR bauen können. Doch bei den Demonstrationen wird der Ruf „Wir sind das Volk“ abgelöst von der Parole „Wir sind ein Volk“. Sogar der Bonner Kanzler Helmut Kohl wird zum Getriebenen jener Bürger in der DDR, die möglichst schnell die deutsche Einheit wollen. Die Entscheidung darüber soll am 18. März 1990 bei der ersten (und letzten) freien DDR-Volkskammerwahl fallen. Bei einer Reportagereise erlebe ich ein Land im Zwiespalt – mit Bürgern, die zwischen Hoffen und Bangen schwanken. Im Zentrum von Potsdam reißt mitten im Wahlkampf an diesem Samstagnachmittag die Menschenschlange vor einem Gebäude nicht ab. Bürger wollen mit eigenen Augen sehen, wo die Staatssicherheit der DDR ihre Opfer gepeinigt hat. „Lindenhof“ hieß im sarkastischen Volksmund das Stasi-Gefängnis.

Die Wende in Ostmitteleuropa dauert freilich über das Jahr 1989 hinaus. Nach dem Sturz der kommunistischen Herrschaft müssen die Reformstaaten einen schwierigen Systemwechsel schaffen, der den Menschen vieles abverlangt. Von einer „unvollendeten Revolution“ spricht deshalb Václav Havel, der vom Dissidenten zum Präsidenten auf der Prager Burg geworden ist. Im Sommer 1993 begegne ich Havel in der Salzburger Residenz. Das Treffen mit den Kollegen aus Ungarn, Deutschland und Österreich sieht der Präsident der Tschechischen Republik nicht nur als protokollarische Pflicht. Den Präsidenten komme die Aufgabe zu, ein internationales Klima zu schaffen, in dem auch die Regierungen besser miteinander kooperieren könnten, sagt Havel. Der Schriftsteller-Präsident will gar kein Interview geben, aber auf meine Fragen zu den Folgen von 1989 antwortet er gern. Auch dies ein unvergessener Moment in der Geschichte des Ostblock-Zerfalls.

Josef Höger, «Blick vom Garten auf Burg und Schloss Liechtenstein bei Mödling», 1844
© LIECHTENSTEIN. The Princely Collections, Vaduz-Vienna

VALUES WORTH SHARING

«Unsere Familie
investiert langfristig
– seit 1136.»

S.D. Prinz Philipp von und zu Liechtenstein,
LGT Chairman seit 1990

lgt.at/values



Private
Banking

Eine Frage der Ehre

Erinnerung an Reportagereisen zwischen 1989 und 2008.

Warum die Berichterstattung aus Krisengebieten für ein kompletteres Bild unerlässlich ist.

JOSEF SCHORN

Für Egon Erwin Kisch, den rasenden Reporter, gab es nichts Sensationelleres in der Welt als die Zeit, in der man lebt. Nichts erschien ihm verblüffender als die einfache Wahrheit, nichts exotischer als unsere Umwelt, nichts fantasievoller als die Sachlichkeit. Damit hat Kisch schon vor hundert Jahren sehr genau umrissen, worum es geht. Die Reportage gilt auch deshalb als eines der vornehmsten Stilmittel im Journalismus, weil sie höchsten

Ansprüchen genügen muss. Kein Geringerer als „Der Spiegel“-Gründer Rudolf Augstein hat sie alle in dem kurzen Satz gebündelt: „Schreiben, was ist.“ Mitunter ein äußerst schwieriges Unterfangen, was ausgerechnet beim deutschen Vorzeigemagazin die Affäre um einen Reporter unter Beweis stellte, der für seine Arbeiten mit Anerkennung und Preisen überhäuft wurde. Bis sich herausstellte, dass der Mann vielfach nur ein Best-of der klischeebehafteten Bilder in seiner Leserschaft kompiliert hatte, eine Art Greatest Hits aus allen Vorurteilen, die man als liberaler, den Werten des Humanismus verpflichteter Europäer nur zu gern pflegt.

Wir glauben zu wissen, wer die Guten sind und wo sich das Böse verbirgt. Dass Afghanistans Frauen aus ihrem Burkha-Gefängnis nur durch den Sieg der westlichen Allianz über die Taliban befreit werden können, glauben wir deshalb auch. Obwohl die Burkha ein zwar befremdliches,

aber fast überall in Afghanistan ein sehr traditionelles Kleidungsstück ist. Doch will man das so genau wissen? Wir lassen uns nur zu gern den „arabischen Frühling“ auf Kairoer Plätzen als Facebook-Revolution schöner junger Menschen verkaufen und sind erstaunt, wenn die ersten freien Wahlen alte bärtige Fundamentalisten an die Macht und am Ende diese in die Folterkeller bringen und erst recht wieder mörderische Militärs aus den Reihen des Ancien Régime regieren.

Dass die Welt ein sehr komplexes Gebilde ist, dessen unterschiedliche Färbungen und Verknüpfungen sich beharrlich jeder Simplifizierung verweigern, stellt eine unangenehme Erkenntnis dar. Sie ruft nach Berichterstattung, die nicht davor zurückscheut, sich auf die Realität einzulassen.

Die Reportage ist eine ambitionierte Stilform, und eine überaus zerbrechliche. Sie kümmert sich, wenn sie ehrlich gemeint ist, nicht um Futter für unsere Vorurteile. Sie ist das stolze Gegenteil von Fake News, sie war das immer schon, lang bevor dieser Begriff in die Welt der sozialen Medien flutete. Keine andere Disziplin im Journalismus hält so viele Verlockungen bereit, keine andere ist mitunter mit einem derart hohen Risiko verbunden. Am Ende aber kann, bestenfalls, daraus Information gewonnen werden, die es dem Leser ermöglicht, sein Bild von einem Sachverhalt zu ergänzen – wenn schon nicht neu zu malen. Das war jedenfalls das Ziel, dem sich die SN-Redaktion bei Dutzenden von Reisen in Krisengebiete – Rumänien 1989, Kuwait, Balkan, Palästina in den Intifada-Wirren, Ruanda, Irak nach der Besetzung durch die US-Truppen, Südlibanon während des Einmarsches der Israelis, Südossetien nach dem russischen Überfall auf Georgien 2008 – verpflichtet fühlte.

Bis an so ferne Ecken der Welt wie Osttimor und Banda Aceh führten die Reportagereisen, doch exemplarisch könnte eine durch Afghanistan stehen, im Herbst 1996, ein paar Tage nach dem Einmarsch der Taliban in der Hauptstadt Kabul und fünf Jahre vor dem Angriff ihres Alliierten Osama Bin Laden auf die USA. Mit dem Siegeszug der Taliban war ein neuer Spieler auf die Bühne getreten, spätestens seit damals mischt der schlitzohrige Nachbar Pakistan, ihr Schutzherr und zugleich Verbündeter der Amerikaner, in der regionalen Politik mit – seit 9/11 mit Weltpolitik gleichzusetzen. Die Reise führte über den legendären Khaiberpass nach Kabul, vorbei an Kamelkarawanen und Kindern in Lumpen, die die tiefen Schlaglöcher in der Piste mit Erdreich auffüllten und dafür zum Dank von den Buspassagieren aus dem vorbeibrausenden Fahrzeug mit Münzen beworfen wurden. An Checkpoints durchsuchten Taliban-Kämpfer die Autos nach Waffen, den jungen Männern, zumeist aus der Volksgruppe der Paschtunen, schlug in der Hauptstadt Ablehnung entgegen, in den Dörfern galten sie den meisten als Befreier, die den verheerenden Bürgerkrieg zwischen einzelnen Milizen nach dem Abzug der Sowjettruppen beendet hatten. Mit Blick auf die Hölle, die nach

9/11 über das Land hereinbrach, herrschte im Spätherbst 1996 fast so etwas wie Frieden. Wir konnten uns vergleichsweise frei bewegen, zu unserem Erstaunen sogar in einem Lager der Taliban. Im Pandschirtal der Tadschiken um den legendären Ahmed Schah Massud blieben wir ebenso unbehelligt wie auf dem Salangpass von den Männern des Usbeken-Generals Dostum. Kleines Gepäck, ein paar freundliche Begrüßungsformeln, dazu ein landesüblicher Bart und die Magie eines österreichischen Presseausweises reichten aus, allen Argwohn zu überwinden.

Die meisten internationalen Berichtersteller hatten Kabul schon vor dem Einmarsch der Taliban verlassen. Am Stadtrand wurde noch gekämpft, hin und wieder fanden Bomben dort ein Ziel. Milizionäre, Wächter über Sitte und Anstand,

Einen Afghanen kann man nicht kaufen, man kann ihn nur mieten.

Britischer Kolonialoffizier

schlurften in ihren löchrigen Sandalen durch die Stadt. Musik war auf den Märkten nicht mehr geduldet, was die Beliebtheit der Taliban nicht wirklich steigerte. Mit Abstand von fast einem Vierteljahrhundert wird klar, dass sich damals ein Zeitfenster aufgetan hat, in der neuen Realität der Gegenwart spiegelten sich kurz Vergangenheit und Zukunft am Hindukusch. Gemeinsam mit den neuen Machthabern und ihren heimlichen Förderern war ein Bauunternehmer aus Saudi-Arabien gekommen: Osama Bin Ladens Anwesenheit besiegelte später den Sturz der Taliban, heute beginnt ein neues Spiel. Die Rückkehr der Taliban wird überall mit Skepsis kommentiert, und doch folgt sie einer Logik, die kaum jemanden überraschen kann, der das Land kennt.

An Afghanistan haben sich schon die britischen Kolonialherren und die Sowjets überhoben, inzwischen dürfen sich auch die USA und ihre Alliierten auf die Liste der gescheiterten Invasoren setzen lassen. In diesem Land, das keine Nation, sondern eine Ansammlung unterschiedlicher Ethnien und Clans ist, gilt Krieg als Mittel der Politik, als eine Frage der Ehre, so bizarr uns als Homo modernicus das erscheinen mag.

Es zu verstehen ist schwierig – wie dem alten Kisch weiland bleibt bis heute dem Berichtersteller einzig die Suche nach der verblüffenden einfachen Wahrheit. Und der aufrechte Versuch, sie zu beschreiben.

Der Tag, den keiner vergaß

Pferde wechseln im reißenden Fluss.

Wie ein Chef vom Dienst 9/11 erlebte.

Verwirrung, Verstörung, Erschütterung, Wut, Hass, Angst, Panik. Für Emotionen ist nur kurz Platz. Der Kopf muss kühl bleiben, das Herz schweigen. Nichts und niemand bereitet dich in einer Zeitungsredaktion auf ein Ereignis wie die Terroranschläge vom 11. September 2001 vor.

Der erste Einschlag in einen der Twin Towers. Vielleicht noch ein Unfall? Der zweite, schon live auf CNN verfolgt, bringt Gewissheit. Es war ein Terroranschlag. Und du musst im jetzt reißend gewordenen Informationsfluss die Pferde wechseln. Die vertrauten, verlässlichen, routinierten gegen schnelle, wilde,



unberechenbare. In aller Eile werden Teams gebildet, Seiten verschoben, Geschichten aus dem Blatt gekippt, wird Platz für das eine Ereignis geschaffen. Sechs Seiten in der ersten Ausgabe, später acht, dann zehn. Die Berichterstattung wächst mit jedem Andruck. Dann, weit nach Mitternacht, wenn die Druckmaschinen zum letzten Mal hochgefahren sind, das fast Unmögliche möglich gemacht wurde, dann darf das Hirn abschalten. Und das Herz wieder all das fühlen, was bis dahin unterdrückt worden ist. Zeit für einen Schnaps. Norbert Lublasser, damals verantwortlicher Chef vom Dienst.



BILDER: SN/ARCHIV



SN-Reporter in Krisenregionen: mit einem kurdischen Kämpfer im Irak, mit Wählerinnen in Algerien, mit einem Taliban-Trupp in Afghanistan (von oben nach unten).

Als Salzburg ein Fischerdorf baute

38.000 Menschen starben am 26. Dezember 2004 in Sri Lanka.

Eine verheerende Flutwelle, ein Tsunami, hatte unsägliches Leid mit sich gebracht. Salzburg startete Tage später sein bisher größtes Hilfsprojekt. 2000 Spender, Land, Rotes Kreuz und die SN halfen.

HEINZ BAYER

Sie stockt einen Moment. Krümmt sich ein wenig zusammen. Scheint sich in der Couch vergraben zu wollen. Die Frage, wie das war am 26. Dezember 2004, hat sie zwar erwartet. Die Erinnerung fährt Ramani aber noch immer wie ein Messer durch die Seele. Von einem Moment zum nächsten steigen ihr bittere Tränen in die Augen. Von einem Moment zum anderen ist dieses zuversichtliche Lächeln, das die kleine Frau so sympathisch macht, erloschen. Sie sitzt in ihrem liebevoll eingerichteten Haus. Im Haus Nummer 1 des Salzburger Fischerdorfs auf Sri Lanka, nahe der Ortschaft Unawatuna. Haus Nummer 1 liegt gleich links, wenn man über die kleine Brücke ins Dorf kommt. Es entstand zwei Kilometer vom Meer entfernt in einer ehemaligen Palmenplantage. Einen Tsunami, eine Todeswelle, muss hier niemand mehr fürchten.

Ramani erzählt mit leiser Stimme über die Dinge, die sich eingebrannt haben in ihre Seele. Die Worte kommen nur langsam über ihre Lippen. Sie spricht über das Erlebte wie unter Zwang. Immer wieder. Reden darüber, was ihr Leben so brutal verändert habe, mildere die Traurigkeit, sagt sie. Die Näherin

war am Tag, als der Tsunami kam, an ihrer Arbeitsstelle. In einer Fabrik in Koggala. Die Ortschaft liegt in der Nähe von Matara, ganz im Süden Sri Lankas. In Matara hatte die Welle eine Höhe von 5,75 Metern, wie Wissenschaftler später berechnen. Charmika (2) und Kavish sterben in der aufgewirbelten Brühe, die ohne Vorwarnung landeinwärts schießt. Kavish war erst acht Monate alt. Nicht nur die beiden Söhne kommen ums Leben.

Auch Ramanis Mutter ertrinkt in den Fluten. Das Haus, in dem die Familie damals wohnte, stand an der Hauptstraße. Nahe am Strand. Während in Ramani die Angst um ihre beiden Söhne, um ihren Mann, die Mutter und die Schwester langsam wächst und zur Panik wird, kämpft ihre Schwester verzweifelt und mit letzter Kraft um ihr Leben: Siyani Balage rettet sich mit ihrem Sohn und mit der erst 17 Tage alten Devata vor den Fluten auf einen Baum. Aber Siyani kann ihr kleines Mädchen nicht festhalten. Die Gewalt des Wassers entreißt ihr die Tochter aus der Hand und schwemmt sie fort.

Im Fischerdorf sind die beiden Schwestern fast Nachbarn. Ramani bewohnt Haus Nummer 1, Siyani Haus Nummer 5. Der Mann arbeitet jetzt im Zementwerk, sie haben zwei weitere Kinder bekommen. Im Dezember 2009 stand in den SN zu lesen: „Das Lächeln ist ins Haus Nummer 1 zurückgekehrt.“

Den Tsunami am 26. Dezember 2004 hatte ein Erdbeben im Indischen Ozean ausgelöst. Mit einer Magnitude von 9,1 und dem Epizentrum 85 Kilometer vor der Nordwestküste der indonesischen Insel Sumatra. Es war das drittstärkste jemals aufgezeichnete Beben und löste eine Reihe von verheerenden Tsunamis an den Küsten des Indischen Ozeans aus. An vielen Küstenabschnitten verbrachten Touristen ihren Weihnachtsurlaub, an den Stränden waren unzählige zum Sonnen und Baden. Insgesamt starben durch das Beben und seine Folgen etwa 230.000 Menschen. In Sri Lanka waren es 38.000.

Bereits am Tag nach der Katastrophe flogen der damalige Salzburger Landesretterungskommandant Gerhard Huber und sein Stellvertreter Anton Holzer im Auftrag des Roten Kreuzes nach Sri Lanka. Der Auftrag: Evaluierung der Situation. Vor allem auch

rasch erkunden, ob es Opfer oder verletzte Österreicher in den Spitälern gibt.

Dabei trifft das Duo auf Ursula Saleh. Eine damals in Sri Lanka lebende, sozial engagierte Frau mit Salzburger Wurzeln. Nach ersten Hilfsmaßnahmen wurde rasch die Idee, ein Fischerdorf zu bauen, konkret. Und 16 Monate nach der Tsunami-Katastrophe war das größte Hilfsprojekt Salzburgs fertiggestellt. Im Süden Sri Lankas – in Unawatuna – entstand ein komplett neues Dorf mit 78 Häusern, einem Gemeindezentrum, einer Rotkreuzstation und einem autarken System zur Wasser- und Stromversorgung. 22 Fischerboote wurden angeschafft. Im 30 Kilometer entfernten Dorf Weligama entstand ein Tageskindergarten aus Salzburger Mitteln.

Mehr als 2000 Spender machten das humanitäre Vorzeigeprojekt möglich. Sie gaben 1,2 Millionen Euro. Gerhard Huber und Anton Holzer koordinierten perfekt. Möglich wurde die Umsetzung des Hilfsprojekts „Salzburg baut ein Fischerdorf“ durch das Miteinander von Rotem Kreuz, Land Salzburg und den „Salzburger Nachrichten“. Parallel zu den Bauarbeiten wurde die Verwendung der Hilfsgelder penibel kontrolliert. Entscheidend für das Gelingen war die Arbeit von Ursula Saleh und deren Eltern Aurelia und Jürg Isler vor Ort. In deren Händen lag die Bauleitung.

Salzburg half in einem sehr fernen Land. Es war nicht selbstverständlich.
Gerhard Huber, Projektleiter



Bild oben links: Alle packten an. Mitte: Freude nach der Fertigstellung. Unten: Die Salzburger spendeten auch 15 Boote. Rechts oben: Sie leisteten Großartiges: Ursula Saleh und deren Eltern Aurelia und Jürg Isler. Mitte: Projektleiter Gerhard Huber und Anton Holzer. Unten: Soziales Leben im Gemeindezentrum.

BILDER: SN/HEINZ BAYER

Salzburg braucht Strom.



Die Salzburg-Leitung

Die neue Salzburg-Leitung ermöglicht den Transport von Windenergie aus Ostösterreich zu den Pumpspeicherkraftwerken in den Alpen.



229 Masten weniger

Die 380-kV-Salzburg-Leitung wird als **Freileitung** errichtet. Das ist derzeit die technisch modernste Form. In St. Johann im Pongau ist im Zuge des Projektes ein neues Umspannwerk geplant. Hier wird das Verteilnetz an das Übertragungsnetz angebunden. Für den Neubau der 128 km Leitung werden **229 Masten weniger** benötigt, als für die alte Leitung. Über eine Länge von 193 km umfasst sie 678 Masten. Die neue, effiziente Leitung ist eine deutliche Verbesserung der Versorgungssicherheit für Salzburg.



Zentrales Anliegen bei der Planung war es, **größtmögliche Rücksicht auf Mensch und Natur** zu nehmen. So sind u.a. Bauzeitbeschränkungen aus Gründen des Anrainerschutzes, Schutz von Amphibien, Auerhühnern sowie die richtige Behandlung des Bodens berücksichtigt.



Der wirtschaftliche Effekt

Die neue Salzburgleitung kann **siebenmal mehr Strom** transportieren als die alte Leitung und ist somit Voraussetzung für das Gelingen der **Energiewende**. Die Investitionen dafür liegen bei rund **890 Millionen Euro** und werden in den nächsten 5 Jahren bis zu **7.000 Arbeitsplätze** geschaffen – 2.250 Arbeitsplätze davon alleine in Salzburg.

Über Austrian Power Grid (APG)

Austrian Power Grid (APG) ist Österreichs unabhängiger Stromnetzbetreiber, der das überregionale Stromtransportnetz steuert und verantwortet. Ihre Infrastruktur ist die Lebensader Österreichs, der Bevölkerung und seiner Unternehmen. Das APG-Netz erstreckt sich auf einer Trassenlänge von etwa 3.400 km, welches das Unternehmen betreibt und laufend neuen Anforderungen anpasst. Mit einem Investitionsvolumen in Höhe von 350 Millionen Euro für die Netzinfrastruktur gibt APG der heimischen Industrie 2020 einen kräftigen Impuls. Insgesamt wird APG in den kommenden zehn Jahren rund 2,9 Milliarden Euro in den Netzaus- und Umbau investieren. So schafft Österreich die Energiewende.

Klimaschutz ist uns ein Anliegen

Dezember 2009. Eine UNO-Konferenz war der Auftakt.

Andere fanden das Thema kaum der Mühe wert. Die „Salzburger Nachrichten“ sahen lieber genau hin.

MARTIN STRICKER

Turbulente Jahre: Im Herbst 2008 krachte die mächtige US-Investmentbank Lehmann Brothers. Panik und Schock brachten das weltweite Finanzwesen ins Wanken. Kaum war das Bankensystem einigermaßen gerettet, stand die Eurokrise vor der Tür. Nur mit aller Feuerkraft konnte die EU Währungsspekulanten abwehren und Investoren von der Tragfähigkeit ihres Projekts überzeugen. Immerhin: Langsam nahm die Wirtschaft wieder Fahrt auf, in gewohnten Bahnen. Der Ölpreis war das unumstrittene Maß aller Dinge. Immer größere Autos, Schiffe und Flugzeuge verließen die Fabrihallen. Auch der internationale Tourismus nahm so richtig Fahrt auf. Wachstum war den Regierungen und Chefetagen wichtiger als alle Götter zusammen. Es galt aufzuholen, was in den Krisen verloren worden war.

Doch der Boom hatte eine Kehrseite. Mit der Wirtschaft wuchsen auch die Emissionen wieder. Der Rückgang im Jahr der Finanzkrise war nur von kurzer Dauer. Ein Ausrutscher, sozusagen. Klimaschutz? Ein mediales Nischenthema.

Im Dezember 2009 eroberte das Nischenthema die Weltbühne. Vom 7. bis 18. Dezember fand in Kopenhagen, der Hauptstadt Dänemarks, die 15. UNO-Klimakonferenz statt. 22.000 Teilnehmer kamen, davon 11.200 staatliche Delegierte. Die SN berichteten täglich auf einer ganzen Seite. Keine andere Zeitung Österreichs nahm das Thema derart ernst. Die Erwartungen waren groß. In den USA regierte seit Jahresbeginn Barack Obama, Lichtgestalt und Hoffnungsträger und gleichzeitig eine bittere Enttäuschung. Statt der erhofften verbindlichen Einigung auf weltweite Klimaschutzregeln ab 2012 geschah – nichts. China war desinteressiert und Obama ließ sich von den Republikanern im Kongress blockieren.

Die von der Ölindustrie gesponserte organisierte Klimaleugnerszene streute, was man heute Fake News nennen würde: Mit einer sehr effizienten PR-Kampagne wurden Klimawissenschaft und ihre Erkenntnisse in Zweifel gezogen. Nachwirkungen gibt es immer noch.

Bei den SN fiel eine Entscheidung: Der Teil der Redaktion, der davon überzeugt war, dass die Erderwärmung das drängendste Thema der kommenden Jahrzehnte werden würde, setzte sich mit seiner Forderung nach Schwerpunktberichterstattung durch. Seit 18. Dezember, dem Ende der Kopenhagener Konferenz, erscheint wöchentlich eine Seite zum Klimawandel, erst jeweils am Montag, dann in der



Wochenendbeilage, wo die Klimaseite, wie sie intern genannt wird, rasch zu einer der meistgelesenen Seiten wurde.

Immer wieder lud und lädt die Klimaseite die Leserinnen und Leser auch in andere Länder ein. Ob Windräder in Mexiko, Fracking-Branche in den USA, Kampf gegen Pipelines in Kanada oder unentwegte Klimaschützer auf den pazifischen Inseln, keine Region ist zu weit weg oder gar zu unwichtig. In großen Interviews kommen Wissenschaftler zu Wort. Daten und Fakten werden geboten, Kommentare, Hintergründe und Erklärungen sowieso.

Erfreuliches gab es nur wenig zu berichten, vor allem nicht aus Österreich, umso wichtiger erschien es, die Ursachen zu beleuchten.

Im Dezember 2015 gelang bei der UNO-Klimakonferenz in Paris der Durchbruch. Alle Staaten der Welt verpflichteten sich, die durchschnittliche Erderwärmung auf zwei Grad Celsius gegenüber der vorindustriellen Zeit zu begrenzen. Um mehr als ein Grad Celsius ist die Temperatur schon gestiegen. Zwei Grad hält die Wissenschaft für gerade noch akzeptabel. Das Risiko katastrophaler Umwälzungen, die ganze Landstriche unbewohnbar machen, wäre dann wahrscheinlich gering. Wer aber meint, die globalen Emissionen würden seit 2015 sinken, irrt. Die EU, größter Wirtschaftsraum der Welt und drittgrößter Emittent hinter China und den USA, geht zwar mit gutem Beispiel voran, auch wenn einige wenige Länder wie Österreich nachhinken, doch ist die Wende noch nicht geschafft.

Trotzdem: Seit 2009 sind Dinge geschehen, die wohl niemand zu prophezeien gewagt hätte. In Deutschland sind die einst unangreifbaren Energieriesen E.ON, RWE und Vattenfall unter die Räder gekommen, unter die Windräder. Der Verbrennungsmotor wurde zum Auslaufmodell, ein Verkaufsverbot in Europa in der nächsten Dekade ist in Sicht. Investitionen in die Erdölindustrie, einst unbestritten profitabel, werden immer riskanter und verlagern sich zu erneuerbaren Energien. Selbst Plastik, von der Branche als Rettungsanker angesichts sinkender Ölnachfrage gefeiert, kommt unter Druck, vor allem aber: Die Jungen spielen nicht mehr mit. Es ist ihre Welt und ihre Zukunft.

Und seltsam: Die Proteste von Fridays for Future machen der Politik, den Unternehmen und auch den Medien mehr Feuer als wissenschaftlichen Erkenntnisse der Klimaforschung. Aber mit denen haben es die Unternehmensvorstände, die Politiker und die Journalisten auch nicht jeden Tag zu Hause zu tun.



Innenpolitik

SO GING ES ZU ENDE - SO FING ES AN

Die Verweigerung

1945. Wie Salzburg gerettet wurde.

Zeitzeugen schildern die ersten Stunden der Befreiung in den SN.

ANDREAS KOLLER

Der Krieg war längst verloren, der sogenannte Führer hatte sich durch Selbstmord seiner Verantwortung entzogen, in Wien amtierte bereits die von Karl Renner gebildete provisorische österreichische Bundesregierung. Doch noch in seinen Todeszuckungen bestand der NS-Staat darauf, dass die Stadt Salzburg bis zur letzten Patrone verteidigt – und somit zerstört – werden müsse. Wehrmachtsoffizier Hans Lepperdinger, der Kampfkommandant der Stadt Salzburg, verweigerte heldenhaft die Befolgung des verbrecherischen Befehls. Salzburg konnte gerettet werden. Das geschah am 4. Mai 1945. Die „Salzburger Nachrichten“ gab es damals noch nicht. Zehn Jahre später, am 4. Mai 1955, zogen die SN Bilanz. Und luden eine Reihe von Persönlichkeiten ein, ihre Eindrücke aus den Tagen der Befreiung zu schildern. Wobei deutlich wurde, dass die Befreiung von der Naziherrschaft nicht ausschließlich Begeisterung ausgelöst hatte. In den Schilderungen der

Zeitzeugen ist die Rede von Plünderungen, Übergriffen und Versuchen, missliebige Mitbürger bei den Besatzungsbehörden zu denunzieren. Einer der Zeitzeugen, die die SN zu Wort kommen ließen, war Josef Klaus, im Krieg Soldat, später Landeshauptmann und Bundeskanzler. Er erlebte die Befreiung „in einem amerikanischen Kriegsgefangenenlager“ bei Ludwigshafen. Dort erreichte ihn die Nachricht von der Wiedererrichtung der Republik Österreich.

„Noch vor dem Jahresende konnten wir unsere Lieben und unsere Heimat wiedersehen“, schreibt er. In einem nicht namentlich gezeichneten Beitrag schildern die SN die dramatischen Stunden. „Mitten in die Vorbereitungen zur kampfflosen Übergabe platzte um 22.40 Uhr der telefonische Befehl eines General von Bork aus St. Gilgen, daß Salzburg bis zuletzt verteidigt werden müsse“, schreiben die SN. Lepperdinger und seine Mitverschwörer leisteten Widerstand. „Um 6 Uhr übertrug der Sender den historisch gewordenen Aufruf von Oberst Lepperdinger, worin er Salzburg zur offenen Stadt erklärte und den Amerikanern die Übergabe anbot.“ So ging es zu Ende – so fing es an.

1945: Verzweifelte Suche nach Vermissten

Achtung, Rußland-Heimkehrer!
Fp.-Nr. 33404, Wer kann über meinen Mann, Lt. Ing. Erich Lutz a. Wien IV., vermißt seit 11. 12. 1942 bei Nishni Kalinowzki am Tschirfluß, 120 km westlich Stalingrad, näheres mitteilen? Für jede Auskunft dankbar: Frau Ella Lutz, Altenmarkt 44 b. Radstadt, Salzbg.

Hildegard Feist, letzter Wohnort Rawitsch, Polen, sowie meine Eltern Adolf u. Emma Feist, letzter Wohnort Görchen, Kr. Rawitsch, Polen, gesucht. Wer weiß näheres

Junge Frau mit kl. Mädel! sucht Stelle in frauenlosem, sauberem Haushalt. Unt. W 4062 an Hammerer, Judeng. 30jähr. Wienerin (Kriegerwitwe), alleinstehend, in allen Büroarbeiten versiert, Stenotypistin, vielseitig u. anpassungsfähig, sucht in Salzburg passende Stellung, mögl. mit Wohngelegenheit. Unt. R 4109 an Hammerer, Judeng. *8 Wiener Akademiker, perf. Russisch, Französisch, Italienisch, Tschechisch, Slowakisch, teilw. Englisch beherrscht, perf. in Stenographie, Maschinschr., sucht pass. Stelle als Angestellter, Hotel-

Es fehlte praktisch an allem in den Monaten nach Ende des Zweiten Weltkriegs. Trotzdem konnte wenige Wochen nach Kriegsende am 7. Juni 1945 die erste Nummer der „Salzburger Nachrichten“ erscheinen. Wie groß damals das Bedürfnis nach Informationsaustausch war, zeigte sich gleich in den ersten Tagen. Am 11. Juni wurden bereits die ersten Partien, Verkaufs- und Stellenanzeigen geschaltet. Vor allem aber wurden vermisste Angehörige gesucht (siehe Faksimile links oben). Groß war der Bedarf an Arbeitskräften, wie sich beim Blick in die Stellenanzeigen zeigt: Gefragt waren praktisch alle Berufe – Maurer, Sattler, Täschner, Schuhmacher, Spenglergehilfen, Möbeltischler, Stukkateure, Schreib- und Rechenmaschinen-Mechaniker, Damenfriseurinnen, Dolmetscherinnen, und „anständige Mädchen“ für die Arbeit in „besseren“ Haushalten. Über die Rubrik „Gefunden – Verloren“ versuchten Salzburger, ihre verlorenen Armbanduhren, Handtaschen und Kinderhose zurückzubekommen. Der eine wollte via Inserat die Lederhose gegen Damenlederstiefel tauschen, der andere seinen Anzug gegen ein „gutbereiftes“ Fahrrad. Der ausgebombte Bäckermeister versuchte über die SN eine „moderne Bäckerei“ zu pachten, ein „Amerikaner“ teilte mit, er suche Bassgeige, Trompete, Zugposaune und Klarinette. Die Kleinanzeigen füllten schon bald ganze Seiten und waren von großer Bedeutung für das wirtschaftliche Überleben der Zeitung. Heute sind die Inserate aus den ersten Jahren der „Salzburger Nachrichten“ eine wichtige historische Quelle, spiegeln sie doch drastisch die Alltagsorgen der Menschen wider.

höd

LH, Dr. JOSEF KLAUS:

Den 4. Mai 1945 verbrachte ich in einem amerikanischen Kriegsgefangenenlager, welches wenige Tage vorher bei Ludwigshafen errichtet worden war. Eigentlich war es kein Lager, sondern ein mit Stacheldraht umzäuntes riesiges, freies Feld. Bei unserem Eintreffen am 28. April hatte es zu regnen begonnen. Die ganze Woche hörte es nicht auf. Am Tage standen wir herum, wenn wir uns nicht gerade zur Zählung oder Ausgabe der kärglichen Suppe anstellen mußten. In der Nacht aber war es besonders ungemütlich, da uns keine Schlafstelle, kein Dach, anfangs nicht einmal ein Loch zur Verfügung standen. So wanderten wir über die aufgeweichten Lagerstraßen vom Abend bis zum Morgen wohl dutzendmal die Runde. Viele waren der Verzweiflung nahe, denn mit unseren Kräften ging es bei schmaler Kost und erzwungener Schlaflosigkeit rasch abwärts. Wir lernten das Elend in seiner ganzen Härte kennen und wir hofften nur mehr auf das Ende des Regens und auf einen Fleck trockenen Bodens, wo wir uns zu hütet auf einer einzigen Zeltbahn, bedeckt mit zwei oder drei Mänteln, hinlegen könnten. Diese Hoffnungen gingen am 4. oder 5. Mai in Erfüllung. Da schien die Sonne, da standen wir dankerfüllt um einen wackeligen Altartisch und der mitgefangene Divisionspfarrer aus Osttirol richtete uns mit seinem Predigtthema „Gott ist getreu“ wieder auf. Dann mischten sich Gerüchte in unsere neuerwachten Hoffnungen: Österreich sei wieder selbständig, Dr. Renner und Leopold Kunschak hätten die Führung und den Wiederaufbau in die Hand genommen. Österreich lebte und wir lebten! Noch vor dem Jahresende konnten wir unsere Lieben und unsere Heimat wiedersehen.

SEKRETÄRIN H. P., 22 JAHRE:

Mit Detonationen von Brückensprengungen an der Saalach begann die Nacht vom 3. zum 4. Mai. Dann setzte der Artilleriebeschuss ein. In unmittelbarer Nähe explodierten bei uns in Lehen die Geschosse. Mit meinen Eltern verbrachte ich die Nacht im Luftschutzbunker. Als meine Mutter im Morgengrauen in die Wohnung gehen wollte, um uns Kaffee zu kochen, wurde neuerlich Fliegeralarm gegeben. Ein schweres Bombengeschwader war im Anflug und dann sah ich ein Auto mit Soldaten, die eine weiße Fahne hielten, in Richtung Freilassing fahren. Nun wußten wir, daß die Stadt von einem Bombenangriff verschont bleiben, daß wir aber auch noch heute von den Amerikanern besetzt werden würden. Wenig später sprach Gauleiter Dr. Scheel zum letzten Male über das Radio vom Schloß Werfen aus zur Bevölkerung. Ihm war die Übergabe der Stadt gemeldet worden und er forderte die Salzburger auf, Ruhe und Disziplin zu halten. Meine Mutter brach bei den Abschiedsworten dieses Mannes, der sich um Salzburg nur verdient gemacht hatte, in Tränen aus. Dann hörten wir vom Waiser Berg her die ersten Panzer und ein paar Stunden später fuhren sie in ununterbrochener Folge stadteinwärts. Aus dem nahen Lager kamen die befreiten Russen und begannen in der Nachbarschaft zu plündern. Am Nachmittag probierte ein Amerikaner auf einem vor dem Hause stehenden Panzer an einer deutschen Pistole herum und schoß sich dabei in den Kopf. Zwei österreichische Ärzte in weißen Mänteln, die ihm zur Hilfe eilen wollten, wurden von den Amerikanern streng und mißtrauisch zurückgewiesen.

Der Staatsvertrag in der Kritik

Die SN beobachten mit Argwohn die Verhandlungen. Die Zeitung Westösterreichs sieht 1955 manches anders.

CHRISTIAN RESCH

Die Gunst des Augenblicks“ heißt das Buch, das Manfred Rauchensteiner und Robert Kriechbaumer über den Österreichischen Staatsvertrag herausgegeben haben – ein Standardwerk. Der Titel lässt schon erahnen: Es war keine historische Zwangsläufigkeit, dass Österreich schon zehn Jahre nach Kriegsende souverän werden sollte. Und schon gar nicht, dass das zu akzeptablen Bedingungen passieren würde.

Für Kriechbaumer waren die SN mit führend in der Berichterstattung um das damalige politische Ringen, und vor allem darin, publizistischen Druck aufzubauen: Druck, damit immer wieder nachverhandelt wurde, nicht klein beigegeben wurde, dass am Ende ein Vertrag stand, der Österreichs Zukunft sicherte und nicht einschränkte. Immer wieder veröffentlichten die SN Ausschnitte aus geplanten Vertragspassagen und rechneten vor, was diese für die Menschen bedeuten würden. „Das wäre

der Staatsvertrag! Die schwersten Reparationen in der Geschichte für ein ‚befreites Land‘ hieß da etwa eine große Überschrift. Um Reparationszahlungen und Abtretungen, Schürfrechte und Abgaben an die Siegermächte ging es da. Gnadenlos gingen Rechercheure und Leitartikler mit dem juristischen Flickwerk der ersten Jahre ins Gericht. Das hing für Kriechbaumer auch damit zusammen, dass die SN als westösterreichisches Medium in einem US-besetzten Bundesland eine andere Ausgangssituation hatten als die Wiener Medien, wo man unter der sowjetischen Knute stöhnte. Und deshalb bereit war, mehr Kompromisse einzugehen, um die Besatzer endlich aus dem Land zu bekommen. Während des gesamten März und April 1955 bis hin in den frühen Mai erschienen immer wieder große Artikel und vor allem Kommentare. Dann, als die Entwürfe konkreter und für Österreich vorteilhafter wurden, trugen die SN ihre Berichterstattung auch in konzilianterem Tonfall vor. Am Ende, als Österreich triumphal seine Unabhängigkeit verkünden konnte, zeigte sich auch die SN-Redaktion mit dem Ergebnis zufrieden.



1955 wurde der Staatsvertrag unterzeichnet.

BILD: SN/APA-VOTAVA





HERZLICHE GRATULATION ZUM JUBILÄUM

WIR FEIERN SALZBURGS SCHÖNSTE SEITEN.



Als Energieversorger für alle Salzburgerinnen und Salzburger setzen wir seit 20 Jahren auf nachhaltige Energiegewinnung und leisten damit täglich unseren Beitrag zur Lebensqualität in unserem Bundesland. Genau wie Salzburgs traditionsreiche Tageszeitung. Wir gratulieren den Salzburger Nachrichten zu 75 Jahren und wünschen Happy Birthday! salzburg-ag.at



SALZBURG AG
WO ZUKUNFT INS LEBEN KOMMT.

Die SN und das „Dritte Lager“

Februar 1947. Interesse, aber mit Distanz.

Die SN befassten sich frühzeitig mit der Idee einer Partei jenseits von ÖVP und SPÖ.

ANDREAS KOLLER

Gustav A. Canaval, Gründungschefredakteur der „Salzburger Nachrichten“, überlebte die Naziherrschaft als politischer Häftling in nationalsozialistischen Konzentrationslagern. Gerade aus dieser Erfahrung heraus reichte er nach 1945 seinen einstigen Gegnern die Hand. In einem Leitartikel vom 6. Februar 1947 betonte er, dass der Kampf gegen den Nazigeist eine „Erziehung- und keine Justizsache“ sei – und dass es vor allem um die innere Einstellung der Betroffenen gehe: „Der Gedanke: ‚Unrecht wird Recht, wenn es der Gesamtheit nützt‘, ist Nazigeist“, schrieb er. Mehrfach setzten sich die SN kritisch mit der strafrechtlichen Verfolgung ehemaliger „kleiner“ Nationalsozialisten auseinander, und die Vorstellung, dass es neben ÖVP und SPÖ auch noch Platz für eine Partei des „Dritten Lagers“ geben müsse, fand Niederschlag in den SN. „In den ‚Salzburger Nachrichten‘ war bereits Ende 1945 die Idee einer neuen Partei ventiliert worden, die vorerst aber noch wenig Gehör fand“, schreibt die Historikerin Margit Reiter in ihrem Buch „Die Ehemaligen“.

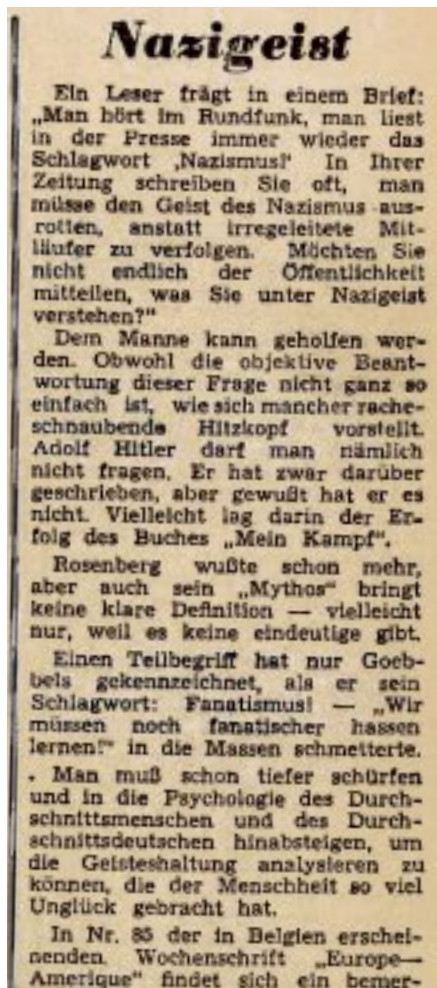
1949 war es dann so weit. Am 5. Februar berichteten die SN über die Gründungssitzung des „Verbandes der Unabhängigen“. Im Proponentenkomitee saß auch Viktor Reimann, bis dahin SN-Vizechefredakteur. Mit Übernahme dieser Parteifunktion schied Reimann umgehend aus der Redaktion – und die SN verfolgten die politischen Bestrebungen des VdU, aus dem 1956 die FPÖ hervorgehen sollte, mit äußerst kritischem Blick.

In einem Kommentar bezichtigten die SN die neue Partei unverblümt des Programmplagiats, in Glossen wurden wahre Fehden mit dem VdU ausgetragen. Chefredakteur Canaval stieß sich, vermeldet die SN-Chronik, an der „doch ziemlich neonazistischen Einstellung großer Teile dieser Partei“.

Diese kritische Grundhaltung prägte die „Salzburger Nachrichten“ über die Jahrzehnte. Legendar sind die scharfen Glossen, die die damalige SN-Innenpolitikerin Katharina Krawagna-Pfeifer auf dem Höhepunkt des freiheitlichen Erfolgs gegen FPÖ-Obmann Jörg Haider schrieb.



Viktor Reimann.



BILDER: SN/Parlament/GVAT

kenstlicher Artikel von Dr. Simon Obispo „Psychoanalyse du Racisme“. In erschöpfender Weise wird das Problem des Antisemitismus und der Negrophobie behandelt und dabei auf Sigmund Freud zurückgegriffen. Es dürfte vielleicht zuviel sein, die ganze Freudsche Theorie heranzuziehen, aber ein Körnchen Wahrheit steckt sicher darin, daß der Rassismus aus Verdrängungskomplexen entstanden ist. Vom „Nazigeist“ galt das noch mehr. Das dämonische Es, das den halbgebildeten Adolf Hitler hypnotische Macht über seine Anhänger gewinnen ließ, war der erfolgreiche Appell an das Unterbewußte. Das Gefühl der politischen Ohnmacht – verursacht durch politische Halb- und Unbildung – war zu überwinden. Durch diesen Satz braucht sich kein ehemaliger Nationalsozialist beleidigt zu fühlen, denn politische Bildung ist nicht jedermanns – und außerdem eine schwierige Sache, die auch mit der Salbung zum gewählten Volksvertreter nicht ohne weiteres geschenkt wird.

Die Demokratie der Zwanzigerjahre trat dem einfachen Staatsbürger in Deutschland – und auch in Österreich – oft in einer Form gegenüber, die ihm alles andere als Achtung abgewann. Das System der gebundenen Wahlliste steigerte in ihm dieses Gefühl der trostlosen Ohnmacht gegen unerfreulichste Erscheinungen. Bewußtsein der Ohnmacht ist aber etwas, das ein Mann selten lang ohne Abreaktion erträgt. Daher taucht eine Gabelung der Gefühle im Einzelwesen auf: Desinteressent bei den Geschicklichen und ein gewisser Haß bei den weniger Gebildeten, der sich gegen alles richtet, das mit Politik zusammenhängt. Diese Reaktion war nicht richtig, aber jedenfalls zu verstehen. Im weiteren führt sie bei der zweiten Gruppe zu ungefähr folgender Einstellung: Die Demokraten (darunter versteht der Mann nebulos die Gesamtheit der politischen Parteien oder das Parlament, aber jedenfalls die, die „oben sitzen“) lassen uns nicht mitreden, schächern gegenseitig um die Futterplätze und spielen uns Theater vor. Also müssen wir Verhandlungen setzen, die ihnen unangenehm sind.

Hierin liegt ein Verdrängungskomplex als eine der echten Wurzeln des Nazismus. Wie viele sind Parteigenossen geworden, weil sie einfach einer Person, einem politisch mißliebigen Ortsnachbarn oder einer Gruppe etwas „zufleiß“ tun wollten? Wie viele sind es geworden, weil sie in der Demo-

kratie keine Arbeit fanden oder in ihrem Dienst Ungerechtigkeiten erfahren hatten! All dies mußte „abreagiert“ werden und es geschah am einfachsten durch das, was wir „Überkompensation“ in der Psychoanalyse nennen.

Was war den Parteipolitikern der Vorkriegsdemokratie am unangenehmsten? Doch das, wenn ihnen Konkurrenz gemacht wurde. Da konnte man die dicksten Bonzen zum Laufen bringen. Also gründete man eine neue Partei: Es konnte nur nach den Regeln der verhaßten, weil unverstandenen – wiewohl auch mißbrauchten – Demokratie geschehen. Aber man könnte ja gleichzeitig den Anhängern versprechen, daß man mit der Demokratie aufräumen werde, sobald man „die Macht“ in der Hand haben würde. Die unmoralische Inkonzessenz ward nicht erkannt, ja, sie wirkte anziehend.

Man vergesse nicht, daß dieser Gedankengang Produkt der Massenbeeinflussung einer kleinen Gruppe Skrupelloser war, die mit raffiniertem Schlagwortapparat immer wieder neue, vernebelnde Thesen ausblies und sich damit an eine ganze Musterkollektion von bestehenden Instinkten wandten.

Da war der Antisemitismus, dann der Traum von deutscher Vorherrschaft, die Fata morgana des Führerstaates (in dem jeder Pö. irgend ein Führer, möglichst mit Uniform und dem Präfix „Ober . . .“ werden sollte) usw. Der letztere Fall – eine echte „Identifizierung“, psychoanalytisch gesehen. Der Sieben-Mann-Stammstoch, der um Adolf den größten Betrug der Menschheit vorbereitete, wußte, was er tat. „Gebt der Masse zu hassen und befriedigt diesen Haß, dann habt ihr sie.“ Der Gedanke, auf erlittenes oder vermeintliches Unrecht mit einem lauten „Jetzt erst recht!“ zu antworten, ist Nazigeist. Der Gedanke: „Unrecht wird Recht, wenn es der Gesamtheit nützt!“ ist Nazigeist. Der Gedanke: „Wer anders denkt, ist ein Volksschädling und gehört vor die Gestapo!“ ist Nazigeist. Jede Art von Fanatismus gehört dazu („Kunst ist eine erhabene, zum Fanatismus verpflichtende Mission“, blödelte der „Führer“). Jede Art von religiöser, rassistischer und politischer Unduldsamkeit gehört dazu. Die Beispiele zu erschöpfen, würde ein Buch füllen, umfangreicher als „Mein Kampf“.

Diesen Geist gilt es zu bekämpfen und auszurotten. Aber es ist dies eine Erziehungs- und keine Justizsache. Denn wenn man es ruhig überlegt, gibt es nach oben genannten Bestimmungversuchen einerseits viel weniger echte Nazi, als man glaubt, und andererseits viel mehr. Paradox? Nein. Denn nicht alle von den heute amtlich punzierten dachten so, und so mancher von den sogenannten Hasenreinen stehen solchen – vielleicht variierten – Ideen heute nicht fern. Wir müssen an uns selbst arbeiten und uns verstehen lernen.

CANAVAL

Enthüllungen und Gendarstellungen in den 50er-Jahren

Affären ab 1956. Damals musste fast jede gewünschte Gendarstellung gedruckt werden – auch wenn sie unwahr war.

Österreich um 1955. Die Besatzer ziehen ab, es stehen vermutlich vorgezogene Neuwahlen an. Die Stimmung ist nervös, Politiker und Beamte agieren erstmals ohne jede Aufsicht durch ausländische Mächte. Und: Österreich hat nach wie vor ein illiberales Mediengesetz, mit Verpflichtungen für Zeitungen, die uns heute den Kopf schütteln lassen.

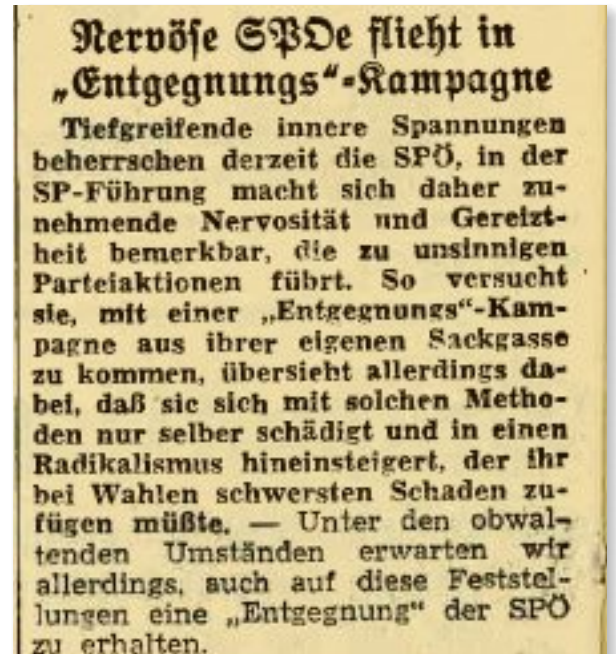
Das betraf etwa die berüchtigten „Entgegnungen“, Widerrufe oder Gendarstellungen. Wenn jemand eine solche begehrte, mussten die Medien sie abdrucken – auch wenn sie über ausreichend Beweise dafür verfügten, dass das ursprünglich Geschriebene den Tatsachen entsprach. Da kam es etwa am 9. Jänner 1956 zu Schülerdemonstrationen, bei denen die Minderjährigen von der Polizei arg bedroht und als Kommunisten beschimpft worden waren. Die SN hatten Zeugen und berichteten entsprechend. Der Polizeidirektor empfand das offenbar als grobe Aufmüpfigkeit und konnte tatsächlich durchsetzen, dass die Medien die „offizielle“ Version der Exekutive zu drucken hatten. Das Ergebnis sah dann oft kurios aus, so auch in diesem Fall: An die erzwungene, wahrheitswidrige Entgegnung setzte die Redaktion nun den Hinweis, dass der Widerruf nur wegen gesetzlicher Verpflichtung erfolgt sei und nicht wegen dessen Wahrheitsgehalt. In anderen

Fällen weist die Redaktion nach dem Widerruf sinngemäß darauf hin, dass der Widerruf aus journalistischer Sicht wahrheitswidrig sei. Bei veröffentlichten Gerichtsurteilen gegen Redakteure (damals wurde man recht schnell wegen Ehrenbeleidigung verklagt) mussten die inkriminierten Artikel nochmals in voller Länge veröffentlicht werden, was diesen natürlich doppelte Aufmerksamkeit bescherte.

Generell lagen die SN häufig mit der Exekutive im politischen Clinch, meist wegen Korruptions- oder Gewaltvorwürfen. Der damalige Vizekanzler Adolf Schärf erwirkte im November 1955 sogar, dass eine Zeitungsnummer mit einem kritischen Leitartikel eingezogen wurde – der Vorwurf lautete „Übertretung der Sicherheit der Ehre“. Einmal wieder geht es um Postenschacher in der Donaudampfschiffahrtsgesellschaft, dann um den angeblichen Diebstahl von Kandidatenlisten bei Gewerkschaftswahlen.

Immer wieder verurteilen Gerichte Journalisten der SN (und anderer Zeitungen) zu namhaften Geldstrafen, weil sie die „Ehre“ der Betroffenen verletzt hätten, unter Umständen, die heute kein Richter mehr akzeptieren würde. Was die Redaktion von ihrer angriffigen Linie jedoch nicht abbringen konnte.

resch





Grete Rehor, einzige Frau im Kabinett.

BILD: SN/IMAGNO-PICTUREDESK

Es ist prinzipiell gewiß zu begrüßen, daß eine Frau in die Regierung eintritt.

Aus dem Leitartikel vom 20. April 1966

Raiffeisen
Meine Salzburger Bank



75 JAHRE QUALITÄTS- JOURNALISMUS

Die „Salzburger Nachrichten“ sind eine unternehmerische Erfolgsgeschichte. Die Zeitung wird gerne gelesen und lässt die Menschen in Stadt und Land Salzburg insbesondere am Geschehen in der Region teilhaben. Damit wird sichergestellt, dass in einer globalisierten Welt der Bezug zum eigenen sozialen Umfeld in Form von höchstem Qualitätsjournalismus nicht verloren geht.

Wir gratulieren herzlich.

salzburg.raiffeisen.at

WAS EINER NICHT SCHAFFT,
DAS SCHAFFEN VIELE.



Die erste Ministerin

Grete Rehor übernimmt 1966 das Sozialressort.

Was damals berichtet wurde – und was sich seither verändert hat, auch bei den SN.

INGE BALDINGER

Erfahren hatten es die SN am Vorabend. Im letzten Moment wurde die Ministerliste der ÖVP-Alleinregierung Josef Klaus in den innenpolitischen Aufmacher gezwängt. Die Sensation versteckte sich unter dem Zwischentitel, „Frau in der Regierung“. Abseits dieses dürren Hinweises wurde Grete Rehor, mit der Österreich am 19. April 1966 die erste Ministerin in der Geschichte bekam, keinerlei Sonderstellung in der Berichterstattung zuteil. Der Name der „Frau Minister für soziale Verwaltung“ tauchte irgendwo in der Mitte aller Namen des Kabinetts Klaus II auf, hinter jenem des Justizministers und vor jenem des Verkehrsministers.

Keine Sonderstellung auch am Tag der Angelobung selbst. Immerhin aber entschied sich die Redaktion galant dafür, die Miniporträts der Regierungsmitglieder mit Grete Rehor zu beginnen.

Im Leitartikel wurde Rehor eher am Rande erwähnt. Der Kommentator attestierte ihr „gewisse Voraussetzungen“ für das Ministeramt – möglicherweise war ihm entgangen, dass die damals 55-jährige Christgewerkschafterin sechzehneinhalb Jahre parlamentarische Arbeit mit Schwerpunkt Soziales sowie jede Menge sozialpartnerschaftliche Erfahrung vorweisen konnte. Immerhin nannte er es „prinzipiell gewiß zu begrüßen“, dass erstmals eine Frau in eine österreichische Regierung eintrete.

1966 also. Wirtschaftswunderzeit. Die Zeitung voll mit Stellenangeboten, fein säuberlich in weiblich und männlich getrennt. Ein Mal pro Woche widmen die SN den Leserinnen eine Seite: „Mit den Augen der Frau“ heißt sie. Politisch? Allenfalls in Spurenelementen. Die Themen reichen von den neuesten Modekreationen übers richtige Kofferpacken bis zur Mammutaufgabe, die Mary Kaltmann als Haushälterin von US-Präsident Lyndon B. Johnson täglich stemmen muss. Schließlich sind im Weißen Haus 132 Räume sauber zu halten.

Und Journalistinnen? Ganz wenige. In der Linzer SN-Redaktion werkt Erika Kittel und analysiert eine Woche nach der Angelobung, warum Rehor „auf den ersten Anhieb kein schlechtes Echo gefunden hat“. Weil sie den Typ der berufstätigen Frau und den doppelten Einsatz in Familie und öffentlichem Leben darstelle – und weniger den „einer selbstbewusst-intellektuellen Frau“. Kittel fügt dieser Einschätzung eine damals verpönte persönliche Anmerkung hinzu („Verzeihen Sie, Frau Minister, ich weiß, daß Sie es deshalb nicht leichter haben werden!“). Rehor selbst meint schlicht, es sei „wichtig und richtig“, wenn Frauen „auch in höchste Positionen vordringen“, das entspreche nicht nur „der Beschäftigungsstruktur, sondern auch der Wählerstruktur“.

Gute Stichworte: 1966 sind 56 Prozent der Wahlberechtigten weiblich, die Erwerbsquote der Frauen liegt bei 55, jene der Männer bei 90 Prozent. Die Fertilitätsrate beträgt 2,75 Kinder pro Frau. Die typische Rollenverteilung in den Familien: Er geht einer bezahlten Beschäftigung nach, sie erzieht die Kinderschar, arbeitet im Haushalt und organisiert das tägliche Leben. Im Nationalrat sind zehn der 175 Abgeordneten Frauen, das entspricht einem Anteil von 6,06 Prozent. In den 1960er-Jahren haben in Gesellschaft und Politik die Männer das fast alleinige Sagen. Das spiegelt sich überall.

Auch in den SN. Nur sehr langsam steigt die Zahl der Redakteurinnen, deren erste Ilse Leitenberger (Schwerpunkt Außenpolitik) war – das beinahe von Beginn an. Dann eine Kulturredakteurin hier, die ersten Lokalredakteurinnen da, einzelne gelegentliche Schreiberinnen, schließlich in den 70er-Jahren mit Katharina Krawagna-Pfeifer die erste angestellte Innenpolitikerin. 1986 wird bei den SN erstmals eine Frau Ressortchefin: Doris Esser übernimmt die Wochenendbeilage. Bis zur Installierung der nächsten Ressortleiterin vergehen neun Jahre: 1995 wird Veronika Canaval Chefin der – damals wie heute stark mit Frauen besetzten – Wirtschaftsredaktion. 2003 rückt Hedwig Kainberger an die Spitze eines Ressorts: Sie leitet seither die Kulturredaktion. Nimmt man es genau, war allerdings Trude Kaindl-Hönig, Schwester von Herausgeber Max Dasch, die Nummer eins: Sie erfand 1982 die Kinderseite „wu-wa-wi“ und leitete sie jahrzehntelang.

H heute liegt der Anteil der Journalistinnen in der Redaktion bei 36,5 Prozent; an den Schalthebeln des Getriebes sitzen mit Karin Zauner und Anja Kröll zwei Chefinnen vom Dienst; mit Gudrun Doring hat die (vor allem) mit Frauen besetzte Außenpolitik erstmals eine Ressortleiterin; und mit der vormaligen – ersten – Leiterin der Lokalredaktion, Sylvia Wörgetter, liegt auch die SN-Vertretung in Brüssel in Frauenhand. Ebenso die Layout-Abteilung mit Chefin Gertraud Wieser und das Korrektorat mit Andrea Thiel. Das Parlament ist um eine Nasenlänge voraus: Im Nationalrat beträgt der Frauenanteil unterdessen 39,4 Prozent. Die politische Krise des Jahres 2019 bescherte Österreich sogar seine erste Bundeskanzlerin.

Was Grete Rehor zu dieser Entwicklung gesagt hätte? Sicher etwas Leises, womöglich etwas Gewitztes. Beides entsprach ihrem Wesen. Ihr Lebensmotto fasste Rehor, die der Erste Weltkrieg zur Halbweise und der Zweite zur Witwe und Alleinerzieherin gemacht hatte, einmal in zwei Worten zusammen: „Tu was.“ Rund 100 Sozialgesetze brachte die ÖVP-Politikerin in ihrer Amtszeit als Ministerin (1966–1970) auf den Weg. Viele davon galten den Frauen und wirken bis heute fort. „Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit“: Das war Rehors Parole. Sie ist immer noch aktuell.



Im Bild von links bei der Zwischenlandung in Salzburg: Verkehrsminister Erwin Lanc und Bundeskanzler Bruno Kreisky.

SN-Kurzinterview: Kreisky zum Terrorakt

Bundeskanzler Bruno Kreisky, der Sonntag seinen Urlaub im Lech am Arlberg antreten wollte, mußte seine Pläne nur eine Stunde nach seiner Ankunft im Urlaubsort wegen der Ereignisse in Wien umstoßen. Im Hubschrauber des Innenministeriums flog der Kanzler sofort nach Salzburg, wo er auf die zweimotorige Cessna der OFAG umstieg. Die kurze Zeit dazwischen nutzten wir zu einigen Fragen.

SN: Herr Bundeskanzler, bei einer früheren Geiselauffäre am Flughafen Schwechat haben Sie verkündet, der Schutz des Lebens

oder mehr, aber geändert hätte das nichts.

SN: Da Sie, wie Sie sagten, im Hubschrauber ständig auf dem laufenden gehalten wurden – können Sie sich aus den bisher vorliegenden Informationen schon Vorstellungen über die Hintergründe dieses Terroraktes machen?

KREISKY: Einiges könnte ich mir schon zusammendenken aus

Interview auf dem Flughafen

Terrorüberfall auf die OPEC in Wien.

Mit den SN spricht im Dezember 1975 Kanzler Bruno Kreisky, noch ehe er am Schauplatz eintrifft.

JOSEF SCHORN

Che Guevara kam mit der Straßenbahn. Es schneite, als der Schakal, Hans-Joachim Klein, und Nada, Gabriele Kröcher-Tiedemann, mit ihren palästinensischen Begleitern gegen 11 Uhr die Haltestelle Schotten- tor erreichten, nicht weit entfernt vom OPEC-Gebäude am Lueger-Ring, der jetzt Universitätsring heißt. Carlos, eigentlich Ilich Ramírez Sánchez, 26, Venezolaner, den sie Schakal nannten, hatte sich zuvor in Wien noch eine Baskenmütze gekauft, um auszusehen wie sein Vorbild Che. Jetzt saß sie fest auf seinem Schädel.

Am 21. Dezember 1975 nimmt ein sechsköpfiges Kommando – Palästinenser und deutsche Linksextremisten, angeführt von Carlos – 62 Geiseln, darunter elf Erdölminister. Am Ende waren drei Menschen tot, ein österreichischer Polizist, ein irakischer Leibwächter und ein libyscher Delegierter. Bundeskanzler Bruno Kreisky handelte die Ausreise des Terrorkommandos und eines Teils der Geiseln nach Algerien aus, wo die Minister nach einem nervenaufreibenden Hin und Her zwischen Tripolis und Algier am 23. Dezember 1975 freikamen. Der Terrorüberfall auf die OPEC-Konferenz in Wien erregte weltweit Aufmerksamkeit. Wie es auch der Handschlag von Innenminister Otto Rösch mit Carlos tat.

Ehe die Maschine mit den Geiseln startete, ging Carlos die Gangway herunter und streckte Rösch die Hand hin: „Es tut mir leid, dass ich Österreich als Schauplatz wählen musste. Lassen Sie Bundeskanzler Dr. Bruno Kreisky schön grüßen ...“ Rösch

ergriff die Hand, und die Bilder gingen um die Welt. Der Skandal war perfekt.

Den SN gelang es, den aus dem Skiurlaub aus Lech anreisenden Kanzler zu einem Interview zu bewegen, während Kreisky im Salzburger Flughafengebäude in Begleitung von Verkehrsminister Erwin Lanc auf den Weiterflug nach Wien wartete. Kreisky argumentierte schlau, dass Österreich eigentlich ja nur am Rande zuständig sei: „Es sind ja eine Menge Staaten involviert. Wir werden zunächst mit den betroffenen Staaten reden, was sie wollen. Es handelt sich bei der OPEC ja um eine exterritoriale Organisation und die ganze Aktion hat sich praktisch auf exterritorialem Gebiet abgespielt.“

Damit wollte der Fuchs Kreisky der Kritik an den mangelnden Sicherheitsvorkehrungen begegnen. Man könne nicht jedes dieser Büros mit einer Armee schützen: „Man müsste ja Festungen bauen, mit spanischen Reitern, Maschinenpistolen.“ Nur zu den Hintergründen des Überfalls gab sich Kreisky kryptisch. Auf eine entsprechende Frage von Hans Kutil sagte er: „Einiges könnte ich mir schon zusammendenken aus diesem Papier mit den Forderungen.“ Doch dies sei „nichts für die Öffentlichkeit“. Bis heute wird vermutet, dass Libyens Führer Gaddafi hinter dem Coup steckte.

Die Organisation erdölproduzierender Staaten war 1965 von Genf nach Wien übersiedelt. Die Sicherheitsmaßnahmen in Wien waren grotesk mangelhaft: Das Haus, in dem die Erdölminister tagten, wurde gerade von einem Verkehrspolizisten bewacht. Der konnte sich später an die jungen Leute erinnern, die an ihm vorbei ins Gebäude gingen und freundlich grüßten. Unter ihnen war ein Mann mit Che-Guevara-Mütze.

Die SN als kritische Speerspitze in der Waldheim-Affäre

„Er belog ganz Österreich.“

Ein Kommentar von Chefredakteur Karl Heinz Ritschel spaltete die Leserschaft. Am 12. März 1986 und am 22. März 1986 erscheinen zwei Karikaturen, die das Problem auf den Punkt bringen: „Waldheim? Nie gehört“ und „Hartnäckig auch noch“.

ALEXANDER PURGER



Wir sind, Herr Graff, Herr Schieder, mit den Nerven am Ende. Sie belästigen uns schon mit dem kleinsten Piepser!“ Diese Worte, die der SN-Chefkorrespondent Gerhard Steininger am 14. März 1986 schreibt, richten sich an die damaligen Parteisekretäre von ÖVP und SPÖ. Und sie sprechen wohl allen Lesern aus der Seele. Denn Österreich befindet sich in diesem Frühjahr 1986 in einer Ausnahmesituation. Die Nerven liegen blank.

Der Bundespräsidentenwahlkampf hat sich zu einer Schlammschlacht entwickelt, in die beinahe täglich neue „Enthüllungen“ über die Kriegsvergangenheit des ÖVP-Kandidaten Kurt Waldheim platzen. Wahres mischt sich mit Unwahrtem. Waldheim wehrt sich ungeschickt. Und neben offensichtliche Wahltaktik tritt das Anliegen, 41 Jahre nach Kriegsende damit zu beginnen, die Vergangenheit zu „bewältigen“.

Die Schmutzkampagne sei leicht durchschaubar und werde ihm nützen, sagt Waldheim am 8. März 1986 in einem Interview mit dem jungen SN-Redakteur Manfred Perterer. Auf Seite 1 der gleichen Ausgabe widmet Chefredakteur Karl Heinz Ritschel der Wald-

heim-Affäre den großen Leitartikel. Er bezeichnet darin die gegen Waldheim erhobenen NS-Vorwürfe als „lächerlich“ und „böseartige Diffamierung“. Gleichzeitig attestiert er dem Kandidaten aber „höchstes Ungeschick in seinem persönlichen Verhalten“, da Waldheim in seinem Lebenslauf nur lückenhafte Angaben über seine Kriegsvergangenheit gemacht habe. Am Ende des Leitartikels empfiehlt Ritschel dem einstigen UNO-Generalsekretär, alles über seine Vergangenheit auf den Tisch zu legen: „Es ist an der Zeit, daß der Präsidentschaftskandidat eine klar ausformulierte Darstellung auf den Tisch legt, damit diese erschreckende Phase des Wahlkampfes beendet wird.“

Zwei Tage später – nach einem großen Fernsehinterview Waldheims – schreibt Gerhard Steininger: „Waldheim hat noch immer nicht verstanden, worum es jetzt eigentlich geht.“ Nämlich nicht um die Schmutzkübelkampagne, „sondern um sein Schweigen über seine Vergangenheit“. Die Öffentlichkeit beschäftigt die Frage, wer Urheber der Vorwürfe gegen Waldheim ist. Die SPÖ dementiert energisch. Dazu erscheint am 12. März eine berühmte Zeichnung von SN-Karikaturist Helmut Hütter. Sie zeigt SPÖ-Bundeskanzler Fred Sinowatz, der seine Hände in Unschuld wäscht, aber knietief in Schmutzkübeln steht. Unterschrift: „Waldheim? – Nie gehört!“

Wer in der Debatte völlig untergeht, ist Waldheims Gegenkandidat – Kurt Steyrer von der SPÖ. In ganzseitigen Inseraten lässt er Prominente für sich werben, zum Beispiel „Goleador“ Hans Krankl: „Weil er der beste Kapitän für Österreich ist!“

Drei Seiten weiter steht ein ganzseitiges Inserat des Waldheim-Komitees. Es lässt „Sozialisten für Waldheim“ zu Wort kommen. So wird Bruno Kreisky mit einem zehn Jahre alten Satz über Waldheim als UNO-Generalsekretär zitiert: „Ich kenne keinen, der es besser gemacht hätte.“

BILD: SN/PICTUREDESK



Provokante Karikaturen in den SN, Waldheim als Offizier 1943 bei Podgorica (2. v. l.)

Die SN bringen Wahlkampfreportagen: Waldheim in St. Michael/Lungau. Steyrer in Bürmoos. Die grün-alternative Präsidentschaftskandidatin Freda Meissner-Blau im Fiaker auf dem Weg zu einem Auftritt in Salzburg. Beinahe täglich wird über neue Vorwürfe gegen Waldheim berichtet. Am 21. März heißt es in einer Kurzmeldung: „Waldheim war bei NS-Reiterkorps“. Tags darauf schreibt Chefredakteur Ritschel auf Seite 4 einen Kommentar, der zu den folgenreichsten in der Geschichte der „Salzburger Nachrichten“ werden sollte. Unter dem Titel „Kandidatur eines Unglaubwürdigen“ distanziert sich Ritschel zunächst neuerlich von den Vorwürfen gegen Waldheim: „Diese Mitgliedschaft ist völlig lächerlich. Nicht einmal Mitläuferschaft ist das gewesen, von nazistischer Vergangenheit keine Spur.“ Doch dann schreibt Ritschel: „Der ‚Fall Waldheim‘ ist etwas ganz anderes, doch weit Schmerzenderes: es geht um die Glaubwürdigkeit eines Mannes, der Bundespräsident werden will. Waldheim hat gesagt, er schwöre, nirgendwo dabeigewesen zu sein, er gab Ehren-

wörter ab – er belog ganz Österreich. Und so ein Mann kandidiert als Bundespräsident, das ist unvorstellbar.“

Der Vorwurf der Lüge und die Formulierung, Waldheim sei „mit einem Spinnennetz der Unaufrichtigkeit überzogen“, führen zu wütenden Reaktionen. Es hagelt Leserbriefe, Abbestellungen und wüste Beschimpfungen. Eine Sekretärin erinnert sich: „Man hat sich gar nicht mehr getraut, das Telefon abzuheben. Die Anrufer haben gebrüllt: ‚Ihr gehört alle vergast!‘“ Vor Ritschel wird auf den Straßen Salzburgs ausgespuckt.

Die SN wirken schockiert und veröffentlichen vorerst keinen der Leserbriefe. Erst eine Woche später erscheint eine ganze Seite mit Leserbriefen zu Ritschels Kommentar. „Volksverhetzung“, „sozialistische Wahlkampfpostille“, „Es muss Sie der Teufel geritten haben“ lautet der Tenor der Zuschriften.

Einer der wenigen, die Ritschel zustimmen, ist der spätere grüne Abgeordnete Herbert Fux. Auch Waldheim selbst hat einen Leserbrief verfasst. Er fühle sich in seiner Ehre aufs Schwerste verletzt, schreibt er.

Die Anrufer haben gebrüllt: „Ihr gehört alle vergast!“

Eine Redaktionsassistentin



Ein Bild aus 1987: Waldheim gelobt die neue Bundesregierung an – links Franz Vranitzky, rechts Alois Mock.

BILD: SN/APA-JAEGER

In seinem Antwortschreiben verteidigt SN-Herausgeber Max Dasch die Blattlinie.

Kurz darauf bringen die SN eine Gegenüberstellung von teils widersprüchlichen Aussagen Waldheims über seine Kriegszeit. Gerhard Steininger zieht den Schluss: „Es bleibt festzuhalten, daß es keine Anhaltspunkte dafür gibt, Waldheim sei ein Nazi, geschweige denn ein Kriegsverbrecher gewesen. Nach der Lektüre dieser Zitate müssen aber zumindest Fragen nach der Bereitschaft Waldheims, seine Vergangenheit unmißverständlich darzulegen, gestellt werden.“

Unterdessen behauptet der Jüdische Weltkongress, dass Waldheim an Mordaktionen auf dem Balkan beteiligt gewesen sei. Am gleichen Tag zeigt sich die jüdische Gemeinde in Österreich über wachsenden Antisemitismus besorgt. SN-Innenpolitikerin Katharina Krawagna-Pfeifer wirft dem Jüdischen Weltkongress in einem Kommentar schlimme Verallgemeinerungen vor: „Nicht jeder, der nach dem 20. Juli 1944 (dem Attentat auf Hitler) auf freiem Fuß blieb, ist automatisch ein fanatischer Nazi gewesen“, schreibt sie. Auch die Drohung des Jüdischen

Weltkongresses, bei einer Wahl von Waldheim würden die nächsten Jahre „kein Honiglecken für die Österreicher“, weist sie scharf zurück.

In den USA beginnt sich die Watchlist-Entscheidung abzuzeichnen. Der SN-Kritikrax hat von der Debatte längst genug. „Weder der Dr. Waldheim noch der Dr. Steyrer können sich einen Wahlsieg so innig wünschen wie ich mir das Ende des Wahlkampfes“, stöhnt er am 28. April. In den Leserbriefspalten wird die Diskussion weiterhin extrem kontroversiell geführt. Auf den Inseratenseiten du-

lieren SPÖ und ÖVP einander. „Österreich braucht einen Bundespräsidenten, der versöhnt und nicht entzweit“, heißt es in den Steyrer-Inseraten. „Der große Österreicher – Er wird ein aktiver Bundespräsident sein“, kontert die Waldheim-Seite.

Am Tag vor der Wahl schreibt Chefredakteur Ritschel einen Leitartikel, in dem er zur Teilnahme an der Wahl aufruft. Der Name Waldheim kommt nur bei der Aufzählung der Kandidaten vor. Jahre später verteidigt Ritschel gesprächsweise seine Attacke auf Waldheim: „Wo andere ein Rückgrat haben, hat Waldheim einen Gummischlauch.“

Die Wahl am 4. Mai sieht Waldheim deutlich voran, aber ohne absolute Mehrheit. Er und Kurt Steyrer müssen in die Stichwahl. Über diesen zweiten Wahlkampf berichten die SN kaum. Anderes ist in den Vordergrund gerückt: Tschernobyl, die Krise der VOEST und das Duell zwischen Jörg Haider und Norbert Steger um die FPÖ-Führung.

Am 8. Juni gewinnt Waldheim die Stichwahl ganz klar mit 53,9 Prozent. SN-Kommentator Viktor Hermann drückt die Hoffnung aus, dass nach der Wahlschlacht nun Versöhnung und Mäßigung eintreten würden. Es sollte eine Hoffnung bleiben.

75 Jahre

SALZBURGER NACHRICHTEN

81 Jahre gswb

- › Leisbare Wohnungen für Salzburg
- › Garant für Wohnsicherheit
- › Partner für Salzburger Gemeinden



gswb – Gemeinnützige Salzburger Wohnbaugesellschaft m.b.H.
Ignaz-Harrer-Straße 84 | 5020 Salzburg | Tel. 0662 - 20 10 | www.gswb.at



Salzburger Schicksale zwischen 1938 und 1945

Die Kontinuität des schlechten Gewissens

Logo und Titel der Artikelserie aus dem Jahr 1988.

Das Ende des langen Schweigens

Salzburger Schicksale zwischen 1938 und 1945.

Eine Artikelserie ab März 1988 über die Nazidiktatur stößt auf ein überwältigendes Echo. Über mutige Zeitzeugen und spätes Gedenken.

JOSEF SCHORN

Stunde um Stunde harrten die Menschen am Straßenrand aus. Man schwenkte begeistert die zuvor verteilten Fähnchen und jubelte den Soldaten Adolf Hitlers zu. Es waren deutsche Truppen, die am 12. März 1938 auf der Landstraße, wie sie damals die Münchner Bundesstraße nannten, vom Grenzübergang Freilassing Richtung Stadtzentrum marschierten, zwischen den einzelnen Truppenteilen der Wehrmacht die österreichischen Legionäre.

Am Straßenrand stand auch Peter Salzlechner, Volksschüler in Lieferung. Fünfzig Jahre danach meldete er sich in der Lokalredaktion der „Salzburger Nachrichten“ und stieß damit eine Artikelserie über Schicksale in der Nazizeit an, die in 33 Folgen eine schwierige Geschichte aufarbeitete und noch im gleichen Jahr mit dem Dr.-Herbert-Moritz-Preis ausgezeichnet wurde.

In seiner gemütlichen Bauernstube erzählte Salzlechner über diese Stunden am Straßenrand, er erinnerte sich an

die vielen Hoffnungen der verarmten Bevölkerung, die Enttäuschungen nur wenig später und danach die Repressalien. Und lieferte damit auch Antworten auf Fragen wie diese: Der Jubel über den „Anschluss“ an Nazideutschland und die staatsbegründende Nachkriegserzählung über Österreich als erstes Opfer Hitlers – wie passt das zusammen?

1988 sei so etwas wie das österreichische '68 gewesen, war dieser Tage irgendwo zu lesen. Tatsächlich breitete sich auf der Insel der Seligen erst mit Verspätung jener diffuse Unmut über das Schweigen aus, mit dem das Land sich über die heiklen Erinnerungen an die Nazizeit hinwegschwindelte. Aus dem Opfer-Narrativ leitete sich plausibel ab, dass man über Jubelszenen wie jene in Lieferung ungenügend bis gar nicht sprach. Kaum jemand war auf dem Wiener Heldenplatz, um dort Adolf Hitler, den Führer, zu bejubeln; niemand sprach über Mauthausen oder Hartheim, noch schlimmer: Niemand wollte etwas von Judenvernichtung und systematischer Tötung Behinderter gewusst haben, von der Ermordung von Roma und Sinti und der brutalen Verfolgung von Widerständlern, Sozialisten, Kommunisten, Christsozialen und anderen Regimegegnern. Mit der Waldheim-Affäre aber begann eine Auseinandersetzung mit dem Anteil Österreichs an der Nazidiktatur.

1988 wurde zum Bedenkjahr. Man diskutierte über die SA-Vergangenheit des Bundespräsidenten und vor allem, wie sich Waldheim zu den Vorwürfen verhielt; erstmals auch über die führende Beteiligung von Österreichern am Holocaust und an den Massakern von Wehrmacht und SS in Italien und Griechenland, in Osteuropa, auf dem Balkan. Ohne den Fall Waldheim wäre das Jahr wohl verklungen wie die Gedenkrituale zuvor. Nun war man gezwungen, sich der Vergangenheit zu stellen.

Für den Schüler Peter Salzlechner war nach dem 12. März 1938 nichts mehr so wie vorher: In der Klasse erklang das Horst-Wessel-Lied, die Hitlerjungen brüllten „Die Fahne hoch“ und Salzlechners Vater schwante Böses: „Die singen für den Krieg.“ Mit den Jahren, sagte Salzlechner, habe die Repression der Gestapo die Begeisterung über die Nazis abflauen lassen, bei manchen jedenfalls. „Wir haben damals noch nicht gewußt, was genau ein Konzentrationslager ist. Doch wir wußten, aus Dachau kommst nimmer heim.“

Salzlechners Erzählungen stießen auf ein überwältigendes Echo. Nach und nach begann sich unter dem Titel „Salzburger Schicksale zwischen 1938 und 1945“ das vielfarbige Bild einer Zeit zu entfalten, über die bislang bleiernes Schweigen gelegen war. Die Redaktion recherchierte zu Themen, die aus der öffentlichen Debatte herausgehalten worden waren: Wie ging das Land mit Tätern und Opfern um? Warum machte man es den Opfern schwer, aus der Emigration heimzukehren – und den Tätern so einfach, in ein heiles bürgerliches Leben zurückzufinden? Warum war 1988 Hermann Göring noch immer Ehrenbürger von Mauterndorf, verteidigt von Menschen, die sich „schämen würden, den Beschluß unserer Väter rückgängig zu machen“? Warum schwieg man so lang über die systematische Tötung Behinderter, wie kam es dazu, dass so viele hochrangige Nazis wieder



BILDER: SN/PICTUREDESK



Bücherverbrennung und Nazieinmarsch in Salzburg 1938.

Führungspositionen im öffentlichen Leben bekleiden konnten? Warum wurden Straßen und Gassen nach Nazi-Größen benannt, nicht nach ermordeten Juden und Regimegegnern? Und wie konnte es passieren, dass Kriegsverbrecher vor der Strafverfolgung geschützt wurden, aber Simon Wiesenthal für seine Nachforschungen gehasst wurde?

Nun offenbarten sich die dramatischen Konsequenzen, die das Schweigegelübde der Täter für ihre Opfer hatte. Manche hatten mitgeschwiegen, weil sie froh waren, wieder in die Gesellschaft aufgenommen zu sein. Andere wollten sich Gehör verschaffen und wurden totgeschwiegen. Viele Betroffene waren umgekommen, doch ihre Nachkommen scheiterten jahrzehntelang mit dem Versuch, den guten Ruf der „Volksverräter“ wiederherzustellen. Durch das gemeinsame Beschweigen fühlten sich die Täter bestätigt. Es dauerte 25 Jahre, bis in Salzburg ein geeigneter Standort für ein Mahnmal zur „Erinnerung an die Verfolgung und Vertreibung unserer jüdischen Mitbürger“ gefunden werden konnte. Im Gedenken an die ermordete jüdische Bevölkerung veröffentlichten die SN eine Liste mit den Namen der vor 1938 in Salzburg lebenden Juden. Marko Feingold, KZ-Überlebender und Präsident der Israelitischen Kultusgemeinde, hatte sie um 10.000 Schilling von Nazis erworben.

Im Frühjahr 1988 verging kaum ein Tag, an dem nicht Zeitzeugen ihre Geschichten der SN-Redaktion anvertrauten. Wie Franz Janiczek, der über die Deserteure in den Gebirgstälern um Goldegg berichtete, wie Karl Reinthaler aus Saalfelden, dessen Erinnerungen an die Zeit im Zucht- und Arbeitshaus nicht jeder Schuldirektor in seinen Klassen hören wollte. Wie Herbert Reisecker aus Bürmoos, der die Berichte über die Tötung von Insassen der Landesheilanstalt in Lehen bestätigte. Er erinnerte sich an den Tag, als seine Mutter heimkam und sagte: „Lehen ist jetzt leer, alle wurden vergast.“

Es hat fast 70 Jahre gedauert, bis Österreich sich entschließen konnte, den Opfern der NS-Militärjustiz ein Denkmal zu widmen. Und fast ein halbes Jahrhundert bis zum Gedenken an die Euthanasie-Aktion T4, der 70.000 Menschen zum Opfer fielen.



Hillebrand

Tradition, Werte,
Qualität und
Beständigkeit.

Eigenschaften, die uns
verbinden und die wir
besonders schätzen.

Alles Gute zu
75 Jahren SN!

Bau | Holz | Immobilienunternehmen

„Lernen S' Geschichte!“

Februar 1981. Kreiskys berühmtestes Zitat.

Am Anfang stand ein Interview mit den „Salzburger Nachrichten“.

ALEXANDER PURGER

Das Zitat zählt zu den berühmtesten Aussprüchen Bruno Kreiskys und ist sogar in den allgemeinen österreichischen Sprachgebrauch eingegangen: „Lernen S' Geschichte!“ – Die wenigsten wissen, dass die Geschichte dieses Zitats mit einem Interview in den „Salzburger Nachrichten“ begann. In diesem Sinne: Lernen S' jetzt die Geschichte des Zitats!

Man schrieb das Jahr 1981 und die SPÖ steckte bis zum Hals im AKH-Skandal. Ein parlamentarischer Untersuchungsausschuss hatte sich trotz absoluter SPÖ-Mehrheit nicht verhindern lassen und die Opposition machte dort mächtig Druck. Vor allem den zurückgetretenen Finanzminister Hannes Androsch (der später wegen falscher Zeugenaussage in diesem



Die berühmte Szene. BILD: SN/FIRST LOOK-PICTUREDESK

U-Ausschuss verurteilt wurde) nahmen ÖVP und FPÖ aufs Korn. Die SPÖ versuchte, den Untersuchungsausschuss abzdrehen und mit ihrer Mehrheit die Ladung neuer Zeugen zu verhindern. ÖVP und FPÖ zeigten sich darüber empört und riefen Bundespräsident Rudolf Kirchschläger dazu auf, ein Machtwort zugunsten der Aufklärung zu sprechen.

Die SPÖ forderte Kirchschläger (der ihr Kandidat gewesen war) dazu auf, nichts zu sagen. Doch der Bundespräsident hielt sich nicht daran: In einem Interview mit den „Salzburger Nachrichten“ bekundete er „starkes Interesse“ an der Fortsetzung des U-Ausschusses, woraufhin Kreisky wütend reagierte. Ebenfalls in einem SN-Interview (erschieden am 23. Februar 1981) sagte er: „Der Bundespräsident kann sagen, was er will. Er ist kein Schiedsrichter über das Parlament. Malen Sie sich aus, wo das hinführt: zum Justizkanzler à la Otto von Habsburg!“ – Tags darauf, beim Pressefoyer nach dem Ministerrat, wurde Kreisky vom ORF-Journalisten Ulrich Brunner auf diese Aussage angesprochen, doch der Kanzler hielt unbeirrt

daran fest. Er warf dem Bundespräsidenten vor, sich ohne Kompetenzen in die Geschäfte des Parlaments eingemischt zu haben und verglich das mit den „Justiztricks der Dreißigerjahre“ (gemeint: die Ausschaltung des Parlaments 1933), die er selbst erlebt habe und vor deren Wiederholung er nur warnen könne.

Ulrich Brunner (SPÖ-nahe, aber vor Fürstenthronen mit Mut ausgestattet) wagte es, dem SPÖ-Kanzler zu widersprechen: „Aber wir leben doch heute in einer ganz anderen politischen Situation.“ Da sprach Kreisky wütend die geflügelten Worte: „Lernen Sie ein bisschen Geschichte, dann werden Sie sehen, Herr Reporter, wie das in Österreich sich damals im Parlament entwickelt hat.“

5G Gratulation zu 75 Jahren Journalismus mit Werten.

Immer den entscheidenden Schritt voraus sein.
Mit den Salzburger Nachrichten und dem 5Giganetz von A1.
A1 gratuliert den Salzburger Nachrichten zu 75 erfolgreichen Jahren.

Du kannst alles.
Im 5Giganetz von A1.

A1.net/5Giganetz

Der WEB-Skandal: Eine Spur wird rund um die Welt verfolgt

September 1995. „Verbrecher haben wir selbst genug.“

Panama, Kanada, Luxemburg: Die SN auf den Spuren veruntreuter Millionen.

WERNER BENINGER

Stunden und Aberstunden auf der Carrera Panamericana – der Traumstraße von Alaska bis Feuerland. Wir befahren jede der Stichstraßen, die hier westlich der Hauptstadt Panama City über zehn Kilometer und mehr Richtung Pazifikküste führen. Immer wieder alte Kolonialvillen, Ferienhäuser versteckt im dichten Dschungel. Wenn wir überhaupt Bewohner treffen, wissen sie nichts, können nicht weiterhelfen.

Zwei Tage, drei Tage im extrem heißen und schwülen August des Jahres 1995 – verdammt noch einmal, irgendwo muss doch der Neubau zu finden sein, der hier für ein Salzburger Paar mit dem Geld von Anlegern des Salzburger WEB/IMMAG-Pleiteimperiums errichtet wird.

Und dann: Rund 100 Kilometer von Panama City entfernt der geschätzt 50. Sandweg, eine unübersichtliche Kurve, und plötzlich der Blick auf den Pazifik, der in der Abendsonne glänzt. Aber nicht nur das, sondern auch eine auffallend bunte Traumvilla, noch nicht ganz fertig, aber das wohl exquisiteste Haus an den Stränden Panamas.

Als zwei Wochen später in einer Serie ab 16. September 1995 die Fotos in den „Salzburger Nachrichten“ erscheinen, wissen Tausende geschädigte Salzburger, wo ein Teil ihres Geldes gelan-

det ist. In Firmen, im Fuhrpark von Luxusgeländeautos, bei Anwälten, Treuhändern und bei einem Stararchitekten, der dieses Haus errichtet. Noch weniger erfreut sind zu diesem Zeitpunkt der inhaftierte frühere Chef des Wohnbauimperiums WEB/IMMAG/Bautreuhand und dessen Lebensgefährtin. Sie waren im Jänner 1995 vor der Justiz nach Panama geflüchtet und dort Ende Mai verhaftet und nach Salzburg zurückexpediert worden. Die SN-Serie über die Luxusexistenz, die sich die beiden dort über Jahre hinweg mit veruntreutem Geld aufgebaut hatten, war das Ende der Mär von der überstürzten Flucht und der weitgehenden Mittellosigkeit der beiden.

Dies, obwohl die „Freunde“ der WEB-Granden so gut wie alles versucht hatten, die SN-Recherchen in Panama zu behindern: durch Anzeigen bei den Behörden, Intrigen, Detektive, die mich verfolgten, Behinderungen an allen Ecken und Enden – alles finanziert mit Millionen aus Salzburg, gebunkert auf Konten bei der Banco del Istmo in Panama City.

Nicht von ungefähr klopfte daher der Sicherheitschef des Hotels in Panama, in dem ich drei Wochen gewohnt und gearbeitet hatte, bei der Abreise an das Fenster der dunklen Limousine, die mich zum Flughafen bringen sollte. „Gut, dass ihr diesen Typen endlich verhaftet. Ständig irgendwelche Leute, die sich nach ihm erkundigen, weil er ein Verbrecher und Hochstapler

ist.“ Brüllendes Gelächter bei meinem Chauffeur und meinem Begleiter auf der Rückbank: Giovanni Garces, Chef von Interpol Panama und damit jenem, der wochenlang seine schützende Hand über mich gehalten hatte, damit mir nichts Ernstes passiert. Er war es auch, der dafür gesorgt hatte, dass der Gesuchte verhaftet und umgehend nach Europa expediert worden war – ohne Auslieferungsabkommen. Zitat: „Verbrecher haben wir selbst genug, da brauchen wir nicht auch noch solche aus Österreich.“

Mehr als sechs Jahre davor, am 28. Juni 1989, war durch eine Anzeige der Arbeiterkammer der größte Wirtschaftsskandal Salzburgs geplatzt. Eingebracht hatte diese die Juristin der AK Salzburg, Gabi Burgstaller, die es später zur ersten roten Landeshauptfrau Salzburgs bringen sollte. Der ehemalige ÖVP-Landtagspräsident Hans Zyla hatte mit seiner Bautreuhandgruppe seit 1975 Hausanteilscheine als Anlegerprodukt verkauft. Schon 1983 war Zylas Imperium pleite. Ein Moratorium der Salzburger Banken (Sparkasse, Raiffeisen und Hypo) rettete das Firmenreich.

Um die Millionenschulden zurückzahlen zu können, beginnen zwei Manager als Nachfolger Zylas das Geldkarussell so richtig anzuwerfen: ein Baulöwe als Verkäufer und ein ehemaliger Staatsanwalt als Gehirn hinter den Firmenkonstruktionen. Mit dem frischen

Geld von 25.000 Anlegern, darunter Großeltern, die ihre Sparbücher plündern, um für das Enkerl vorzusorgen, sollten die Alt-schulden bedient werden. Es dauert nur eine Woche, dann decken die SN auf, dass das frische Geld mitnichten in die Sanierung geflossen ist. Am 6. Juli 1989 titeln die SN: „Die Salzburg-Luxemburg-Panama-Connection – Das internationale Firmengeflecht der IMMAG“, und zeigen auf, dass das Geld der Anleger keineswegs nur in „werthaltige Immobilien“ in Österreich, von Salzburg bis ins Burgenland, investiert wurde. Mehr als 20 Briefkastenfirmen in Luxemburg und von dort weiter nach Panama finden die SN.

Die WEB/IMMAG-Verantwortlichen bestreiten dies: Es gebe keinerlei wirtschaftliche Verflechtungen zwischen dem Salzburger Pleiteimperium und dem Firmenreich in Luxemburg und Panama. Das IMMAG/WEB-Management entblödete sich nicht, sogar zu behaupten: Es dürfe zwischen den Unternehmen gar keine gesellschaftsrechtlichen Verknüpfungen geben, weil Österreich ja nicht Mitglied der EU sei. Dumm gelaufen für die Truppe: Nur zwei Wochen später entdecken die SN an der Adresse eines unscheinbaren Einfamilienhauses in Freilassing die nächste Briefkastenfirma: der fehlende Puzzlestein, über den die Verbindungen Salzburg-Luxemburg-Panama gelaufen sind und auch das Geld geflossen ist.



Wir gratulieren den Salzburger Nachrichten zum 75. Jubiläum.

ELEKTRO MARKL Anlagentechnik GmbH
Ihr Partner in Sachen Elektrotechnik.
www.elektro-markl.at

Beratung
Projektierung
Ausführung
Betreuung

5020 Salzburg
Siebenstädterstraße 20
Tel. +43.662.435295-0
office@elektro-markl.at

Wochenend-Rufbereitschaft unter:
+43.662.435295 (7:00 bis 22:00 Uhr)

Gebäude- und Installationstechnik
E-Check Wärmebilduntersuchungen
Kunden- und Störungsdienst

Gut, dass ihr diesen Typen endlich verhaftet.

Der Sicherheitschef des Hotels in Panama



Wurde als WEB-Aufdeckerin prominent: Gabi Burgstaller (l.). BILD: SN/RATZER

Start im Prozeß um WEB/Bautreuhand/IMMAG
Gericht mit Flut von Anträgen eingedeckt

Nach WEB-Auftrag wanderte
Architektenrabatt an Dritte

15 Prozent Provision für eigennützige „Wohnungseigentum GmbH.“

Urlaube zehren Personalstand der WIPO aus – Kurs in EDV-unterstützter Buchhaltung

WEB-Ermittler aus Wien erhalten Verstärkung
Nur Freiwillige bei der Wirtschaftspolizei

Und noch etwas finden die SN in den Firmenbüchern in Luxemburg (Internet gab es nicht, also mussten die Recherchen „vor Ort“ erledigt werden): Firmenverbindungen in den äußersten Westen Kanadas, in die Orte Terrace und Prince George. Und weil 1989 eben weder Google Maps noch Homepages, E-Mail oder überhaupt ein Internet existieren, sitze ich schon Anfang August 1989 im Flugzeug nach Vancouver.

Wie sechs Jahre später in Panama: auf der Suche nach dem Geld der Salzburger Anleger. Zum Fliegenfischen sei man halt dorthin gereist, so die blumigen Erläuterungen der Manager. Geldflüsse nach Kanada? Niemals! Wie sechs Jahre später in Panama, entdeckten die SN auch in der kanadischen Provinz in British Columbia ein stolzes Reich an Immobilien, darunter die schönste und teuerste Fishing-Lodge des Landes. Ein ganzes Rudel an Treuhändern, Anwälten, Immobilienmaklern und Bauunternehmern steht im Dienst der Salzburger WEB/IMMAG-Granden. Das alles via Freilassing und Luxemburg finanziert mit dem Geld der Salzburger Anleger.

Wohnhaus als Adresse einer WEB-Tochterfirma

Übrigens: Am 16. September 1996, mehr als sieben Jahre nach der Anzeige der AK Salzburg, beginnt der erste Strafprozess. Neben zahlreichen Mitangeklagten wird der Bauunternehmer nach weiteren drei Jahren, im Juni 1999, wegen eines Schadens von zwei Milliarden Schilling (145 Millionen Euro) zu neun Jahren Haft verurteilt. Rechtskräftig werden die Urteile erst durch eine OGH-Entscheidung drei Jahre später, im Mai 2002.

Das Gehirn des Firmengeflechts, der frühere Staatsanwalt, hat sich der Strafverfolgung entzogen, indem er rechtzeitig deutscher Staatsbürger und damit nicht nach Österreich ausgeliefert wird. Das bis dahin teuerste Strafverfahren der Zweiten Repu-

blik kostet mehr als sieben Millionen Euro. Bis heute gilt die Causa aufgrund der enormen Zahl an Geschädigten als der größte Betrugsskandal der Zweiten Republik.

Auch politische Opfer fordert der via Zyla an sich im ÖVP-Umkreis verortete Skandal: Der damals für den Wohnbau zuständige SPÖ-Landeshauptmannstellvertreter Wolfgang Radlegger tritt wegen des Versagens der Aufsicht zurück. Der Salzburger SPÖ-Bürgermeister Josef Reschen (damals einer der großen Hoffnungsträger der Sozialdemokratie und Nachfolgekandidat Franz Vranitzkys als Bundeskanzler) muss den Hut nehmen, weil er eine Beteiligung an einer Tochter des Imperiums „geschenkt“ bekommen hat.

Persönlicher Exkurs: Die Stadt Salzburg ist übersichtlich, man kennt sich zwangsläufig, ist sogar befreundet. So wie etwa der damalige SN-Herausgeber Max Dasch mit dem Sohn Zylas. Wenn noch dazu alle großen Salzburger Banken eines Bundeslandes involviert sind, ein gewaltiges Immobilienimperium kracht, dann laufen auch die Interventionen – vor allem bei der größten und einflussreichsten Zeitung des Landes. Ganz persönlich darf ich darauf hinweisen, dass ich als Journalist, der an diesem Skandal gearbeitet hat, nie auch nur ansatzweise behindert wurde. Karl Heinz Ritschel als Chefredakteur, Manfred Perterer als Lokalchef und Max Dasch als Herausgeber ließen nicht nur jede Intervention abprallen.

Dasch stellte für die Auslandsrecherchen das nötige Geld zur Verfügung, richtig viel Geld auch nach heutigen Maßstäben. Bei kaum einem anderen Medium (und ich spreche jetzt als Unternehmer/PR-Berater mit davor 30 Jahren journalistischer Erfahrung in drei großen österreichischen Tageszeitungen und zwei Wochenmagazinen) wäre dies so möglich gewesen.

Miele

WAS UNS MITEINANDER VERBINDET?

QUALITÄT SEIT VIELEN JAHREN.

75 JAHRE
SALZBURGER NACHRICHTEN

65 JAHRE
MIELE ÖSTERREICH

JETZT AUF VIELE PRODUKTE:

65 TAGE
Geld-zurück-Garantie*

Miele. Immer Besser.

miele.at

*Die Aktion gilt auf ausgewählte Geräte, solange der Vorrat reicht. Nur gültig in Österreich. Die Rücknahme kann innerhalb von 65 Tagen nach dem Kauf unter Vorlage der Originalrechnung (Rechnungsdatum bis 31.12.2020) erfolgen. Eine Auszahlung erfolgt ausschließlich auf Konten in Österreich. Mehr auf miele.at/65Jahre

Drei Stunden mit Goebbels' Schwarm

Goebbels' Geliebte? Ich kann das nicht mehr hören.

Lída Baarová



Lída Baarová. Sie war ein Weltstar, drehte mit De Sica und Fellini. In Erinnerung bleibt Lída Baarová aber als „die Geliebte des Teufels“, wie sie in einem Filmtitel genannt wird. Den SN gab sie 1997 eines ihrer raren Interviews.

NORBERT LUBLASSER

Es war ein aus der deutschen „Bild“ herausgerissener Papierschnipsel. Ein Leser hatte ihn uns anonym zugeschickt. „Goebbels' Geliebte lebt verarmt in Salzburg“, war darauf zu lesen. Ein verschwommenes Bild zeigte eine alte Frau. Sie wirkte verwirrt, ja verwarlost. Grund genug, uns auf die Suche nach ihr zu machen. Was gar nicht so einfach war. Falls sie tatsächlich in Salzburg lebte, hatte sie keine erkennbaren Spuren hinterlassen.

Im Telefonbuch stand sie, natürlich, nicht. Und selbst der umtriebige Karl „Charlie“ Gruber, der damals eine vielbeachtete Gesellschaftskolumne in den „Salzburger Nachrichten“ füllte und nicht nur mit der lokalen Prominenz auf Du und Du stand, konnte sich nicht erinnern, je davon gehört zu haben. Und alle, die er fragte, verneinten ebenso: Nein, so ein Schmarrn, Lída Baarová und Salzburg. Nie doch.

Heute wäre es dank Internet ein Leichtes, die Salzburger Adresse der ehemaligen Schauspielerin zu eruieren. So entdeckt man etwa ein Schreiben aus dem Jahr 1996, in dem sie einem nicht namentlich genannten Sammler ein von Adolf Hitler 1909 gemaltes Bild, „Basilika mit Burgmauer“, vermacht. Der Absender: Lída Baarová, Haunspurgstraße 25, Salzburg. Das Haus, aber das erfuhren wir erst viel später, hatte vor dem Zweiten Weltkrieg der jüdischen Familie Friedmann gehört. Stolpersteine erinnern daran.

Im August 1997 war es deutlich schwieriger, die Frau ausfindig zu machen. Ein Blick in das papierene Handarchiv „Munzinger“, ein damals unverzichtbares Werkzeug für Journalisten, ergab, dass Lída Baarová, geborene Ludmila Babková, mit einem Salzburger Gynäkologen verheiratet war. Der war allerdings schon 1993 verstorben. Und stand deshalb auch nicht mehr im aktuellen Telefonbuch. Aber in einem alten Exemplar, das noch im Keller lagerte, fanden wir ihn. Und eine Telefonnummer. Wir riefen an. Lída Baarová hob ab. Wir baten um ein Interview. Sie lehnte zunächst ab. Ob es ihr denn wirklich so schlecht gehe, finanziell und gesundheitlich, wollten wir noch schnell wissen. Die dann doch überraschende Antwort: „Schauen Sie doch selbst nach. Morgen, 11 Uhr.“ Damit gelang uns, was Kollegen aus ganz Europa, aufgeschreckt durch die „Bild“-Schlagzeile, vergeblich versucht hatten.

Und so fanden wir uns an einem Freitag in einer wunderschönen, hellen Fünf-Zimmer-Wohnung in einem Villenviertel an der Salzach wieder. Ein junger Mann, dessen Rolle sich nicht erschloss – war er Butler, Betreuer, Bekannter, Freund ...? –, öffnete die Tür. Und führte uns in den Salon, wo bereits eine sehr gepflegte, damals 83-jährige Dame wartete, die alles andere als verarmt, verwirrt

oder verwarlost wirkte. „Goebbels' Geliebte, ich kann das nicht mehr hören.“ So eröffnete sie unser Gespräch. Zeit ihres Lebens verfolge sie diese Bezeichnung. „Da gehören immer zwei dazu. Goebbels war in mich verliebt, ich habe es nur ertragen.“ Der Propagandaminister habe immer viele Geliebte gehabt (ein Vertrauter seiner Frau Magda soll 39 namentlich aufgelistet haben, Anm.). Warum sie als seine Favoritin galt und immer noch gilt, könne sie sich nicht erklären, so Lída Baarová. Dann erzählte sie aus ihrem Leben. Es ist eine Geschichte von Macht, Liebe, Eifersucht, Intrige, von Geheimpolizisten, waghalsigen Fluchten und ungemütlichen Kerkern.

Die 1914 in Prag geborene Schauspielerin kam 1934, von der Ufa angeworben, nach Berlin. Sehr bald wurde Hitler auf sie aufmerksam, sie erinnerte ihn an seine erste große Liebe – Geli, die sich erschossen hatte. Er umgarnte sie,

lud sie zum Tee in die Reichskanzlei ein, bot ihr an, Deutsche zu werden. Sie lehnte ab. Lída Baarovás Lebensgefährte, der Schauspieler und Regisseur Gustav Fröhlich, verfolgte die Treffen mit rasender Eifersucht. „Sie quälen diese Frau“, soll ihm Hitler deshalb vorgeworfen haben.

Bei einem der damals vielen Empfänge lernte sie Joseph Goebbels kennen. Der war verheiratet, hatte „fünf süße Kinder“. Von diesem Augenblick an seien ständig Einladungen von ihm gekommen, erzählte Lída Baarová: in dessen Villa am Wannsee („Da war auch der Gustav Fröhlich dabei und die Frau vom Goebbels und seine Kinder“) ebenso wie in eine Blockhütte („Er wollte mit mir einen Kaffee trinken, sagte er“). „Ich war nett zu ihm, er war charmant und konnte sich gut unterhalten.“ Seine Geliebte sei sie allerdings nicht gewesen. „Ich spürte, dass er wahnsinnig gern mit mir allein war. Da war aber der Fröhlich im Weg.“

1938 sprach Hitler ein Machtwort. Goebbels musste, wie von seiner Frau gefordert, die Baarová aufgeben. Sie selbst geriet ins Visier der Gestapo, floh in einer Nacht-und-Nebel-Aktion nach Prag, wo sie sich zuvor von den üppigen Ufa-Gagen, die sie aus Deutschland schmuggeln musste, eine Villa gekauft hatte.

Während des Kriegs war Lída Baarová in Prag, ab 1943 in Italien. Sie drehte mehrere Filme, unter anderem mit Vittorio De Sica und Starregisseur Federico Fellini. Sie blieb aber nicht lang, kehrte in die tschechische Heimat zurück und wurde dort nach Kriegsende verhaftet. Eineinhalb Jahre war sie im berühmten Pankrác-Gefängnis von Prag inhaftiert. „Die haben mir Spionage vorgeworfen.“

Nach mehreren Wanderjahren, die sie unter anderem nach Argentinien führten, und einer gescheiterten Ehe ließ sie sich schließlich 1956 in Salzburg nieder. Hier habe sie, erzählte sie, ihre große Liebe kennengelernt. Und geheiratet. Hier starb sie auch im Jahr 2000.

Wir gratulieren den Salzburger Nachrichten zum 75-jährigen Jubiläum!

MYSLIK 50 JAHRE

Aus den Werten Nachhaltigkeit, Achtsamkeit und Verantwortung wurden 50 Jahre Wohnglück!

www.myslik.at ☎ 0662 / 825682

Die Verbrechen der Wehrmacht – ein Aufreger

März 1998. Die SN beziehen eindeutig Position.

In Salzburg drohte die Stimmung zu kippen – Historikerin Helga Embacher erinnert sich.

Wo immer die Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944“ gezeigt wurde, provozierte sie heftige öffentliche Diskussionen. Zu sehen waren zwei Wanderausstellungen, die erste ab 1995 und eine weitere ab 2001, kuratiert vom Hamburger Institut für Sozialforschung. Der Kern der Aufregung: Mit schuld an Angriffs- und Vernichtungskrieg, an Menschenrechtsverletzungen, an unsäglichen Grausamkeiten vor allem an der Ostfront, waren plötzlich nicht mehr nur ein paar hartgesottene Nazis in SS-Uniformen. Die Macher der Ausstellung lenkten den Blick auf die Massenarmee der Wehrmacht – und stellten die Behauptung infrage, der „brave Landser“ habe ja nur seine Heimat verteidigt. Vielmehr beschrieb die Ausstellung einen „Mikrokosmos der militärischen Gewalt gegen Kriegsgefangene, Partisanen, Juden und die gesamte Zivilbevölkerung“. Nirgendwo in Österreich aber gingen die Wogen der Aus-



Ausschreitungen in München, 1997.

BILD: SN/PICTUREDESK

einandersetzung so hoch wie in Salzburg. „Umkämpfte Erinnerung“ war dann auch der Titel eines Buches, das die Salzburger Zeithistoriker Helga Embacher, Albert Lichtblau und Günther Sandner später verfassten. Die Ausstellung wurde am 6. März 1998 im ehemaligen Stadtkino eröffnet, dieses wurde zu einem umkämpften Ort der Erinnerung. Spitzenpolitiker und Teile der Boulevardpresse bekämpften die Ausstellung. Wenige Tage nach der Eröffnung eskalierten die Spannungen, Unbekannte zerkratzten Stellwände und rissen Fotos herunter.

„Die Stimmung war damals auf der Kippe“, erinnert sich Embacher. „Die SN haben aber eindeutig Position bezogen und die Ausstellung in ihren Kernpunkten verteidigt. Ich glaube, das hat mit den Ausschlag gegeben, dass das, was die Macher transportieren wollten, in den Köpfen vieler Menschen doch angekommen ist.“



Liebe SN,

Alles Gute zu deinem 75. Jubiläum! Weiter so!

Wir mögen dich nicht nur, weil wir als direkte Nachbarn oft bei dir im Sabunari zu Gast sein dürfen. Sondern auch, weil wir seit 33 Jahren ebenfalls sehr viel Wert auf Unabhängigkeit legen.

Auch in unserer Welt ist es wichtig, Daten in den richtigen Kontext zu stellen. Das machst du täglich für deine vielen Leser. Wir wiederum helfen weltweit Menschen dabei, aus Daten wertvolle Informationen zu generieren und diese sinnvoll einzusetzen. Dazu treiben wir die Digitalisierung in der Industrie- und Energieautomatisierung voran – mit unserer in Salzburg entwickelten Software zenon.

Viele weitere erfolgreiche Jahrzehnte im Sinne deiner Werte und Ideale wünscht dir



COPADATA

Die unglaubliche Geschichte des Vasyly Rohovyy

Die SN konnten helfen.

2006 wurden dem Ukrainer an der Universitätsklinik Innsbruck zwei Spenderhände transplantiert – von einem Ärzteteam rund um Raimund Margreiter. Aber der eigentliche Held ist Vasyly selbst.

HEINZ BAYER

Allein einen Teller Suppe essen. Sich ohne Hilfe rasieren. Mit den eigenen Händen nach einem Zündholz greifen und die Kerzen auf dem Adventkranz anzünden. Den Vater in die Arme nehmen können – von diesen Dingen hat der Ukrainer

Vasyly Rohovyy sechs Jahre lang geträumt. Es waren bittere Jahre. Eine Bombe riss dem damals 18-Jährigen am 21. Februar 2000 beide Unterarme weg. „Ich ging in meiner Heimatstadt Kremenchuk mit dem Hund spazieren. Da gab es eine Explosion. Eine Hand war weggerissen, die andere musste amputiert werden. Ich verlor auch die Sehkraft des linken Auges. Um die des rechten Auges mussten die Ärzte lang kämpfen.“ Das war 2006 in den SN zu lesen.

Körperlich schwerst versehrt, ließ sich Vasyly dennoch nicht den Lebensmut nehmen. Via Internet fand er heraus, dass Transplantationen von Händen möglich sind. Doch alle Versuche, in Deutschland, den USA oder Frankreich operiert zu werden, scheiterten. Zum Teil an rechtlichen Fragen. Da die Therapie nach einer Transplantation zumindest zwei Jahre dauert, gewährte man Vasyly in Deutschland kein Asyl. Doch dann kam der Kontakt zu Leo Kelz zustande, jenem Polizisten, der am 7. März 2000 an der Universitätsklinik Innsbruck neue Hände transplantiert bekommen hatte. Vasyly Rohovyy wandte sich schriftlich an Kelz. Der stellte den Kontakt zu dem Innsbrucker Chirurgen Raimund Margreiter her. Margreiter wandte sich an seine Saalbacher Bekannte, die Malerin Evi Fersterer. Die wiederum bat die SN um Hilfe. Ein Bericht über das Schicksal Vasyly Rohovyys in den „Salzburger Nachrichten“ brachte den Stein endgültig ins Rollen.

Am 28. Mai 2006 bekam Vasyly neue Hände transplantiert. Heute lebt er mit Schwester Elena in Innsbruck. Evi Fersterer hielt all die Jahre schützend ihre Hände über die beiden. Und wie geht es ihm?

Hierzu einige Auszüge aus einem aktuellen, berührenden E-Mail von Vasyly: „Grüß Gott, lieber Herr Bayer! Vor allem möchte ich mich von Herzen bei Ihnen und den ‚Salzburger Nachrichten‘ für die Unterstützung, die Sie mir schon jahrelang geben, bedanken. Es ist eine große Ehre für mich, dass mein Schicksal Thema in einem Ihrer Artikel zum Jubiläum Ihrer Zeitung ist. Österreich gab mir eine Chance für ein neues Leben. 2006, gleich nach der Transplantation, begann ich mit dem Studium an der Uni Innsbruck. Ich studierte Translationswissenschaft. 2014 schloss ich mein Bachelorstudium ab. Es war mir klar, dass es zu wenig ist, um eine Arbeit zu finden. Deswegen setzte ich mein Studium fort, um den Grad eines Master of Arts zu erwerben. Zurzeit arbeite ich an meiner Masterarbeit. 2015 erhielt ich die österreichische Staatsbürgerschaft. All die Jahre wurde ich von meiner Schwester Elena begleitet und unterstützt. 2012 kam meine wunderbare Tochter Anastasiia zur Welt. Nach der Scheidung blieb sie bei mir. Ich lebe mit ihr und meiner Schwester hier in Innsbruck.“

Und weiter schreibt er: „Im Jänner 2019 wurde unsere Familie wieder hart auf die Probe gestellt. Ich bekam eine starke Grippe. Die löste eine Lungenentzündung und ein Herz-Nieren-Lungen-Versagen aus. Ich war sieben Tage im Koma. 34 Tage auf der Intensivstation folgten. Wie könnte es auch anders sein? Die Krankheit wirkte sich sehr negativ auf meine Hände aus. Die Frage hieß ‚entweder Leben oder Hände‘. Nur dank meiner Ärzte unter Leitung von Professor Stefan Schneeberger, der mich seit meiner Ankunft in Österreich unterstützt und betreut, und der weiteren Behandlung von Prof. Annemarie Weissenbacher und Dr. Valeria Berchtold blieb ich am Leben und die Hände wurden auch gerettet. Ich bin bis heute unter ständiger Beobachtung, wegen des Risikos einer Abstoßungsreaktion. Nur mit Gottes Hilfe konnten wir das alles überstehen. Danke Ihnen noch einmal, dass Sie mich nicht vergessen. Liebe Grüße aus Innsbruck, Vasyly.“



DIE WELT DER EDELMETALLE

WIR GRATULIEREN DEN SALZBURGER NACHRICHTEN ZUM 75 JÄHRIGEN JUBILÄUM UND WÜNSCHEN NOCH VIELE WEITERE GOLDIGE JAHRE!

INVESTMENT bei Österreichs führender Edelmetall-Scheideanstalt

ÖGUSSA-Feingoldbarren

- Made in Austria
- 11 verschiedene Größen
- Umsatzsteuerfrei
- Bis € 10.000 anonym zu erwerben

ÖSTERREICHISCHE GOLD- UND SILBER-SCHNEIDANSTALT GES. M. B. H.
Dornbirn|Graz|Innsbruck|Klagenfurt|Linz|Salzburg|Wien
T+43 1 866 46 | www.oegussa.at

Ein Unternehmen der **umicore**

Faires Gold

RESPONSIBLE JEWELRY COUNCIL

zertifiziert konfliktfreie Lieferkette

CHAIN OF CUSTODY

FAIRMINED

Die Kaprun-Tragödie

Vor 20 Jahren sterben 155 Menschen in der brennenden Gletscherbahn.

11. November 2000: Eine Katastrophe, die die Redaktion jahrelang begleitet.

HEINZ BAYER

Da liegt es, das Mobiltelefon. Auf dem Autositz. Auf dem Display steht: 37 Anrufe in Abwesenheit. Was um Himmels willen ist los? Ich bin an diesem Tag mit meinen Freunden des Lions Clubs Saalfelden im Wald unterwegs, um Tannenzweige für unseren Adventmarkt zu sammeln. Akkurat heute lasse ich das Telefon im Auto liegen. Mein Schwager, der auch mit im Wald ist, wird von meiner Frau angerufen. Die SN hätten sich gemeldet. Ich müsse dringend nach Kaprun. Die Gletscherbahn brenne. Es gebe viele Tote. Was? Ich mache mich sofort auf den Weg. Es ist der Anfang einer Geschichte, die mich mehrere Jahre als Journalist begleitet. Als Mensch tut sie es heute noch.

Ich schreibe später darüber: „Der 11. 11. 2000: Ein Samstag im Herbst. Strahlend schön. Auf dem Kitzsteinhorn liegt frischer Pulverschnee. Perfekte Voraussetzungen also für das Skiopening. Tausende stehen an der Talstation Schlange. 155 Menschen sterben an diesem Vormittag in den Flammen und giftigen Abgasen, die von einem nachträglich eingebauten, defekten Heizkörper im Führerstand des Gletscherdrachens ausgehen. Etwa 20 Meter nach Abfahrt der Gletscherbahn aus der Talstation knapp nach 9 Uhr, so Augenzeugen später, hätten sie Rauch im talseitigen Führerstand entdeckt. Nach 1132 Metern Fahrt bleibt der Zug im Tunnel stehen. Die im Führerstand verlegten Hydraulikleitungen sind durchgebrannt. Hydrauliköl tritt aus. Die Leitungen stehen mit 190 Bar unter Druck. Das Öl verteilt sich wie ein Sprühregen. Das facht die Flammen an. Der Luftzug im Tunnel erweist sich als verheerend. Durch den Kamineffekt zie-



Begehung des Unglückstunnels mit Angehörigen im Herbst 2007. Jedes Licht leuchtet für ein Menschenleben. BILD: SN/HEINZ BAYER

hen dichte, giftige Gase hinauf bis zur Bergstation. Viele Opfer sterben im Zug, weil die Türen aus Sicherheitsgründen nur vom Wagenbegleiter geöffnet werden können. Die meisten der Opfer, die sich aus den Abteilen befreien konnten, liefen wohl in Panik nach oben. Und damit in den Tod. Nur zwölf Passagiere, zwei aus Österreich (darunter der Vater der späteren Snowboard-Olympiasiegerin Julia Dujmovits) und zehn deutsche Urlauber, können sich durch das Einschlagen einer Scheibe aus dem hinteren Teil des Zugs befreien. Sie überleben, weil sie im engen Tunnel auf einer schmalen Metallstiege in klobigen Skischuhen nach unten stolpern. Gegen den Sog.“

In einem Strafprozess in Salzburg müssen sich 16 Beschuldigte verantworten. Am 20. Februar 2004 endet der Prozess mit Freisprüchen für alle Angeklagten. Am 11. November 2004 wird für die 155 Opfer eine Gedenkstätte eingeweiht. Die lang gezogenen Quader aus Sichtbeton und Glasstelen befinden sich gegenüber der Talstation der Gletscherbahn. Die Trägerkonstruktion der Bahn wird im Herbst 2014 demontiert. Den Tunnel legen die Gletscherbahnen nach dem Unglück still. Das gesamte Gletscherskigebiet wird neu konfiguriert und ist jetzt mit oberirdisch verlaufenden Seilbahnen erschlossen.

In einem jahrelangen Rechtsstreit um Entschädigungszahlungen für die Hinterbliebenen der 155 Opfer dieser größten zivilen Katastrophe der Zweiten Republik gibt es letztlich eine Einigung. Ex-Nationalbankgouverneur Klaus Liebscher stand der Vermittlungskommission vor. 451 Betroffenen wurden in Summe 13,9 Millionen Euro ausbezahlt.

„Schwarze Witwe“: Das Abenteuer eines Mordprozesses

Es war die Nacht auf 7. März 1997. Da saßen wir nun auf dem kalten Boden vor dem Geschworenensaal des Landesgerichts Krems. Wir warteten seit Stunden auf das Urteil im Prozess des Jahres, in einem Fall, der in die Kriminalgeschichte einging: Eine Rentnerin sollte Giftmord aus Habgier begangen haben, sie erhielt in der medialen Darstellung den wenig schmeichelhaften Namen „Die schwarze Witwe“.

Die wenigen Sitzgelegenheiten, die es gab, waren längst vergeben. Das war aber nur die kleinere Unzukömmlichkeit. Die größere lag in den technischen Problemen, sprich der Übermittlung des Prozessberichts, von „drinnen“ an die SN nach Salzburg. Das Gebäude des Kremser Landesgerichts, eine Trutzburg der Justiz, schottete nahezu perfekt ab. Zunächst galt es irgendwo einen elektrischen Anschluss für den Laptop zu finden.

Man musste es listig anstellen, der Putzfrau mit ihrem Staubsauger nachschleichen – Anschluss erbeutet. So, jetzt durchgeben, unter Zeitdruck. Blick auf die Uhr. Wertvolle Minuten verstreichen. Okay, auf „Senden“. Nichts rührt sich. Was tun? Das Handy als Modem benutzen! Kein Erfolg. Schweißperlen auf der Stirn. Blick auf die Uhr. Verdammt! Wo ist ein Fenster? Alle versperrt. Wo ist das WC? Tatsächlich, da ist das Fenster offen! Handy beim Fenster hinaushalten, „Senden“ drücken. Halleluja, es funktioniert. Wir sitzen noch bis 3 Uhr früh. Dann, nach elfenhalbstündiger Beratung, das Urteil. Lebenslange Haft. Es folgen vier Stunden Schlaf. Dann hetzt der Gerichtsreporter mit dem Auto nach Salzburg zurück. **Ronald Escher**

Jubiläum: ein guter Grund
für MEINE MARKE



Wir gratulieren den Salzburger Nachrichten zum 75-jährigen Jubiläum! Für Anlässe wie diesen ist MEINE MARKE das ideale Geschenk: Gestalten Sie mit Ihrem eigenen Foto Ihre ganz individuelle Briefmarke! Mehr unter post.at/meinemarke



Wenn's wirklich wichtig ist, dann lieber mit der Post.

Das Blatt, das sich nicht wendet.

**VERBUND gratuliert zu
75 Jahren unabhängiger
Berichterstattung.**

Wer den Antrieb hat, die Welt zu verändern, hat die richtige Energie.
verbund.com/MeinAntrieb

Verbund
Am Strom der Zukunft

„I kann auch net Latein“

Ihr SN-Berichterstatte war als einziger Journalist im Saal, als im Kulturhaus Knittelfeld die freiheitlichen Delegierten über die Zukunft ihrer Partei stritten.

HELMUT SCHLIESSELBERGER

KNITTELFELD (SN). Jörg Haider ist oft weiter von der Basis entfernt, als er denkt. Samstag, Knittelfeld, Kulturhaus, großer Saal, Haider spricht gerade von einer „rebus sic stantibus“ möglichen Steuerreform.

Die Basis steigt aus: „Du, Frau Landesrat, was haßt des für Nichtlateiner?“ Die Frau Landesrat zuckt die Achseln: „I kann auch net Latein.“

Die Frau Landesrat Ursula Haubner dürfte ihren Bruder Jörg zuletzt öfter nicht ganz verstanden haben. Und als Haider am Ende des Treffens vielen unzufriedenen Delegierten ungewohnt umständlich erklärte, was ein Kompromiss ist, haben viele Delegierte überhaupt nichts mehr verstanden – vor allem nicht, warum am Anfang der Sitzung immer von Basisdemokratie gesprochen wurde.

Also zurück an den Anfang des Treffens von rund 400 FPÖ-Delegierten in einer schweren Stunde der Partei. Als eingangs die Journalisten streng aus dem Saal gewiesen wurden, hat sich Ihr SN-Berichterstatte, ganz nach dem Vorbild Jörg Haider, „Ich bin schon weg“ gedacht, um dann aber trotzdem gleich neben Jörg Haider Schwester im Saal Platz zu nehmen und dort fünf Stunden sitzen zu bleiben. Die Sorge, auf- (bzw. raus-) zu fliegen, war nur anfangs da. Spätestens, als man vom vorbeikomenden öb. Landeschef Hans Achatz mit Handschlag begrüßt wurde, war man auch am Tisch akzeptiert – und somit Zeuge einer Lehrstunde in blauer Basisdemokratie mit etwas Druck von oben.

Bei Vorstand von Riess „übern Tisch gezogen“

Sitzungsleiter Marin Strutz heizte die Veranstaltung an und betonte, dass bei der FPÖ-Vorstandssitzung Mitte August zur Rücknahme der Steuerreform 2003 die Vorstandsmitglieder von Riess-Passer unter Druck gesetzt (und sinngemäß übertölpelt) worden seien. Sogar Hilmar Kabas bekam tosenden Applaus, als er betonte, dass man sich die Möglichkeit eines Vetos in der Sache Temelin und Benes-Dekrete nicht abdrehen lassen dürfe. Doch alles wartete auf Haider.



Machtübernahme in Knittelfeld: Jörg Haider und seine Getreuen (hier im Bild Wiens Parteichef Hilmar Kabas und sein nö. Kollege Ernest Wildholz) haben die Regierungsbeteiligung der FPÖ faktisch beendet.

Bild: SPAR/Zak

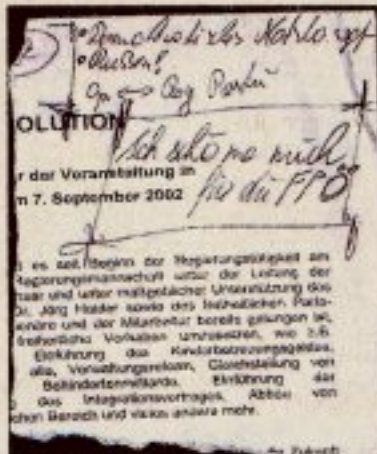
Dieser betonte, nicht emotional werden zu wollen – und wurde wehleidig, beklagte, wie er „angeschüttet“ werde aus den eigenen Reihen, „dafür, dass man Tag und Nacht für die Partei im Einsatz ist“. In Haider's Rede ging es viel um den „kleinen Mann“ und die nächsten Wahlen: Enttäuschte SPÖ-Wähler, die zur FPÖ übergelaufen seien, dürften nicht als getäuschte FPÖ-Wähler wieder verloren gehen. Haider sorgte sich um Stimmenverluste an die SPÖ: „Alles, was wir net derheben, ist deren Programm.“

Das Hochwasser sei „in ein, zwei Monaten vergessen“, die Steuerreform nicht, betonte Haider. Man müsse verhindern, von der ÖVP ein viertes und fünftes Mal „vorgeführt“ zu werden. Stummvoll und Co liefen schon herum und bereiteten etwas vor, damit die ÖVP die Lorbeeren für die Steuerreform ernte. Wenn die Regierung jetzt platze, „dann haben wir auf ein Jahrzehnt kein Gewicht mehr“. Wenn man aber heute zu einem gemeinsamen Ergebnis komme, werde man bald wieder über 20 Prozent haben.

Auf die dreiseitige Resolution, die am Freitag von Riess-Passer und Haider ausgehandelt worden war, ging Haider nicht ein. Das ließ er einen anderen machen: Kärntens

Landesgeschäftsführer Kurt Scheuch zerriss während seiner Rede die Resolution demonstrativ.

Die Delegierten Christian Strache (W), Franz Marchat (NÖ), Karl Pfeifenberger (K) und andere erklärten, sie würden ihre Unterschrift nie zurücknehmen. „Nicht



Zerfetzte Resolution Riess-Passers mit Redenotizen eines Delegierten.

Schulterschluss oder Parteitag, sondern Schulterschluss beim Parteitag“ war das Credo.

Volksanwalt Ewald Stadler höhnte in seiner lautstarken Rede gegen Minister Grasser, der nun einmal sehen könne, wie nett es im Souterrain bei der Basis sei. Stadler ließ sich nach seiner Rede – die

einpeitschenden Gesten mit dem rechten Unterarm dürfte er sich übrigens bei Charlie Chaplin im „großen Diktator“ abgeschaut haben – strahlend mit Standing Ovationen und „Ewald“-Rufen feiern.

Finanzminister Karl-Heinz Grasser hatte einen viel schwereren Stand, obwohl er es teils sogar in Mundart versuchte. („I sig des anders.“) Er ersuchte, mit den Streitereien aufzuhören und ertete schallendes Gelächter, als er sagte, es habe seit 1986 keinen Streit in der Partei gegeben.

Grasser pries die Erfolge der Regierung und erklärte, warum die Steuerreform sich nach Wirtschaftskrise, 11. September und Hochwasser nicht ausgehe. Wenn man die Steuerreform 2003 mache, dann sei das Defizit höher als damals, als man das Budget von Edlinger übernommen habe. Grasser listete auf, wie oft zuletzt Regierungen trotz Steuerreformen Wahlen verloren haben. Er rief zu Pragmatismus auf: Auch „Temelin werden die Tschechen nicht zusperrern, nur weil wir das wollen“.

Grasser betonte, es gehe den Unterzeichnern nicht um die Sache. Als er sagte, er glaube ohnehin, dass es nicht als Misstrauensvotum gegen das Regierungsteam gemeint sei, riefen viele: „Doch.“ Man könne die Parteichefin nicht hinter ih-

rem Rücken zwingen, einen Parteitag einzuberufen, betonte Grasser, daher habe als Konsequenz die gesamte Regierungsmannschaft den Rücktritt angeboten.

Minister Scheibner gab sich weniger kämpferisch, verteidigte aber seine Abfangjäger: Nur ein geringer Prozentsatz der FPÖ-Wähler habe gegen die Jets unterschrieben, 30 Prozent seien laut Umfragen immer noch für die Jets, dass seien die FPÖ-Wähler. „Ich habe es nicht abgesprochen“, leitete Scheibner zum Ende seiner Rede den Umschwung ein und präsentierte einen Kompromiss: Rund um das Neujahrstreffen soll eine Art Parteitag die Ergebnisse eine Steuerreformkommission behandeln.

Kabas meldet sich zu Wort und verlangt als Zusatzantrag, dass Haider in die bundespolitischen Gremien zurückkehren solle.

Im Saal bricht hektische Betriebsamkeit aus. Die Landesgruppen rennen zusammen und diskutieren, die nächsten Redner sind arm dran, weil bei dem Lärm praktisch nicht zu hören.

Viel Murren über Haider's „faulen Kompromiss“

Auch Stadler stimmte nun dem Vorschlag zu, wollte die Unterschriften aber nicht zurückziehen, sondern erst einmal als Treuhänder verwalten. Haider fasste den Kompromiss (Einsetzung einer Steuerreformkommission, Beschluss der Steuerreform am Parteitag im Jänner, Parteitag vor Ratifikation der Osterweiterung im Parlament, Haider's Rückkehr in die Bundespolitik, keine Zahlung für Abfangjäger vor einer Steuerreform) zusammen, fragte dann nicht unsuggestiv, ob die Delegierten „damit leben“ könnten. Es gab Applaus und viel Murren im Saal. Eine halberzogene Probeabstimmung erbrachte aber nur ein paar Dutzend dezidierte Gegenstimmen. Haider betonte, dass man ohnehin keinen formellen Beschluss fassen könne.

In der Folge setzte es Kritik. Wolfgang Jung, als aggressiver deutschnationaler Burschenschaftler bekannt, verlangte, dass man schon im Ministerrat gegen die Erweiterung stimmen müsse, da man im Parlament überstimmt werden könne. Bemängelt wurde auch die weiche Formulierung („zum ehestmöglichen Zeitpunkt“), die Haider im Kompromiss zur Steuerreform gewählt hatte. Haider betonte, es sei ohnehin ein Unterschied, ob man etwas beschließe oder es auch mache. Als „Ziel“ für die Steuerreform ließ Haider schließlich doch den 1. 7. 2003 einfliegen.

Viele im Saal fühlten sich ganz offenbar vom allmächtigen Nicht-Parteichef überfahren. Bei der Fortsetzung der Debatte wurde fast nur noch massive Kritik an der Einigung laut. Ein Wiener Neustädter Delegierter sprach von einem „faulen“ Kompromiss. Ein anderer betonte, dass viele, die noch immer dagegen seien, sich nicht trauen würden, gegen den aufgedrängten Kompromiss aufzutreten. Mehrere Delegierte betonten, dass der Konflikt nur aufgeschoben werde und sie ihre Unterschriften keinesfalls zurücknehmen. Es mache keinen Unterschied, ob am 6. Jänner oder in vier Wochen, es gehe um dieselben grundsätzlichen Fragen.

Haider erklärte in seinem Schlusswort, dass es Kompromisse so an sich haben, „dass niemand allein gewinnt“ und dass man es damit schaffen könne, nicht nach zweieinhalb Jahren aus der Regierung zu fliegen.

Die FPÖ zerreißt sich selbst

September 2002. Viel Reporterglück im Kulturhaus von Knittelfeld.

Reporterglück und -pech liegen manchmal sehr nah beieinander. So ein Pech, dachte sich der Schreiber dieser Zeilen, als er sich beim Knittelfelder Aufstand mit Trachtenjanker unters blaue Rebellenvolk mischen wollte und plötzlich zwei Staatsschützer seinen vor der Halle deponierten Rucksack auf Bomben kontrollieren wollten und er schon fast aufflog. So ein Glück, dachte ich, als ich einen leeren Sessel sah, auf den ich mich fallen ließ, als alle Journalisten aus

dem Saal verbannt wurden. So ein Pech, dachte ich, als ich merkte, dass ich mich direkt neben Jörg Haider's Schwester gesetzt hatte. So ein Glück, dass nach einem Handschlag und „Servas“ von Oberösterreichs FPÖ-Chef Achatz sich Haider's Schwester dachte: „Wenn der Achatz den kennt.“ So ein Pech, dass man fünf Stunden nichts notieren konnte. So ein Glück, dass ich Zeuge wurde, wie Kurt Scheuch am Rednerpult das Kompromisspapier zerfetzte. So ein Pech, dass ich fast alle

Rednerzitate, die ich mir leise immer wieder vorsagte, um sie mir zu merken, vergaß.

So ein Glück, dass mir nach Ende des Events, als ich das von 50 Brandreden verkohlte Rednerpult besichtigte, zufällig die Reste des Papiers, das Haider's Adlatus zum „Reißwolf von Knittelfeld“ machen sollte, in die Hände fielen. Und irgendwie ein Pech, dass die fundierteste journalistische Leistung in 30 Jahren darin bestand, fünf Stunden lang für einen aufgebrauchten FPÖler gehalten worden zu sein. schli

Revolte gegen Fast-Food-Clown

Schlecht unterrichtet.
 Ronald McDonald wollte
 im April 2005 in
 Kindergärten gratis als
 Ernährungsexperte
 arbeiten. Die SN hatten
 berechtigte Bedenken
 gegen diesen
 Teilzeitpädagogen.

PETER GNAIGER

Man solle sich doch bitte nicht so anstellen. Das sei eben ein Konzern, der Geld in das österreichische Bildungssystem pumpe. Sind eh schon alle so arm ... Das waren die ersten Einwände der Angesprochenen, aber auch von Lesern, als die SN erstmals über „Vorträge“ von Ronald McDonald in österreichischen Kindergärten berichteten. Der Fast-Food-Clown brachte durchaus Wissenswertes zu Gehör. Dass man sich etwa viel bewegen solle. Und vor allem auch auf die Ernährung achten müsse. Ihrem SN-Redakteur war allerdings rasch klar: Eltern, die Kinder im Alter von drei bis zehn Jahren haben, haben viele Sorgen. Nur nicht jene, dass sich ihre Kinder zu wenig bewegen. Die Kleinen im Kindergarten erhielten auch noch Geschenke, etwa Puzzles, die nach wenigen Handgriffen das Abbild von Ronald McDonald zeigten, und anderen Nippes. Und die wichtigste Erkenntnis nach all diesen sympathischen Bildungseinheiten: Die Kleinen wussten jetzt genau, wo der lustige und freundliche Convenience-Clown wohnt.

Wie geht man da vor? Nachfrage bei den Kindergärten. Wie kam es überhaupt dazu? Manche Kindergärtnerinnen waren selbst schwer verärgert, einen Konzern-Clown als Kollegen vorgesetzt zu bekommen. Dann spricht man mit Eltern: Würden Sie informiert? Sind Sie damit einverstanden? Die meisten waren fassungslos. Dann kann es an das Eingemachte gehen. Anruf bei McDonald's. Eine freundliche Mitarbeiterin in der Telefonzentrale verbindet uns mit der PR-Chefin. Der Sachverhalt wird geschildert. Die Dame hält sich weitgehend bedeckt. Wir sagen ihr zu, dass ihre wenigen halbwegs brauchbaren Zitate korrekt zitiert werden. Auch im Bildungsministerium fühlt sich die zuständige Beamtin ein wenig überfordert. Vor allem die Frage, wofür wir Steuern zahlen, wenn sowieso schon ehrenamtliche amerikanische Teilzeit-Clowns die Erziehung unserer Kinder übernehmen, lässt die Dame ratlos zurück. Jetzt ist es Zeit, die erste Geschichte zu schreiben. Gemeinsam mit meiner Kollegin

Karin Zauner schnüre ich eine transparente Darstellung der Geschehnisse. Während des Verfassens des Kommentars taucht noch eine Frage auf, die nur McDonald's beantworten kann. Also noch einmal die Mitarbeiterin der Telefonzentrale angerufen, mit der Bitte um Durchstellung in die PR-Abteilung. Die Dame sagt jetzt, das sei nicht mehr möglich. Denn seit ich angerufen hätte, seien nur noch Türen zugeknallt worden. Die Herrschaften wollen jetzt nicht mehr gestört werden, verrät die freundliche Dame in der Telefonzentrale.

Nach dem Erscheinen der ersten Geschichte nehmen die Dinge ihren Lauf. Rasch stellte sich heraus, dass McDonald's auch in Volksschulen aktiv war. Schulmittel mit Logo wurden bereitgestellt. Das waren dann schon Zustände wie in Afrika. Von diesen berichtete der ehemalige Werbeprof und heute weltweit gefeierte Schriftsteller Frédéric Beigbeder in seinem Buch „39,90“. In Afrika, so Beigbeder, finanzierte vor 20 Jahren die Cola-Marke Pepsi Schulbücher. Die Gegenleistungen waren werbeteknisch recht raffiniert. Denn in diesen Büchern war etwa nicht mehr zu lesen, dass der Himmel blau sei. Nein: In diesen Schulbüchern war nur noch zu lesen, dass der Himmel „pepsiblau“ sei.

Nach der SN-Berichterstattung ist etwas passiert, was Konzerne oder Politiker heute als Verlust der Message Control bezeichnen. Der Geschichte mit dem Titel „Kleinkinder im Visier“ samt Kommentar folgte kurz darauf der Titel „Ruf nach Stopp der Kindergarten-tour“. Die Politik schaltete sich ein. Im Folgeartikel war schon zu lesen: „SPÖ-Familiensprecherin Andrea Kuntzl zeigte sich ‚fassungslos‘ und forderte einen sofortigen Stopp der McDonald's-Tour. Auch der oö. Agrarlandesrat Josef Stockinger (ÖVP) ist enttäuscht. Er will statt der ‚verfälschten Einheitsaromen‘ den Kindern lieber einheimische Produkte schmackhaft machen.“

Zum Schluss machte Salzburgs Landesrätin Doraja Eberle dem Spuk ein Ende. Die letzten beiden Titel lauteten: „Gegen Manipulation“ und „Eberle bremst McDonald“.

Heute sind alle zufrieden. Denn auch McDonald's hat gelernt: Die Kinder kommen auch ohne Schleichwerbung in Kindergärten und Schulen nach wie vor gern in ihre Fast-Food-Filialen.



Wenn Sie mehr wissen wollen:
 Salzburger Nachrichten

Wenn Sie aus Wissen mehr machen wollen:
 Bankhaus Spängler

Das Bankhaus Spängler gratuliert den Salzburger Nachrichten zu 75 Jahren Qualitätsjournalismus und wirtschaftlichem Erfolg, der sich sehen und lesen lassen kann.

BANKHAUS SPÄNGLER
 BEST IN FAMILY BANKING



Bawag-Chef verschenkte Vermögen im Plastiksackerl

Preis für Recherche.
Kurz vor Weihnachten 2006 deckten die SN eine schier unglaubliche Veruntreuung eines der mächtigsten Banker Österreichs auf. Dafür gab es eine Auszeichnung.

FRITZ PESSL

Wer hätte geglaubt, dass ein Wirtschaftskriminalfall spannender sein kann als jeder frei erfundene Kriminalroman! Die Rede ist vom Milliardenkandal um die Gewerkschaftsbank Bawag und deren langjährigen Generaldirektor. Nicht nur, dass unglaublich viel Geld von Arbeitern und braven Gewerkschaftsmitgliedern verloren ging. Pikante Details der Affäre waren auch Spekulationsgeschäfte in der Karibik, dubiose US-Broker, ein in sein Feriendomizil an der Côte d'Azur geflüchteter Verdächtiger. Und ein Plastiksackerl, in dem der Banker seinem Freund und Geschäftspartner, einem ehemaligen Chef der Konsum-Kette, freihändig 550.000 Euro übergab. Und zwar, damit dieser seine Gerichtskosten nach dem unrühmlichen Niedergang des „roten Riesen“ begleichen konnte.

Rückblende in das Jahr 2006. Es ist der 21. Dezember, ein Donnerstagabend, als mir zuvor erwähnte schier unglaubliche Geschichte zugetragen wird: Der Bankdirektor soll einen Monat vor seiner Pensionierung, im März 2003, den Chef des pleitegegangenen Handelsriesen in sein Wiener Innenstadtbüro gebeten, einfach 550.000 Euro von einem Bawag-Sparbuch behoben und diese in einem Plastiksackerl übergeben haben. Wie lässt sich am Freitag, 22. Dezember, dem offiziell letzten Arbeitstag vor Weihnachten, so eine Information verifizieren? Praktisch unmöglich. Bankangestellte, Staatsdiener, Wirtschaftskriminalisten, Staatsanwälte, Richter und sonstiges Justizpersonal sind an diesem Tag längst nicht mehr am Arbeitsplatz anzutreffen.

Es sollte eine abenteuerliche Recherche werden, sogar zum Privathaus eines Ermittlers ins Burgenland, der gerade mit dem Aufputzen des Christbaums beschäftigt war. Irgendwann am Nachmittag die Bestätigung durch Gerhard Jarosch, den damaligen Sprecher der Staatsanwaltschaft Wien: „Das ist absolut absurd. Eine äußerst dubiose Geschichte, mit welcher Selbstverständlichkeit in der Bawag fremdes Geld hergeschenkt wurde.“ Danach folgte erst noch die Überzeugungsarbeit in der eigenen Redaktion: Wo doch üblicherweise dem Leser in der Weihnachtsausgabe der „Salzburger Nachrichten“ schöne, friedvolle Geschichten kredenzt werden. Letztlich erschien der Artikel „Geschenkter Kredit unter Freunden“ – ich wurde dafür eineinhalb Jahre später vom „News“-Verlag als erster Alfred-Worm-Preisträger ausgezeichnet.

Mindestens genauso wie die Anerkennung der Leistung durch die Branche freute mich die Reaktion der Leserinnen und Leser. Denn der „Freundschaftsdienst“ unter den „roten Bossen“ war in den Weihnachtsfeiertagen Gesprächsthema Nummer eins an Stammtischen und sogar in der öffentlichen Sauna. „Hast schon gehört, der eine hat dem anderen ein Vermögen im Plastiksackerl zugesteckt?“, war da unter schwitzenden Männern zu hören.

Der Banker, den die SN zu diesem Zeitpunkt gar nicht mit den Anschuldigungen konfrontieren konnten, weil er sich seit Juni 2006 den Fängen der Justiz entzogen hatte und in seiner Villa im Nobelort Mougins bei

Cannes weilte, ließ den Bericht umgehend über seinen Rechtsanwalt als Fake News dementieren. Später, als die Veruntreuung durch Unterlagen und Kontobewegungen längst bewiesen war, bezeichnete der mächtige Banker den SN-Artikel immer noch als unrichtig: Er habe das Vermögen in einem Aktenkoffer aus Leder und nicht im Plastiksackerl übergeben.

Die Plastiktasche wurde übrigens umgehend rückerstattet, und zwar vom damaligen Empfänger. Der hatte zum Dank eine Schachtel Pralinen gekauft und das Präsent in die unwürdige Verpackung gesteckt.

Absurd, wie in der Bawag fremdes Geld hergeschenkt wurde.

Gerhard Jarosch, Staatsanwalt

Nicht nur mich beschäftigte die Bawag-Affäre über Jahre. Sogar Feinspitz und SN-Frankreich-Experte Peter Gnaiger hatte sich im September 2006 auf die Spuren des Neofranzosen begeben. In Mougins, einem Mekka für Superreiche, ist der Porsche-Fahrer demnach gar nicht aufgefallen. Nur einigen Mitgliedern im Golfclub, wo der leidenschaftliche Golfspieler als schlechter Verlierer bekannt war.

Mitte Februar 2007 endete das Tauziehen zwischen Frankreich und Österreich um die Auslieferung des Herzkranken. In einer Nacht-und-Nebel-Aktion wurde der Verdächtige in einen Ambulanzjet verfrachtet und in die Heimat überstellt. Gut vier Jahre lang saß der heute 85-jährige Manager in Untersuchungshaft – unterbrochen von Vorführungen zum Bawag-U-Ausschuss ins Parlament und zum eigenen Strafprozess ins Graue Haus.

Zweieinhalb Jahre Haft erhielt er für die Veruntreuung der 550.000 Euro. Auch der Ex-Konsum-Chef wurde wegen Beihilfe zu bedingter Haft verurteilt. Es war nur ein kleiner Nebenstrang im Bawag-Finanzskandal, in dem der Banker die Höchststrafe von zehn Jahren ausfasste. Wegen seiner Herzprobleme gilt er seit 2011 als haftunfähig und musste seine Strafhaft nie antreten.

Preisträger Fritz Pessl mit dem damaligen News-Chef Oliver Voigt und SN-Chefredakteur Manfred Perterer.

BILD: SN/NEWS VERLAG



150 JAHRE KSV1870
150 JAHRE INNOVATION

75 JAHRE SALZBURGER NACHRICHTEN
75 JAHRE UNABHÄNGIGER JOURNALISMUS

150 JAHRE KSV1870



PARACELSUS
MEDIZINISCHE PRIVATUNIVERSITÄT

Die Paracelsus Medizinische Privatuniversität gratuliert herzlich zum 75. Jubiläum!



24 Jahre lang im Keller gefangen

April 2008. Ein monströses Verbrechen. Josef F. hielt seine Tochter fast ein Vierteljahrhundert gefangen und zeugte sieben Kinder mit ihr. Der Fall hat mich über die Jahre hinweg journalistisch begleitet.

ANJA KRÖLL



Draußen vor der Tür ist ein schlichtes Schild angebracht. „Hausarbeiter“ steht darauf zu lesen. Als man den Raum betritt, blickt der dazugehörige Mann kurz auf. Seine weißen Haare sind zerzaust, die Stimme leise, der Händedruck fest. „Wie geht es Ihnen?“ – „Mein Fuß tut weh und keiner kommt mich besuchen, aber sonst geht's gut.“ Ein kurzer Wortwechsel mit einem Mann, der schier Unvorstellbares verbrochen hat: Josef F. Fast ein Vierteljahrhundert hielt F. seine Tochter Elisabeth ab

ihrem 18. Lebensjahr in einer Art Verlies im Keller unter seinem Wohnhaus in Amstetten gefangen. Quälte, schlug, vergewaltigte und schwängerte sie. Sieben Kinder wurden in der Finsternis geboren, während oben im Wohnhaus in der Ybbsstraße das Doppelleben des Josef F. als Ehemann, Familienoberhaupt und braver Nachbar weiterging.

Eines der Kinder starb nach der Geburt und wurde von Josef F. in einem Holzofen verbrannt, für drei war das Verlies die einzige Welt, die sie kannten. Die anderen legte Josef F. als vermeintliche Findelkinder von Elisabeth, die angeblich zu einer Sekte geflüchtet war, vor dem Haus der Stadt im Mostviertel ab.

Bis zum 26. April 2008. Als das älteste im Keller lebende Kind, die 19-jährige Kerstin, schwer erkrankte, wurde sie von Josef F. ins Spital gebracht. Zum ersten Mal erblickte sie das Tageslicht – und mit ihrem Auftauchen kam Licht in einen der größten Kriminalfälle Österreichs. Der Fall hat mich über die Jahre hinweg journalistisch begleitet. Von der ersten Schlagzeile, die an einem Sonntagabend im Teletext auftauchen sollte, über jene zehn Tage, die ich als Teil des nationalen und internationalen Medientroses vor dem grauen Haus in der Ybbsstraße verbrachte, gefolgt vom Prozess in St. Pölten, bei dem Josef F. im Jahr 2009 wegen Mordes durch Unterlassung, Sklavenhandels, Freiheitsentziehung, Vergewal-

tigung, Blutschande und schwerer Nötigung zu lebenslanger Freiheitsstrafe verurteilt wurde. Zu verbüßen in der Justizanstalt Stein, in einer Abteilung für geistig abnorme Rechtsbrecher. Jenem Ort, in dem es Jahre nach F.s Verurteilung zu dem erwähnten Gespräch kommen sollte. Zu einer Zeit, als aus Josef F., dem Inzesttäter von Amstetten, der Hausarbeiter von Stein geworden war.

Warum dieses Verbrechen auch mehr als ein Jahrzehnt nach seinem Bekanntwerden so sehr schockiert? Weil es außerhalb des Vorstellbaren liegt. Das Böse wird vielleicht erst dann im Ansatz nachvollziehbar, wenn es denkbar ist. Doch die Tat des Josef F. war vor deren Bekanntwerden undenkbar.

Wir gratulieren zum Jubiläum.

Die Welt verändert sich schnell. Umso bedeutender ist jener Erfolg, der selbst in bewegten Zeiten Bestand hat.

Die Oberbank gratuliert zu 75 Jahren „Salzburger Nachrichten“ und wünscht das Beste für eine erfolgreiche Zukunft.

DR. FRANZ GASSELSBERGER, MBA
Generaldirektor Oberbank AG

Oberbank

Oberbank. Nicht wie jede Bank.

Kultur

Wir verschließen Bert Brecht

Der Berliner Salonkommunist Bert Brecht ist also wirklich Salzburger geworden! Der Wiener unabhängigen Tageszeitung „Die Presse“ gebührt das Verdienst, den Kultura-Skandal entdeckt zu haben, der sich in aller Stille seit zwei Jahren hinter den Salzburger Kulissen vorbereitet und nun seinen Abschluß in der kürzlich erfolgten Übergabe der Staatsbürgerurkunde an den Dichter der „Dreigroschen-Oper“ abschließend vollzogen hat. Warum Bert Brecht, der zum verspäteten Lanösturm des kommunistischen Avantgardentums gehört, heute ausgerechnet auf Salzburg blickt, wohin er paßt wie der Dieselmaschinist ins Oratorium, ist zunächst unerfindlich. Es sei denn, man glaubt an einen ostzonalen Auftrag in Kultura, sich dort des Dreigroschenoper-Genies zu bedienen, wo die Oper keine zwei Groschen mehr wert ist, seit sie vom hohen Schemel heruntergestoßen wurde.

Man wird sagen, jetzt darüber zu schreiben, hieße das Tor verschließen, nachdem die Kuh aus dem Stall ist. Es ist aber umgekehrt. Es gilt vielmehr nachzusehen, auf welchem Weg der Edelmarder in den Salzburger kulturellen Hühnerstall eingebrochen ist. Denn Bert Brecht ist heute ohne Zweifel so etwas wie ostzonaler Hausdichter in Berlin und Brechts Frau, Helene Weigel, ist — wir folgen der westdeutschen Kulturzeitschrift „Der Spiegel“ — „lebhafter als ihr Mann dabei, dem Marxismus gesprächsweise Seelen zu gewinnen“. Diese überzeugte Kommunistin ist natürlich jetzt ebenfalls Österreicherin und Salzburgerin geworden. Das sozialistische „Demokratische Volksblatt“ begleitet diesen Vorfall gleich mit zwei Blitzzen aus dem Spiegel der eigenen Partezerrissenheit, denn es bringt in ein und derselben Nummer zwei einander widersprechende Artikel über Bert Brechts Einbürgerung, wo im ersten behauptet wird, der Dichter hätte keine Aussicht, leitenden Einfluß auf die Salzburger Festspiele zu gewinnen, während im zweiten steht, die Verhandlungen (!) über diesen Fall seien keineswegs endgültig abgebrochen.

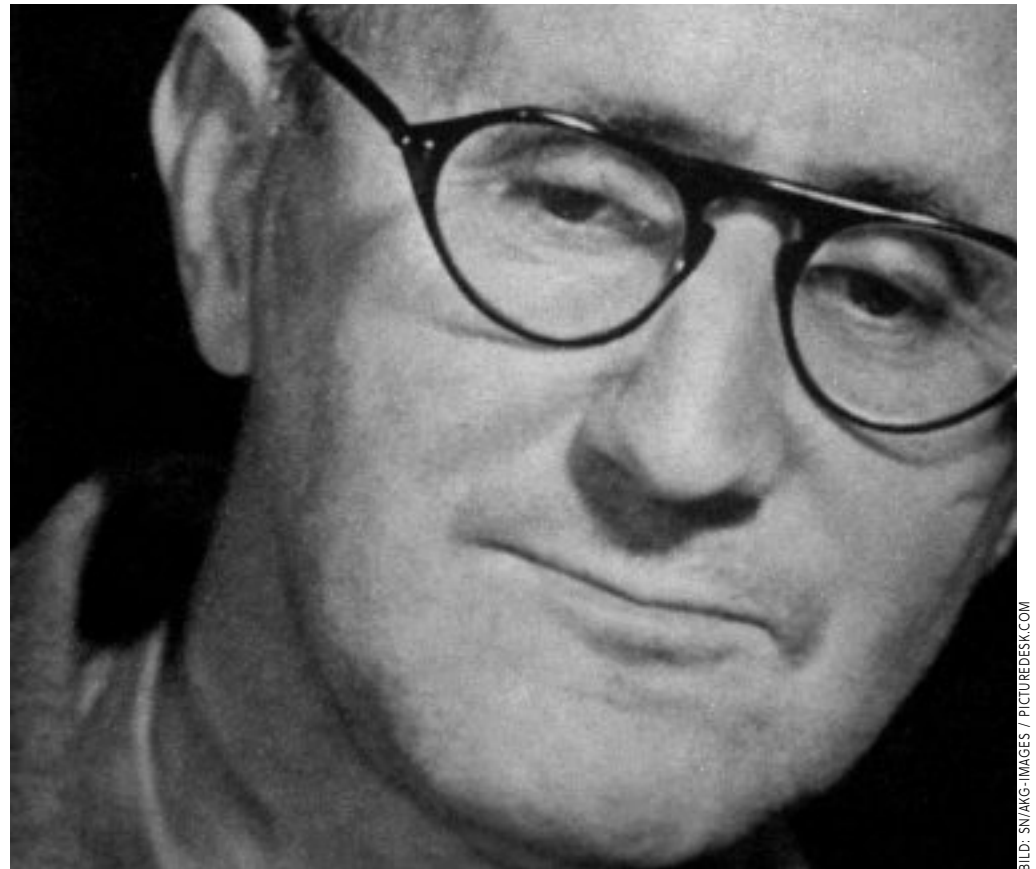
Vielleicht ist es, bevor man sich mit der Salzburger Seite dieses unglaublichen Skandals beschäftigt, noch gut, Bert Brechts jetziger Stellung objektiv gerecht zu werden. Es ist durchaus möglich, daß den Dichter, der 1933 wie andere seiner Gruppe, z. B. der feinsinnige Walter Mehring, nach dem Westen emigrierte, ursprünglich und seinem innersten Wesen nach einiges vom schematischen Parteikommunismus trennte. Aber er hat nach seiner Rückkehr 1948 nach Ostberlin, wozu ihm kein anderer als Egon Erwin Kisch (damals zufällig gerade Bürgermeister von Prag) den Paß verschafft hat, entschieden eine Chance gehabt, für den Westen zu optieren. Seine letzte große Schöpfung „Das Verhör des Lucullus“, Libretto zur Oper von Dessau, hatte nicht den Beifall der orthodoxen Kulturpöpste des Bolschewismus errungen. Der Text war nicht servil genug. Bert Brecht hätte Gelegenheit gehabt, daraus die Konsequenzen zu ziehen und in Ehren und Selbstachtung zu gehen. Bert Brecht war kein Martin Luther, der stand und nicht anders konnte. Bert Brecht konnte anders. Er fiel und schrieb den Text um. Helene Weigel hatte „dem Marxismus gesprächsweise auch die Seele ihres Mannes gewonnen“. Somit erscheint der Schluß gerechtfertigt — besonders für den, der die Praxis vom Kulturkomintern kennt —, daß Brechts Marsch auf Salzburg einen Mitionsauftrag hinter sich hat

Und darum wird der Skandal salzburgisch. Vor etwa zwei Wochen richtete diese Zeitung auf ein diesbezügliches Gerücht aus Berlin an die Landesregierung eine Anfrage. Sie wurde von einem Referenten, da alle verantwortlichen Faktoren wie Landeshauptmann, Präsident der Festspielgemeinde usw. auf Urlaub waren, als absolut gegenstandslos erklärt. Die Wiener „Presse“ ließ sich aber nicht bluffen. Sie erhob und veröffentlichte, daß der Ministerrat beschlossen hätte, dem Ansuchen Brechts um Staatsbürgerschaftsverleihung zuzustimmen, worauf die Salzburger Landesregierung diese Verleihung vorgenommen hätte. Nun konnten wir recherchieren. Nachfolgend die Daten:

Es ist wesentlich festzuhalten, daß die Versuche Bert Brechts, in Österreich eingebürgert zu werden, sich über eine Zeit erstreckten, da in Salzburg Landeshauptmannwechsel stattgefunden hat. Beim früheren Landeshauptmann Josef Rehr rückte Bert Brecht in einer Vorsprache, die ihm durch den Komponisten v. Einem vermittelt wurde, nicht mit dem Wunsch nach Einbürgerung heraus. Es handelte sich um ein Gespräch, das sich mit den Salzburger Festspielen befaßte und vom Landeshauptmann ohne näheres Eingehen darauf beendet wurde. Dagegen wurde am 5. August 1949 beim Stadtmagistrat Salzburg das Einbürgerungsansuchen Bert Brechts eingebracht. Von Landeshauptmann Josef Rehr existiert ein Handzettel mit dem Text, der Sache nachzugehen und zu referieren. Es wurde der Sache nicht nachgegangen und es wurde nicht referiert, vielmehr kam dieser Fall gar nicht vor den Einbürgerungsausschuß der Landesregierung, sondern er wurde vom damaligen Landesamtsdirektor auf Grund der positiv lautenden Gutachten „maßgebender Kreise der Stadt Salzburg“ sofort an den Ressortminister Doktor Hurdus weitergegeben. Dort lag der Akt einige Zeit und kam mit der empfehlenden Unterschrift unseres höchsten Wahrers der abendländischen Kultur, des Herrn Unterrichtsministers, wieder zurück! Es darf angenommen werden, daß der Einbürgerungsakt, der am 12. April 1950, also unter der Amtszeit des Landeshauptmannes Doktor Klaus, positiv unter der Zahl 1939/49 LAD ex 50 erledigt und mit der Ausfertigung der Einbürgerungsurkunde abgeschlossen wurde, gar nicht dem Landeshauptmann Dr. Klaus vorgelegt worden ist! Die Einbürgerungsurkunde trägt auch nicht die Unterschrift des Dr. Klaus.

Wer aber waren die sogenannten „maßgebenden Salzburger Kreise“, die sich da kultur bolschewistisch anstrengen und mit Gutachten dahin aussprachen, daß Österreichs abendländische Entwicklung davon abhinge, daß Bert Brecht Salzburger würde? Nun, die Namen sind leicht erhoben. Es engagierte sich das Kulturreferat der Stadt Salzburg durch seinen Leiter und ... der Festspielausschuß!

Und hier hört der Spaß auf. Das hätte unter Landeshauptmann Rehr nie passieren können! Nichts, wie gesagt, gegen Bert Brecht in seiner Qualität als Dichter. Politische Standhaftigkeit vermag weder Polymyria noch Melpomene zu verleihen. Die zu überprüfen ist Sache jener, die in politisch gefährlichster Zeit als Wächter der artgemäßen Kultur eines Volkes bestellt sind. Ihnen werden wir die beiden Striche auf dem Umlaut a des Wortes Wächter aberkennen. CANAVAL



Bertolt Brecht wurde im April 1950 österreichischer Staatsbürger, zum Skandal wurde das 1951.

„Edelmarder“ wirbelt auf

Oktober 1951.

Heute gilt Bert Brecht als einflussreicher Dramatiker. Doch sein Auftragswerk für die Salzburger Festspiele ist wegen eines Leitartikels nur Fragment geblieben.

HEDWIG KAINBERGER

Der längste Kulturskandal der Zweiten Republik ging von Salzburg aus: Der auslösende Leitartikel von SN-Chefredakteur Gustav A. Canaval erschien erst am 2. Oktober 1951, obgleich die Salzburger Landesregierung dem seit 1933 staatenlosen deutschen Schriftsteller Bertolt Brecht bereits im April 1950 die Staatsbürgerschaft zuerkannt hatte. Dessen wichtigster Fürsprecher war der Komponist Gottfried von Einem, seit 1948 im Direktorium der Salzburger Festspiele. Er hatte Brecht eingeladen, aus dem „Jedermann“-Stoff ein neues Stück zu schreiben.

In so scharfem Ton wie die von Wien aus agierenden Autoren Hans Weigel und Friedrich Torberg kanzelte Gustav A. Canaval Bertolt Brecht ab. Dieser passe nach Salzburg wie „der Dieselmaschinist ins Oratorium“ und sei wie ein „Edelmarder in Salzburger kulturellen Hühnerstall eingebrochen“. Die Folgen waren gewaltig: Brecht behielt zwar seinen neuen Pass, verließ

aber Österreich nach Ostberlin, wo er mit DDR-Subventionen das Berliner Ensemble zu einer so exzellenten Bühne aufbaute, dass ihr Renommee heute noch nicht verweht ist. Er zeigte sich loyal mit der DDR, verteidigte 1953 den Einmarsch sowjetischer Truppen und ließ sich 1955 in Moskau den „Stalin-Friedenspreis“ überreichen. Waren das nur hohle Floskeln, um in einem totalitären Staat zu überleben? Stecken seine eigentlichen Botschaften einzig in Gedichten und Theaterstücken?

In Salzburg katapultierte Landeshauptmann Josef Klaus (ÖVP) Gottfried von Einem 1951 aus dem Direktorium, der allerdings 1954 in den Kunstrat zurückkehrte. Auf deutschen und österreichischen Bühnen wurden Brechts Stücke jahrelang boykottiert. Am Salzburger Landestheater wurde erst 1960 mit „Der gute Mensch von Sezuan“ unter Protektion von Kulturlandesrat Josef Kaut (SPÖ) erstmals Brecht gespielt. Bei den Salzburger Festspielen hielt der Boykott noch länger: Erst 1998 wurde er versehentlich beendet: Die Oper „Aufstieg und Fall der Stadt Mahagonny“ von Kurt Weill basiert auf einem Text Bertolt Brechts.

Salzburger erhalten „Uni-Nachrichten“

Das universitäre Engagement der „Salzburger Nachrichten“ kumuliert im November 1964. Als der Geograf Egon Lendl zum ersten Rektor inauguriert wurde, erschien ein seither unübertroffenes Buch über die Geschichte der Universität von Chefredakteur Karl Heinz Ritschel und vom Leiter des Kulturreports, Max Kaindl-Hönig. Die beiden schildern darin die Vorgeschichte – etwa in der mittelalterlichen Schreibschule von St. Peter oder im Wirken des Arztes Paracelsus. Dass Markus Sittikus 1617 ein Gymnasium eröffnet hatte, ermöglichte fünf Jahre später den epochalen Festakt: Paris Lodron weihte am 8. Oktober 1622 die Benediktineruniversität ein. Daher ist die 1962 begründete und 1964 inaugurierte Universität nach ihm benannt: Alma mater Paridiana.

Dass in den 1960er-Jahren ein Neuanfang nötig war, war Folge der napoleonischen Kriege, von Säkularisierung und bayerischer Herrschaft. Trotz des Ruhms der Benediktineruniversität samt bestaunenswerter Theater- und Musikpflege wurde sie am 24. Dezember 1810 aufge-



löst. Zunächst blieben ein theologisch-philosophisches Lyceum und eine chirurgische Lehranstalt. Doch auch für diesen Rest an medizinischer Ausbildung wurde 1871 mit kaiserlicher Entschliessung das Ende per 1875 eingeläutet.

Die vielen Versuche, eine Universität mit mehreren Fakultäten wiederherzustellen, fruchteten in den 1960er-Jahren zunächst bei Philosophie und Theologie, dann bei Rechts- und Staatswissenschaft, schließlich bei der Geistes- und Naturwissenschaft. Die Wünsche nach Fakultäten für Medizin und Technik sind noch unerfüllt. Allerdings gibt es seit 2003 für Medizin die PMU, die Paracelsus Medizinische Privatuniversität; die einstige Hochschule Mozarteum hat seit 1998 den Status einer Universität.

Die „Salzburger Nachrichten“ haben das universitäre Leben stets unterstützt – in den 60er-Jahren mit der Stiftung sämtlicher Talare des Senats, mit Fundraising zur Renovierung der Universitätskirche und mit den seit 2009 vier Mal jährlich erscheinenden „Uni-Nachrichten“, einer Zeitung für Studium und Forschung. **hkk**



Er machte der Stadt eine Szene

Wie sich junge Kultur in Salzburg Bastionen eroberte.

Erwartet hätte es damals wohl noch niemand. Weder die Verfechter der Hochkultur noch die Gruppe Idealisten, die in der Festspielstadt versuchten, Räume für ein junges Kulturleben zu öffnen. „Eine richtige Sensation“ sei es also gewesen, was er am 15. Juli 1972 auf der Titelseite der „Salzburger Nachrichten“ gesehen habe, erinnert sich Alfred Winter: Das Titelbild war der Eröffnung des Festivals „Szene der Jugend“ gewidmet, das der damals 26-jährige Kulturmacher zum zweiten Mal organisierte. Die Alternativkultur wurde erstmals auf Augenhöhe mit der Hochkultur wahrgenommen. Ende der 1960er-Jahre hatte sich die Initiative formiert: „Woodstock hat uns nicht so stark beeinflusst, wir wollten unsere eigenen Ideen umsetzen“, sagt Winter. Diese trafen in Salzburg anfangs auf prominente Kritiker (etwa den damaligen Festspielpräsidenten Josef Kaut) ebenso wie Befürworter (z. B. LH Hans Lechner). Und in SN-Herausgeber KR Max Dasch habe er früh einen Unterstützer gehabt, erinnert sich Winter, der seine Berufslaufbahn als Repro-Lehrling in der Salzburger Druckerei begonnen hatte: „Er ermöglichte es uns, die ersten Ankündigungen für unsere Veranstaltungen zu drucken.“ Später, als die „Szene“ bereits ein Festival war, auf dem Klassikstars wie Gidon Kremer spontan Konzerte spielen wollten, hat sich auch die Kooperation mit der Zeitung bunt gestaltet: „1979 hatte die ‚Szene der Jugend‘ das erste Farbmagazin als Beilage in den SN.“ **pac**



In einem herausfordernden Umfeld sind wir Ihr verlässlicher und kompetenter Partner. Wir sind Ihre 1. Adresse für Wirtschaftsprüfung und Steuerberatung.

PRÜFER, BERATER & PARTNER

AUDIT SERVICES AUSTRIA . Wirtschaftsprüfungs- und SteuerberatungsgmbH . Späthgasse 3 . A-5020 Salzburg . T: +43 (0)662 82 30 63-0 . office@auditservices.at . auditservices.at

”

Gratulation an die „Salzburger Nachrichten“ zu 75 Jahren Qualitätsjournalismus und vielen Dank für das langjährige Vertrauen in unsere Expertise.



„Als Entflammte empor“

Das Große Festspielhaus – im Zentrum unseres journalistischen Interesses.

Am 26. Juli 1960 geschah in 40 Minuten „das glanzvollste Schauspiel, das Salzburg je geboten worden ist“.

HEDWIG KAINBERGER

Als „historischen Tag“ und „Festtag für ganz Österreich“ würdigten die „Salzburger Nachrichten“ den 26. Juli 1960 und widmeten ihm am folgenden Tag die gesamte Seite 1 mit Schilderungen vieler denkwürdiger Ereignisse. Diese begannen um 8.45 Uhr damit, dass Bundeskanzler Julius Raab (ÖVP), Landeshauptmann Josef Klaus (ÖVP), Bürgermeister Alfred Bäck (SPÖ), Bernhard Paumgartner als Präsident der Salzburger Festspiele und Bruno Hantsch als Präsident der Stiftung Mozarteum einen Kranz am Mozartdenkmal niederlegten. Dazu spielten die Kapellen von Liefering, Bergheim, Anif, Neumarkt und Schwarzach Märsche aus „Idomeneo“ und „Zauberflöte“. Dann zog die Festgesellschaft zu Dankgottesdiensten – die Evangelischen in die Christuskirche, die Katholischen in den Dom. Dem folgte am späten Vormittag ein Festakt im neuen Festspielhaus, von dem die SN am folgenden Tag in ihrer Titelgeschichte eine Spalte lang nur Ehrengäste und anwesende Mitglieder der Bundesregierung aufzählten und minutiös berichteten: „Um genau 11.54 Uhr übergab Bundespräsident Dr. Adolf Schärf das neue Salzburger Festspielhaus seiner Bestim-

mung“, und das mit folgenden Wünschen: „Möge dieses neue Haus den Künstlern eine gute Heimstätte sein! Mögen der Ruhm und der Glanz Salzburgs und Österreichs durch die Spiele in diesem Haus erhöht werden!“

Allerdings ermahnte Adolf Schärf (SPÖ) auch: „Es ist, glaube ich, unsere Pflicht, in keinem einzigen Augenblick zu vergessen, daß die unerhörten wirtschaftlichen Erfolge in einem gefährlichen Gegensatz zu den weltpolitischen Misserfolgen stehen, deren Zeugen wir waren und noch immer sind. Vergessen wir auch jetzt und hier nicht, dass die Mehrzahl der Bewohner dieser Erde sich noch immer nicht zu sättigen vermag, vergessen wir nicht, daß der Weltfrieden seit Langem nicht auf einer so fragwürdigen Grundlage geruht hat wie heute.“

Die Eröffnung am Vormittag wurde laut SN-Bericht mit großem Interesse der Bevölkerung verfolgt. „Vor der langen Front des Festspielhauses hatten sich viele Menschen eingefunden, um wenigstens als Zaungäste der Krönung eines in vier Jahren erbrachten Werkes beizuwohnen.“ Auch am Abend war das Gedränge so groß, dass Herbert von Karajan den Taktstock zu „Der Rosenkavalier“ erst zehn Minuten nach der mit 19.30 Uhr festgesetzten Beginnzeit erhob. „Die 40 Minuten vorher waren das glanzvollste Schauspiel, das Salzburg jemals geboten worden ist“, heißt es in den SN. „Ab-

19 Uhr fuhr Wagen auf Wagen an der Front des neuen Festspielhauses vor. Die Damen präsentierten sich in erlesenen Abendroben, die Herren trugen Frack oder Smoking.“

Vergessen waren die Plagen der vorangegangenen Jahre. Nachdem Architekt Clemens Holzmeister 1953 erstmals sein

eren Erzbischöfen ausgebaute Haus abgerissen wurde, um 55.000 Kubikmeter Konglomerat vom Mönchsberg wegzusprengen. Heute sind vom alten Hofstall nur noch die zwei Eingangsportale und das Tor zur Pferdeschwemme erhalten. Der Pausenraum im Erdgeschoß hat noch eine leise Anmutung des einstigen Luxuspferdestalls.

Problematisch war zudem, dass Mitte der 50er-Jahre noch Tausende Kriegsflüchtlinge in Salzburg in Baracken hausen mussten. Auf Kritik der Sozialdemokraten, Barackenbeseitigung sei wichtiger als ein Kulturtempel, versprach Josef Klaus beides: Festspielhaus und Barackenbeseitigungsprogramm.

Proteste gab es auch wegen der stetig steigenden Kosten für den Bau, der nach seinem wichtigsten, oft sogar einzigen Fürsprecher den Spitznamen „Klausoleum“ bekam. Für die letzte „Zusatzsumme“ von vier Millionen Schilling für Bühnentechnik drohte Herbert von Karajan seinen Rücktritt als Künstlerischer Leiter per Oktober 1959 an. Da segnete das Kuratorium den Betrag ab, „um das Haus spielfertig zu machen“.

Am 26. Juli 1960 waren die Proteste wie verflogen, alle wollten dabei sein und feiern. Dann galt, was der Benediktiner Thomas Michels als lateinische Inschrift verfasst hat: „Der Muse heiliges Haus steht Kunstbegeisterten offen, als Entflammte empor trage uns göttliche Macht.“

Der gestrige 26. Juli wird in die Geschichte Salzburgs eingehen.

Salzburger Nachrichten,
27. Juli 1960, Seite 1

Konzept für ein neues Festspielhaus vorgestellt und im Jahr darauf dazu eine Denkschrift vorgelegt hatte, nachdem Landeshauptmann Josef Klaus 1955 dieses Projekt öffentlich präsentiert und damit zu seinem politischen Anliegen erklärt hatte, beschloss die Bundesregierung am 24. Jänner 1956 den Neubau, der heute noch im Eigentum des Bundes ist. Drei hitzige Kontroversen begleiteten den Bau: der Protest aus Sicht des Denkmalschutzes, als das auf Wolf Dietrich zurückgehende und von meh-



Die KUH N Gruppe

gratuliert zu 75 Jahren Salzburger Nachrichten.

KUH N Ladetechnik
KUH N Baumaschinen



PALFINGER

KOMATSU

MITSUBISHI

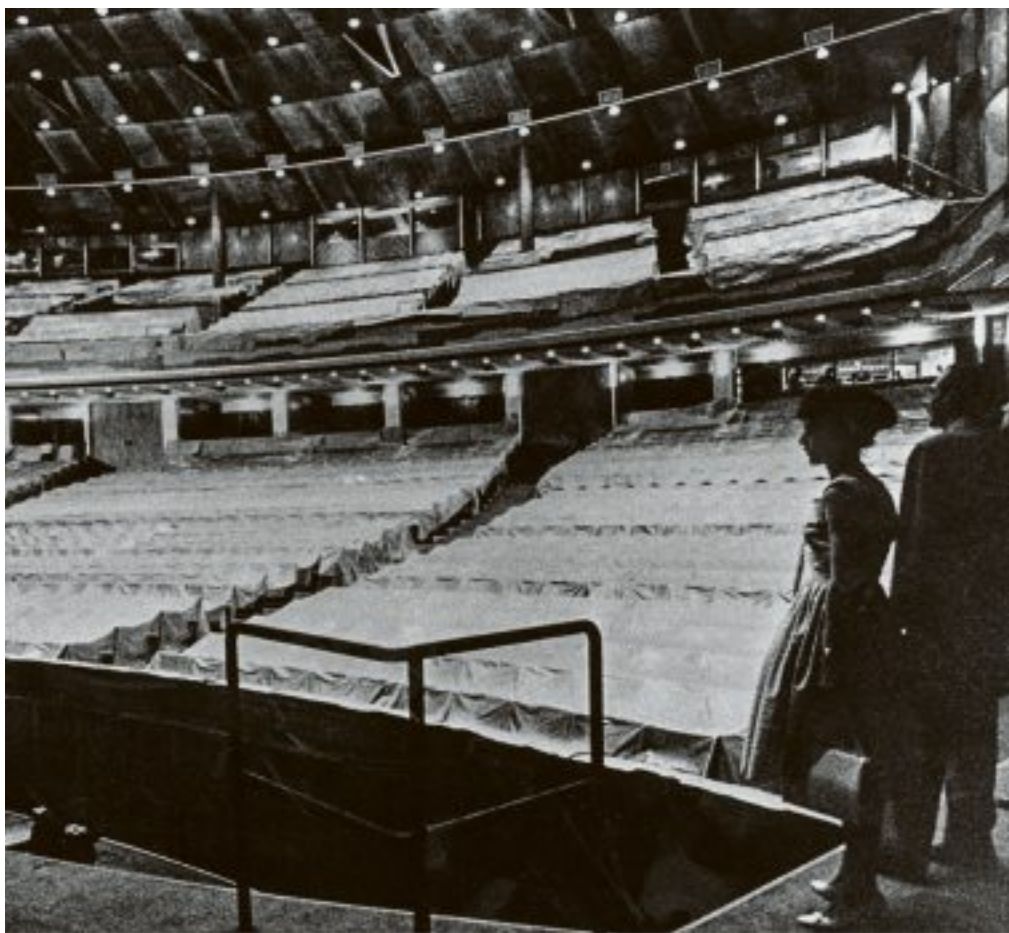
www.kuhn-gruppe.com

EMCO

BEYOND STANDARD



www.emco-world.com



Die SN stellten sich hinter den Bau des Festspielhauses.

BILD: SN/NOTAVA / IMAGNO / PICTUREDESK.COM

Rock und Pop in einer seriösen Zeitung? Geht das?

Mitte der 80er-Jahre. Es sollte, so beschloss man, in der Zeitung einen Platz geben, wo es fortschrittlicher, gewagter, moderner zugeht. Der Name: „Kontaktlinie“. Große Ideen wurden gewälzt. Einer machte sich schließlich erbötig, zwecks Budget für diese Jugendseite den Plan in der Chefetage vorzutragen. Die Signale „von oben“ wirkten ermutigend.

Aber als das System, sprich die Mannschaftsführer und Trainer, davon Wind bekam, hagelte es Querschüsse: Wir sollten erst unsere Hausaufgaben in der Regionalliga machen, hieß es, so ein windiges Konzept könne man nicht ernst nehmen. Jeder solle an der langen Bank, sprich an seinem Schreibtisch, gute Ideen einbringen. Dann könne man weiterreden.

Blieb nur der lange Marsch durch die Institutionen. Aber auch kleine Ideen können Wirkung entfalten. Eine dieser Ideen war eine Kolumne namens „Die SN-Diskothek stellt vor“. Der Grundgedanke war: „Music is the message“. Auch so konnte man junge Leser erreichen, durch Kurzbesprechung der neuesten Platten aus der Welt des Pop und Rock. Den Presseabteilungen der Musikfirmen war das willkommen. Aber: Wie sagt man's dem Chefredakteur? Dass plötzlich in den hochkulturellen SN, wo Mozart das Maß aller Dinge war, regelmäßig Einbrüche junger Musik stattfinden sollten?

Der dienstälteste Redakteur, zuständig für Randgebiete, war schon durch Wind und Wetter vieler Redaktionsstürme gegangen und ein Original. Ossi wusste Rat: „Wir haben gelegentlich eine Reserveecke ganz hinten in der Zeitung, die müssen wir immer schnell füllen. Da könnten die Platten hinkommen ... aber vorbereiten, bitte!“

Tags darauf beim Chefredakteur: „Es gäbe da eine Idee ...“ – „Nein, unmöglich, für so etwas haben wir keinen Platz ...“ – „Doch, doch, die Reserveecke ganz hinten, sagt Kollege Ossi!“ Der Chef brummte und zog an der Pfeife: „Na meinetwegen, probieren wir es halt einmal.“

Das „Probieren“ überdauerte dann mehr als ein Jahrzehnt. Es entstanden dadurch

viele Kontakte nach außen, zur heimischen und internationalen Musikszene. Man konnte an die „SN-Diskothek“ andocken. Aber Impulse gingen auch nach innen: „Professor Franz“, der damalige Leiter der Wochenendbeilage, gewährte einen Vertrauensvorschuss und bot als Erster den Platz für viele, viele Hintergrundberichte zu Musik und Jugendkultur – eine Selbstverständlichkeit in den SN von heute. So viel zu „Probieren wir es einmal“.

Ich fasste die 23 besten aus Dutzenden solcher SN-Beilagen-Seiten (bis 1992 war ich da Alleinunterhalter) in einem Buch zusammen, im „Rock-Lesebuch“, das 1985

Na, meinetwegen, dann probieren wir es halt einmal.

Karl Heinz Ritschel,
ehem. Chefredakteur

im Salzburger Winter-Verlag erschien. Für dieses Buch schrieb Chefredakteur Karl Heinz Ritschel ein äußerst freundliches und offenes Vorwort.

Über mich meinte er, ich schreibe „in der Wochenendbeilage, wo er (= ich) immer wieder von der Rock-Musik begeistert berichtet“. Und weiter: „Von jener Rock-Musik, die noch vor zwei Jahrzehnten als eher kurzlebige Phänomene ins Eck gestellt wurde und die sich beachtlich emanzipiert hat zu einem unübersehbaren Teil der Gegenwartskultur. Dabei ist die Funktion einer sogenannten Gegenwartskultur nur mehr partiell existent, denn Rock und Pop haben die Massen erobert: Von einer bloßen Anerkennung über ein das Leben begleitendes, ja sogar formendes Element einer jungen Generation bis hin zur akademischen Betrachtung über den Forschungsgegenstand Rock.“ So weit Originalton Karl Heinz Ritschel anno 1985.

Ronald Escher

ALLES GUTE von KAINZ!

Wir schätzen seit vielen Jahren die tolle Zusammenarbeit mit dem SN-Immobilienteam!

www.kainz-gruppe.at

SALZBURGER LANDESTHEATER
SALZBURG STATE THEATRE

Das Salzburger Landestheater gratuliert den **Salzburger Nachrichten** zum 75-jährigen Jubiläum!

Intendant Carl Philip von Maldeghem
+43 (0)662/87 15 12-222 / www.salzburger-landestheater.at

Neudörf, Samstag, 06:10 Uhr: **Jürgen Tritremmel HÖRT NICHT RADIO!**

Er druckt gerade mit seinen Kollegen Ihr Magazin. Damit es garantiert pünktlich zum Einsatz kommt.

Walstead Leykam Druck gratuliert zu **75 Jahre Salzburger Nachrichten**

Walstead Leykam Druck – größtes Druckunternehmen Österreichs und Mitglied der Walstead-Gruppe, dem führenden unabhängigen Druckkonzern Europas – nimmt im Konzern eine zentrale Rolle für die D-A-CH-Region und die CEE-Staaten ein. Im Herzen Europas produzieren wir auf 22 Rollenoffset-Maschinen Ihre Flugblätter, Magazine und Beilagen in höchster Qualität. Kompetente Serviceleistungen und absolute Terminalsicherheit sind dabei für uns selbstverständlich.

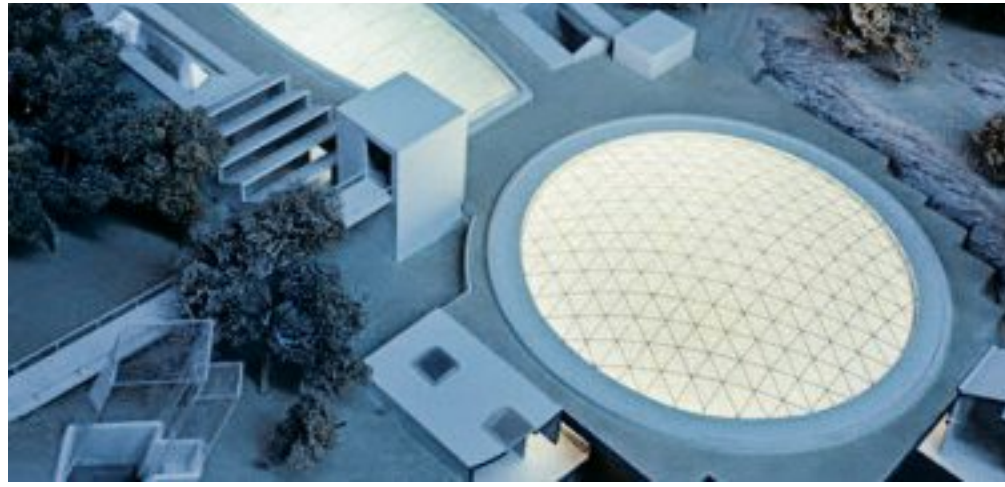
Unser Team lädt auch Sie ein: **LET'S PRINT YOUR COMMUNICATION TOOL.**

Neudörf – Müllendorf – St. Pölten – Hohe – Břeclav
Tel.: +43 (0)5 9005-0 | office@walstead-leykamdruck.com

1989.

Der Plan für ein Museum im Berg verschwindet in einem Konflikt ohne Ende. Die Redaktion hatte den Bau stark befürwortet.

CLEMENS PANAGL



Der Entwurf von Architekt Hans Hollein (r.) für ein Museum im Mönchsberg.



BILDER: SN/HOLLEIN, SMITHSONIAN

Die versenkte Vision

Das Projekt sei „hervorragend“ und seine Verwirklichung könne Salzburg „ein Museum von Welt-rang bringen“, argumentierte SN-Chefredakteur Karl Heinz Ritschel. Von einem „Museum mit unerschöpflichen, attraktiven Ressourcen“ schrieb auch Kultur-
chef Werner Thuswaldner in einem Leitartikel. In beiden Texten ging es um Hans Holleins Pläne für einen spektakulären Museumsbau im Inneren des Mönchsbergs. Was die zwei Zeitungsartikel trennt? 14 Jahre.

Im Sommer 1990 analysierte Karl Heinz Ritschel erstmals die Aussichten auf die Verwirklichung des Großprojekts. Salzburg hatte 1989 einen internationalen Wettbewerb für ein neues Landesmuseum im Mönchsberg ausgeschrieben. Der Sieger hieß Hans Hollein. Er entwarf ein Gebäude, das vollständig im Fels versenkt sein sollte, also auf eine sichtbare Außenfassade verzichtete. Eine gläserne Dachkuppel sollte die trichterförmig geschichteten Ausstellungsflächen von oben mit Licht versorgen. Im Sommer 1990 hatte sich der Plan eines

Salzburg-Museums bereits zu einem internationalen Projekt erweitert: Das New Yorker Guggenheim-Museum wollte in Salzburg eine Dependence eröffnen und Teile seiner Sammlung in Holleins Prestigebau zeigen. Als Vorgeschmack stellte die Foundation Meisterwerke in der Residenz aus, gemeinsam mit Holleins Entwürfen. Zeitgleich wurde eine Machbarkeitsstudie vorgestellt. Das Museum im Berg sei „das Musterbeispiel einer grandiosen Erlebniswelt“, schrieb Ritschel in seiner Analyse. Salzburg könne einen Bau bekommen, „der ohne Zweifel zu den angesehensten Bauwerken zeitgenössischer Baukunst zu zählen wäre“.

Der Konjunktiv am Satzende war mit Weitblick gewählt. Viele Jahre zogen sich die Kontroversen zwischen Befürwortern, Skeptikern und Gegnern und den politischen Akteuren von Stadt, Land und Bund,

an denen die Finanzierung der mit 900 Millionen Schilling veranschlagten „Jahrhundertchance für Salzburg“ lag. Als solche wurde das Museum von seinen Verfechtern bezeichnet. Einen immensen Zugewinn an internationalem Renommee als Kulturstadt und ein großes Pendant zu den Festspielen sahen sie in der Vision. Gegner monierten, dass im Berg auch das Budget für die nötige Neuordnung der Museumslandschaft verschwinden werde, und fürchteten einen Ausverkauf der kulturellen Identität.

Statt im Berg eingebettet zu werden, wurde Holleins Museum in einer endlosen Kontroverse versenkt, in deren Verlauf die Hauptakteure immer wieder wechselten. Zu Beginn des neuen Jahrtausends kam noch einmal frischer Wind in die Initiative – mit einem reduzierten Entwurf und einem Betreiberkonzept, in dem neben Guggenheim

auch die Eremitage in St. Petersburg und das Wiener Kunsthistorische Museum das Museum bespielen sollten. Von einer „ungeahnten Welle der Zustimmung“ für das neue Konzept berichteten die „Salzburger Nachrichten“ 2002, nachdem sie die Direktoren der drei bedeutenden Sammlungen zu einer Diskussion in den SN-Saal eingeladen hatten, wo diese ihre Pläne präsentierten.

Noch einmal schien die Chance greifbar: „So nahe wie jetzt war man der Verwirklichung des großen Projekts noch nie“, hieß es in dem Leitartikel. Letztlich aber blieb Holleins Museum Vision. An seiner Stelle wurde 2014 das Museum der Moderne eröffnet. In der Ausstellung „Ungebautes Salzburg“ über nicht verwirklichte Architektur in der Stadt war das „Museum im Berg“ als Fixpunkt im Museum auf dem Berg zu bestaunen.

DIE BIG IN SALZBURG – GEBÄUDE MIT GESCHICHTE FÜR JEDERMANN

BEGEBEN SIE SICH MIT UNS AUF EINE BAUGESCHICHTLICHE REISE DURCH DIE WELTBERÜHMTE SALZBURGER ALTSTADT – AUCH ABSEITS DER GROSSEN TOURISTENATTRAKTIONEN!

Die Bundesimmobiliengesellschaft ist Eigentümerin von über 40 Liegenschaften in der Stadt Salzburg. Viele davon – Schulen, Universitäten, Amtshäuser – sind als öffentliche Gebäude sprichwörtlich für „Jedermann“. Einige Baujuwelen mit Geschichte(n) möchten wir Ihnen hier vorstellen.

BAROCKJUWEL MIT ENGELFREUNDEN

Die Salzburger Kollegienkirche, vor rund 300 Jahren von Johann Bernhard Fischer von Erlach erbaut, haben wir 2003 bis 2013 aufwändig und mit viel Gespür saniert. Seither erstrahlt das Barockjuwel in neuem Glanz und bietet nicht nur den Konzerten der Salzburger Festspiele wieder einen prunkvollen Rahmen.

Für die vielen Schutzengel in der Apsis fanden sich engagierte Paten, die die Sanierung finanziell unterstützten.

KAFFEETRINKEN MIT JUSTIZIA

Das Justizgebäude Salzburg wurde von Franz und Sue Architekten um einen 6.000 Quadratmeter großen

Zubau erweitert – Dachterrassen-Café mit Blick auf die Festung Hohensalzburg inklusive. Das Justizgebäude wurde für den gelungenen „Balanceakt zwischen Modernisierung, Denkmalpflege und Klimaschutz“ mit dem Staatspreis für Architektur und Nachhaltigkeit 2019 ausgezeichnet.

SCHWEBENDER TANZSAAL

Das Musische Gymnasium in Salzburg zählt zu unseren jüngsten Bauprojekten und wurde erst Anfang des Jahres feierlich wiedereröffnet. Jetzt schwebt ein 1.900 m² großer Zubau von one room Architekten über dem Gebäude, der unter anderem einen Tanzsaal und eine Terrasse beherbergt.

ÜBER DIE BIG

Die Bundesimmobiliengesellschaft ist Wirtschaftsmotor in Krisenzeiten. Als Eigentümerin von über 2.000 Liegenschaften in Österreich stellt sie Schul- und Universitätsgebäude sowie Spezialimmobilien bereit. Mit jedem Projekt fördert die BIG auch Kunst im öffentlichen Raum (BIG ART).

- 1 | **Mozarteum**
Mirabellplatz 1
- 2 | **Kollegienkirche**
Theologische Fakultät,
Universitätsbibliothek
Universitätsplatz 1
- 3 | **Toskanatrakt**
Rechtswissenschaften
Churfürststraße 1
- 4 | **Großes Festspielhaus**
Hofstallgasse 1
- 5 | **Rektorat Universität,**
Kapitelhaus
Kapitelgasse 4 – 6
- 6 | **Firmian Salm Haus**
Kapitelgasse 5 – 7
- 7 | **Österreichische**
Hochschülerschaft
Schwarzenbergsches
Kanonikatshaus
Kaigasse 17
- 8 | **Gesellschaftswissenschaftliche Fakultät**
Rudolfskai 42
- 9 | **Justizgebäude Salzburg**
Rudolfplatz 2
- 10 | **Bezirksgericht Salzburg**
Rudolfplatz 3
- 11 | **Musisches Gymnasium**
Salzburg
Haunspergstraße 77

big.at
instagram.com/
bundesimmobiliengesellschaft



Weit, weit weg

Weltmusik.

Anfang der 90er. Die SN auf Reisen mit Hubert von Goisern.

BERNHARD FLIEHER

Turnhalle, Rußbach im Lammertal. 4. Juli 1992. Vom „Hiatamadl“ ist noch keine Rede. Monate bevor das Lied ein Hit wird, hat sich herumgesprochen, dass da einer was ganz Neues probiert. „Unverschämte Volksmusik“, so stand es auf dem Plakat. Und das war es dann auch, mit dem Hubert von Goisern und die Original Alpinkatzen in der Turnhalle Schweiß fließen ließen.

Der Abend am Ende des Lammertals war der Anfang einer Beziehung zwischen den SN und dem Wahlsalzbürger Hubert Achleitner, die weit hinaus führte aus der Enge der Täler und der Engstirnigkeit mancher Bewohner. So richtig los ging's aber erst Jahre später.

Hubert von Goisern hatte schon 1994 sein Projekt mit den Alpinkatzen beendet, das ihn zum erfolgreichsten Vertreter der „Neuen Volksmusik“ gemacht hatte. Ein halbes Jahr wolle er Ruhe geben, sagt er damals. Es wurden fast sechs Jahre. Über die ersten Töne der Rückkehr mit dem Album „Fön“ berichteten die „Salzburger Nachrichten“ dann als erste Zeitung. Das Interview über den neuen Aufbruch fand im Bahnhof von Bad Ischl statt, „einem Fenster zur Welt, jedenfalls ist das für einen Goiserer so“, sagte der Goiserer. Und tatsächlich ging es danach weit, weit weg, hinaus in die Welt. Der enge Kontakt zum Künstler und dessen über Jahre gewachse-

nes Vertrauen in die unabdingbare journalistische Eigenschaft, dass, was vertraulich ist, auch vertraulich bleibt, ermöglichte eine ungewöhnliche Nähe und Offenheit. Und schließlich führte es dazu, dass sich Einblicke und Ansichten aus dem Schaffen und Leben des Goiserers, aus seiner Gedankenwelt erzählen ließen, die sonst nirgendwo zu lesen waren. Vor allem gelang das auf den vielen Reisen, bei denen der Goiserer sich exklusiv von den SN begleiten ließ.

Da ging es nach Ägypten, dann wochenlang nach Westafrika – auf die Kapverdischen Inseln, in den Senegal und nach Burkina Faso. In Mali spielte der Goiserer bei einem Touareg-Festival nahe Timbuktu, einer Region, die man wegen des islamistischen Terrors heutzutage gar nicht mehr bereisen kann. Grönland war auch ein Ziel und vor allem die Donau, die bei dem größten Unternehmen des Musikers, der Linz-Europa-Tour, aber weniger das Ziel war als der Weg.



Der „Goiserer“ beim Festival au Désert in Mali.

BILD: SN/BERNHARD FLIEHER

Was für ein Freitagnachmittag! Von der Aufregung an diesem 11. November 1994 ist in der tags darauf erscheinenden Samstagzeitung kaum etwas zu merken. Sachlich wird berichtet: Helga Rabl-Stadler, die zwar kurz zuvor als Salzburger Spitzenkandidatin der ÖVP im Nationalrat angelobt worden ist, wird als Präsidentin der Salzburger Festspiele nominiert.

Tatsächlich aber hatte es an diesem 11. November 1994 in der Redaktion vor Gerüchten und Telefonaten und wieder Gerüchten nur so gesurrt und geschepert. Und dann noch die Not: Kein passendes Foto! Ohne jpg-Datei und Internet erforderte die Fotosuche damals eine ewig lange Taxifahrt im regnerischen Freitagnachmittagsverkehr. Bis zur späten Bestätigung der Neuigkeit einer neuen Präsidentin herrschten Eile und Hektik. Aber die SN erschienen wie immer.

Und doch: Dass der Titel zum Leitartikel des damaligen Wirtschaftsressortleiters Herbert Mitterndorfer zur Pensionsreform sich mit der bebilderten Meldung über die Salzburger Festspiele schlägt, sollte den Intendanten Gerard Mortier noch lang erheitern: Über Helga Rabl-Stadlers Foto prangte: „Der Wurm bohrt im System“.

Mit deren Bestellung begannen Spannungen zwischen den beiden, die sich bis zu Gerard Mortiers 1999 besiegelten und 2001 vollzogenen Abschied hinziehen, ja, sogar steigern sollten. Ursachen gab es viele – vom Streit über die Verhandlungshärte mit den Wiener Philharmonikern bis zur Frage, wer der Primus im Dreiergremium ist, also erster Ansprechpartner für das Kuratorium. Gerard Mortier beharrte auf dem, was er „Intendantenprinzip“ nannte, forderte schließlich sogar eine Festspielleitung ohne Präsidentin. Verhärtet wurde dieser Konflikt durch subkutanen parteipolitischen Gerangel – ÖVP-Politiker wie die Landeshauptleute Katschthaler und Schausberger stützten

Salzburger Festspiele auf neuem Kurs

Nach Karajan.

Ein neuer Intendant und eine neue Präsidentin bereiten spannende Jahre. Die SN fabrizieren im November 1994 eine bedenkenswerte Titelseite.

HEDWIG KAINBERGER



Helga Rabl-Stadler, SPÖ-Politikerin hingegen, wie Kunststaatssekretär Peter Wittmann oder Kulturlandesrat Othmar Raus, sekundierten dem stets aufmüpfigen, schließlich auch gegen die erste schwarz-blaue Koalition herziehenden Gerard Mortier. Der aber zog den Kürzeren und verweigerte folglich eine Verlängerung seiner bis dann zehnjährigen Intendanz. Peter Ruzicka wurde nur unter der Bedingung als Nachfolger bestellt, Helga Rabl-Stadler als Präsidentin zu akzeptieren. Und die SPÖ, allen voran Bürgermeister Heinz Schaden, stellte sicher, dass nach dem Ausscheiden Hans Landesmanns weiterhin ein Kaufmännischer Direktor zu bestellen ist, um die ÖVP-nahe Phalanx auf ein Drittel im Direktorium zu beschränken.

Die 1990er sind nicht nur das Jahrzehnt mit Helga Rabl-Stadlers Verankerung im Präsidentenamt im Direktorium. Sie sind vielmehr der Beginn der Salzburger Festspiele nach Herbert von Karajan.

Der für diese Nach-Karajan-Zeit nach Salzburg geholte Belgier Gerard Mortier legte einen bravourösen Neustart hin. Dabei unterstützten ihn im Direktorium Hans Landesmann mit Verantwortung für Konzert und Kaufmännisches sowie Heinrich Wiesmüller als Präsident bis Jänner 1995. Das Wichtigste an Gerard Mortiers Strategie war ein neuer Anspruch: Kunst kann und muss politische Bedeutung haben. Sie kann und muss mehr sein als eine angenehme, prachtvolle Abendunterhaltung. Sie muss aufwühlen, intellektuell fordern, Fragen aufwerfen und Veränderungen evozieren.

Weil Kunst, in diesem Sinne verstanden, auch möglichst vielen Menschen zugänglich sein soll, wurde neues Publikum gewonnen. So fuhr der Intendant zu Programmpräsentationen aufs Land. Auch das Kartenangebot wurde ausgeweitet, sodass das Kartenbüro nicht mehr „Alles ausverkauft!“ meldete. Plötzlich waren Festspielkarten verfügbar und erschwinglich.

Ein wichtiger Beitrag für diese Öffnung kam von Schauspielchef Peter Stein. Indem er die Felsenreitschule als viel größere Spielstätte als das Landestheater nutzte und Nachmittagsvorstellungen bot, erreichte das Schauspiel so viele Besucher wie nie zuvor. Zudem etablierte er die Pernerinsel in Hallein als Spielstätte der Salzburger Festspiele. Von Hans Landesmann kam unter anderem die Idee für die ab 1997 mit Barockopern wieder begonnenen Pflingstfestspiele.

Schon in seiner ersten Programmpräsentation im Juli 1991 – also vier Jahre vor dem EU-Beitritt – stellte Gerard Mortier in Aussicht: Die von ihm ab 1992 zu leitenden Salzburger Festspiele sollten in der europäischen Kulturtradition verankert sein; sie dürften keinesfalls Sammelbecken für die Darstellung nationaler Künste werden. Im August 1992 bekräftigte er im SN-Interview: „Ich sehe in dieser Stadt (Salzburg, Anm.) absolut eine Chance, um ein Zentrum zu werden für alle europäischen Fragen in Bezug auf Kunst, Medien und Wissenschaft.“ Immer wieder, in Vorträgen und Interviews, hob er diese europäische Dimension der Salzburger Festspiele wie die für Europa integrative Kraft der Kunst hervor.

Noch etwas brachten die 90er-Jahre den Salzburger Festspielen, initiiert von Herbert von Karajan und Nestlé-Chef Helmut Maucher: den Beginn des Sponsorings. Die ersten drei Hauptsponsoren waren ab 1991 die Konzerne Nestlé, Allianz und ABB; nach fünf Jahren stiegen ABB und Allianz aus, dafür kam Audi: Nach einem Projektsponsoring 1995 ist der Autohersteller seit 1996 ein Hauptsponsor.

Denkwürdig ist außerdem ein von den „Salzburger Nachrichten“ im August 1996 veranstaltetes Symposium. Dessen einmütiges Ergebnis lautete: Salzburg brauche endlich ein für Mozartopern angemessenes Haus. Bald darauf fielen die Beschlüsse für das anstelle des Kleinen Festspielhauses 2006 eröffnete Haus für Mozart.

„Auch bei den Festspielen liegt etwas im Argen“

Jänner 2010: Finanzskandal bei Salzburger Festspielen.

Zwei korrupte Manager haben sich jahrelang bereichert. Der erste Bericht in den SN trat die Affäre los.

HEDWIG KAINBERGER

Peinlichkeiten bei Oster- und Sommerfestspielen

Der Technische Direktor der Salzburger Festspiele und der Geschäftsführer der Osterfestspiele sind von ihren Ämtern enthoben

HEDWIG KAINBERGER

SALZBURG (SN). Die Salzburger Osterfestspiele stecken im Schlammloch. So wie die Verantwortlichen auf Anfragen der SN reagieren, macht es den Anschein, als wäre etwas sehr Peinliches passiert, sei es im Bereich der Intrige oder der Malversation. Seit Wochen grassieren Gerüchte über Probleme mit dem Geschäftsführer der Osterfestspiele, ~~der~~ ~~er~~. Dieser ist seit Wochen nicht zu sprechen, auch am Montag sagte die Automatenstimme seines Mobiltelefons: „im Moment nicht erreichbar“. Bürgermeister Heinz Schaden (SPÖ) und die Pressesprecherin der Berliner Phil-

harmoniker, Elisabeth Hilsdorf, sagten bis Ende der Vorwoche auf Anfragen der SN nur: „Kein Kommentar.“ Irendetwas werde verhandelt, nichts sei entschieden.

Am Wochenende gab Landeshauptfrau Gabi Burgstaller (SPÖ) – wie berichtet – bekannt, ~~der~~ ~~er~~ sei nicht mehr Geschäftsführer der Osterfestspiel GmbH. Ob Dewitts gekündigt oder entlassen worden ist, war nicht in Erfahrung zu bringen.

Der Berliner Anwalt Peter Raue und die ehemalige Leiterin der wirtschaftspolitischen Abteilung der Wirtschaftskammer Salzburg, Bernd Gaubinger, sind nun Geschäftsführer. Ein Anwalt und ein pensionierter Wirtschaftskammer als kommis-

sarische Leiter für ein Opern- und Konzertfestival? Das klingt nach Not.

Dies sei nur eine interimistische Lösung, bis ein neuer Geschäftsführer gefunden sei, bestätigte Bernd Gaubinger am Montag den SN. Er sei vor allem deshalb bestellt, weil eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung mit Sitz in Österreich laut Gesetz wenigstens einen Österreicher als Geschäftsführer brauche. Derzeit werde die Osterfestspiel GmbH von einer Münchener Wirtschaftsprüfungsfirma durchleuchtet.

Die Notlösung mit zwei interimistischen Geschäftsführern ist seit Anfang Jänner konstruiert, ohne dass dies bekannt gegeben worden wäre. Landeshauptfrau Gabi

Burgstaller ließ am Montag von ihrem Sprecher mitteilen, dass ein neuer Geschäftsführer für die Osterfestspiele voraussichtlich bis Mitte Februar bestellt werde.

ist weg

Auch bei den Salzburger Festspielen liegt etwas im Argen. Am Freitag der Vorwoche wurde der seit zwei Jahrzehnten tätige Technische Direktor, ~~der~~ ~~er~~ überraschend gekündigt oder entlassen. Die Trennung sei „mit sofortiger Wirkung“ erfolgt, das Dienstverhältnis sei beendet, bestätigte die Präsidentin der Salzburger Festspiele, Helga Rabl-Stadler. Und warum? „Kein Kommentar.“

An einem Montagnachmittag im Jänner 2010 kulminierten seit Wochen brodelnde Gerüchte. Im Dezember davor war der Geschäftsführer der Osterfestspiele plötzlich und leise des Amtes enthoben worden.

Dass der Berliner Jurist Peter Raue und der pensionierte Salzburger Kammerfunktionär Bernd Gaubinger als interimistische Nachfolger geholt wurden, war ein Alarmsignal: Peter Raue, Anwalt der Berliner Philharmoniker, ist einer der schlauesten und mächtigsten Rechtsbeistände in Konflikten der deutschsprachigen Kunst- und Kulturszene. Auf Fragen über dieses brisante Revirement bei den Osterfestspielen gab es nur Beschwichtigungen.

Dann erfuhren die SN an besagtem Montag im Jänner 2010 von einem zweiten Eklat: Der Technische Direktor der Salzburger Festspiele, nach dem Direktorium der bis dahin einflussreichste Abteilungsleiter, war am Freitag zuvor ebenso plötzlich und leise entfernt worden. Warum? „Kein Kommentar“, erwiderte Präsidentin Helga Rabl-Stadler den SN. Später war zu eruieren, Peter Raue hatte spätabends per E-Mail die Präsidentin

über Malversationen der beiden Manager – einer bei den Oster-, einer bei den Sommerfestspielen – informiert. Diese reagierte prompt und streng: Im Beisein der Bürochefin der damaligen Landeshauptfrau Gabi Burgstaller (SPÖ) wurde der Technische Direktor fristlos entlassen.

Mit dieser Meldung in den „Salzburger Nachrichten“ vom 26. Jänner 2010 war der größte Finanzskandal in der Geschichte der Salzburger Festspiele losgetreten: Tags darauf gaben Osterfestspiele wie Salzburger Festspiele bekannt, gegen die beiden Entlassenen die Staatsanwaltschaft einzuschalten. Dies ging zwar als „Osterfestspielskandal“ in die Geschichte

ein, doch waren die Salzburger Festspiele mindestens so heftig davon erschüttert. Das zeigen allein die sich jahrelang hinziehenden Konsequenzen: ausführliche Prüfung durch den Bundesrechnungshof, Umstellung auf doppelte Buchhaltung, Verschärfung des Controllings sowie jahrelanges Prozessieren.

Die ramponierten Osterfestspiele wurden unter anderem mit der Hilfe von Stadt und Land Salzburg in einer neuen Gesellschaft mit beschränkter Haftung aufgefangen. Die Berliner Philharmoniker zogen ab, und der neue Intendant Peter Alward lockte die Staatskapelle Dresden mit Christian Thielemann nach Salzburg.

Während der damaligen Landeshauptfrau Gabi Burgstaller als „geschäftsführender Präsidentin“ des Kuratoriums der Karajan-Stiftung die Kritik wegen mangelhafter Aufsicht bei den Osterfestspielen – samt zwielichtiger Spendenzusage eines Russen, der zugleich die österreichische Staatsbürgerschaft beantragte – nachhängen sollte, blieben Kuratorium wie Direktorium der Salzburger Festspiele ungeschoren. Freilich: Niemand in diesen Gremien war auch nur ansatzweise in irgendeiner Betrügerei involviert. Doch was an Mindeststandards für hausinterne Kontrolle fehlte, enthüllte etwa der einstige frühere leitende Mitarbeiter, Rudolf

Sie möchten in einem dynamischen, internationalen Unternehmen tätig sein, das an einer besseren Zukunft für uns alle arbeitet? UPM führt die Bio- und Forstindustrie in eine nachhaltige, von Innovationen geprägte und spannende Zukunft. Die Kompetenz, Integrität und Motivation unserer MitarbeiterInnen machen uns einzigartig. Wir stehen zu unseren Grundwerten: „Einander vertrauen“, „Gemeinsam erfolgreich sein“ und „Mutig Neues schaffen“.

Zur Verstärkung unseres Teams in unserer Tochterfirma SLR Steyermühl Logistik & Recycling GmbH suchen wir einen

Maschinenbauingenieur (m/w/d)

mit Schwerpunkt Gebäudetechnik / Maschinenbau für die Anlagen- und Gebäudeinstandhaltung

Der Standort Steyermühl ist ein Mitglied der UPM Gruppe in Helsinki und produziert mit rund 400 qualifizierten MitarbeiterInnen jährlich ca. 300.000 Tonnen Publikationspapiere in der Papierfabrik und bis zu 400.000 Kubikmeter Schnittholz im Sägewerk.

Haben wir Ihr Interesse geweckt?

Weitere Infos entnehmen Sie bitte unserer Homepage www.upm.de unter „Stellenangebote“.

Wir freuen uns über Ihre Onlinebewerbung! - UPM Biofore – Beyond fossils. www.upm.de



UPM BIOFORE
BEYOND FOSSILS

Caritas
Salzburg **100**
JAHRE

Wir schauen hin. Und helfen.

Caritas-Hilfe kommt an. Die Coronakrise hat das bewiesen: Über 3.000 Lebensmittelpakete wurden von März bis Juni 2020 in der Erzdiözese Salzburg an hilfebedürftige Menschen verteilt. Ein Solidaritätsfonds wurde mit 200.000 Euro dotiert.

Caritas-Hilfe ist wirksam. Der Bedarf an Hilfe im Inland wächst aufgrund steigender Arbeitslosigkeit und sozialer Notlagen. Corona macht vor Armut und Obdachlosigkeit nicht halt. Die Caritas hilft mit dem Solidaritätsfonds, wenn Hilfe nötig ist.

Caritas-Hilfe ist solidarisch. Wir unterstützen Kinder und Jugendliche. Wir entlasten Pflegenden Angehörige. Wir lassen Menschen mit Behinderung am Leben teilhaben. Wir helfen obdachlosen und von Armut betroffenen Menschen.



Spendenkonto:

Kennwort: Caritas Solidaritätsfonds
IBAN AT11 3500 0000 0004 1533

Der Solidaritätsfonds der Caritas kommt Menschen in Not im Inland zugute.
Mehr Infos: www.caritas-salzburg.at

Bitte spenden Sie
für den Caritas Solidaritätsfonds!

Hilfe > Armut

SN-Leser helfen den Engeln

Rettungen 2008 bis 2019.

Hilfsbereitschaft, Idealismus und Kultur passen
zu den „Salzburger Nachrichten“ – und ihren Lesern.

HEDWIG KAINBERGER

Schmidt, im SN-Gespräch: Korruptes Verhalten des Technischen Direktors „war im Haus allgemein bekannt. Da ist viel geredet worden und nicht einmal mit vorgehaltener Hand.“

Nach dem Platzen des Skandals sorgten Kuratorium und Direktorium der Salzburger Festspiele selbst für Aufklärung: Ein externer Prüfbericht brachte arge Mängel im kaufmännischen System zutage, wie „zu umfangreiche Kompetenzen“ einzelner Mitarbeiter, fehlendes Vier-Augen-Prinzip, Unvereinbarkeiten von Funktionen (etwa dass dieselbe Person für Bestellung und Wareneingang zuständig sei), mangelhafte Lieferscheine und uneinheitliche, veraltete EDV. Zum Aufräumen übernahm Helga Rabl-Stadler 2011 für sechs Jahre die Kaufmännische Leitung.

Diese Strukturschwächen verblissen jedoch in Anbetracht der strafrechtlichen Vergehen der beiden Manager. Ihnen wurde schwerer Betrug vorgeworfen – wegen ungerechtfertigter Gehalts- und Honorarzahlungen, wegen des Kassierens von Rechnungen für Scheinlieferungen oder überbordender Spesenrechnungen.

2016 wurden sie rechtskräftig verurteilt – einer zu viereinhalb, einer zu vier Jahren Gefängnis. Der ihren einstigen Dienstgebern zugefügte Schaden wurde vom Gericht mit zwei Millionen Euro angegeben.

Zuerst gab es nur Alarmrufe: Die Kollegienkirche ist bedroht! Dieses Hauptwerk des Barockarchitekten Johann Bernhard Fischer von Erlach zu sanieren, wurde in den ersten Jahren des Nuller-Jahrzehnts immer dringlicher. Mangels Geld kursierten sogar Vorschläge, diese zweitgrößte Kirche Salzburgs zu schließen.

Bis die Bundesimmobiliengesellschaft (BIG) als Eigentümerin die Hauptverantwortung übernehmen sollte, der sich auch Stadt und Land Salzburg sowie Erzdiözese und der World Monuments Fund mit Beiträgen anschlossen, lancierten die „Salzburger Nachrichten“ 2008 mit dem ORF die Aktion „Rettet die Kollegienkirche“. Neben Benefizveranstaltungen, diversen Sammelaktionen sowie Großmäzänen (wie der Münchner Haberland-Stiftung) machten vor allem die „Engelspatenschaften“ Furore. Spender durften sich in der Wolkenglorie über dem Hochaltar einen Putto-Kopf mit Flügeln oder einen „unbekümmert fröhlichen Ganzkörperputto“ als „persönlichen Schutzengel“ auswählen. Diese Aktion stand in guter Tradition: Bereits in den 1980er-Jahren hatten sich die „Salzburger Nachrichten“,



Engel der Kollegienkirche. BILD: SN/ZENZMAIER

allen voran ihr damaliger Chefredakteur Karl Heinz Ritschel, für Spenden für die große Renovierung der Franziskanerkirche eingesetzt.

Die Hilfsbereitschaft für die Engel der Kollegienkirche fand 2017 eine Fortsetzung mit Heiligen. Zwar war der 2013 abgeschlossenen Sanierung des Gebäudes auch noch die Renovierung der Seitenaltäre gefolgt, doch waren noch immer sechzehn barocke Statuen desolat. Mit der Aktion „SN-Leser helfen“ konnten auch sie gerettet werden – für Gertrudis, Teresia, Walpurgis ebenso wie Franziskus, Johannes den Täufer und Johannes Evangelist, Leonhard sowie Wolfgang wurden großzügig spendende Paten gefunden.

Und weil Hilfsbereitschaft, Idealismus und Kultur gut zu den „Salzburger Nachrichten“ passen, ging die Aktion „SN-Leser helfen“ im Jahr 2019 für ein weiteres kulturelles Großprojekt weiter: Mit dem Aufruf „Engel und Heilige suchen Freunde“ wurden mehr als fünfzig Paten dazu motiviert, die seit der Barockzeit größte Sanierung und Modernisierung der Stiftskirche St. Peter finanziell zu unterstützen.



WIR GRATULIEREN

JTI

Das Jahr 1945 stellt mit dem Ende des Zweiten Weltkrieges einen Wendepunkt in der Geschichte dar. Die Zeit des Wiederaufbaus war untrennbar mit einer Stimmung des Aufbruchs verbunden, der sich auch Medienmacher nicht entziehen konnten. So entstanden in diesem Jahr auch die Salzburger Nachrichten. In den darauf folgenden 75 Jahren ist viel passiert – Gutes wie Schlechtes, Unvergessliches und Einmaliges, Dramatisches und Weltbewegendes – und vieles hat sich verändert.

Auch JTI Austria blickt in den 236 Jahren seiner Historie, die mit der Gründung der Österreichischen Tabakregie durch Kaiser Joseph II. begann, auf eine Vielzahl von Ereignissen und Umbrüchen zurück. Seither hat unser Unternehmen einer Vielzahl innerer und äußerer Einflüsse standgehalten und ist daraus gestärkt hervorgegangen. Dies gelang mit einer Mischung aus einem tief verankerten Traditionsbewusstsein und dem Willen, Innovationen voranzutreiben.

Mit der Zeit gehen und trotzdem Traditionen bewahren – das verbindet die Salzburger Nachrichten und JTI Austria. Möge dies auch die nächsten 75 Jahre so sein.

JTI Austria gratuliert den Salzburger Nachrichten herzlich zu 75 Jahren im Zeichen des Qualitätsjournalismus!



RA (D) Ralf-Wolfgang Lothert, MBA
Head of Corporate Affairs & Communication



Mag. Silvia Polan
Corporate Affairs & Communication Manager

Sollten Sie Fragen haben oder zusätzliche Informationen brauchen, stehen wir jederzeit unter CCAllgemein@jti.com zur Verfügung. jti.com/Austria

Peter Handke bekommt den Nobelpreis und geht im Regen zum Chinesen essen

Kein Interview.

Handke bekommt im Oktober 2019 den Nobelpreis und sagt, er wolle mit niemandem reden. Mit uns schon.

BERNHARD FLIEHER

Es schadet nichts, wenn man sich Zeit lässt. Das ist selten geworden im Journalismus, wenn sich Push-Nachrichten gegenseitig durch die virtuelle Welt jagen. Kunst und Kultur schwappen in dieser Flut selten mit. Am 11. Oktober 2019 aber passiert es doch. Ein paar Sekunden nach 13 Uhr begann es: „Literaturnobelpreis geht an Peter Handke“, stand da als Push-Nachricht auf dem Handy-Display. Es folgten im Sekundentakt Reaktionen. Und es passierte Aufregung. Und schnell stellte sich die Gewissheit ein, dass freilich nicht nur über die Literatur geredet werden wird, sondern auch über Handkes Kommentare zu den Balkan-Kriegen, die in den 1990ern für Kontroversen und Jahre später für das immer gleiche Echo sorgten. Die Fronten sind da seit Jahren klar. Und er wolle, so sagt Handke, auch mit keinem mehr darüber reden. Es zähle, was er geschrieben habe, sagt er.

Ob sich nicht doch was machen ließe, ein Telefonat vielleicht? Immerhin verbrachte Handke viele Jahre in Salzburg, immerhin wurden hier seine Stücke aufgeführt. Immerhin schrieb er einst eine Postkarte an die SN, mit der er Gerüchten, er wolle Schauspielchef der Festspiele werden, entgegentrat: Lieber wäre er Straßenkehrer auf dem Mönchsberg, schrieb er. Hans Widrich, Handkes ehemaliger Schulkollege und später sein Quartiergeber in Salzburg, sagt, er werde sich einsetzen. Tage später ruft er an: „Rufen S' morgen in Paris an.“ Beim Anruf ist der Nobelpreisträger guter Laune. Und schnell ist klar: Was hier besprochen werden soll, lässt sich am Telefon nicht erledigen. „Kommen S' halt nach Paris“, sagt Handke.

Es schadet nichts, wenn man sich Zeit nimmt. Das wird immer öfter immer schwieriger im Journalismus. Aber diesmal geht es sich aus. Das erste Interview, eher sind es ja Gespräche, gab es schon im Sommer 2005. Heiß war's in Salzburg. „Na ja, dann red ma halt“, hatte Handke damals gesagt. Er redet nicht gern mit Journalisten. Oder überhaupt mit Fremden? „Da muss ich immer aufpassen“, sagt er dann in Paris Jahre später und: „Das Geschriebene ist meine Instanz.“ Jetzt redet er trotzdem. Wir haben Zeit. Ein paar Stunden. In einer Stunde müsse er was essen, sei das in Ordnung, fragt er, noch bevor man eine Frage stellen kann. Andere hat er nach ein paar Minuten rausgeschmissen. Wir sitzen nach vier Stunden im China-Restaurant.

Es schadet nicht, wenn man sich für Geschichten viel Platz nimmt. Auch das ist selten geworden. Aber jetzt ist der Platz da. Drei Mal eine Doppelseite in der Wochenendbeilage. Da lässt sich vieles über Handke erzählen. Alles geht sowieso nicht. Denn was ist, ist niemals alles.



Wir gratulieren zu 75 Jahren
Qualitätsjournalismus!

Seit 75 Jahren sind die „SN“ ein unverzichtbarer Partner für die Wirtschaft Salzburgs. Die Wirtschaftskammer Salzburg gratuliert zu 75 Jahren „Salzburger Nachrichten“ und wünscht das Beste für eine weitere erfolgreiche Zukunft.

Im Namen von Präsidium und
Direktion der WKS

KommR Peter Buchmüller
Präsident

Dr. Manfred Pammer
Direktor

Wirtschaft

Erbauer des Volkswagens in Salzburg

Oesterreich Mittelpunkt industrieller Sensation

Dr. Porsche - Dr. Rehr: Rettungsprogramm für alpenländische Bauern und Arbeiter

Prof. Porsche entwickelte billigsten Kleintraktor für Gebirgsbauern. Fabriken und Versuchswerkstätten sollen nach Oesterreich. Gewaltige Exportmöglichkeiten.



Die „Salzburger Nachrichten“ wurden von Alt-Landeshauptmann Dr. Rehr zu einem hochbedeutenden Gespräch eingeladen, das dieser mit dem genialen Konstrukteur des Volkswagens Professor Porsche führte, der, von Dr. Rehr gerufen, sich in Salzburg mit seinem Sohn und Schwiegersohn eingefunden hatte. Prof. Porsche ist ein alter Oesterreicher. Aus Reichenberg in Böhmen stammend, betätigte er sich zu Zeiten der alten Monarchie bei Daimler. Später ging er nach Deutschland. Dort entstand in Fallersleben unter seinen Händen das Riesenwerk des Volkswagens – eine technische Glanzleistung, die in ihrer Art von der ganzen Welt anerkannt wurde. Die Nazimethoden, die die Arbeit des Erfinders dazu mißbrauchten, die Kontrahenten des Volkswagenwerkes um ihre Plätze zu prellen, weil es den Nazis lediglich um die strategische Bedeutung des Volkswagens zu tun war, ist eine Sache für sich. Prof. Porsches einziges Interesse heißt Konstruieren und Bauen. Politische und parteipolitische Strebungen sind ihm gänzlich fremd. In Zell am See hat Prof. Porsche das sogenannte Schütt-Gut erworben, weil er für seine Lieblingsidee, einen leichten, billigen Kleintraktor für Gebirgsbauern zu entwickeln, einen geeigneten Versuchsraum brauchte. Alt-Landeshauptmann Dr. Rehr, der sich trotz seiner Krankheit unablässig bemüht, den wirtschaftlichen und kulturellen Wiederaufbau Salzburgs und Oesterreichs zu beschleunigen, veranlaßte Dr. Porsche, die Konstruktionswerkstätten der neuen Traktoren und Spezialgeräte nach Salzburg zu verlegen. Wenn es tatsächlich gelingen sollte, die Übersiedlung des genialen Technikers mit seinem großen, neuen Werk nach Oesterreich zu sichern, wäre damit für unseren Staat und unser Land ein Schritt von unabwehrbarer Bedeutung gelungen.

Im nachstehenden geben wir die stenographische Aufnahme des hochbedeutenden Gespräches zwischen Dr. Rehr und Prof. Porsche wieder.

★



Landeshauptmann Franz Rehr



Ferdinand Porsche

Ein Porsche für den Acker

Alt-Landeshauptmann trifft Konstrukteur.

November 1945: Franz Rehr

im Gespräch mit Ferdinand Porsche.

RICHARD WIENS

Rund fünf Monate nach ihrer Gründung widmeten die „Salzburger Nachrichten“ eine der vier Seiten, die das Blatt umfasste, einem Gespräch zwischen Salzburgs Alt-Landeshauptmann Franz Rehr und dem Autokonstrukteur Ferdinand Porsche. Rehr

hatte schon in seiner Amtszeit von 1922 bis 1938 großes Augenmerk auf die Wirtschaftspolitik gelegt. Auch nach dem Krieg war ihm, obwohl schon schwer krank, daran gelegen, Betriebe in Salzburg anzusiedeln, um den Wiederaufbau der Wirtschaft des Landes zu beschleunigen.

Am 17. November 1945 druckten die SN, wie es in der Einleitung hieß, „eine stenographische Wiedergabe der Aufnahme des hochbedeutenden Gesprächs“ ab. Die Konversation der beiden Herren ist von hoher gegenseitiger Wertschätzung getragen, es ging darum, ob Porsche sich wieder in Osterreich niederlassen und hier eine Produktion ansiedeln wolle. Rehrls Interesse galt dabei Porsches Plänen eines für Bergbauern

geeigneten, erschwinglichen Traktors. Drei Exemplare wurden in Zell am See, wo Porsche das Schüttgut als Familiensitz erworben hatte, erprobt. Die Hoffnung, aus dem Porsche-Traktor einen österreichischen Exportartikel zu machen, erfüllten sich nicht, die Fertigung erfolgte von 1950 bis 1963 in einem Betrieb in Baden-Württemberg.

1947 gründeten Ferdinand Porsches Kinder – Sohn Ferry Porsche und Tochter Louise Piëch – in Gmünd in Kärnten die Porsche Konstruktionen GesmbH. Im Jahr darauf erfüllte sich Ferry mit dem 356er den Traum vom ersten Porsche-Sportwagen. Ein Dutzend wurde in Salzburg gebaut, bevor die Produktion 1950 nach Stuttgart verlegt wurde. Die für den Wirtschaftsstandort Salzburg bis heute wichtigste Entscheidung fällt 1948. In Bad Reichenhall unterzeichnen die Familien Porsche/Piëch und VW-Generaldirektor Heinrich Nordhoff einen Vertrag, der die Lizenzgebühr für jeden gebauten Käfer, die Genehmigung für Bau und Vertrieb des 356er Porsche und den VW-Generalimporteursvertrag für den in Salzburg ansässigen Autohandel enthält. Der Grundstein für die heutige Porsche Holding ist gelegt.

Ein Oesterreicher kehrt heim

Rehr: Es freut mich, Herr Professor, daß ich Sie wiederum in Oesterreich begrüßen kann. Erinnern Sie sich noch, wie wir uns in Steyr kennen gelernt haben?

Porsche: Ich weiß, ich bin auch zu Ihnen gekommen, um Sie zu fragen, ob mich Oesterreich aufnehmen will und insbesondere meinem Plan das entsprechende Verständnis entgegenbringen wird.

Rehr: Es wird kaum jemanden in Oesterreich geben, der Ihre Rückkehr nicht freudig begrüßen wird, da Sie durch 48 Jahre in Oesterreich tätig waren und die Auto-Industrie in Oesterreich zuerst bei Daimler und dann bei Steyr mit ihren großen Leistungen hochgebracht haben.

Porsche: Sie wissen, daß ich 17 Jahre bei Austro-Daimler tätig und 1918 schon mit Kleinwagenprojekten beschäftigt war und auch damals den Ihnen bekannten Typ „Sascha“ herausgebracht habe, der bei Targo Florio unter den Fahrern Neubauer, Kuhn und Kolewsky gewaltigen Rekord davongetragen hat.

Rehr: Ihr allergrößter Erfolg war aber doch der Volkswagen?

Porsche: Zweifellos. Aber der Beginn dieser Arbeit fällt schon in die Zeit meiner Tätigkeit bei Austro-Daimler. Dieser Wagen hat dann später alle Typen geschlagen, weil ich ganz neue Wege gegangen bin und mich an nichts angelehnt habe. Das große Risiko war ja der Heck-Motor, weil sich das Publikum nicht davon abbringen läßt, immer unter einer gewaltigen Motorhaube auch einen entsprechenden Motor zu vermuten, so daß dann erst der Wagen als ein Klassenwagen gilt.

Der neue Kleintraktor

Dr. Rehr: Nun hat Sie Ihr Weg dazu geführt, Ihre erworbenen Kenntnisse im Traktorenbau zu verwerten?

Dr. Porsche: Bereits 1918 haben wir einen Mustertraktor geschaffen, mit dem wir Versuche in Wiener-Neustadt angestellt haben.

Dr. Rehr: Und jetzt ist er erprobt?

Dr. Porsche: Ja, vor einiger Zeit haben wir mit der Erprobung begonnen.

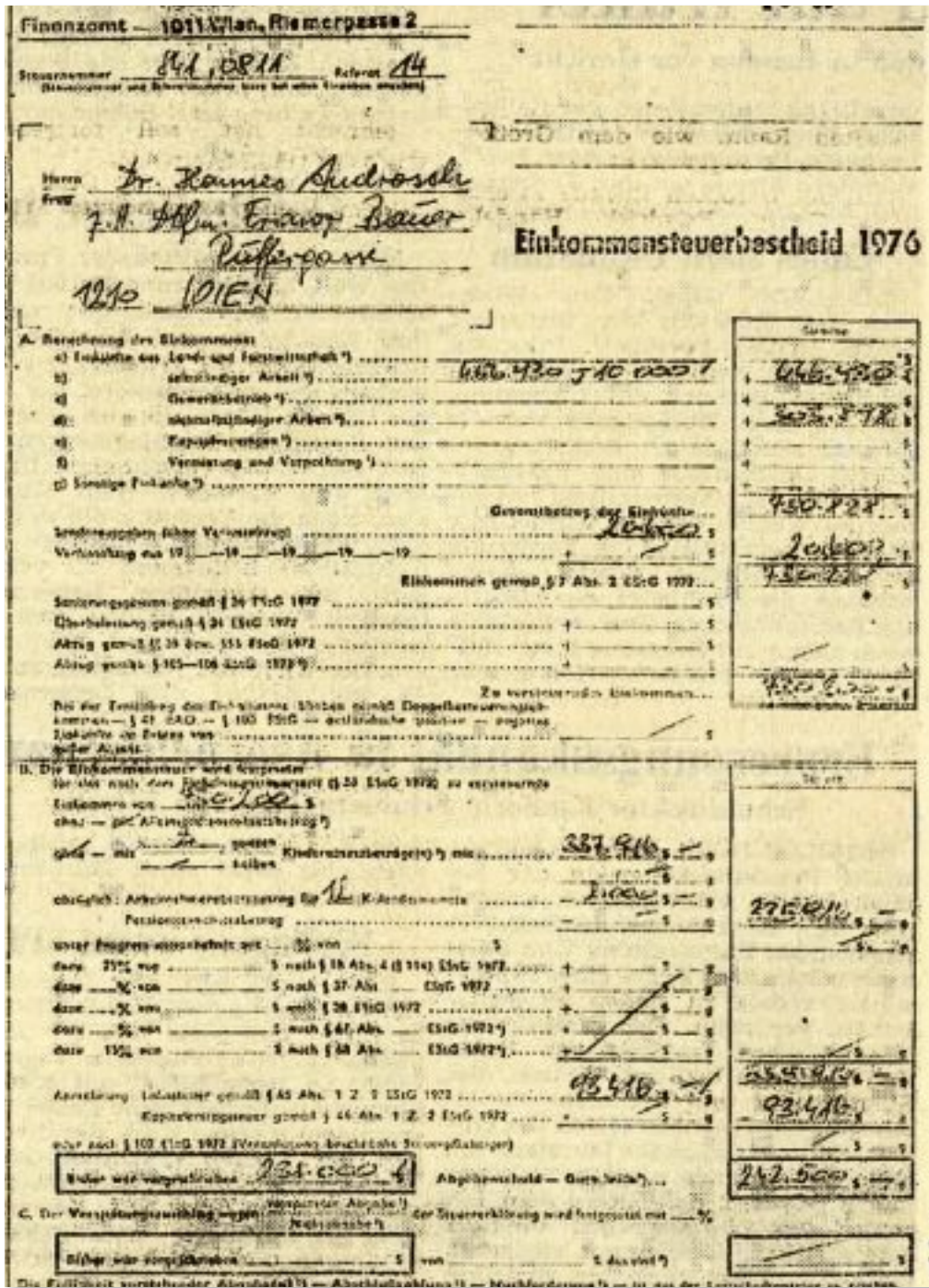
Dr. Rehr: Können Sie uns einige technische Details über Ihren neuen Gebirgstraktor mitteilen?

Dr. Porsche: Der Traktor hat einen luftgekühlten Motor, zu betreiben sowohl mit Diesel-Kraftstoff, Benzin, aber auch mit Holz, Braunkohle und Torf. Dieser Kleinschlepper spielt alle Stücke, die man sich nur wünschen kann. Er arbeitet als Pflug, als Bodenfräser, er hat einen Mähbalken, einen Kartoffelroder und noch ein Vielfachgerät.

Dr. Rehr: Was ist der besonders-Vorteil des luftgekühlten Motors?

Wie ein Pferd am Steilhang

Dr. Porsche: Vor allem kann man den Schlepper auch bei großer Kälte im Freien ruhig stehen lassen, ohne daß etwas zerbricht. Von besonderer Wichtigkeit ist, daß der Traktor mit Flüssigkeitskupplung versehen ist, die ihm hinsichtlich des Anfahrens dieselben Eigenschaften verleiht,



Androschs Einkommensteuerbescheid, wie er in den SN abgedruckt wurde.

Kreisky und Androsch – eine Entfremdung

August 1978: Aufstieg und Fall eines Politikers. Hannes Androsch blieb der Sprung zum Bundeskanzler verwehrt. Den SN legte er seine Finanzen offen.

RICHARD WIENS

Bruno Kreisky und Hannes Androsch – das war von 1970 bis zur Mitte des Jahrzehnts ein Duo in der Regierung, zwischen dem das kein Blatt Papier passte. Kreisky holte Androsch als damals jüngsten Finanzminister der Republik in die von ihm 1970 gebildete Minderheitsregierung, in der folgenden SPÖ-Alleinregierung stieg Androsch zum Vizekanzler auf. Die beiden ergänzten einander kongenial – Kreisky sorgte mit seiner Bildungs-, Kultur- und Sozialpolitik für die Öffnung der Gesellschaft, Androsch hielt ihm wirtschaftspolitisch den Rücken frei. Kreiskys Großzügigkeit beim Schuldennachen wurde durch eine strikte Hartwährungspolitik abgedrückt. Die Bindung des Schilling an die D-Mark, die Androsch mit der Nationalbank und Unterstützung der Gewerkschaft durchsetzte, missfiel Kreisky ebenso wie dessen Plädoyer, die Subventionen für die verstaatlichte Industrie zu kürzen.

Das veranlasste Androsch, in die Offensive zu gehen. Am 3. August 1978 legte er in einem Gespräch mit SN-Redakteur Gerhard Steininger seine Finanzen offen. Im Faksimile wurde Androschs Einkommensteuerbescheid abgedruckt, den SN übergab Androsch auch die entsprechende Steuererklärung sowie Bescheid und Erklärung über sein Vermögen. Die Zahlen waren stattlich, Androschs Einkommen lag bei 730.200 Schilling, auf die rund

242.500 Schilling Steuer zu zahlen waren. Dem Vermögen – bestehend aus mehreren Liegenschaften, Sparbüchern und Wertpapieren – von 2,4 Millionen Schilling standen 3,1 Millionen Schilling Schulden gegenüber. Die innerparteiliche Ruhe währte nur kurz, Anfang 1981 schied Androsch aus der Regierung aus und wechselte als Vizechef in die Creditanstalt. 1988 wurde er wegen falscher Zeugenaussage im U-Ausschuss zum AKH-Skandal, in den die von einem Consultatio-Geschäftspartner gegründete Ökodata verwickelt war, verurteilt. Androsch musste als CA-Generaldirektor zurücktreten. Das Steuerverfahren gegen ihn endete 1996 mit einer Verurteilung wegen Steuerhinterziehung beim Kauf seiner Villa in Wien-Neustift.

Auf meinen Beruf und meine Unabhängigkeit will ich nicht verzichten.

Hannes Androsch, Ex-Finanzminister

Die sachlichen Konflikte führten nach und nach auch zum Riss im Verhältnis des Sonnenkönigs zu seinem Kronprinzen. Dass Androsch in die Nationalbank wechseln wollte, verleitete Kreisky später zum Vorwurf, Androsch sei es immer nur ums Geld gegangen. Dessen persönliche Finanzen waren es auch, die zum Bruch führten. Den Auftakt für eine jahrelange Auseinandersetzung bildete die Debatte über die Vereinbarkeit von Androschs Beteiligung an der Steuerberatungskanzlei Consultatio mit seinem Amt als Finanzminister, die im Sommer 1978 an Schärfe gewann. Ausgangspunkt war Androschs Beruf als Steuerberater und Wirtschaftsprüfer vor seinem Eintritt in die Regierung und die aus der elterlichen Steuerberatungskanzlei hervorgegangene Consultatio, an der Androsch mit 51 Prozent beteiligt war und blieb. Um die Bestimmungen des Unvereinbarkeitsgesetzes einzuhalten, wurde anstelle von Androsch ein eigenverantwortlicher Geschäftsführer bestellt. Von der Opposition und von Medien kritisiert wurde aber der Umstand, dass der wirtschaftliche Erfolg der Consultatio damit einherging, dass sie Klienten aus dem Umfeld der Gemeinde Wien und der verstaatlichten Industrie betreute. Hinzu kam,

242.500 Schilling Steuer zu zahlen waren. Dem Vermögen – bestehend aus mehreren Liegenschaften, Sparbüchern und Wertpapieren – von 2,4 Millionen Schilling standen 3,1 Millionen Schilling Schulden gegenüber. Die innerparteiliche Ruhe währte nur kurz, Anfang 1981 schied Androsch aus der Regierung aus und wechselte als Vizechef in die Creditanstalt. 1988 wurde er wegen falscher Zeugenaussage im U-Ausschuss zum AKH-Skandal, in den die von einem Consultatio-Geschäftspartner gegründete Ökodata verwickelt war, verurteilt. Androsch musste als CA-Generaldirektor zurücktreten. Das Steuerverfahren gegen ihn endete 1996 mit einer Verurteilung wegen Steuerhinterziehung beim Kauf seiner Villa in Wien-Neustift. Aus dem einstigen „Leider-nein-Millionär“ Androsch ist längst ein erfolgreicher Industrieller und ein vermögender Mann geworden, der die Politik gern und pointiert kommentiert – aber in die politische Arena zog es Androsch nie mehr zurück.

SN-Redakteur Gerhard Steininger sprach mit Vizekanzler Hannes Androsch:
Vizekanzler legt Einkommen und Vermögen offen
Scharfe Angriffe gegen „ÖVP-Sudelküche“ – Auch andere Politiker sollen Einkommen und Vermögen bekanntgeben

„Will nicht auf Beruf und Unabhängigkeit verzichten“
FREIE BERUFE IN DER ber Raab war an einer Baufirma be- dienstete oder Sozialversicherungs- POLITIK: „Was für alle Angehörigen freier Berufe recht war und ist, hat Der niederösterreichische Agrar- wie für Vizekanzler Wethalm, Vize- Landessrat Bierbaum und Landes- kanzler Bock, den ehemaligen Ju- hauptmann Maurer bekommen För- Einkommensverbesserung haben!

Wir gratulieren den Salzburger Nachrichten zum 75-jährigen Jubiläum und möchten für die langjährige und vertrauensvolle Zusammenarbeit herzlich DANKE sagen.

Wir wünschen weiterhin viel Erfolg und alles Gute für die Zukunft!

eccontis
treuhand gmbh
wirtschaftsprüfungs- und steuerberatungsgesellschaft

Schloss Puchenu | www.eccontis.at

Bei Hallein-Papier droht der Konkurs“. Mit dieser Schlagzeile auf Seite 1 lösten die SN am 5. März 1993 gehörige Aufregung im ganzen Land aus. Die Papier- und Zellstofffabrik in der Salinenstadt war damals das industrielle Aushängeschild Salzburgs und beschäftigte mehr als 1000 Mitarbeiter.

Der Arbeitstag vor dieser Schlagzeile hatte schon kurz nach Mitternacht begonnen. In einer Bar in Hallein. In ausgelassener Laune, in der auch die Zungen lockerer werden. „Die Borregaard“, wie die Einheimischen die Fabrik in Anlehnung an ihren norwegischen Eigentümer aus den 1920er-Jahren damals nannten, stehe vor der Pleite. Sagt da plötzlich einer in der Runde. „Die Boarn“, gemeint der damalige bayerische Eigentümer PWA, „wollen nix mehr zahlen.“

So ein Blödsinn, war der erste Gedanke. Die Papierfabrik kämpfte zwar seit Jahren mit Verlusten. Aber eine Pleite? Undenkbar! Die Feierlaune war jedenfalls wie weggeblasen, das Hirn ratterte, an Schlaf war nicht zu denken. In aller Herrgottsfrüh ging es ins Büro, ein Telefonat löste das nächste ab. Und im Laufe des Tages wurde klar: Das Unmögliche war doch möglich. Der Industrieriese, an dem auch

Bei Hallein-Papier droht der Konkurs
PWA will Verluste nicht mehr abdecken

Hallein-Papier pleite? Nachts in einer Bar wurde es turbulent

Bis März 1993 schien es unvorstellbar.

Und zwar, dass Salzburgs größter Industriebetrieb
fallen könnte. Er fiel trotzdem.

HERMANN FRÖSCHL

die damals größte Bank des Landes, die Bank Austria, beteiligt war, kämpfte gegen ein Insolvenzverfahren. Die exklusive SN-Meldung rüttelte die ganze Republik auf. Die Landespolitik forderte Informationen vom Papierkonzern und schaltete den damaligen Bundeskanzler Franz Vranitzky (SPÖ) ein. Es sollte – trotz aller Proteste, trotz aller Bemühungen, trotz staatlicher Hilfszusagen – nichts nützen: Eine Woche später stellten die Bayern einen Insolvenzantrag und boten den Gläubigern im Zuge eines Ausgleichs an, 40 Prozent ihrer Forderungen zu begleichen.

Vor allem die österreichische Gesetzeslage, wonach im Insolvenzfall alle Beendigungsansprüche der Arbeitnehmer der Staat übernimmt, hatte die Bayern in Versuchung gebracht. Was in Österreich wütende Reaktionen gegen den „rücksichtslosen Konzern“ hervorrief. Die PWA machte dann zwar mit einer neuen Auffangfirma weiter, doch die verbliebenen 900 Mitarbeiter mussten Lohneinbußen hinnehmen. Und es sollte nicht das Ende der Talfahrt sein.

Mehrere Eigentümerwechsel folgten, und im Jahr 2009 wurde die Papierproduktion dann ganz eingestellt. Heute erzeugt die Fabrik Zellstoff, beschäftigt 250 Mitarbeiter – und alle sind damit zufrieden. Wie sich die Perspektiven doch ändern.

Leiner
Der Leiner ist meiner.

JUBILÄUM

110 JAHRE

Wir schreiben das Jahr 1910...

... als Rudolf Leiner sen. am 18. Jänner in der Wohnung des Ignaz Irlweck im ersten Stock des St. Pöltner Geschäftshauses sitzt und mit der Unterzeichnung des Kaufvertrages den Grundstein des Traditionsunternehmens Leiner legt. Schon damals hatte er eine klare Vision – ein Unternehmen aufzubauen, welches für hohe Kompetenz steht und den Österreichern einen Anlaufpunkt für Qualität & Service bietet.

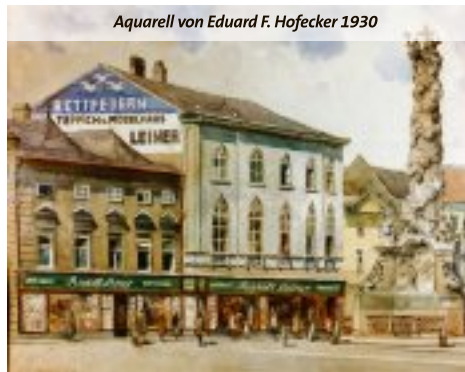
Und noch heute lebt der Spirit des Gründers im Herzen der Mitarbeiter weiter. Denn als österreichische Marke ist es unsere Mission, für unsere Kunden da zu sein. Durch Fachkompetenz, Beständigkeit, Qualität & Service wollen wir überzeugen und unsere Begeisterung für eines der schönsten Dinge der Welt, das Wohlfühlen & die Geborgenheit Zuhause, mit unseren Kunden teilen.



Therese und Rudolf Leiner sen.



**110 JAHRE
LEINER FÜR ALLE.**
Danke für Ihr Vertrauen!



GUTSCHEIN JUBILÄUMSAKTION

-25%¹⁾ AUF IHREN
**MÖBEL-
EINKAUF**

**VOM BISHERIGEN
VERKAUFSPREIS**

Ausgenommen
in unseren
Prospekten &
Inseraten
beworbene
Produkte

Leiner

Gültig von 17.10. bis 24.10.2020
Aktionscode: 24327547



24327547

1) GÜLTIG AUF VIELE MÖBEL VOM BISHERIGEN VERKAUFSPREIS. Ausgenommen in unseren Prospekten und Inseraten beworbene Produkte, Warengutscheine, Serviceleistungen, in den Einrichtungshäusern gekennzeichnete Unglaublich Preise und Trends by Leiner Produkte, Küchenblöcke, Stressless, Team 7, Anrei, Birkenstock, Stokke, Schöner Wohnen, Black Label, Tom Tailor, Set One by Musterring, Sedda Katalogbestellungen, Musterring, Joop!, Grüne Linie, Austroflex, Tempur, Henders & Hazel, Leonardo, Hüsta, Flexa, Elektrogeräte und Zubehör, Biohort, Karasek, Stern. Gilt nur für Neuaufträge und ist nicht mit anderen Aktionen kombinierbar. Auch im Onlineshop erhältlich. Gültig von 17.10. bis 24.10.2020

Atomic: Ein Machtkampf

Alois Rohrmoser schaltete und waltete über Jahrzehnte.

Doch 1994 geriet seine Skifabrik Atomic in Not. Er verlor den beispiellosen Machtkampf mit seiner Hausbank – die SN berichteten „aus erster Reihe“.

HERMANN FRÖSCHL

Es hatte fast konspirativen Charakter: Alois Rohrmoser dirigierte den SN-Redakteur telefonisch zum Termin. Es ist irgendwann im Jahr 1998. Ein verregener Tag. Rohrmoser sitzt am leeren Stammtisch in einem Gasthaus in Anif. Er wirkt angespannt, nervös. Die Jahre des Kampfs haben Spuren hinterlassen. An seinem ungebrochenen Kampfgeist lässt er dennoch keinen Zweifel. „Sie haben mir Atomic genommen. Aber das hält mich nicht auf.“ Die Pongauer Urgewalt will (der Welt) beweisen, dass er noch immer ein genialer Skibauer ist. Er packt bunte Skizzen eines Skis aus. Darauf prangt der Name R2 – Rohrmoser 2.

Der Skipionier hat zu diesem Zeitpunkt nach vielen guten einige brutal harte Jahre hinter sich. Die Skifabrik Atomic hatte er zu internationalem Ruhm geführt – und sah sich dann plötzlich im Zentrum eines der härtesten Machtkämpfe der Wirtschaftsgeschichte der Zweiten Republik. Quasi erste Reihe fußfrei die SN-Wirtschaftsredaktion, die am 9. September 1994 titelte: „Atomic in der Nacht um einen Schilling verkauft.“ Rohrmoser stand damals wie viele Industriebetriebe gehörig

unter Druck. Die Skifabrik schrieb Verluste und die Hausbank Bawag pochte auf Veränderung.

Mit einem nächtlichen Deal wollte sich Rohrmoser aus diesem Schlamassel befreien. Er veräußerte 85 Prozent von Atomic an eine Gruppe von Sanierern, zu denen auch der heutige KTM-Chef Stefan Pierer gehörte. Doch was als Befreiung gedacht war, geriet zum Bumerang. Nur fünf Tage später wussten die SN vom drohenden „Drama um Atomic“. Es folgte das „bange Warten auf Anruf aus der Bawag-Zentrale“. Der kam – und verhielt nichts Gutes. Am darauffolgenden Freitag nahm die Skifabrik den Großteil der SN-Titelseite ein. „Konkurs von Atomic besiegelt.“ Die Bawag hatte seinen Deal abgelehnt und Konkursantrag gestellt.

Es folgte ein Wirtschaftskrimi, der die SN-Wirtschaftsredaktion jahrelang beschäftigte. Der Bawag war vorgeworfen worden, Atomic widerrechtlich in Konkurs geschickt zu haben, um damit Verluste aus Karibikgeschäften zu verschleiern. Ein Vorwurf, der von der Justiz nie bestätigt wurde. Entsprechende Ermittlungen wurden eingestellt. Auch Rohrmosers jahrelange Versuche, mittels Gericht das Konkursverfahren zu bekämpfen, scheiterten. Sogar ein Untersuchungsausschuss im Parlament in Wien ging der Frage nach, ob es

Ihn habe ich gekannt, seit ich ein kleiner Bub war.

Sein Anteil an diesen

Erfolgen darf nie in

Vergessenheit geraten.

Skilegende Hermann Maier
im Jahr 2005 über Alois Rohrmoser



Alois Rohrmoser verlor im Konkursverfahren nicht nur seine Skifabrik, sondern auch privates Vermögen. Er verstarb im Februar 2005.

BILD: SN/MARTIN ARBEITER

politische Einflussnahmen gab. Licht ins Dunkel konnte aber auch dieser nicht bringen. So haften am Atomic-Konkurs bis heute zahlreiche Verschwörungstheorien.

Faktum bleibt, dass der Konkurs mit einer ungewöhnlich hohen Quote von über 93 Prozent für die Gläubiger abgeschlossen wurde. Der Firmenkonkurs erbrachte 73,8 Prozent, die beiden Hauptgläubiger Bawag und Invest Kredit erhielten zudem weitere 20 Prozent aus dem Zwangsausgleich gegen den Firmengründer, der persönlich für die Firma haftete. Rohrmoser verlor damit nicht nur sein Lebenswerk, sondern auch seinen persönlichen Besitz. Aufgegeben hat er trotzdem nie. Die SN meldeten 1998 seinen Comeback-Versuch. „Rohrmoser will mit R2 nochmal durchstarten.“ Vorausgegangen war jenes eingangs beschriebene Treffen in einem Gasthaus in Anif. Ein Prototyp, produziert bei einem Snowboardbauer im Pinzgau, wurde real. Doch in Serie ging der Ski nie. Rohrmoser hatte wohl nicht mehr genug Kraft. Die Solidarität in der Region ist ihm dennoch bis heute gewiss. Hermann Maier höchstpersönlich widmete ihm 2005 einen seiner WM-Titel. Wenige Wochen vorher war Rohrmoser verstorben. Sein Anteil an all den Erfolgen dürfe nie in Vergessenheit geraten, mahnte Maier. „Ihn habe ich gekannt, seit ich ein kleiner Bub war.“

Wie aber ging es mit Atomic weiter? Rund um die Pleite hatte die Republik nach österreichischen Lösungen für die Skiindustrie gerufen. Der Plan, Atomic, Head, Kneissl und Blizzard zusammenzuspannen, scheiterte aber kläglich. Zu unterschiedlich waren die Interessen, zu groß die regionalen Konflikte. Damit wurde wahr, was in den 1990er-Jahren die Menschen immer öfter aufschreckte: Ein ausländischer Übernehmer griff zu. Atomic ging an den Amer-Konzern, knapp eine Milliarde Schilling (rund 70 Millionen Euro) legten die Finnen auf den Tisch.

Die damals kursierende Angst, dass „der Ausländer“ Atomic schaden könnte, bewahrheitete sich nicht. Unter Amer knüpfte Atomic an alte Erfolge an. Der Standort Altenmarkt, an dem heute mehr als 800 Mitarbeiter beschäftigt sind, wurde aufgewertet. „Altenmarkt ist das Epizentrum unserer Wintersportsparte“, sagte Michael Schineis erst kürzlich im großen SN-Interview. Schineis hatte Atomic nach der Pleite wieder in ruhige Fahrwasser geführt und ist heute Chef der gesamten Wintersportsparte von Amer. Ironie der Geschichte: Seit 2019 ist Atomic de facto chinesisch. Ein Konzern aus dem Reich der Mitte hat beim Amer-Konzern die Mehrheit und damit letztlich auch in Altenmarkt das Kommando übernommen.

Altenmarkt steht heute super da und ist das Epizentrum unserer Wintersportsparte.

Michael Schineis, führender Manager des Amer-Konzerns, 2019



Saubere
Berichterstattung
gibt Sicherheit.
Hygiene auch.

Händedesinfektion vom Profi
für Sie zu Hause und unterwegs

Zuverlässig wirksam und hautverträglich

Made in Austria by **hagleitner**

www.hagi-hagleitner.com

Die rote Bank Austria schnappt sich die schwarze Creditanstalt

November 1996: Der schwierige Verkauf von Österreichs „monetärer Visitenkarte“.

Die Privatisierung der CA war reich an Wendungen. Über die entscheidende berichteten die SN.

RICHARD WIENS

Die Bank Austria soll an einem CA-Anbot basteln, dementiert dies aber heftig
Strukturpolitische Sandkastenspiele — EA Generali-Konsortium hat Richtoffert gelegt



Ein strahlender Finanzminister Viktor Klima unterschreibt am 12. Jänner 1997 den Kaufvertrag für die Bundesanteile an der CA. Im Dezember kämpfte die Belegschaft mit Generaldirektor Guido Schmidt-Chiari noch um ihre Bank. Wochen später gehörte sie mehrheitlich der von Gerhard Randa (links neben Schmidt-Chiari) geführten Bank Austria.

Die bezahlte dafür 17,16 Mrd. Schilling (1,25 Mrd. Euro). Der Verkauf war aber eine schwere Belastungsprobe für die Koalition. Die ÖVP stimmt nur unter der Bedingung zu, dass sich der größte Einzelaktionär der Bank Austria, die AVZ (Anteilsverwaltung Zentralsparkasse), binnen fünf Jahren auf unter 25 Prozent an der Bank Austria zurückzieht. Eine Arbeitsplatzgarantie, die man der Bank Austria abrang, konnte sie problemlos geben, in der Creditanstalt lief bereits ein Programm zum Abbau von 1000 Stellen. Der Bestand der CA wurde für fünf Jahre garantiert, 2002 wurde sie mit der BA fusioniert, 2008 verschwand der Name der 1855 gegründeten Creditanstalt endgültig aus dem Schriftzug der mittlerweile im Besitz der UniCredit stehenden Bank Austria.

Die Vorgänge rund um die Privatisierung – SPÖ und ÖVP hatten 1991 die gesetzliche Basis gelegt – brachten Österreich Häme ein. „How Not to Privatize a Bank“ war ein Artikel im „Wall Street Journal“ im September 1995 überbittelt. Denn davor lagen bereits mehrere erfolglose Anläufe.

Im April 1993 preschte etwa die Raiffeisen-Gruppe vor, der Vorstand der CA stemmte sich aber dagegen. Im Mai 1994 legte die Schweizer Credit Suisse ein Offert, zog es aber vier Monate später zurück. Auch der Versicherer Allianz und die Bayernhypo starteten einen erfolglosen Versuch. Und das „bürgerliche Konsortium“ verzettelte sich immer wieder. Während den Finanzministern Ferdinand Lacina und Andreas Staribacher bei der CA-Privatisierung kein Erfolg beschieden war, wurde sie für Viktor Klima zum Meisterstück. Nachdem er den Deal als „Sieg für die Steuerzahler“ bezeichnet hatte, schrieben die SN am 17. Jänner: „Weiter so, aus Ihnen wird bestimmt noch etwas.“ Elf Tage später stieg Klima als Nachfolger von Franz Vranitzky zum Bundeskanzler auf.

Am 16. November 1996 erschien in den „Salzburger Nachrichten“ einer der vielen Artikel zu den Bemühungen der Regierung, die Creditanstalt zu privatisieren. Doch dieser Bericht von SN-Redakteurin Margarete Freisinger hatte es in sich. Die

Leserinnen und Leser der SN erfuhren als Erste, dass die Bank Austria an einem Angebot für den Kauf der Bundesanteile an der CA bastelte. Vorerst seien es noch Sandkastenspiele, schrieben die SN mit der gebotenen Vorsicht. Es sei nämlich „kaum vorstellbar, dass die ÖVP der CA-Übernahme durch die im Einflussbereich der Gemeinde Wien stehende BA zustimmt“. Zudem gab es heftige Dementis von Bank-Austria-Vorstandschef Gerhard Randa. „Wir bieten sicher nicht an. Diese Gerüchte haben die Qualität einer Karnevalsveranstaltung“, sie lösten bei ihm Gefühle zwischen Ärger und Verwunderung aus, sagte Randa. Wie sich ein paar Wochen später herausstellen sollte, entsprach das nicht der Wahrheit. Denn Freisinger war auf der richtigen Spur.

Am 11. Dezember segnete der Aufsichtsrat der Bank Austria ein Übernahmeoffert für die CA ab. Damit war es mit den Überraschungen nicht vorbei – neben jenem der Bank Austria und des bürgerlichen Konsortiums rund um die EA-Generali und die Erste Oesterreichische Spar-Casse tauchte ein drittes Angebot auf. Es stammte, wie am 16. Dezember 1996 bekannt wurde, von der Privatstiftung des Billa-Gründers Karl Wlaschek. Der Ausgang der Geschichte ist bekannt. Am 12. Jänner unterschrieb Finanzminister Viktor Klima den Kaufvertrag, mit dem 69,45 Prozent der Creditanstalt in den Besitz der Bank Austria übergingen.

Als Servus TV fast verschwand

Das schnellste Sender-Comeback der Geschichte.

Mai 2016: Eine Betriebsratsidee löste ein Mediendrama aus – mit den SN in einer Nebenrolle.

RALF HILLEBRAND

Alles begann mit einer WhatsApp – und nur fünf Wörtern. „Servus TV ist fertig. Alle entlassen“, trudelte am 3. Mai 2016 im SN-Medienressort ein. Als der adressierte Redakteur gerade zum Hörer greifen wollte, poppte ein E-Mail auf. Die unmissverständliche Titelzeile: „Servus TV gibt den Betrieb auf.“ Allen 264 Mitarbeitern sei gekündigt worden. Und auch eine erste Begründung für das Aus wurde geliefert: Der Sender sei „wirtschaftlich untragbar geworden“.

Die SN-Redaktion musste reagieren. Ein eigenes Recherche-Team wurde gebildet. Und dieses Team war es dann auch, das herausfinden konnte, was Geldgeber Dietrich Mateschitz vordergründig dazu bewegen hatte, Servus TV vom Netz nehmen zu wollen. 40 Mitarbeiter hatten bei einer internen Abstimmung mitgemacht – und sich größtenteils für die Gründung eines Betriebsrats ausgesprochen. Wenig später bestätigte Mateschitz den „Salzburger Nachrichten“, dass dieser Vorstoß seine Entscheidung beeinflusst hatte. Zu den Werten von Servus TV zählten Unabhängigkeit, Eigenständigkeit und Unbeeinflussbarkeit. Eine Betriebsratsgründung habe



BILD: SN/RATZER

diese Werte „insbesondere durch die Art und Weise des Zustandekommens – anonym, unterstützt von Gewerkschaft und Arbeiterkammer – nachhaltig beschädigt“.

Spätestens nach der Begründung von Dietrich Mateschitz schien das Sender-Aus nahezu jeden zu interessieren. Medien wie der „Der Spiegel“ oder die „Neue Zür-

cher Zeitung“ griffen die SN-Berichterstattung auf – und verlinkten online auf die Originalquelle. Die Folge waren Zugriffe im sechsstelligen Bereich, die kurzzeitig gar die hauseigenen Server in die Knie zwangen.

Doch die eigentliche Pointe sollte erst folgen. Die SN wurden gebeten, die Mateschitz-Aussagen auch an die Gewerkschaft weiterzuleiten. Noch am selben Abend folgte der vertrauliche Tipp, dass es zum Sender-Aus zumindest weitere Gespräche geben soll.

Bereits tags darauf trafen sich der Red-Bull-Chef und der damaligen AK- und ÖGB-Vorsitzende Siegfried Pichler im Hangar-7. Die Folge war das wohl schnellste Sender-Comeback der Mediengeschichte: Dietrich Mateschitz nahm seine Entscheidung zurück.

Eine Rolle spielte aber auch die Belegschaft selbst. In einem offenen Brief baten 205 Mitarbeiter, den Senderbetrieb aufrechtzuerhalten. Und sie ergänzten: „Wir wollen und brauchen keinen Betriebsrat.“ Dies wiederum quotierte Mateschitz in einer Aussendung mit dem Satz „Die Fortsetzung der parteipolitisch unabhängigen Linie wird von allen Beteiligten begrüßt.“

Die Wirtschaft ein Sumpf?

Schreiben über Wirtschaft ist herausfordernd, wenn man an Anstand im Geschäftsleben glaubt.

Skandale sind zwar nur ein Ausschnitt des gesamten Bildes, aber sie sind allgegenwärtig.

Im SN-Wirtschaftsressort sorgten sie in den vergangenen Jahren jedenfalls für eine Menge Arbeit.

RICHARD WIENS

Skandale säumen unseren Weg. Aber dafür können wir nichts. Der Alltag von Wirtschaftsjournalisten ist seit – ja, seit wann eigentlich? – von Skandalen und Krisen geprägt. Vermutlich waren sie schon immer ein Begleiter unserer Arbeit, aber dass seit der Jahrtausendwende in dieser Hinsicht besonders viel los war, lässt sich belegen. Kommen Sie mit auf einen Streifzug durch zwei Jahrzehnte Wirtschaftsberichterstattung, bei der sich selbst erfahrene und hartgesottene Profis, die schon viel gesehen und über viel geschrieben haben, immer wieder vor Erstauenen die Augen reiben.

Enron. Gleich das erste Jahr im neuen Jahrtausend bringt den größten Bilanzskandal in der US-Geschichte. Der Stromhändler aus Texas will Preiserhöhungen durchsetzen und greift dabei zu eigenwilligen Mitteln. Netze werden manipuliert, Stromausfälle künstlich herbeigeführt. Die schlimmeren Ausfälle sind in der Bilanz versteckt, dort lauern 56 Mrd. Dollar Schulden. Der Wirtschaftsprüfer Arthur Andersen hatte offenbar ein völliges Blackout. Ein Börsenwert von 78 Mrd. Dollar löst sich in Luft auf.

WorldCom. Nur ein Jahr später: andere Branche, gleiches Muster. Der Telekomkonzern hatte sich mit Zukäufen übernommen, also frisiert man die Bilanz. Um aus Verlusten Gewinne zu machen, werden elf Milliarden Dollar falsch verbucht. Firmengründer Bernie Ebbers erhält 25 Jahre Gefängnis, wird Ende 2019 entlassen und stirbt im Februar 2020. Die USA erlassen den Sarbanes-Oxley Act, der Investoren besser vor Bilanzbetrug schützen und Wirtschaftsprüfer stärker in die Pflicht nehmen soll.

Parmalat. Der italienische Milchriese erbringt 2003 den Beweis, dass Bilanzbetrug keine US-Domäne ist. Unter Firmenchef



Betrügereien beim Finanzdienstleister Wirecard und bei der eher bieder wirkenden Commerzialbank Mattersburg sind nur die jüngsten in einer langen Reihe von Skandalen.

Calisto Tanzi werden Schulden von 14 Mrd. Euro angehäuft, die lang unentdeckt bleiben, weil sie in Offshore-Gesellschaften in Steuerparadiesen versteckt werden. Ende 2003 schlittert Parmalat in die Pleite, in der Bilanz fehlen acht Milliarden Euro.

Bawag. Tu felix Austria? Von wegen. Der Absturz der ehemaligen Gewerkschaftsbank beginnt im Oktober 2005. An einem Sonntag wird Phillip Bennett, Chef des US-Brokers Refco, ein Kredit von 350 Mill. Euro gewährt. Zwei Tage später ist Refco pleite. Im März 2006 werden die Karibik-Geschäfte der Bank öffentlich, die entstandenen Verluste wurden aber in den Bilanzen verschleiert. Der ÖGB garantiert für die Bank, die Gewerkschaftsspitze tritt zurück. Der Bund springt der Bawag mit einer Garantie bei, Ende 2006 wird sie um 3,2 Mrd. Euro an den US-Fonds Cerberus verkauft.



Jérôme Kerviel. Der Börsenhändler der Société Générale stellt einen traurigen Rekord auf. Bei Spekulationen mit Mitteln der Bank setzt er 4,9 Mrd. Euro in den Sand. Er wird zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt, sitzt aber nur fünf Monate ab. 2016 wird seine Lebensgeschichte verfilmt.

Bernard Madoff. Der ehemalige Börsenmakler bringt mit seinen Investmentfonds, hinter denen sich ein Ponzi-Schema verbirgt, Hunderttausende Anleger um ihr Geld. In der Finanzkrise fällt Madoffs Luftschloss Ende 2008 in sich zusammen. Der Schaden beträgt 65 Mrd. Dollar. 2009 wurde Madoff zu 150 Jahren Gefängnis verurteilt.

Lehman Brothers. Die 1850 gegründete Investmentbank löst im September 2008 die bis dato größte Finanzkrise aus. Es ist mit einem Schuldenberg von mehr als 600 Mrd.

Dollar der größte Konkursfall in der Geschichte der USA und eine Pleite, die das weltweite Finanzsystem an den Rand des Abgrunds führt. Tags darauf muss der damals weltgrößte Versicherer, die AIG Group, vom Staat mit einer Kapitalspritze von 85 Mrd. Dollar gerettet werden. Von New York gehen die Schockwellen um den Globus – sie erreichen auch Österreich. Einige Banken bleiben auf der Strecke – die Hypo Alpe Adria verschwindet, andere werden mit Geld der Steuerzahler gerettet, wieder andere sind heute ein Schatten ihrer selbst.

Die Liste ließe sich noch lang fortsetzen, abgesehen davon, dass nach der Finanzkrise die Schuldenkrise in der Eurozone die Berichterstattung dominiert. An den Folgen laboriert die Wirtschaft heute noch – Stichwort Niedrigzinsen.

Hier machen wir einen Sprung in die Gegenwart zu den Fällen, die die Redaktion aktuell auf Trab halten – die Bilanzskandale bei der **Commerzialbank Mattersburg** und **Wirecard**. Der deutsche Finanzdienstleister soll Investoren um 3,2 Mrd. Euro gebracht, die burgenländische Provinzbank einen Schaden von 690 Mill. Euro angerichtet haben. Während man bei Skandalen im eigenen Land selbst recherchieren kann, ist man bei internationalen Betrugsfällen auf die Arbeit von Kollegen angewiesen. Alle verbindet das Ziel, der Sache auf den Grund zu gehen. Ironie am Rande: Die Skandale haben einen für unser Metier erfreulichen Nebeneffekt: Das Interesse an Wirtschaftsthemen hat stark zugenommen. Weil sie alle Lebensbereiche berühren und weil sich die Wirtschaftsseiten zeitweise spannender lesen als jede Chronik-Berichterstattung.

Schreiben, was ist. Das machen die SN seit 75 Jahren. Das bedeutet aber, dass wir auch darüber schreiben, was in der Wirtschaft gut läuft, und über die vielen, die mit lauterer Methoden und harter Arbeit Erfolg haben. Die anderen behalten wir im Auge. Darauf können sich unsere Leserinnen und Leser auch in Zukunft verlassen.

Credit: APA Raumkonzept: Who Cases? Design®

75 Jahre SN – die APA gratuliert herzlich!

Raum für Themen

Ob für Ihre Pressekonferenz, Podiumsdiskussion, Präsentation oder Ihren digitalen Workshop: Im neuen APA-Presseszentrum finden Sie stilvolles Ambiente, modernste technische Ausstattung, professionelle Betreuung, erstklassiges Catering – und wenn Sie wollen auch unser Know-how bei der Aufbereitung und Verbreitung von Information im digitalen Wandel.

Besuchen Sie uns. Buchen Sie uns. www.apa-pressezentrum.at

APA-PRESSEZENTRUM
Raum für Themen

Salzburg

85 Seiten Kritik am Kurhaus-Umbau

Rechnungshof durchleuchtete Vorgangsweise beim Umbau + Die Ursachen der gewaltigen Kosten-
erhöhung + Mangelhafte Organisation der städtischen Bautätigkeit + Städtisches Kontrollamt bestätigt

Der Rechnungshof übermittelte der Stadtgemeinde Salzburg den zweiten Teil seines Prüfungsberichtes über den Umbau des Salzburger Kurhauses. Auf 85 Seiten wird die Vorgangsweise bei der Bewältigung des Umbaus durchleuchtet und nahezu auf jeder Seite auch kritisiert. Im wesentlichen kommt der Rechnungshof zum gleichen Schluß wie seinerzeit schon das städtische Kontrollamt: Die Misere beim Kurhaus-Umbau ist auf Organisationsmängel und unklare Kompetenzen zurückzuführen. Wie sich die Umbaumisere auswirkte, ist sattsam bekannt. Von einer ursprünglichen Investitionssumme von elf Millionen S kletterten die Kosten auf 31,2 Millionen. Zu be-

denken ist allerdings, daß es sich dabei nicht nur um reine Umbaukosten, sondern auch um Ausgaben für Erneuerungen handelt.

Der Rechnungshof hält zusammenfassend als Ursachen für das Anwachsen der Kosten von elf auf 31,2 Millionen fest: 1. Völlig unterschiedliche Auffassungen von Gemeinderat und Kurhausleitung über Ausmaß und Ziel des Umbaus; 2. Mangelhafte Organisation der städtischen Bautätigkeit. Diese zweite Ursache wird vom Rechnungshof u. a. auf folgende Umstände zurückgeführt: Fehlen einer umfassenden und gründlichen Planung vor Baubeginn und ungenaue finanzielle Kalkulation; mangelhaftes Baugenehmi-

gungsverfahren; Verlagerung der Leistungsabsprachen in Nachtragsangebote; mangelhafte Organisation der Verwaltung des Bauvorhabens, insbesondere den Zuständigkeiten; Wechsel der Bauleitung.

In seiner Schlußbemerkung führt der Rechnungshof aus: „Die Erörterung dieser Zustände sollte nicht in Kritik stecken bleiben, sondern zu ihrer Besserung führen. Desgleichen sollten die Klagen über den hohen Preis des umgebauten Kurhauses dem Bestreben Platz machen, den Betrieb des leistungsfähigeren und gewiß auch schöneren Hauses so zu organisieren, daß steigende Erträge die Opfer lohnen, welche die Stadt hierfür erbracht hat.“

Aufdeckung eines Bauskandals

„Vom Anfang bis zum Ende Schlamperei“ beim Umbau des Kurhauses.

1967: Eine Serie von SN-Berichten über extreme Baukostensteigerungen.

Das heute interne Dokumente aus der Verwaltung schnell an die Öffentlichkeit kommen, daran hat man sich schon fast gewöhnt. Vor einem halben Jahrhundert, Anfang 1967, war dies noch nicht so selbstverständlich – Politik und Beamte bildeten eine solide Zweckgemeinschaft der Verschwiegenheit, investigative Berichterstattung wurde oft als Majestätsbeleidigung an der Grenze zum Hochverrat betrachtet.

Dennoch waren die SN auch damals bestens in den Zirkeln der Macht und

ihren Vorhöfen vernetzt. Und erwiesen sich als äußerst „lästig“, was einen Bauskandal rund um den Umbau des Salzburger Kurhauses betraf. Und zwar einen Umbau, mit dem sich der Rechnungshof bereits im März 1967 zu befassen hatte – der Eindruck, die Geschichte wiederhole sich ständig, drängt sich hier auf. Wie auch immer: Sowohl die Kontrollamts- wie die Rechnungshofberichte lagen den SN vor, oft wussten die Redakteure gleichzeitig oder gar früher als die zuständigen Politiker Bescheid. Im konkreten Fall wa-

ren die Baukosten von elf auf 31 Millionen Schilling geklettert. Schuld waren, allgemein gesagt, „Organisationsmängel und unklare Kompetenzen“. Und auch die Tatsache, dass die Pläne während der Bauphase mehrmals geändert wurden und dadurch Mehrkosten entstanden.

Am Ende, konstatierte die Lokalredaktion, müsse es „fast als ein Wunder empfunden werden“, dass Salzburg ein „gut ausgestattetes Kurhaus“ erhalten habe. Im neuen Jahrtausend waren es übrigens wieder die SN, die maßgeblich über die

teils skurrilen Irrungen und Wirrungen bei Planung und Bau des neuen „Spaßbades“ berichteten. Etwa durch die Veröffentlichung interner Papiere, die nahelegten, dass der bereits zum Sieger gekürte Projektentwurf aller Wahrscheinlichkeit statisch gar nicht umsetzbar gewesen wäre.

Die Stadt ruderte daraufhin zurück und griff auf das zweitgereichte Projekt zurück – jenes, in dem die Salzburgerinnen und Salzburger nun bereits seit einem Jahr plantschen können.

Fliegende Untertassen — ja oder nein?

In der letzten Zeit ist es um die sogenannten „Unbekannten Flugkörper“ stiller geworden. Das zeigte sich auch bei einem von der Salzburger UFO-Studien-gruppe veranlasseten Vortrag zum Thema „Bedrohen uns Fliegende Untertassen?“ am Freitagabend. Noch vor zwei Jahren hätte diese Frage kaum zu bündigenden Strom von Neugierigen ange-lockt, diesmal waren die Reihen im Großen Saal der Arbeiterkammer zur Hälfte besetzt, obwohl der Referent Theodor Hlison-Burang, ein weitgereister Publizist, dem heiklen Gedankengut mit größtmöglicher Objektivität beizukommen versuchte. Natürlich konnte er sich nur auf das Aufzeichnen der Möglichkeiten beschränken, eine endgültige Klärung der angeblich überirdischen Erscheinungen mußte offen bleiben. Immerhin teilte Burang mit, daß die Sichtungungen heute keineswegs aufgehört hätten, wenn auch weniger davon die Rede sei. In aller Welt sei bisher von rund 100.000 Beobachtungen berichtet

Gibt es nun UFOs oder doch nicht?

Auch Kurioses trieb die Salzburger und damit die „Salzburger Nachrichten“ um – hier etwa in einer Ausgabe vom 7. März 1960. Ein Lokalredakteur hatte an einer Sitzung der „UFO-Studien-gruppe“ teilgenommen, der im gut gefüllten großen Saal der Arbeiterkammer stattfand. Immerhin sei dem „heiklen Gedankengut“ dort mit „größtmöglicher Objektivität“ nahegekommen worden. Jedenfalls: Auch damals wimmelte es bereits von Verschwörungstheorien, und die Ufologen sprachen von planetarischen Machthabern, die eigene UFOs konstruierten, um dann einen „Mantel des Schweigens“ darüber zu legen.



BILD: SN/STOCKADOBE-CHALUP

„Die vermurkste Stadt“: Ein Leitartikel rüttelt (alle) auf

Es war der 5. Dezember 1970.

Auf der Titelseite der SN prangerte der damalige Chefredakteur Karl Heinz Ritschel die planlose Politik und ihr zerstörerisches Werk in der Stadt Salzburg an. Es war der Beginn eines Umbruchs.

HERMANN FRÖSCHL

Wir schrieben Anfang der 1970er-Jahre und in der Stadt Salzburg wuchs ein Bau nach dem anderen aus dem Boden. Darunter war das neue Fußballstadion in Lehen.

Mitten in ein Wohngebiet wurde es geklotzt. „Eine schwere Sünde wider die Stadt Salzburg“, diagnostizierte der damalige SN-Chefredakteur Karl Heinz Ritschel. Und weil er nicht nur in Lehen, sondern quer durch die Stadt derartige Sünden konstatierte, prangerte er die Planlosigkeit und den Murks der Stadtpolitik in einer Tonart an, die (manche) erzittern ließ – und niemanden aus der Verantwortung entließ. „Es gibt keinen Mandatar in diesem Land und in dieser Stadt, der nicht mitverantwortlich ist für jede einzelne Bausünde, für jeden einzelnen Planungsfehler, denn er hat die Möglichkeit aufzustehen und seine Meinung zu sagen, außer – er hat keine Meinung oder nur eine Fraktionsmeinung. Dann soll er sich aber nicht als Bürger dieser Stadt fühlen, dann ist er fehl am Platz“, schrieb Ritschel am 5. Dezember 1970.

Im vorweihnachtlichen Salzburg schlug das wie eine Bombe ein. „Ritschels Leitartikel war eine Kampfansage an das politische Establishment“, sagt Roman Höllbacher, Künstlerischer Leiter der Initiative Architektur. „Das Gesicht der gestalteten, vielmehr verunstalteten und malträtierten Stadt wurde der Politik in flammenden

Worten als Spiegelbild vorgehalten.“ Und: „Nicht die abstrakten Zahlen wirtschaftlichen Erfolgs – gesteigerte Wohnbauleistung, höhere Umsätze oder gebaute Autobahnkilometer – zählen, im Gegenteil, all das ist verkehrt, wenn es gegen das eigentliche Kapital Salzburgs gerichtet ist.“

Ritschel traf damit wohl den Nerv vieler Bürgerinnen und Bürger. Das dokumentieren die Veränderungen, die sich in den folgenden Jahren Bahn brachen. Neue Protestbewegungen gegen die ungezügelt verbaut und für den Schutz der Altstadt traten auf den Plan. Die Bürgerinitiative „Schützt Salzburgs Landschaft“ sammelte 21.135 Unterschriften. All das zeigte Wirkung: Salzburg bequeme sich aus seiner Lethargie, aus seinem bauhistorischen Gleichmut, aus unappetitlichen Verflechtungen von Politik und Bauträgern und korrigierte organisatorische Fehlentwicklungen.

Das Planungsamt, das damals nur knapp zehn Mitarbeiter hatte und auch für alle laufenden Bauverfahren verantwortlich war, wurde nicht nur aufgerüstet, sondern organisatorisch auf neue Beine gestellt. Neben dem Bauamt wurde eine neue Abteilung für Stadtplanung hochgezogen, die sich ausschließlich um die städtebauliche Entwicklung kümmerte. Erste Folgen waren eine grundlegende Überarbeitung des Entwicklungskonzepts und – erstmals – eigene Konzepte für die einzelnen Stadtteile.

Der neue Geist sorgte in der Folge auch für politische Veränderung, die in der Übernahme des Ressorts durch den grünen Vizebürgermeister Johannes Voggenhuber gipfelte. Er sorgte für neue architektonische

Maßstäbe, führte den Gestaltungsbeirat als zentrales begleitendes Gremium von Bauprojekten ein, drängte den Einfluss der Bauträger zurück und war auch Triebfeder der Grünlanddeklaration, die bis heute Bestand hat und dafür sorgt, dass der Bebauung in der Stadt feste Grenzen gesetzt sind.

Für eine Stadt sei es von entscheidender Bedeutung, neben der Bearbeitung aktueller Projekte die Stadtentwicklung, das große Ganze sowie eine Vision dafür nie aus

Es gibt keinen Mandatar in dieser Stadt, der nicht mitverantwortlich ist für jede einzelne Bausünde.

Karl Heinz Ritschel
SN-Chefredakteur

den Augen zu verlieren. Das sagt Gerhard Doblhamer zu den Lehren aus dieser (turbulenten) Zeit. Er hat all das aus nächster Nähe beobachtet, hatte er doch Ende der 1960er-Jahre in der Bauabteilung des Magistrats angeheuert. Ritschels Leitartikel habe in Salzburg „gewaltig eingeschlagen“, sagt er heute. Doblhamer wurde später erster Chef der neu gegründeten Stadtplanung – und führte diese bis 2004.

Umso bedenklicher ist es, dass die alten Geister in der Stadt erneut zum Leben er-

wacht sind. Der aktuelle Chefredakteur Manfred Perterer legte vor wenigen Jahren – als die Auseinandersetzung um die Bebauung der Rehr-Gründe ihren Höhepunkt erreicht hatten – ebenfalls in einem Leitartikel den Finger in die Wunde: „Salzburg macht eine bedenkliche Entwicklung durch. Längst überwunden geglaubte Methoden der Baulandverwertung halten wieder Einzug. Die Stadt gerät zunehmend in die Hände von Spekulanten“, diagnostizierte Perterer unter dem Titel „Die verkaufte Stadt“. Er argumentierte weiter: „Die Bürger können sich in Salzburg kaum noch eine Wohnung leisten. Obwohl auf Teufel komm raus gebaut wird. Zu oft ist Spekulation das Motiv und nicht die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum. Statt gegenzusteuern, schaut die Politik dem Treiben hilflos zu.“

Dank der Fortschritte und Verbesserungen, die in den 1980er-Jahren umgesetzt wurden, ist die heutige Situation mit jener vor 50 Jahren nicht eins zu eins vergleichbar. Allerdings spitzt sich die Situation um die Stadtentwicklung wieder auffällig zu. Nicht nur, weil selbst der soziale Wohnungsneubau zuletzt deutlich ins Stocken geriet. Die starken Marktkräfte samt der starken Preissteigerungen bei Grund und Boden drängen die Politik – wie damals – gegenüber privaten Bauträgern wieder erheblich in die Defensive. Und die Bauverwaltung ist vor allem damit beschäftigt, die aktuellen Bauprojekte abzuarbeiten. Die Stadtplanung bleibt – wieder – auf der Strecke. Ein Umstand, der bei manchem wieder Alarmglocken schrillen lässt.

*Als Nachbar einer
Brauerei hat man
eigentlich jeden Tag
Grund zum Feiern.*

WIR GRATULIEREN DEN SALZBURGER NACHRICHTEN
HERZLICHST ZUM 75ER. PROST!



BRUKUNST AUF HÖCHSTER STUFE.

Salzburger Nachrichten

FREIE TAGESZEITUNG FÜR DIE ÖSTERREICHISCHEN BUNDESLÄNDER

5021 Salzburg, Bergstr. 12, Tel. (0 62 22) 74 1 27 u. 76 3 92, Fx 00-3634. 1010 Wien, Rotenturmstraße 25, Tel. (0 22 2) 63 44 36, 4010 Linz, Gesellenhausstraße 21, Tel. (0 72 22) 27 9 23; 6850 Dornbirn, Schulgasse 1, Tel. (0 55 72) 21 18. — Abonnementspreis monatlich S 42,—; Einzelpreis: Lit. 150; sFr. —,65; DM —,70

Nummer 281 * 26. Jahrgang Samstag, 5. / Sonntag, 6. Dezember 1970 P.b.b. Erschließungsort Salzburg S 3,—
Verlagspostamt 1606 Salzburg



EINE SCHWERE SÜNDE WIDER DIE STADT SALZBURG: MITTEN IM WOHNVIERTEL VON LEHEN WÄCHST DAS SPORTSTADION EMPOR

Bild: Pospesch

DIE VERMURKSTE STADT

Die Stadt Salzburg lebt von ihrer Einzigartigkeit. Sie lebt davon, daß Fremde kommen und staunen, was frühere Generationen geschaffen haben. Dieses Schaffen aber war ein immerwährender Prozeß, ein organisches Wachsen, ein Ineinanderfließen von Bauwerken, ein Gestalten der Landschaft. Als einstmalig der kühne Erzbischof Wolf Dietrich nach dem Dombrand ein ganzes Viertel der alten Stadt niederreißen ließ und fast ein Drittel der damaligen Stadt jahrzehntelang wüste Baustelle war, haben wohl viele Bürger um ihre Stadt geweint, haben dem vermessenen Fürsten gefludelt — und doch ist aus dieser scheinbar barbarischen Art Salzburgs unvergleichliche Fürstenstadt mit dem Zauber ihrer Plätze entstanden.

Niederreißen, umgestalten und bauen ist also dann eine Kulturtat, wenn darüber ein entscheidender Formungsgehalt steht, der über den Zweck und die Rationalität hinaus dem Ideal der Schönheit dient. So gesehen, erwies sich der Eingriff Wolf Dietrichs als Segen bringend. So gesehen, setzte der vorsichtige Landesfürst Paris Lodron während des Dreißigjährigen Krieges mit seinen Befestigungswerken — die stets über die Wehrhaftigkeit hinaus auch Schönheit besaßen — der Stadt nutzbringende Akzente. Als hingegen die Großvätergeneration die Stadttore sprengte, die Villen der Gründerzeitemporwachsen, die Zinshausblöcke entstanden, stand der Nutzeffekt im Vordergrund. Das ausgehende 19. und beginnende 20. Jahrhundert demolierte unverdrossen — und es war stets einigen wenigen Männern zu verdanken, die gegen den Strom der Zeit schwammen, daß nicht mehr passiert ist. Daß es doch im Gemeinderat den Antrag, die Festung weiß anstreichen zu lassen, damit sie freundlicher aussehe und als abgelehnt wurde, kam der radikale Antrag, die Festung zu schleifen und das Mauerwerk zur Salzachregulierung zu verwenden. Das ist kein Witz, der Antrag wurde ernsthaft erörtert und fand sogar mancherlei Zustimmung. Daß er abgelehnt wurde, spricht letztlich doch für die Stadtväter.

Salzburg könnte also noch schlechter aussehen. Schlechter? Ja, denn unsere Generation ist um nichts besser als jene. Die Stadttore niederriß und glaubte, die Stadt könne Anschluß an die Zeit nur durch Umgestaltung ihres Antlitzes finden. Der Hotelbau vor dem Salzburger Bahnhof war das Fanal des Großangriffes unserer Zeit. Es fehlte die Weitsicht, bei der Planung nach dem Kriege über die Beseitigung der Kriegsschäden hinaus zu denken. Sicher, war

es schwer, sich in dieser Notzeit vorzustellen, wie die Verkehrsentwicklung ein paar Jahre nachher sein würde, obwohl internationale Vergleichsmöglichkeiten gegeben waren.

Heute müssen wir mit Bitternis von der vermurksten Stadt reden, weil allzu viele Sünden die Register füllen. Ohne Anspruch auf erschöpfende Aufzählung möchte ich einige Beispiele geben. Eine Sünde wider die Stadt ist der Bau des Sportstadions inmitten eines dichtbesiedelten Stadtteiles. Anrainer sehen voller Entsetzen, wie nun vor ihnen die klotzigen Betonmauern emporragen. Parkplätze fehlen, und nun muß überdies ein Trainingsfeld am Rande der Stadt errichtet werden. Darüber hinaus ist die Kostenentwicklung skandalös: von zuerst geplanten 9 Millionen Schilling sprach bald niemand mehr, 20,5 Millionen Schilling wurden bewilligt, und heute ist schon nahezu sicher, daß die Kosten an der 30-Millionen-Schilling-Grenze liegen.

Die Verquickung von Kur- und Kongresszentrum erweist sich als glatte Fehl-

KARL HEINZ RITSCHEL

planung. Um sich Kurstadt schimpfen zu können, bedarf es eines Ruhebezirkes. Und der Kongressstadt fehlt die großzügige Kongress- und Ausstellungsfläche. Die Platznot ist so groß, daß nach wie vor das Hallenbad für Ausstellungszwecke herangezogen werden muß. Die österreichische Drogistausstellung ist die einzige große Fachausstellung, die Salzburg noch verblieben ist, denn auch die Büroausstellung wandert nächstes Jahr nach Wels ab; ja, auch kleinere Ausstellungen folgen, wandern infolge Platzmangels ab. Es ist kein Konzept vorhanden; die Verhältnisse, zum Beispiel den Grund vis-à-vis vom Kongresshaus anzukaufen oder das ehemalige Wüstenrot-Gebäude einzubeziehen, liegen auf der Hand. Der Flughafen braucht mit Lage und Auswirkungen kaum mehr apostrophiert zu werden. Die Siedlung Taxham gleich daneben ist ebenfalls keine Zierde und darüber hinaus noch das Musterbeispiel, wie Stadterweiterung und Verkehrs-

planung (Flughafen) auseinanderklaffen. Die Kunstisbahn war von Anfang an zu klein dimensioniert; das Freibad Leopoldskron weist bei einem Kostenaufwand von 39,5 Millionen Schilling nicht einmal ein eigenes Sprungbecken auf. Die Gesamtverbauung von Lehen ist jämmerlich. Von Parkflächen und Parkhäusern wird seit Jahren nur geredet. Das Salzburger Museum ist unglücklich plaziert, usw. usw.

Noch immer werden Pläne gewälzt, den Schranzenplatz zu verbauen. Das sollte sich die Gemeinde Wien erlauben — da gäbe es einen Aufstand der Wiener! In Salzburg wird in aller Stille verhandelt. Hier aber muß mit aller Kraft protestiert werden, denn hat man es schon versäumt, nach dem Kriege vor dem Wiederaufbau die Andräkirche zu schleifen, so darf ganz einfach der Schranzenplatz nicht zugebaut werden!

Wie schwierig es ist, positive Aktionen durchzusetzen, beweisen zwei Baudenkmal: das alte Borromäum ist nach vielen Kämpfen der Spitzhacke entronnen, doch es schläft einen Dorn-

röschenschlaf und wird schließlich eine Beute der Ratten werden und eines Tages zusammenfallen. Das gilt auch für die Ursulinenkirche. Man hat die Setzungen wissenschaftlich untersuchen lassen, hat voller Entsetzen den Bericht entgegengenommen — und zu den Akten gelegt. Das Schweigen hält an.

Die Problematik der Altstadtsanierung erweist sich am Hanuschplatz, wo gutmeinende Pläne mit einer historisierenden Arkadenfassade gutgeheißen wurden, also eine Bauform, die für Salzburg atypisch ist. Millionenkosten erwachsen, weil die Altstadtsanierer angesichts abgeschlossener Verträge nun — sagen wir — träge geworden sind. Es bedurfte erst privater Initiative, um die Dinge ins recht Lot zu rücken. Wollen wir zumindest hoffen, daß sie wirklich im Lot sein werden, wenn der neue Bau emporwächst. Mißverständene Altstadterhaltung setzt falsches Historisieren anstelle modernen, zeitgemäßen Bauens, jedoch eines Bauens, welches sich bescheiden und anpassend der historischen Umgebung unterordnet und sich durch reiche, gestreckte Fassadengliederung einfügt.

Altstadtsanierung heißt vor allem Belebung, kein Museum zu errichten, sondern die alte Stadt lebendig zu erhalten. Sanierung heißt modernes

(Fortsetzung auf Seite 2, Spalte 1)

Berlin - Scharnier der Entspannung?

THEO M. LOCH

Monatelang wurden die Berlin-Verhandlungen als Test für die Entspannungsberedtschaft der osteuropäischen Regierungen herausgestellt. Endlos lang haben Brandt und seine Mannschaft mit einer Geduld, die eines besseren Lohnes würdig wäre, die „befriedigende Berlin-Lösung“ in Aussicht gestellt. Am Vortag des KP-Gipfels in Ostberlin demonstrierte Ulbricht dem Westen und dem Osten, daß die Zufahrtswege nach Berlin ausschließlich von den Polizisten der DDR offengehalten und verschlossen werden können.

Es ist erstaunlich, daß bisher in Bonn der politische Spielraum Ulbrichts immer wieder unterschätzt wurde. In dem gleichen Maße, in dem die UdSSR, Polen und die CSSR aus unterschiedlichen Interessen ihre Bereitschaft zu einer vertraglich fundierten Verbesserung ihrer Beziehungen zu Bonn bekundeten, mußte die DDR auf Distanz halten, um die offensichtlich noch immer nicht ausreichende Konsolidierung des osteuropäischen Lagers zu gewährleisten. Aus der Sicht Ostberlins bedroht jede Verständigung zwischen Bonn und den Verbündeten der DDR die Solidarität im östlichen Lager. In diesem eng abgesteckten Perspektiven verringert eine konsequent verwirklichte Entspannungspolitik das Eigengewicht des Ulbricht-Staates. Sie enthält zudem ein großes Sicherheitsrisiko, denn sie erhöht die Gefahr der ideologischen Ansteckung.

Auf dem Ostgipfel haben Ulbrichts Partner offensichtlich versucht, auf die politisch-neuralgische Empfindlichkeit der DDR-Regierung Rücksicht zu nehmen, ohne die jüngsten Verträge zu gefährden. Darüber hinaus hat der Kreni in den Viermächteverhandlungen von Anfang an einen harten Kurs verfolgt. Die sowjetische Delegation ließ deutlich erkennen, daß bei jeder Regelung über die Zufahrtswege nach Berlin die Souveränitätsrechte der DDR voll berücksichtigt werden müssen. Moskau versuchte zusätzlich, Ulbricht eine Seiten- tür zu den Viermächteverhandlungen mit dem Vorschlag zu öffnen, daß Bonn über die Zugänge nach Westberlin und der Berliner Senat über die Öffnung der

Mauer unmittelbar mit der DDR verhandeln sollen.

Erst die Alarmzeichen in Washington, in London und in Paris haben in Bonn die Einsicht genährt, daß diese Vorschläge die Verantwortung der vier Alliierten für ganz Berlin aushöhlen könnten. Die beharrlichen sowjetischen Attacken auf die politische Präsenz der Bundesrepublik in West-Berlin sollen zwei Ziele erreichen. Der Sonderstatus von West-Berlin soll aller Welt sichtbar werden; Konzessionen sollen innerhalb des sowjetischen „Berlin-Programms“ nicht mehr dagegen als Preis für die Ratifizierung des deutsch-sowjetischen Vertrages erteilt werden.

Washington hat seit langem diese sowjetischen Absichten unmißverständlich herausgestellt. Es gehört zu den Geheimnissen der bundesdeutschen Außen- und Pressepolitik, daß ungeachtet aller Warnzeichen der westlichen Alliierten die „befriedigende Berlin-Lösung“ als eine sichere Etappe der europäischen Entspannungspolitik dargestellt wurde. Der rosarote Optimismus in Bonn machte es leicht, nicht nur das Junktim „Berlin“ für die Ratifizierung des Gewaltverzichtsabkommens aufrechtzuerhalten, sondern auch ein Scharnier zwischen dem Vertrag mit Polen und Berlin einzubauen. Sicherlich können Polen-Vertrag und Gewaltverzichtsabkommen mit Moskau nicht auf eine Stufe gestellt werden. Wer dies versucht und auch die Unterschrift in Warschau mit einer befriedigenden Berlin-Lösung verknüpft, die zudem von Bonn nur indirekt beeinflußt werden kann, verengt seinen eigenen politischen Bewegungsräum.

Anders verhält es sich dagegen mit der Formel vom Testfall Berlin. Die Verhandlungen der vier Alliierten müssen tatsächlich als ein Prüfstein für die sowjetische Bereitschaft zur Entspannung gewertet werden. Diesen Maßstab legen auch die Amerikaner an, die in Berlin Moskaus Flexibilität für die nuklearen Abrüstungsgespräche (SALT) erkunden wollen. Bisher gibt es freilich keine Anzeichen dafür, daß der Test „Berlin“ den westlichen Erwartungen entsprechen wird.

Sie lesen heute

	Seite:
Clemens M. Hutter: „Was bedeutet ‚Deutschland‘ heute?“ / Zum deutsch-polnischen Vertrag	3
Gerhard Neureiter: Zum Mißverhältnis höherer Schulen	4
Ruediger Engert: Pop, Protest, Improvisation, Happening / Zwischenbericht von der Arena 70	5
Ludwig Hümmert: Der Stachus — der teuerste und tiefste Platz Europas	6
Salzburg: Montag Protestfahrt des Verkehrsgewerbes durch die Landeshauptstadt	7
Gericht: Führerscheine kann man strafflos stehlen	11
Lesermeinungen	12
Lorenz Stückl: Südamerikas Er-wachen	17
Herbert Mitterndorfer: Fahr-bericht Peugeot 504	22
Fernseh- und Radioprogramm der Woche / Rätsel / Schach	23-26
Tagesroman „Der Vorgang“ von Ladislav Mňáčko	27
Führer durch den Anzeigenteil	12

Aufzeigen und wachrütteln

50 Jahre journalistischer Umweltschutz.

Am Anfang stand die Sorge um die Wasserqualität. Widerstand gegen Atomkraft mobilisierte die Massen.

OTHMAR BEHR

Hinschauen, aufzeigen, wachrütteln – dem Umweltschutz bieten die SN seit den frühen Debatten viel Raum. Es begann vor einem halben Jahrhundert.

Der Europarat hatte 1970 zum Jahr des Naturschutzes ausgerufen. Bei den Sitzungen mit unterschiedlichen Übersetzungen wurde aus dem Schutz der Natur über das englische Wort environment (Umgebung) in den Protokollen immer öfter „Schutz der Umwelt“ vermerkt. So entwickelte sich der plakative Begriff Umweltschutz. Das Jahr des Naturschutzes mutierte zum Jahr des Umweltschutzes. Größtes Thema: die Wasserverschmutzung.

Meldungen wie diese waren in den frühen Siebzigern an der Tagesordnung: „In den Teichanlagen des Hellbrunner Schloßparks ist wegen der Verschmutzung eine große Anzahl an Fischen, vorwiegend Karpfen, eingegangen.“ Die Salzach nahm wie damals weltweit üblich Abwässer unbehandelt auf. An die graubraune Kloake hatten sich viele Salzburgerinnen und Salzburger notgedrungen gewöhnt. Sie wurde als Preis für den Aufschwung im Wirtschaftswunder angesehen. Aber Fischsterben im Park Hellbrunn? Das machte hellhörig.

Der Begriff Umweltschutz tauchte immer öfter in den Schlagzeilen auf: „Industrielle bilden Umweltschutz-Komitee“, „Mehr Umweltschutz in der Stadtplanung“, „Umweltschutz: Teuer wie ein Krieg“. Mit dem Kriegsvergleich wollte Salzburgs Landeshauptmann Hans Lechner drastisch vermitteln, welch großer Aufwand allein für den landesweiten Ausbau von Kläranlagen betrieben werden müsse. Es war ein Signal zum Umdenken und zum Handeln. Heute wird den Salzburger Seen exzellente Was-



Nach der Katastrophe von Tschernobyl wurden in Salzburg Kinder mit Geigerzählern auf Strahlenbelastung untersucht. Autos verschlingen zu viel Platz. Das sollte mit dem Gerüst auf dem Rad dokumentiert werden. Eine symbolische Dusche mit echtem schmutzigen Salzach-Wasser mussten Pappkameraden von Landesrat Sepp Oberkirchner und LH Wilfried Haslauer sen. über sich ergehen lassen.

serqualität bescheinigt. In der gleichen Rede hatte sich Lechner auch für eine „Fußgängerstadt Salzburg“ starkgemacht. Da gibt es selbst 2020 noch Luft nach oben.

Wie diese Beispiele zeigen, wurde gezielter Umweltschutz schon in seinen Anfangstagen von so manchen Entscheidungsträgern ernst genommen. Aber nicht von allen. So entstanden Gräben, manchmal sogar sehr tiefe Gräben zwischen Teilen von Politik und Wirtschaft und ebenso Teilen der Bevölkerung. Ähnlich wie heute bei Fridays for Future war es die Jugend, die herrschende Zustände anprangerte. Es gab Demos vor Fabriken, die Abwässer direkt in Flüsse leiteten, und der Aufkleber „ATOMKRAFT? NEIN DANKE“ mit der lachenden

Sonne gehörte auf (fast) jede Schulmappe. Die bis dahin größte Konfrontation zwischen „denen da oben“ und „denen da unten“ in der Zweiten Republik mündete in der Volksabstimmung über die Inbetriebnahme des fertig gebauten Atomkraftwerks im niederösterreichischen Zwentendorf. Bundeskanzler Bruno Kreisky entschloss sich zu einer Volksabstimmung über die Inbetriebnahme des Kernkraftwerks.

SN-Chefredakteur Karl Heinz Ritschel schrieb am 5. November 1978, am Tag vor der Abstimmung: „Im Grunde geht es nicht um Zwentendorf, geht es nicht darum, ob wir genügend Energie haben werden oder nicht, denn es ist sicher, daß auch auf andere Weise Energie gewonnen werden kann.“

Es geht um die grundsätzliche gesellschaftspolitische und ethische Frage der Verantwortung. Ob hemmungslose Wachstumsphilosophie triumphiert oder ob andere Lebenswerte Geltung haben sollen.“ Österreich entschied sich mit 50,47 zu 49,53 Prozent gegen die Inbetriebnahme.

Es ging bei der Abstimmung tatsächlich um mehr als um Zwentendorf. Kreiskys Niederlage war ein Sieg für die Protest- und Bürgerbewegungen und läutete eine Zeitenwende ein. Die SN starteten zum Beispiel gemeinsam mit Partnern eine Kampagne zur Dorf- und Stadterneuerung unter ökologischen Gesichtspunkten.

Nach dem Nein zum Atomstrom regte sich Widerstand gegen Großprojekte für die Wasserkraft. Die Besetzung einer Donauau vor den Toren Wiens zu Weihnachten 1984 veränderte das Land. Anders als bei der Volksabstimmung über Zwentendorf war es in Hainburg ziviler Ungehorsam, der die Einstellung der Waldrodungen erzwang.

Am 26. April 1986 kommt es im rund 1000 Kilometer Luftlinie von Wien entfernten Atomkraftwerk Tschernobyl in der Ukraine zur Explosion eines Reaktors. Radioaktivität in großem Umfang wird freigesetzt und erreicht auch unsere Breiten. Strahlenmessungen auf Gemüsemärkten, an der Kleidung von Kindern. Oft tickten die Geigerzähler tatsächlich. „Warnende Meßwerte unterschätzt“ oder „Land verbietet Freiluftsport“ titelten die SN. Anti-Atom-Demonstrationen formieren sich, der Ernstfall ist eingetreten. Und dann kam gleich noch ein brisantes Thema dazu: das Waldsterben. Spätestens jetzt wurde klar: Umweltschutz geht alle etwas an.



Bienenlieb

Unsere Bienen sind einer der wichtigsten Bausteine für eine intakte Umwelt.

Professionelle Nachrichten sind es für unsere Unabhängigkeit.

Dafür stehen die SN seit 75 Jahren.

Dazu gratulieren wir und unsere 15.000.000 Bienen ganz herzlich!

Bienenlieb Team

Bienenhof Salzburg
www.bienenlieb.at

Salzburgs Volksmusik-Ikone wird entzaubert

Jahrzehntelang war er eine unangreifbare Autorität in der Volkskultur – der Musikant und Komponist Tobi Reiser, der mit seiner Stubenmusik und seinem Adventsingen über Salzburg hinaus Bekanntheit erlangt hatte. Dass Reiser NS-Parteigänger war, dafür interessierten sich lange Zeit nur Historiker. Und wenn Letztgenannte gelegentlich auf die Nazivergangenheit von Volkskulturgrößen wie Tobi Reiser, Karl Heinrich Waggerl oder Kuno Brandauer verwiesen, reagierte die Volksmusikszene empört. Dort breitete man lieber den Mantel des Schweigens über all das, was sich zwischen 1938 und 1945 zgetragen hatte.

Ab 16. März 2013 war es damit vorbei: In dieser Wochenendausgabe deckten die SN auf, dass Reiser sogar nach eigenen Angaben ein Überzeugungstäter war, der sich schon 1931 beim „Motorsturm der NSDAP“ angemeldet und beim Juliputsch 1934 als illegaler Nazi betätigt haben soll. Die Südtiroler Volkskundlerin Elsbeth Wallnöfer hatte im Zuge von Recherchen in Berlin auch herausgefunden, dass er NSDAP-intern als „einwandfreier Nationalsozialist“ bezeichnet worden war.

Mit großer Verspätung folgten nun erste Reaktionen. Der Verein der Freunde des Salzburger Adventsings setzte die Verleihung des Tobi-Reiser-Preises zunächst aus – er war seit 1992 jährlich vergeben worden. Nachdem der Wiener

Braune Volkskultur.
Nach 1945 wurde die NS-Vergangenheit Tobi Reisers verdrängt. Bis die SN über seinen Personalakt berichteten.

THOMAS HÖDLMOSE



Historiker Oliver Rathkolb ein Gutachten über den Begründer des Adventsings und dessen NS-Vergangenheit vorgelegt hatte, wurde schließlich beschlossen, den Reiser-Preis gar nicht mehr zu vergeben.

Bei Kuno Brandauer war es schneller gegangen. Nach diesem „Heimat- und Brauchtumpfleger“ war die höchste Auszeichnung benannt, die in der Salzburger Volkskultur vergeben wurde. Im August 2011 berichteten die SN über die Verstrickungen des überzeugten Antisozialisten Brandauer in den Nationalsozialismus. Am Tag nach Erscheinen des Berichts distanzierte sich die für Volkskultur zuständige Landesrätin Tina Widmann (ÖVP) von dem Preis, dessen Verleihung umgehend gestoppt wurde.

In den vergangenen Jahren wurde auch verstärkt über die Rolle von Hans Schmid, dem Komponisten des beliebten „Rainermarsch“, diskutiert. Der „Rainermarsch“ gilt als inoffizielle Landeshymne, nach dem Komponisten ist ein Platz in Salzburg-Maxglan benannt. Allerdings war auch Schmid NSDAP-Mitglied und Blockwart in Maxglan-Süd.

So gerieten in den vergangenen Jahren gleich mehrere Volkskultur-Ikonen ins Wanken. Über die Frage, ob die nach zahlreichen NS-Parteigängern benannten Straßen und Plätze in Salzburg umbenannt werden müssen, debattiert die Politik allerdings auch 75 Jahre nach Ende der Nazityrannei noch immer.

Überpünktlich zum Exklusivinterview

Schon die Einladung kam überraschend. Der „Guide Michelin“ feierte im Jahr 2000 seine 100. Ausgabe in den wunderschönen Räumlichkeiten des Musée d'Orsay. Aus dem deutschsprachigen Raum wurden nur vier Medien zugelassen. Die dpa, die FAZ, der „Stern“ und die SN. Schon bei der Pressekonzferenz am Vormittag zur Vorstellung des aktuellen Guides gab es viel Tamtam. Aber der Höhepunkt sollte am Abend stattfinden. Ein Diner in einem der Prachtsäle. Im Beisein von Paul Bocuse. Natürlich gab es Interviewanfragen. Er lehnte alle ab. Ihr SN-Redakteur hat sich aber mit der Zeit

vertan. Also stand er dort, wo man sich vormittags traf, mutterseelenallein vor dem verschlossenen Tor. Erster Gedanke: Verdammt, zu spät. Aber da war diese andere geöffnete Tür, durch die bereits die Speisen geliefert wurden. Also: Kragen hoch und im Strom der Köche mitgeschwommen. Drinnen hat sich herausgestellt, dass die Veranstaltung erst eine später Stunde beginnt. Außer dem exklusiven Gefühl, das Musée d'Orsay für sich allein zu haben, überwältigte das Aufeinandertreffen mit Paul Bocuse und einer seiner Frauen. Er wollte das Museum noch in Ruhe genießen. Und da hatte ich mein Interview. Er gab sich als Liebhaber der österreichischen Küche zu erkennen. Vor allem Gulasch hat es ihm angetan. Das brachte Karl Eschlböck zur Perfektion. Mögen die beiden in ihrem kulinarischem Himmel viel Freude miteinander haben.



BILD: SN/APA



SEIT 75 JAHREN WICHTIGER PARTNER DER INDUSTRIE

Unsere Welt dreht sich immer schneller. Wer den Überblick bewahren möchte, braucht rasch wie modern aufbereitete Informationen über Fakten, Zusammenhänge und Abläufe. Genau dafür stehen die „Salzburger Nachrichten“ seit nunmehr 75 Jahren – und sind unverzichtbar für Salzburg: Denn ein starker Wirtschaftsstandort braucht hochwertige, anspruchsvolle und unabhängige Berichterstattung.

Als Qualitätsmedium sind die „Salzburger Nachrichten“ ein wichtiger Partner für die Industrie, die wesentlicher Garant für den Wohlstand in unserem Bundesland ist. Mit Innovationskraft, Weltoffenheit und Optimismus bringt sie Salzburg voran, auch in herausfordernden Zeiten.

Die Industriellenvereinigung Salzburg gratuliert zum Jubiläum!

Die Industriellenvereinigung



Der Spekulationsskandal, der eine Regierung stürzte

Als der größte Spekulationsskandal des Landes platzte.

Ab 6. Dezember 2012 herrschte Ausnahmezustand in der SN-Lokalredaktion. SN-Recherchen brachten Brisantes zutage – was Spitzenpolitiker und Parteisekretäre roter wie schwarzer Couleur in Aufregung versetzte.

CHRISTIAN RESCH, HEIDI HUBER

Das Handy scheppert und der Chef vom Dienst in der Lokalredaktion hört sich mittelgradig aufgeregt an. Also schon aufgeregter als etwa nach dem Rücktritt eines ÖVP-Bezirkssekretärs. Aber weniger aufgeregt als nach dem Ausbruch eines Gepards aus dem Salzburger Zoo.

Die erste Information: Pressekonferenz im Chiemseehof, 6. Dezember 2012, 15 Uhr, irgendwelche Spekulationsgeschäfte. Und durchgesickert war: Angeblich 300 Millionen weg. Hä? Schilling? Lira? Gemeint war wohl: 300.000 Euro. Schon das hätte eine größere Schlagzeile hergegeben. Damals, in der Zeit, als man Bürgermeistern noch Vorwürfe machte, wenn sie den Wert eines Einfamilienhauses an der Börse verzockten – und nicht den Wert eines Flughafenneubaus.

Wie auch immer: 6. Dezember 2012. Dort, wo das Land seine Pressekonferenzen abhält, ist der Journalistenandrang in jener Zeit sonst oft ein bisschen schütter. Dieses Mal: Kameras, Mikrofone, hektisches Reportergerauschel, der einzige freie Sitzplatz hinten rechts am Fensterbankerl. Vorn sitzen: Finanzreferent David Brenner, flankiert vom Rechnungshofdirektor und vom Finanzabteilungsleiter. Also: ein Mal Landesrat, zwei Mal Hofrat, drei Mal Ratlosigkeit. Wobei: Die drei sehen zwar unglücklicher aus als ein zurückgetretener ÖVP-Bezirkssekretär. Aber immer noch glücklicher als eine Zoodirektorin, der gerade ein Gepard entlaufen ist.

Was das Trio noch nicht weiß, noch nicht wahrhaben will: Seine Karrieren in Politik und Verwaltung sind in diesem Augenblick vorbei. Der Politiker würde noch versuchen, sich als Aufdecker des Salzburger Spekulationsskandals zu positionieren, doch dafür war es viel zu spät.

Der Rest ist Geschichte: Bass erstaunt erfahren die Journalisten, dass jahrelang mit Steuergeld auf irrwitzige Weise gezockt wurde; dass eine zwischen Genie und Wahnsinn mäandrende Sachbearbeiterin Tag für Tag die Regierung, den Landtag, die Finanzkontrollore getäuscht hatte. Und sie erfahren mit wachsender Bestürzung, dass die zuständigen Beamten und Politiker sich

Bis zu 340 Millionen Euro weg

Debakel. Eine Beamtin spekulierte unbefugt – nun könnten die Landesschulden um 50 Prozent steigen.



Hausdurchsuchung im Magistrat. Rechts oben: LH Gabi Burgstaller und Finanzreferent David Brenner stolperten über den Skandal.



BILDER: SN/NEUMAYER, RATZER, DAPF



selbst an all dem durchaus unschuldig fühlen. Und auch die schreckliche Bestätigung des Gerüchts: 340 Millionen Euro sind – na ja, eben weg.

Was dann kam, waren Wochen des redaktionellen Ausnahmezustands. Täglich wird Doppelseite um Doppelseite produziert, der interne Datenberg wächst und wächst, geheime Papiere werden im Auto sitzend auf Parkplätzen übergeben. Langsam wuchs auch das Fachwissen in der Redaktion: Was waren diese Finanzinstrumente, diese Derivate überhaupt? Was bitte ist ein „Plain Vanilla Swap“ – und kann man so was an einer Hotelbar bestellen? Experten wurden für Schulungen in die Redaktion geholt. Wir trafen uns mit Bankern, beteiligten und unbeteiligten, studierten die untermarmdicken Rechnungsabschlüsse des Landes. Und standen stetig vor dem Problem: Wie soll man so etwas in kurzen Zeitungsartikeln auch nur halbwegs verständlich erklären?

Der Termin für die Weihnachtsfeier der SN-Lokalredaktion hielt in diesen Dezembertagen natürlich auch nicht. Denn an besagtem Abend beschloss der ÖVP-Parteivorstand in der Merianstraße vorgezogene Neuwahlen. In Erinnerung bleiben auch die endlosen Sitzungen des Untersuchungsausschusses im Frühjahr 2013. Noch selten haben sich so viele Menschen an so viel nicht mehr erinnern können wie dort im Zeugenstand. Ein Spitzeninvestmentbanker erweckte den Eindruck, er habe eigentlich mit seiner eigenen Firma gar nichts zu tun, geschweige denn wisse er, was dort vor sich gehe. Erinnerungswürdig vor allem: der Auftritt des damaligen Salzburger Bürgermeisters. Eigentlich nur als Zeuge geladen, der Nebenschauplatz eines Nebenschauplatzes. Doch die Befragung verlief verstörend, der Richter roch Lunte, und plötzlich verfestigte sich der Eindruck: Der ist aber definitiv involviert, oder? Die SN waren wochenlang die Einzigen, die sich diesem Verdacht widmeten. Heute trägt der für sein politisches Lebenswerk zu Recht hoch geachtete Stadtchef eine Fußfessel – und zwar noch genau bis 23. Oktober.

Was wir damals noch nicht wussten: 2013 war erst der Anfang einer journalistischen Reise in die Spekulationswelt. Sie sollte jahrelang andauern. Immer wieder flatterten anonyme Schreiben in die Redaktion, mal mit glaubwürdigem, mal mit völlig abstrusem Inhalt. Die „anonyme Beamtenschaft – deren aufrechter Rest“ nannten sich die Verfasser. Wer dahintersteckte, darüber können Journalisten bis heute nur mutmaßen. Es waren wohl auch öfter Trittbrettfahrer dabei. Aber nach allem, was passiert ist und wir nicht für möglich gehalten haben, musste man in diesen Zeiten jedem noch so kleinen Hinweis nachgehen.

Nach dem Land Salzburg stand Mitte 2013 bald auch die Stadt Salzburg im Fokus.

Korruptionsermittler rückten an, beschlagnahmten Akten des Bürgermeisters, drohten dem Magistratsdirektor mit Beugehaft. An den Anruf eines Informanten können wir uns heute noch erinnern – er lautete sinngemäß: „Rufts doch mal in der EDV-Abteilung an. Alle Leitungen tot, die Daten der städtischen Server beschlagnahmt. Der Staatsanwalt ist da.“ Die EDV-Abteilung haben wir natürlich sofort angerufen. Und als die Leitungen tatsächlich tot waren, haben wir uns eiligst zum „Tatort“ begeben. Weil die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft in Wien die Ermittlungen übernommen hatte, wurde Nachfragen dort zur fast wöchentlichen Übung in der Redaktion. Sieben Jahre lang – bis die letzte Anklage im Jänner 2020 eingebracht war. Die Handynummer der Medienstelle hat sich währenddessen ins Gedächtnis eingebrannt. Verlässlich beim Zurückrufen und nett am Telefon waren sie ja, die Damen und Herren der WKStA. Aber leider meist wortkarg, wenn es um nähere Auskünfte zu Ermittlungsschritten ging.

Im Land hatte sich die Sache nach zwei, drei Jahren einigermaßen beruhigt. Dafür implodierte mit dem Finanzskandal die Stadt Salzburg politisch. Die Mauer des Schweigens im Schloss Mirabell bröckelte nur langsam – die Widerstände waren hier ungleich größer. Erst nach und nach gelangten wir zu Papierchen und handschriftlichen Notizen – etwa über horrenden Summen von Anwaltskosten. Und landeten prompt selbst vor dem Landeskriminalamt und dem Staatsanwalt zur Zeugenaussage, weil doch das Amtsgeheimnis dadurch verletzt werden soll. Und so vergisst man auch den Moment nicht, als die SN-Lokalredaktion als Erste die E-Mails in der Anklageschrift im Swap-Verfahren gegen den Bürgermeister in Händen hat. Und sich beim Lesen in dieser Sekunde denkt: Das war's dann wohl.



Sport

Wie aus einem Mädchen „die Pröll“ wurde

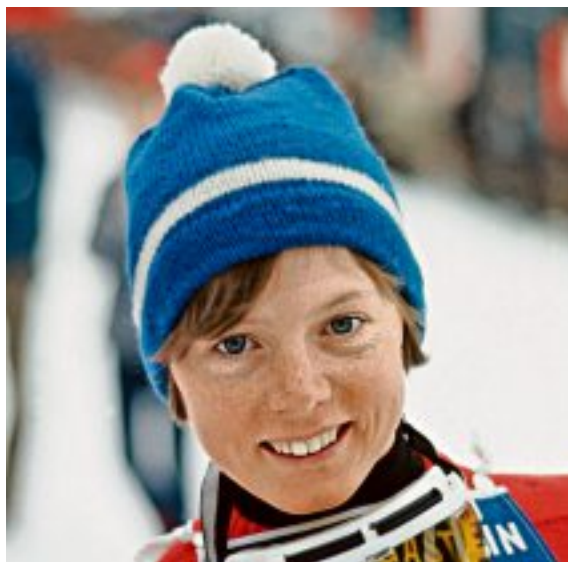
Eine Ski-Weltkarriere für Annemarie Pröll?

Jänner 1968. Die SN orteten schon bei der 14-Jährigen unglaublichen Willen und Können sowie Fachwissen.

JOACHIM GLASER

Der 17. Jänner 1968 war ein bedeutsamer Tag für den Salzburger Skisport, für Bad Gastein und für ein kleines Mädchen aus Kleinarl: Zum ersten Mal gab es an diesem Mittwoch in unserem Bundesland ein Weltcup-Rennen, zum ersten Mal veranstaltet vom Skiclub im Gasteiner Weltkurort und zum ersten Mal war mit Annemarie Pröll eine nicht einmal 15-Jährige am Start. Die Strecke auf dem Graukogel meinte es bei dieser Premiere nicht gut mit den Läuferinnen, sie war stark vereist und gefährlich.

Nicht gerade ideal für den Einstand eines 43-Kilogramm-Leichtgewichts, das zuvor über Rennen auf Pongauer Bezirksebene nicht hinausgekommen war. Dennoch fand die kleine Annemarie in Atomic-Chef Alois Rohrmoser einen starken Fürsprecher, sich erstmals mit den Weltbesten messen zu dürfen. Und es bedurfte einer großen Portion Überzeugungsarbeit, um auch dem ÖSV-Rennsportleiter Franz Hoppichler („Die Strecke ist zu schwer für sie“) ein Ja abzurufen. Umso mehr, als die Kleine im Training nach einer Kante einen kapitalen Sturz gebaut hatte. Die Trainer Hermann Gamon und Karl Kahr wollten das Talent freilich im Rennen sehen, und so kam es auch. Mit der für heute undenkbaaren Startnummer 86 schoss sie aus dem Starhaus. Und sie kam wieder nur bis zu dieser verfluchten Kante nach einer Rechtskurve, neuerlicher Purzelbaum, Mädchen und Ski stark mitgenommen. Doch für eine Pröll war Aufgeben damals schon ein Fremdwort. Sie rappelte sich auf, schnallte sich den kaputten Ski wieder an und setzte die Talfahrt fort. Im Ziel hatte sie dreieinhalb Minuten Rückstand auf die Tiroler Siegerin Olga Pall und fand sich in der Ergebnisliste auf dem 78. und letzten Platz. Den Fragen stellte sie sich tapfer, der fragende SN-Reporter hörte unter anderem: „I hab mi schon etwas gefürchtet. Guat, dass bei mir daheim koan Fernsehapparat ham, sonst tätn s' sagen,



Die junge Annemarie.

BILD: SN/VOTAVA / IMAGNO / PICTUREDESK.COM

bist eh nur Letzte wordn.“ Und heute sieht sie diese erste Weltcup-Abfahrt mit einem Schmunzeln: „Im Grund hat es mir damals nicht geschadet.“

Zurück zum Mittwoch vor gut einem halben Jahrhundert. Alois Rohrmoser, väterlicher Freund und zeitlebens Fan von Annemarie, nahm sie im Ziel in die Arme und fand Worte des Trostes. Am späten Nachmittag zog der Skifabrikant mit seinem kleinen Schützling an der Hand durch das eine oder andere Kaffeehaus in Bad Gastein. In einem der Lokale sagte er in Richtung Gäste: „Heute hatte ich mit Olga Pall die Schnellste, und das hier ist die Schnellste von morgen.“ Wie recht er doch haben sollte, der Lois aus Wagrain. Er hatte einfach ein Gefühl, denn Olga Pall hatte er erst unmittelbar vor der Saison verpflichtet – und sie dankte es ihm vier Wochen nach dem silbernen Krug von Gastein mit dem olympischen Gold von Grenoble.

Und dann taute beim nachmittäglichen Spaziergang in Bad Gastein auch Jung Pröll noch richtig auf und erzählte dem erstaunten Zuhörer, dass eine falsch montierte Bindung an ihren Stürzen schuld gewesen sei. Schon nach dem sogenannten Nonstoplauf hatte sie zu den Trainern gesagt,

dass mit dem Ski etwas nicht stimme, doch im Rückblick: „Ein so junges Mädchen haben sie damals natürlich nicht ernst genommen.“ Erst nach dem Rennen stellte sich heraus, dass das junge, im Weltcup unerfahrene Mädchen recht hatte – die Bindung war zehn Zentimeter zu weit vorn montiert worden. Ein Schnitzer, der bei den Stürzen auch arge Verletzungen zur Folge hätte haben können.

Annemaries Hoffnung, in diesem Winter noch einen Einsatz zu bekommen, erfüllte sich seinerzeit nicht. Sie blieb sportlich im Gasteiner Tal und wurde ein paar Tage später in Bad Hofgastein Salzburger Jugendmeisterin in Abfahrt und Riesentorlauf und wenig später bei den österreichischen Jugendmeisterschaften zwei Mal Dritte. Der Reporter war damals nicht dabei, er musste sich mit dem zufriedengeben, was ihm in Bad Gastein erzählt worden war. Es war der Anfang einer Weltkarriere.



SIMMO

FESTE FEIERN

Wir gratulieren den Salzburger Nachrichten zu ihrem 75-jährigen Jubiläum. Qualitätsjournalismus ist wesentlich. Für Werte, die wachsen. [simmoag.at](https://www.simmoag.at)

#jubiläum #glückwunsch

Auch die SN boykottierten Olympia 1980

Statt zu Olympia 1980 nach Moskau fuhr der Reporter zum ATP-Tennisturnier nach Zell am See. Die Redaktion hatte entschieden, die Akkreditierung verfallen zu lassen. Begründung: „In der Erkenntnis, daß in der UdSSR Sport und Politik untrennbar miteinander verbunden sind, lehnen die SN es ab, Propaganda für Moskau zu machen.“

Das Netzwerk mit sechs Agenturen reichte für eine umfangreiche Berichterstattung von den Boykottspielen (nur 81 von 146 Nationen waren dabei/Eröffnung Bild unten) aus. Schade nur, bei Salzburgs bis dahin erfolgreichsten Sommerspielen (Silber und Bronze) nicht dabei gewesen zu sein. **jg**



BILD: SN/APA-PICTUREDESK

Am Krankenbett

1984: Interview mit den Mächtigen.
Als der ÖOC-Präsident Heller zur Audienz bat.

JOACHIM GLASER

Unter den Interviews, die der Reporter über Jahrzehnte geführt hat, ist eines in besonderer Erinnerung. Denn der Ort war ungewöhnlich. Die Olympischen Sommerspiele 1984 in Los

Angeles neigten sich dem Ende zu, als den Berichterstatte der Ruf aus der heimischen Redaktion erreichte, er möge eine persönliche Bilanz des Präsidenten des Österreichischen Olympischen Komitees (ÖOC) einholen.

In der handylosen Zeit war die Kontaktaufnahme nicht so einfach. Und die Medienvertreter wurden damals nicht gerade als Partner gesehen, nein, man wurde eher als Gegner der Funktionsclique eingestuft. Dennoch – das Interview mit dem damals mächtigsten Funktionär im österreichischen Sport musste her. Kurt Heller, Präsident des ÖOC und Chef des „roten“ Dachverbands ASKÖ, war das Ziel der journalistischen Begierde. Er wohnte nicht mit der Delegation im olympischen Dorf, er residierte im Luxushotel.

Als der Reporter den Präsidenten endlich am Telefon erreicht hatte, bekam er matt zur Antwort: „Ich bin krank, aber wenn Sie sich nicht fürchten, können Sie mich besuchen.“

Und so kam es. Im Hotel der olympischen Granden per Lift hinauf, angeklopft, und da lag der Präsident in seinem Bett. „Kommen S' nur, Herr Redakteur, setzen Sie sich auf die Bettkante und fragen Sie.“

Kann man einen Kranken alles fragen, was einem auf der Zunge liegt, oder soll man ihn schonen? Nein, für eine objektive Bilanz kam das nicht infrage. Nach der positiven Wertung des österreichischen Abschneidens wurde erklärt, dass man bei der Nominierung des Teams nicht zu großzügig gewesen sei. Zum Schluss konnte sich der Reporter die Frage nach der Notwendigkeit der drei politisch gefärbten Dachverbände nicht verkneifen. Der Präsident: „Ich könnte mir die Administration unseres Sports unter einem Dach vorstellen, aber die mittlere Funktionärsschicht wird sich wehren, was sollen die dann tun? Ich glaube, die Zeit ist noch nicht reif.“

Sie ist es bis heute nicht.



BILD: SN/DPA-PICTUREDESK

Zufällig bei Seisenbachers Gold 1984

Als Berichterstatte bei den Olympischen Spielen 1984 in Los Angeles hatte man es aufgrund der weit verstreuten Wettkampfstätten schwer, am frühen Morgen zu entscheiden, wohin die Reise mit den Pressebussen gehen soll. Die Entscheidung am 8. August, wegen Hubert Raudaschl zum Segeln nach Long Beach zu fahren, war die falsche und doch die richtige. Wegen Flaute musste die Reporterschar tatenlos zusehen und sich mit einem feinen Chablis aus Plastikbechern trösten. Also zurück mit dem Pressebus. Der stoppte eben gerade bei der Judohalle – und zwei Minuten später war man Augenzeuge des Finalkampfes von Peter Seisenbacher gegen den US-Amerikaner Robert Berland. Nach 150 Sekunden hatte der Wiener die Goldmedaille in der Tasche und der Reporter eine dem Zufall zu verdankende sensationelle Story. **jg**

**GUTER KADER,
LANGFRISTIGER ERFOLG!**

tipp3 gratuliert den
Salzburger Nachrichten
herzlichst zum
75. Jubiläum!



tipp3

tipp3.at

AK | **100**
JAHRE
GERECHTIGKEIT

Gerechtigkeit
ist gekommen,
um zu bleiben.

Die Arbeiterkammer setzt sich seit einem Jahrhundert für die Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ein. Sie steht für soziale Gerechtigkeit in Österreich.

Ein wichtiger Partner sind dabei unabhängige Medien, die über die Anliegen der Beschäftigten und wichtige Themen der Gesellschaft berichten.

Die AK gratuliert den Salzburger Nachrichten herzlich zum 75. Geburtstag.

arbeiterkammer.at/100

#FÜRIMMER

Hautnah dran an Musters Unfall

Ausgerechnet 1. April 1989. Eine Tennismeldung landet in den Weltnachrichten.

Nach dem Autounfall von Thomas Muster und dem Bangen um die Karriere begann der Journalistenwahnsinn.

RICHARD OBERNDORFER

Mit nur einem Anruf wurde es am 1. April 1989 (Ortszeit noch 31. März) still im internationalen Pressezentrum des Millionen-Tennisturniers von

Key Biscayne vor Miami. Nur spärlich waren die Ränge kurz nach Mitternacht besetzt, nur zwei österreichische Journalisten waren noch mitten in der Arbeit, als die Meldung kam: „Der Österreicher Thomas Muster ist bei einem Autounfall verletzt worden.“ Mehr kam anfänglich nicht. In Zeiten, in denen es noch kein Handy gab, waren die Zusatzinformationen spärlich. Aber es wirkte. Es wurde hektisch.

Wenige Stunden zuvor hatte der Steirer, der sich anschickte, die Tennisweltrangliste im Sturm zu erobern, das Finale dieses hochdotierten Turniers in Florida erreicht. In einem Fünfsatzkrimi hatte der Blondschopf aus Leibnitz den Franzosen Yannick Noah richtiggehend niedergelungen, nachdem er 0:2 in Sätzen zurückgelegen war. Im Endspiel sollte die Nummer 1 der Welt, der Tscheche Ivan Lendl, als nächste Heraus-

forderung warten. Muster rückte erstmals in seiner Karriere als 21-jähriger und erster Österreicher überhaupt als neue Nummer 6 in die Top Ten. Und dann diese Schreckensmeldung. Bei der Abfahrt hatte der Linkshänder noch zum Redakteur gemeint: „Wenn du willst, kannst du bei mir im Auto mitfahren. Noch etwas essen in Bayside.“ Antwort: „Ich kann nicht, ich muss ja deinen Sieg noch verarbeiten.“

Das „Verarbeiten“ gestaltete sich plötzlich anders. Aus einer Jubel- wurde eine Horrormeldung. Schneller Anruf nach Wien in die Ö3-Redaktion. Mittlerweile war es in Österreich durch die Zeitverschiebung schon frühmorgens, der heutige Star-Sportmoderator Rainer Pariasek hatte Frühdienst – am 1. April. „Nein, es ist kein Aprilscherz“, entgegnete ich ihm gleich. Worauf er fast drohte: „Du weißt, dass das uns beide den Job kostet, wenn das alles nicht stimmt!“ – Mit einem derartigen Unfall scherzen? Was für ein Gedanke!

Was war geschehen? Gemeinsam mit Manager Ronnie Leitgeb, einer Mitarbeiterin der Managementagentur IMG und dem befreundeten Fotografen Wolfgang Ruschitzka war der Tennisprofi auf dem Weg ins Zentrum Miamis. Bayside ist ein Viertel direkt am Meer mit vielen Restau-



Das Trainingsbild von Thomas Muster in Gars am Kamp ging um die Welt. BILD: SN/ULLSTEIN BILD

rants. Dort wollten die vier eine Kleinigkeit essen. Als Muster aus dem Kofferraum des geparkten Autos seine Tennistasche herausnehmen wollte, krachte der betrunkene Norman Sobie mit seinem Pontiac in die Vorderseite von Musters Auto – das Heck überrollte Muster, der zur Hälfte unter das Auto geschoben wurde. Mit Verletzungen am Bein und schwerwiegenden Folgen.

Inzwischen spielten sich im Pressezentrum turbulente Szenen ab. Fast im Minutentakt gab es unterschiedliche Meldungen: „Thomas Muster ist schwer, aber nicht lebensgefährlich verletzt.“ Dann wieder: „Thomas Muster kann das Finale gegen Lendl spielen.“ Dann: „Muster fällt wegen Knieverletzung längere Zeit aus.“ Die Verantwortlichen von Ö3 waren verzweifelt. Manager Leitgeb versuchte die heimischen

Journalisten immer auf dem Laufenden zu halten – ohne Halbwahrheiten. Sogar Ö1 berichtete. Die Weltnachrichten wurden an diesem Tag übrigens von Christian Nehiba gelesen – heute Servus-TV-Sportchef.

Thomas Musters Eltern, Heinz und Inge, meinten Monate später, dass sie sehr erschrocken waren, als in einer ersten Radiomeldung das Wort „lebensgefährlich“ (der genaue Wortlaut war: „schwer, aber nicht lebensgefährlich“) gefallen war.

Bei Thomas Muster wurden im Krankenhaus von Miami im linken Knie schwere Verletzungen der Kreuz- und Seitenbänder festgestellt. Operieren wollte sich der Tennisstar nicht in den USA lassen und flog einen Tag später nach Hause. Begleitet von einer Lieblings-CD „Breakfast at Tiffany's“ von der Band Deep Blue Something – ein Geschenk des Autors dieser Zeilen.

Der Rest ist Legende: harte Reha auch mit einem speziell gebauten Tennisstuhl (siehe oben), Comeback nach einem halben Jahr, sechs Jahre später French-Open-Sieg (1995) und 1996 die Nummer 1 der Welt.

Noch in diesem Jahr durfte der SN-Reporter mit Thomas Muster zum 25-Jahresjubiläum seines French-Open-Siegs im Hangar-7 in alten Erinnerungen an damals schwelgen.

Salzburger
SPARKASSE

Was zählt,
sind die Menschen.

**Unser Land braucht
Unternehmen,
die an sich glauben.**

#glaubandich

**Wir gratulieren den SN und ihren
Mitarbeitern herzlich zum Jubiläum.**

Weiterhin viel Erfolg!

salzburger-sparkasse.at



**GROSSGLOCKNER
HOCHALPENSTRASSE**

WIR WÜNSCHEN

das Beste!

Liebe Salzburger Nachrichten!

Ihr feiert euren 75er, wir unseren 85er. Aber was sind schon 10 Jahre in einer so langen Geschichte? Schön, dass wir gemeinsam noch so viel bewegen dürfen. Danke für die gute Zusammenarbeit und viel Erfolg für die nächsten 75 Jahre!

TICKETS AUCH
ONLINE ERHÄLTICH

48 km Panoramastraße
15 Ausstellungen
7 Themenwanderwege
30 Dreitausender
kostenlose Führungen
14 Gasthöfe & Almen
4 Spielplätze

grossglockner.at

Join us



**HOHE
TAUERN**
BEI GROSSGLOCKNER

„Ein Wahnsinniger hat gewonnen“

Kurioses aus Jahrzehnten.
Dem hohen Stellenwert des Skisports in diesem Bundesland haben die SN immer Rechnung getragen.

MICHAEL SMEJKAL

Herminator und frecher Hund

Hermann Maier! Der Tag, an dem die Superlative für ihn ausgingen. Der 25jährige Super-G-Olympiasieger hat wie kein anderer innerhalb kürzester Zeit den Skirennsport dramatisch verändert.

Michael Smejkal
berichtet aus Hakuba

Ein Geständnis zu Beginn: So ganz konnten wir es dem einstigen Salzburger Ski-Verbands-Präsident Alex Reiner ja dann doch nicht glauben, dass dem ÖSV ein Jahrhunderttalent entgangen sei. Daher blickten wir am 6. Jänner 1996 beim Riesentorlauf in

Flachau ganz genau auf den Vorläufer, bei dem die Zeit ÖSV-intern mitgelaufen ist – und siehe da: Der Maurer Hermann Maier hätte Rang 12 im Rennen belegt. Die Geschichte des Hermann Maier stand tags darauf schon in den SN. Es war nur die erste von unzähligen Geschichten dieser Zeitung über den Flachauer, der Sportgeschichte geschrieben hat. Aber: Obwohl er seiner Salz-

burger Heimat längst entwachsen war, nahm er sich stets Zeit für seine Salzburger Zeitung – auch in den bewegten Tagen von Nagano 1998, wo er erst einen Jahrhundertsturz verkraftet hat und drei Tage später Olympiasieger im Super G geworden ist. In der rauschenden Nacht danach prägte Maier selbst das Wort „Herminator“, wie in den SN nachzulesen ist. In Erwartung dieser Leistung druckten wir übrigens eine Sonderausgabe um 6 Uhr morgens – das gab es noch nie zuvor. Ein Jahr später, im Winter 1999 in Vail (USA), feierte der frischgebackene Doppelweltmeister dann recht ausgelassen mit Arnold Schwarzenegger – und plötzlich war der „Herminator“ Allgemeingut.

Annemarie Moser-Pröll, Maier, Anna Fenninger (Veith), Marcel Hirscher – sie

prägten über Jahrzehnte den Skisport und damit auch die Sportberichterstattung in den SN, die als Salzburger Zeitung dem Skisport natürlich einen hohen Stellenwert einräumt. Unvergessen auch das erste Exklusivinterview mit Marcel Hirscher: Er kam mit seinem Hund in das Gusswerk, wo er sich allein für die Fotoaufnahmen rund eine Stunde Zeit genommen hat. Das sollte sich im Laufe seiner großartigen Karriere schnell ändern. Stichwort Gusswerk: Dort hat er im September 2019 auch seinen Rücktritt verkündet. Wo das zuerst exklusiv gestanden ist? Natürlich in den „Salzburger Nachrichten“.

Besonders berührend war auch ein Interview mit Hirschers Vater Ferdinand bei der Ski-WM 2017 in St. Moritz. Aus dem Interview wurde ein ganzer Nachmittag, in des-

sen Verlauf er tiefen Einblick in seine Gedankenwelt gewährte; und erklärte, warum er sich auf dem Hang nicht lachen traue: Es könnte ihm in sozialen Medien negativ gegenüber Konkurrenten ausgelegt werden.

Soziale Medien waren noch nicht erfunden, als es 1991 die Ski-WM in Saalbach-Hinterglemm gegeben hat. Eines der ersten Rennen war der Super G der Herren. Geplant war ein Interview mit dem Jüngsten im Team, Stephan Eberharter. Demut, Respekt, Druck? Keine Spur. „Wer Weltmeister wird? Na doch wohl ich!“, sagte er vorlaut. Das klang so unglaublich, dass wir sogar diskutiert haben, ob wir das drucken sollten. Wir machten mit dem Zitat die Seite auf und wurden von Kollegen belächelt.

Stunden später war Stephan Eberharter Weltmeister.



ALTSTADT SALZBURG
www.salzburg-altstadt.at

DIE ALTSTADT SALZBURG
GRATULIERT HERZLICH ZU

75 Jahre
Salzburger
Nachrichten!

Und die perfekte Torte zu jedem Anlass kommt zum Beispiel von Cake Couture in der Steingasse 41 und aus vielen weiteren zuckersüßen Konditoreien der Salzburger Altstadt.

www.salzburg-altstadt.at

SCAN ME

Fotocredit© Cake Couture



Wir gratulieren den Salzburger Nachrichten zu 75 Jahren elektrisierender Berichterstattung!

#thinkelectric
fiegl.co.at

WEIL SICH
UNSERE
WELT
NICHT VON
ALLEINE
DREHT.

THINK ELECTRIC

fiegl + spielberger



BILD: SN/GEPA-PUNZ

Der Coup des Didi Mateschitz

November 2004: Die Formel-1-„Bombe“ zündete Sonntagabend.

Wir befinden uns im November des Jahres 2004: In der Formel 1 hatte Michael Schumacher eben seinen siebten Weltmeistertitel, den fünften in Folge mit Ferrari, erobert. Red Bulls zehnjährige Partnerschaft (auch als Mehrheitseigentümer) von Sauber ging zu Ende. Das zeichnete sich schon durch ein neues Engagement bei Jaguar Racing ab, auf den grünen Boliden von Mark Webber und Christian Klien schien sehr dezent das Logo „Hangar-7“ auf – weil es die Bosse des damaligen Jaguar-Eigners Ford abgelehnt hatten, ein „Brausegetränk“ auf ihren Wagen zu bewerben. Die Gerüchte hatten sich in diesen Tagen verdichtet, Red-Bull-Chef Dietrich Mateschitz wolle sein eigenes Formel-1-Team – und sei mit Ford wegen der Übernahme des den Amerikanern mehr teuer als lieb gewordenen Experiments (das 2000 begonnen hatte) in Verhandlungen. Doch es gab keine Bestätigungen von welcher Seite auch immer.

Ich hatte mehrfach versucht, Dietrich Mateschitz in diesen Tagen Mitte November zu erreichen, doch vergeblich. Am Sonntag, 14. November, war ich abends unterwegs in den Salzburger Volksgarten, zum Eishockey. Red Bull Salzburg, erstmals seit dem Aus des SEC 1988 wieder in der obersten Spielklasse, empfing den Villacher SV. Als ich mein Auto hinter der Eisarena geparkt hatte, versuchte ich nochmals, „Didi“ anzurufen. Er hob spontan ab.

Das Gespräch dauerte an die 20 Minuten. Er bestätigte erstmals die Einigung mit Ford zur sofortigen Übernahme des Teams, der Fabrik in Milton Keynes (England) und der damals rund 380 Beschäftigten, „ohne Jobgarantie, aber die ist nicht nötig, weil unsere Projekte immer langfristig sind“, wie er damals glaubhaft versicherte (das „Projekt“



BILD: SNAPA-SCHERAU

läuft ja 2020 immer noch ...). Ich erfuhr Details zu Motor, Personalien und Strategie, da war es gegen 20 Uhr.

Da war klar: Nix Eishockey, zurück in die Redaktion. Eine Sportseite der Montagausgabe komplett umbauen, Aufmacher und Kurzinterview schreiben, für die zweite Ausgabe fertig machen. Über die Austria Presse Agentur wurde der Exklusivbericht der SN noch Sonntagnacht in österreichischen und ausländischen Medien zitiert, Montag lief die Geschichte durch ganz Europa und auch Nordamerika, schließlich war ja Ford involviert. Im Jaguar-Team und bei den

Mitarbeitern in Milton Keynes herrschte natürlich Ungewissheit: Hoffnung, dass es besser würde als unter Fords Regime, Angst, dass es gravierende Umwälzungen im Personalbereich geben könnte (in der Tat wurden die damaligen Teamchefs Tony Purnell und David Pitchforth nur vorübergehend in ihren Funktionen belassen und später ausgetauscht).

Ich durfte wenige Wochen später Dietrich Mateschitz und Helmut Marko bei deren ersten Besuch in Milton Keynes begleiten. Als die Österreicher die Firma betraten, wurden sie auch der dortigen Rezeptionistin vorgestellt. Die ältere Dame, die sicher schon einiges erlebt hatte, fiel aus allen Wolken: „Mr. Mateschitz, I can't believe it, you are real!“ Das Red-Bull-Projekt Formel 1 wurde ein Unternehmen mit zwei Teams (Ende 2005 wurde aus Minardi Toro Rosso, heute AlphaTauri) und einem Technologiezentrum. Vier Fahrer- und vier Konstrukteurs-WM-Titel (2010–2013) sowie 65 Rennsiege (63 Red Bull Racing, zwei Toro Rosso/AlphaTauri) stehen seither zu Buche – neben rund 1300 Arbeitsplätzen in Milton Keynes, Faenza und Salzburg.

Gerhard Kuntschik



Die Volksbank Salzburg wünscht den Salzburger Nachrichten alles Gute zum Jubiläum und bedankt sich für die jahrzehntelange gute Zusammenarbeit!

Die Salzburger Nachrichten und die Volksbank Salzburg verbindet ihr starkes Bekenntnis zur Regionalität.



www.volksbanksalzburg.at

VOLKSBANK. Vertrauen verbindet.

Die Zeit vergeht unzweifelhaft, aber nicht alles wird älter.



Dr. Karl Forstner,
Präsident der
Ärztelkammer
Salzburg.

BILD: SN/ÄRZTEKAMMER
SALZBURG

Die Ärztekammer gratuliert den „Salzburger Nachrichten“ zum 75-Jahr-Bestandsjubiläum.

Es ist wohl ein großer Erfolg, eine Tageszeitung über eine derartig lange Periode zu entwickeln und in einer täglich interessierten Leserschaft zu positionieren. Die Wertschätzung ihrer Leserinnen und Leser und die Anerkennung in der Medienlandschaft verdienen sich die „Salzburger Nachrichten“ durch journalistische Qualität jeden Tag aufs Neue.

Die Ständevertretung der Ärzteschaft ist natürlich besonders an der journalistischen Aufbereitung von Themen der Medizin und des Gesundheitswesens insgesamt interessiert. Und unzweifelhaft haben die „Salzburger Nachrichten“ über die Jahre der Zweiten

Republik die Entwicklung des Salzburger und des österreichischen Gesundheitssystems journalistisch hochwertig begleitet.

Die Salzburger Ärztekammer hat die SN als kritischen und nicht immer angenehmen, aber stets als fairen Kommentator auch der standespolitischen Ereignisse kennen- und schätzen gelernt.

Wir wünschen den „Salzburger Nachrichten“ als einem österreichischen Qualitätsleitmedium eine gute Zukunft.



ANZEIGE

„Das Feuer brennt noch“

Rafael Nadal gewährte den SN in seiner Heimat Mallorca eine Audienz. Der Superstar sprach vor dem Wimbledonturnier über Zweifel, seine Leidenschaft für Tennis und warum Dominic Thiem sein legitimer Nachfolger werden kann.

RICHARD OBERNDORFER



Wie viele Stunden von Mallorca nach London? Rafael Nadal beantwortet die Fragen der SN-Reporterin Richard Oberndorfer vor dem Wimbledonturnier.

Die Wimbledonspiele sind für Rafael Nadal die Vorbereitung auf ein weiteres Grand Slam. Der 32-Jährige aus Mallorca wird zum fünften Mal in Folge zum Wimbledonturnier in London eingeladen. Die Vorbereitung ist für ihn ein wichtiger Bestandteil seiner Routine. Er hat sich für das Turnier in London und hat sich auf den Boden vorbereitet. Er hat sich auf den Boden vorbereitet. Er hat sich auf den Boden vorbereitet.

Wie viele Stunden von Mallorca nach London? Rafael Nadal beantwortet die Fragen der SN-Reporterin Richard Oberndorfer vor dem Wimbledonturnier.

Wie viele Stunden von Mallorca nach London? Rafael Nadal beantwortet die Fragen der SN-Reporterin Richard Oberndorfer vor dem Wimbledonturnier.

Wie viele Stunden von Mallorca nach London? Rafael Nadal beantwortet die Fragen der SN-Reporterin Richard Oberndorfer vor dem Wimbledonturnier.

Wie viele Stunden von Mallorca nach London? Rafael Nadal beantwortet die Fragen der SN-Reporterin Richard Oberndorfer vor dem Wimbledonturnier.



Tennis-Superstar Rafael Nadal empfängt SN-Sportlerin Richard Oberndorfer.

Wie viele Stunden von Mallorca nach London? Rafael Nadal beantwortet die Fragen der SN-Reporterin Richard Oberndorfer vor dem Wimbledonturnier.

Wie viele Stunden von Mallorca nach London? Rafael Nadal beantwortet die Fragen der SN-Reporterin Richard Oberndorfer vor dem Wimbledonturnier.

Wie viele Stunden von Mallorca nach London? Rafael Nadal beantwortet die Fragen der SN-Reporterin Richard Oberndorfer vor dem Wimbledonturnier.



BILD: SN/MANUEL QUEIMADELOS

Nadal: SN-Interview mit Tücken

Audienz beim Superstar auf Mallorca. Spontanität und gute Nerven siegten im Juni 2019 beim Interview mit dem Vorzeigathleten.

RICHARD OBERNDORFER

Es war ein Wettlauf gegen die Zeit. Wenn ein Superstar des Tennis zum Gespräch bittet, ist Hektik angesagt. Denn jede Minute zählt, in jeder zusätzlichen Minute könnte sich noch die eine oder andere Frage ausgehen. Auf Mallorca im Juni 2019 sollte es stattfinden, das exklusive Gespräch der SN mit Rafael Nadal. Der Wahlsalzbürger Edwin Weindorfer, der beim Damen-Turnier in Santa Ponça die Fäden zog, hatte es eingefädelt. Nadal, der unweit in Manacor wohnt, wollte sich auf der Anlage parallel zum Turnier auf Rasen für Wimbledon vorbereiten. Nach der Ankunft am Flughafen in Palma erfolgte der Anruf des Turnierorganisations: „Wo bist du – Rafa (Nadal, Anm.) ist nur noch eine halbe Stunde da! Ich kann ihn nicht mehr lang zurückhalten.“ Und es kam, wie es kommen musste: Stau über Stau vom Flughafen zur Tennisanlage. Ein Unfall blockierte die Schnellstraße. Die Gedanken drehen sich nur um eines: „Ich komme zu spät.“ Bei der Tennisanlage angekommen, heißt es einfach alles im Taxi zurücklassen, Block und Kugelschreiber nehmen und im Sprint zum Trainingsplatz, zum Spanier, der schon vor einer ausge-

wählten Schar von Zaungästen trainiert. Auffallend: Der Spanier lächelt viel auf dem Platz. Scheint gut gelaunt. Beste Voraussetzungen für ein Interview also. Nach Beendigung des Trainings heißt es für den Reporter das Diktiergerät auf Aufnahme stellen. Die letzten Schritte zum Superstar sind geprägt von Vorfreude und positiver Spannung. Denn nur ganz selten gewährt der Sandplatzkönig Interviews unter vier Augen. Er wirkt größer, wenn man ihm gegenübersteht. Größer als die offiziell angegebenen 1,85 Meter. Die ersten Fragen werden freundlich, präzise und vor allem professionell beantwortet. „Das Feuer brennt noch“, wird er im SN-Interview später zitiert werden. Nach dem Großteil des Interviews wird es ernst: Nadals gestrenger PR-Berater Benito Perez-Barbadillo unterbricht das Gespräch und betont, dass es diese Begegnung eigentlich nicht geben dürfte. „Rafa gibt kein Interview dieser Art – weltweit.“ Kein Problem, sagt der SN-Reporter und fragt, ob man noch ein paar Fragen per E-Mail nachreichen dürfe. Das erlaubt der Nadal-Begleiter. Das Interview ist ohnehin fast komplett. Durchschauen ist erlaubt.

Die „Salzburger Nachrichten“ feiern Geburtstag – die Progress Werbung gratuliert!



BILD: SN/PROGRESS WERBLUNG

Die SN gelten als eine der ersten freien Tageszeitungen nach dem Zweiten Weltkrieg in Österreich. Diesem Prinzip der Freiheit, Demokratie und dem fairen Journalismus sind die „Salzburger Nachrichten“ bis heute treu geblieben: weltoffen und lokal zugleich. „Die SN und Progress Werbung sind seit Jahrzehnten gute Partner, ob es sich dabei um klassische Werbung oder um gemeinsame soziale Pro-

jekte, wie Licht ins Dunkel oder andere öffentlich relevante Anliegen, handelt. Wir gratulieren ganz herzlich zum diesjährigen Jubiläum und freuen uns auf viele weitere gemeinsame Projekte in der Zukunft!“, erklären Fred Kendlbacher und Dominik Sobota, Geschäftsleitung der Progress Werbung. Die Medien Print und Out of Home harmonisieren und lassen sich optimal miteinander kombinieren.

ANZEIGE

IMPRESSUM: „75 Jahre Salzburger Nachrichten“ ist eine Sonderausgabe der „Salzburger Nachrichten“ vom 17. Oktober 2020. Herausgeber: Dr. Maximilian Dasch Redaktioneller Inhalt: Redaktion der Salzburger Nachrichten, Koordination: Christian Resch; Lektorat: Andrea Thiel, Angelika Miklin; Projektbetreuung: Christian Strasser; Produktmanagement: Manuela Gehwolf Zeitungsausgabe: Archiv Salzburger Nachrichten Druck: Druckzentrum Salzburg Medieninhaber: Salzburger Nachrichten Verlagsgesellschaft m. b. H. & Co. KG, Karolingerstraße 40, 5021 Salzburg. Tel. +43 662/8373-0, www.SN.at. Alle: Karolingerstraße 38–40, 5021 Salzburg

KOENIG & BAUER

75 Jahre & weiter geht's

Eine lange Tradition bedeutet Verantwortung und den unbedingten Willen, sich immer wieder neu zu erfinden. So entstehen Innovationen, die die Zukunft sichern.

Als Erfinder der Druckmaschine begleitet Koenig & Bauer seine Geschäftspartner mit innovativen Printlösungen, die Geschichte schreiben.

Zum 75-jährigen Jubiläum und zur Erfolgsgeschichte der **Salzburger Nachrichten** gratuliert Koenig & Bauer sehr herzlich. Dem Unternehmen und allen Mitarbeitern wünschen wir weiterhin zufriedene Leser und wirtschaftlichen Erfolg.

koenig-bauer.com

we're on it.

BESTSELLER RELOADED



ŠKODA
SIMPLY CLEVER



Der neue ŠKODA OCTAVIA schon ab 23.380,- Euro.

Der neue OCTAVIA zeigt sich noch dynamischer und emotionaler und verkörpert perfekt die aktuelle Entwicklungsstufe der ŠKODA Designsprache. Auch die Technik bietet mehr als nur Alltägliches: die Shift-by-Wire-Technologie des DSG überträgt die gewählte Fahrstufe gleich direkt an das Getriebe. Die auf Wunsch erhältlichen Voll-LED-Matrix-Scheinwerfer und das innovative Head-up-Display ergänzen das Update des Bestsellers. Leben Sie Ihr Leben, so wie Sie es wollen – der neue OCTAVIA ist der ideale Begleiter dafür.

**Lassen Sie sich bei einer Probefahrt von den sensationellen Neuheiten überzeugen.
Jetzt bei Ihrem ŠKODA Betrieb.**

Symbolfoto. Stand 21.8.2020. Alle angegebenen Preise sind unverb., nicht kart. Richtpreise inkl. NoVA und 20% MwSt. Details bei Ihrem ŠKODA Betrieb.
Verbrauch: 4,3–6,7 l/100 km. CO₂-Emission: 113–153 g/km.

skoda.at

[facebook.com/skoda.at](https://www.facebook.com/skoda.at)

[youtube.com/skodaAT](https://www.youtube.com/skodaAT)

[instagram.com/skodaAT](https://www.instagram.com/skodaAT)